



universität
wien

Diplomarbeit

Titel der Diplomarbeit

„Repressionen und Gewalt gegen Journalisten im
Spiegel der russischen Presse“

Verfasserin

Monika Haushofer

angestrebter akademischer Grad

Magistra der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, 2009

Studienkennzahl lt. Studienblatt: A 243 361

Studienrichtung lt. Studienblatt: Slawistik

Betreuer: Univ.-Prof. Dr. Alois Woldan

Inhaltsverzeichnis

1. Die Pressefreiheit in der Geschichte Russlands	5
1.1 Die Presse (-freiheit) im zaristischen Russland	6
1.2 Die Pressefreiheit in der Sowjetunion	10
1.2.1 Die Funktionen des sowjetischen Pressewesens	16
1.2.2 Die Phase der „Perestrojka“ im sowjetischen Pressewesen	17
1.3 Die freie Presse in der Russischen Föderation von 1993 bis heute	26
2. Das Trennungsgebot für Journalismus in Russland	33
2.1 Gesetzliche Richtlinien	33
2.1.1 Verfassung der Russischen Föderation	35
2.1.2 Internationale Vertragswerke zum Schutz von Menschenrechten in Russland	36
2.1.3 Gesetz „Über die Massenmedien“	39
2.1.4 Änderungen zum NGO-Gesetz (Non-Governmental-Organizations) ...	51
2.2 Berufsethische Richtlinien	54
3. Repressionen gegen Journalisten im heutigen Russland	58
3.1 Definition: Welche Handlungen fallen unter den Begriff „Repression“ und wie verhält es sich damit gegenüber Journalisten?	58
3.2 Die gravierendsten gewalttätigen Übergriffe gegen Journalisten im Untersuchungszeitraum von 2000 bis 2008	77
3.3 Im Speziellen: Die Fälle Igor´ Domnikov, Jurij Ščekočichin, Paul Chlebnikov und Anna Politkovskaja	96
4. Der russische Zeitungsmarkt	115
4.1 Entwicklung und Veränderungen bei den russischen Printmedien seit 2000	115
4.2 <i>Moskovskie Novosti (Московские Новости)</i>	128
4.3 <i>Nezavisimaja Gazeta (Независимая Газета)</i>	143
4.4 <i>Novaja Gazeta (Новая Газета)</i>	156

5. Anhang	170
5.1 Allgemeine Schlussbemerkungen	170
5.2 Заключение	172
5.3. Zusammenfassung	182
5.4. Literaturverzeichnis	184
5.5 Curriculum Vitae	195

Danksagung

Den größten Dank an dieser Stelle möchte ich meinen Eltern widmen, die mich all die Jahre sowohl in menschlicher Hinsicht als auch finanziell unterstützt haben. Ohne sie wäre mein Studium vermutlich wesentlich schwieriger geworden.

Außerdem möchte ich meinem Diplomarbeitsbetreuer Univ. Prof. Dr. Alois Woldan meinen Dank aussprechen, der mir mit einigen guten Ratschlägen behilflich war und mir immer noch die Möglichkeit gegeben hat, einen eigenen Zugang zum Thema zu finden und damit die Arbeit selbständig zu realisieren. Durch seine professionellen Hinweise hat er die Qualität meiner Diplomarbeit gesteigert.

Auch dem Rest des Lehrkörpers auf dem Institut für Slawistik sei gedankt. Der Unterricht bei verschiedenen Professoren hat den Anstoß dazu gegeben, sich diesem Thema mit genauerem Interesse zu widmen.

1. Die Pressefreiheit in der Geschichte Russlands

Die Rolle der Massenkommunikation ist kennzeichnender Ausdruck von Herrschaftsverhältnissen und gestattet direkten Rückschluss auf Charakter, Zustand oder Wandel eines politisch-gesellschaftlichen Systems allgemein. (Koschwitz 1974, 9)¹

Die Medien in Russland haben aufgehört, ein Platz für den Meinungsaustausch und öffentliche Debatten zu sein, für Auseinandersetzungen und Kritik...
Igor´ Jakovenko, Generalsekretär des Russischen Journalistenverbandes (RUJ)²

Unter dem, was im Westen unter den Begriff „Pressefreiheit“ fällt, wird auf dem Territorium der heutigen Russischen Föderation etwas vom westlichen Verständnis Abweichendes verstanden.

Es gibt bereits zahlreiche publizierte Studien zu den Themen Pressefreiheit, Meinungs- und Medienfreiheit, Medienvielfalt usw. in den verschiedensten geschichtlichen Epochen. Von welchem Blickpunkt aus, und unter welchen „Vorzeichen“ all diese wissenschaftlichen Studien die Situation der „Pressefreiheit“ in Russland näher beleuchteten, sie kamen alle zu dem Schluss, dass etwas Anderes unter diesem Begriff verstanden wird, als im Westen. Vor allem im größten Teil des 20. Jahrhunderts, in dem Russland, zusammen mit vierzehn anderen Staaten die Sowjetunion bildete, wich das Verständnis von Pressefreiheit fundamental von dem ab, was im Westen darunter verstanden wurde. Doch wie sieht es seit dem Ende der Sowjetunion, und insbesondere in den letzten Jahren, seit dem offiziellen ökonomischen und politischen „Wiedererstarken“ von Russland, mit einer Freien Presse aus? Ist es tatsächlich so, wie in vielen wissenschaftlichen Publikationen dargestellt wird, dass die Freiheit der Presse – heute mehr denn seit Langem – wieder gefährdet ist? Und wie ist es möglich, dass sich Russland, als europäisches Land, heute auf dem weltweiten Index der Pressefreiheit auf Rang 144 befindet und gleichzeitig eines der wenigen Länder in Europa ist, in denen kritische Journalisten mit Drohungen über Freiheitsentzug bis hin zu tödlichen Übergriffen, leben müssen?³ Diese Fragen sollen in der folgenden Arbeit näher beleuchtet werden.

Um die Entwicklungen, die in den letzten Jahren in Russland stattgefunden haben, besser verstehen zu können, ist es wichtig, dass nicht nur die Geschehnisse um

¹ Schmidt, Thomas: *Russlands Presse im Wandel. Eine medienpolitische und medienökonomische Analyse der Transformation seit der Perestroika*, Diplomarbeit, 1995, 5

² Schreiber, Norbert: *Anna Politkowskaja. Chronik eines angekündigten Mordes*, 2007, 187

³ Laut Reporter ohne Grenzen (ROG), Internationales Ranking der Pressefreiheit 2007, (im Vergleich zu Rang 147 im Jahr 2006), www.rog.at

und gegen die freie Presse und die Printmedien, sondern auch gegen andere Formen der Massenmedien näher dargestellt werden.

Außerdem erscheint es unumgänglich, sich auch mit der (teilweise auch weitläufigeren) Geschichte der Presse in Russland zu beschäftigen, da diese im Wesentlichen auch die Ereignisse, die in den letzten Jahren stattfanden, widerspiegelt. Ohne die geschichtlichen Erfahrungen mit einzubeziehen, scheint es kaum möglich, die Gegenwart und ihre gesellschaftlichen, sozialen oder (medien-)politischen Tendenzen zu verstehen.

1.1 Die Presse (-freiheit) im zaristischen Russland

Wie bereits von Simons und Strovski treffend formuliert, sollte „die Sozialisierung von Journalisten in jeder Kultur, und insbesondere in der russischen, durch die Linse des geschichtlichen Hintergrundes des Landes betrachtet werden“. ⁴ Denn durch die politische Kultur eines Landes werden dessen Prioritäten im politischen Bereich reflektiert und dies wiederum begründet und beeinflusst die Beziehung zwischen den staatlichen Behörden bzw. Autoritäten und dem Volk. Diese Beziehung wird durch die Medien widerspiegelt. Darum kann man auch feststellen, wie es, im Falle von tatsächlicher Zensur oder Selbstzensur der Medien, um die politischen und kulturellen Realitäten der Gesellschaft, bestellt ist.

Wenn man die Geschichte der russischen Medien betrachtet, so zeigt sich, dass journalistische Zensur und Selbstzensur immer bestanden haben. Natürlich ist das nicht nur ein Phänomen, das ausschließlich in der Geschichte Russlands auftritt, was Russland jedoch vom Westen unterscheidet, ist seine tief verwurzelte autoritäre Tradition, die sich bisher durch alle gesellschaftlichen Schichten zog. Diese autoritäre Tradition rührt teilweise auch daher, dass die Menschen in Russland (vor allem in Gebieten weit abseits großer Städte) seit jeher raue Lebensbedingungen zu erdulden hatten, und teils auch heute noch immer erdulden müssen. Dadurch waren sie eher bereit, sich auf einen starken „Herrscher“ zu stützen, als unabhängig zu (über-)leben. Außerdem führte die unendliche Weite Russlands und die häufiger auftretenden „Anfeindungen“ von außen, unweigerlich dazu, eine strenge und strikte hierarchische,

⁴ Simons, Greg / Strovsky, Dmitry: *Censorship in Contemporary Russian Journalism in the Age of the War Against Terrorism*, in: *European Journal of Communication*, Vol. 21, Nr. 2, June 2006, 194

politische Struktur aufzubauen. Dieser „Herrscher“ übernahm dann die Kontrolle und Verantwortung für fast alle Lebensbereiche, und konnte damit wiederum erst recht rechtfertigen, dass nur eine „starke Persönlichkeit“ die Interessen von solch einem riesigen Land und von so vielen Menschen, richtig vertreten konnte.

Auch Choldin argumentiert damit, dass russische Herrscher immer schon eine ambivalente Beziehung zu fremden Ländern und Ideen hatten. Diese hätten zwar westliche Technologie und Know-How bewundert, aber westlichen Werten und Ideen jedoch misstrauisch gegenübergestanden.⁵ Unter diesen Bedingungen entwickelte die Presse ihren etwas eigenen Weg. Anders als im Westen, wo die Presse bereits früh ökonomischem Wettbewerb ausgesetzt war, und die Aufgabe hatte, die Bürger zu informieren, und quasi dem Volk „zu dienen“, hatten die russischen Medien eine andere Aufgabe inne. Sie dienten mehr als politisches Instrument, das vor allem von Peter dem Großen erstmals stark genutzt wurde. Seine Nachfolger setzten diesen „Nutzen“ dann fort. Als die Zeitung *Vedomosti* („Nachrichtenblatt“) 1702 (bis 1727) von Peter gegründet wurde, diente sie als Werbefläche für die Politik des Zaren und seine Vorstellungen vom Staat. Den allgemeinen Interessen der Bevölkerung wurde hingegen kaum Beachtung geschenkt.

Ab 1728 wurden statt einer gemeinsamen Ausgabe von *Vedomosti* zwei verschiedene lokale Ausgaben herausgegeben: die *Peterburgskie Vedomosti* und die *Moskovskie Vedomosti*. Die Zeitung(en) legten den Grundstein für die „russische Art“ des Journalismus, die auch in späteren Epochen charakteristisch bleiben sollte. Gemeint sind damit seine ausgeprägt literarische Natur und seine Ausgeprägtheit, über das nationale kulturelle Leben zu berichten, sowie die Vorliebe, Inhalte eher zu analysieren und zu interpretieren, denn sachlich über Neuigkeiten zu berichten. Außerdem war ein Schwerpunkt der „zaristischen“ Berichterstattung, die Menschen über die politischen, sozialen und kulturellen Entwicklungen in Westeuropa auf den neuesten Stand zu bringen.⁶ Dies betrifft vor allem die Berichterstattung zur Zeit Peters des Großen, der ja bekannt war für seine Vorliebe für Westeuropa.

Diese Redaktionen waren in ihrer Existenz stark abhängig von den staatlichen Behörden, der Inhalt der Zeitungen entsprach fast völlig der „offiziellen Linie“. Die Nachrichten lieferten hauptsächlich einseitige Analysen zur politischen Situation,

⁵ Choldin, Marianna: *A Fence Around The Empire. Russian Censorship Of Western Ideas Under The Tsars*, 1985, 1

⁶ Simons, G. / Strovsky, D.: *Censorship in Contemporary Russian Journalism in the Age of the War Against Terrorism*, 2006, 196

wichen kaum von der „redaktionellen“ Linie ab, und lieferten wenig Ansatzpunkte für kritische, politische Diskussionen oder andere, nicht offizielle, Meinungen.

Üblicherweise bestehen die fundamentalen Prinzipien für Journalisten⁷ unter anderem aus der Verpflichtung zur unabhängigen, wahrhaftigen Berichterstattung, und dass diese auf jegliche Art von PR, darunter die politische Werbung, verzichten. So lautet zumindest der moderne journalistische Standard, und auch wenn diese Prinzipien in westlichen Medien ebenfalls nicht immer galten und vielleicht auch heute noch teilweise „kranken“, so hat Russland in dieser Hinsicht schon früh einen etwas anderen Weg eingeschlagen.

Im vorrevolutionären Russland wurde der öffentliche Journalismus ersetzt durch eine Art von journalistischer Kreativität, deren Ursprung auf Peter den Großen zurückzuführen ist, und deren Zweck es war, die Menschen für das politische Geschehen im Land zu begeistern. Dabei wurde die russische Politik in positiverem Licht dargestellt, als die Politik anderer Länder. Auch wenn sich die überwiegende Mehrheit des Pressewesens loyal zur herrschenden Elite zeigte, so soll dies nicht heißen, dass es keine „oppositionellen“ Presseerzeugnisse gegeben hat. Zeitungen wie *Vestnik Evropy* („Der Bote Europas“) oder *Otečestvennyye Zapiski* („Vaterländische Notizen“), die von russischen Liberalen Anfang des 19. Jahrhunderts gegründet wurden, boten auch ernst zu nehmende Diskussionen zu politischen und sozialen Themen. Zeitungen wie diese wurden jedoch nur von einem kleinen Teil der russischen Bevölkerung gelesen und repräsentierten daher nur marginal die russische Öffentlichkeit. Vladimir Pozner bemerkt dazu:

Sometime around the last quarter of the eighteenth century in Russia, a tradition was born and continued to develop, that a writer either fought the system or served it. (The revolution of 1917 did not change this tradition.)⁸

Bis 1804 wurde das Pressegesetz durch eine Reihe verschiedener Gesetze geregelt. Im Jahr 1804 wurde dann ein spezielles Gesetz erlassen, das die bisherigen Medienrechte bündelte. Im Jahre 1826 machte ein neues Dokument, genannt das „eiserne Gesetz“⁹, Furore, das kurz darauf erlassen wurde, und inhaltlich ungefähr fünf mal länger war als sein Vorgänger. Etwa zeitgleich wurde ein „Oberstes Zensur-Komitee“ eingerichtet,

⁷ Präambel für Journalisten, Netzwerk Recherche, www.n-ost.de/cms/images/nr-dokuhh07.pdf, 4

⁸ Simons, G. / Strovsky, D.: *Censorship in Contemporary Russian Journalism in the Age of the War Against Terrorism*, 2006, 197

⁹ Simons, G. / Strovsky, D.: *Censorship in Contemporary Russian Journalism in the Age of the War Against Terrorism*; 2006, 197

welches das Ziel hatte, die Inhalte der veröffentlichten Presse zu kontrollieren und unter deren Aufgabenbereich auch fiel, notfalls Journalisten zu bestrafen, Zeitungsausgaben zu konfiszieren oder Redakteure zu entlassen, falls jemand gegen die Auflagen des Gesetzes verstieß.

Die Zensurbehörde war Teil des Bildungsministeriums, bis sie 1862 als Teil des Ministeriums für innere Angelegenheiten übergang. Zu diesem Zeitpunkt trug das Komitee den Namen *Glavnoe Upravlenie Censury* (zu dt.: „Hauptzensurbehörde“), bis 1865 das Wort 'Zensur' aus dem Namen entfernt wurde, und es sich von nun an um die „Hauptbehörde für Pressefragen“ handelte.¹⁰

So war es auch nach mehrmaligem Wechsel der Behörden-Bezeichnung notwendig, dass alle Zeitungen und Publikationen von einer Behörde geprüft wurden, bevor sie in Druck gehen konnten. Ziel war es, jegliche Form von Kritik an der Monarchie und dem Herrscher zu verhindern, bevor sie an die Öffentlichkeit dringt. Unter diesen Umständen kam es nicht allzu oft vor, dass Kritik am „System“ geäußert wurde, wenn aber doch, so wurde sie, unter dem Vorwurf, Verleumdung und Blasphemie zu betreiben, zurückgewiesen.¹¹

Während man in Westeuropa seit dem Ende des 18. Jahrhunderts die Zensur nach und nach aufgehoben wurde – der Anfang vom Ende der Zensur begann mit der Französischen Revolution von 1789 – entwickelte sich Russland in dieser Hinsicht in eine eigene Richtung. Auch wenn sich für einige Publikationen, wie Bulletins von Universitäten und anderen wissenschaftlichen Einrichtungen, ab 1865 eine „Lockerung“ der Zensur abzeichnete, so blieben die meisten „Massenmedien“, sofern man zu dieser Zeit von Massenmedien sprechen kann, unter staatlicher Aufsicht. Dies galt nicht nur für Tageszeitungen, sondern auch für Illustrierte oder andere satirische Periodika, und vor allem für die provinzielle Presse, die vom besonderen Wohlwollen der Provinzgouverneure abhängig waren.¹²

Diese Maßnahmen zielten auf die Aufrechterhaltung hierarchischer Strukturen ab. Dabei erwies sich die Zensur der Presse, und somit auch der öffentlichen Meinung, als wichtige Stütze in diesem System. Obwohl sich auch einige seiner Vorgänger dem Pressewesen gegenüber bereits liberaler als früher verhielten, so sprach sich erst der

¹⁰ Choldin, Marianna. T.: *A Fence Around The Empire* 1985, 29

¹¹ Simons, G. / Strovsky, D.: *Censorship in Contemporary Russian Journalism in the Age of the War Against Terrorism*; 2006, 198

¹² Simons, G. / Strovsky, D.: *Censorship in Contemporary Russian Journalism in the Age of the War Against Terrorism*; 2006, 198

letzte Zar, Nikolaj II, erstmals für die völlige Aufhebung der Zensur aus.¹³ Endgültig wurde sie dann erst im Zuge der Revolution 1905 abgeschafft. Die Revolution und das Oktobermanifest des Zaren förderten das Zeitungswesen. Schließlich gewährte das Manifest die „Freiheit des Gewissens und der Rede“. So entstanden bis 1909 im Zarenreich 854 Zeitungen, 1913 waren es sogar 920. So konnte 1912 in St. Petersburg erstmals legal die *Pravda* erscheinen, bevor sie später zum offiziellen Organ der ZK der KPdSU umgewandelt wurde.¹⁴ Mit dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs in Russland verschärfte sich die Situation für die Presse aber wieder. So wurden etliche Zeitungen verboten, unter anderem 1913 die *Pravda*. Trotz der Unterdrückung der Presse durch den Staat existierten aber auch andere Möglichkeiten, an unzensierte Blätter zu kommen. So gab es, vor allem für Angehörige der Aristokratie, die Möglichkeit zu reisen, und infolgedessen wurden auch immer wieder russische Exilzeitungen nach Russland geschmuggelt. Außerdem wurden bis zur und nach der Revolution von 1905 illegal gedruckte Flugblätter und Zeitungen wichtiger Bestandteil der Presse.

In der Zeit zwischen den Revolutionen von 1905 und 1917 war die russische Sozialdemokratie auf dem Vormarsch, deren Vertreter und Befürworter sehr oft aus dem Tätigkeitsbereich der Journalisten, Publizisten und Redakteuren kam. Und auch Lenin, der sich zu diesem Zeitpunkt im Exil aufhielt, trat ursprünglich für das Recht auf freie Meinungs-, Gedanken- und Redefreiheit ein. Erst später betrachtete er die Presse nicht mehr bloß als Medium der Information, sondern als einzigartiges politisches Instrument zur Manipulation.

1.2 Die Pressefreiheit in der Sowjetunion

Bereits in seiner Emigration Anfang des 20. Jahrhunderts formulierte Lenin, der gemeinsam mit den Bolschewiki, zum Begründer der neuen sowjetischen Staatsform wurde, seine Theorien zur „Presse neuen Typs“, gemeinsam mit der „Partei neuen Typs“.¹⁵ Ursprünglich galten die Richtlinien zum Pressewesen nur für das erste Organ der (zu Beginn illegalen) russischen sozialdemokratischen Partei, *Iskra* (Funke). Nach der Machtübernahme der Bolschewiki 1917 wurden diese Leitlinien auf die gesamte

¹³ Simons, G. / Strovsky, D.: *Censorship in Contemporary Russian Journalism in the Age of the War Against Terrorism*, 2006, 198

¹⁴ Roth, Paul: *SOW-INFORM. Nachrichtenwesen und Informationspolitik der Sowjetunion*, 1980, 19

¹⁵ Roth, P.: *SOW-INFORM*, 1980, 27

sowjetische Presse ausgeweitet, und blieben, wenn auch im Laufe der Zeit immer wieder abgeändert, verbindende Norm bis zum Ende der Sowjetunion.

Lenin berief sich bei seinen Thesen zum Pressewesen auf die Theorien von Karl Marx, und wandelte diese, im Sinne des Kommunismus, ab. Während Marx der Presse noch eine Art von Eigengesetzlichkeit zugestand, so unterwarf Lenin sie dem politischen Programm und nutzte sie zur Machtgewinnung und zum Herrschaftserhalt. Aus Lenins Sichtweise war die bürgerliche Presse, wie sie sich in Westeuropa entwickelt hatte, eine „Säule der Ausbeutergesellschaft, die vernichtet werden musste“.¹⁶ Ursprünglich bestand die Forderung nach Freiheit von Wort und Presse auch im Programm der russischen Sozialdemokratie zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Diese Forderung wurde solange aufrechterhalten, solange sie der Revolution diene. Nach der Machtübernahme wurde jedoch nicht nur das zaristische Pressewesen zerschlagen, sondern auch das Verbot von Presseergebnissen anderer sozialistischer Parteien eingeführt, das Fraktionsbildungen im eigenen Lager ausschließen sollte, denn Lenin war sich bewusst, dass die Pressefreiheit die „Vollendung“ der Revolution hätte gefährden können.

Das Pressedekret vom 9. November 1917, das ursprünglich nur als provisorische Maßnahme gedacht war, verbot endgültig die „konterrevolutionäre Presse der verschiedenen Richtungen“.¹⁷ Mit Bedacht wurden von der Regierung daraufhin typographische Einrichtungen und Papiervorräte konfisziert, und außerdem ein staatliches Anzeigenmonopol eingeführt.¹⁸ Die Verfassung der RSFSR von 1918 schrieb die Gebundenheit der sowjetischen Presse an die Arbeiterklasse fest.¹⁹ Die Partei sicherte sich somit das Meinungs- und Informationsmonopol, das mit dem Herrschaftserhalt einhergeht. Man kann davon ausgehen, dass sich eine derart restriktive Ordnung erst aufgrund der nicht existenten liberalen Freiheit im zaristischen Russland, durchsetzen konnte.

Lenin formulierte in seiner „Mediendoktrin“, auf die sich der sowjetische Journalismus bis zum Ende seines Bestehens berief, vier wichtige Prinzipien,²⁰ welche lauteten: Parteilichkeit („partijnost“, „idejnost“), Wahrhaftigkeit und Objektivität („pravdivost“, „ob`ektivnost“), Volksverbundenheit und Massencharakter

¹⁶ Roth, P.: *SOW-INFORM*, 1980, 30

¹⁷ Roth, P.: *Die kommandierte öffentliche Meinung. Sowjetische Medienpolitik*, 1982, 40

¹⁸ Vgl. Schmidt, T.: *Russlands Presse im Wandel*; 1995, 12

¹⁹ Roth, P.: *Die kommandierte öffentliche Meinung*,; 1982, 40

²⁰ McNair, Brian: *Glasnost, Perestroika and the Soviet Media*, 1991, 19

(„massovost“, „narodnost“), sowie Offenheit / Transparenz („otkrytost“, „glasnost“). Die Presse wurde, auch mit Hilfe dieser Prinzipien, stärker an den Staat gebunden. Unter „glasnost“, ein Begriff, der später unter Gorbačev als „Transparenz, Öffentlichkeit“ innerhalb des sozialistischen Systems bekannt wurde, verstand man zu Beginn vor allem die Offenheit gegenüber positiven Eigenschaften und Errungenschaften der sowjetischen Gesellschaft. Kritik durfte allerdings keine sozialistischen bzw. kommunistischen Grundsätze in Frage stellen, sondern sollte dem System immer auf konstruktive Weise dienen.

Vor allem die „partijnost“, also die Parteilichkeit, stellte immer den fundamentalsten Unterschied zwischen „sowjetischem“ und westlich-geprägtem Journalismus dar.

Schließlich mündete die unter Lenin begonnene Verdrängung jeglicher Individualität im Pressewesen, unter Stalin geradewegs in die Diktatur. Die von Stalin verankerte sowjetische Verfassung von 1936 sah Meinungs- oder Pressefreiheit nicht mehr als individuelles, sondern nur noch als kollektives Grundrecht innerhalb der sozialistischen Ordnung. Während sich Marx noch vorwiegend an Tatsachen orientierte, so vollzogen Lenin und so zementierte Stalin endgültig den Übergang zu Prinzipien, denen die Tatsachen untergeordnet waren.²¹ Nachdem seine Macht gefestigt war, verlor der Journalismus unter der Herrschaft Stalins praktisch völlig seine eigentlichen Funktionen. Wer Kritik übte, wurde zum politischen Feind erklärt, und sah meist einer düsteren Zukunft entgegen. Obwohl immer wieder vom Staat auch konstruktive Kritik gefordert wurde, so blieb sie, wenn sie stattfand, äußerst oberflächlich, und stellte nie das System, oder gar die Person Stalin in Frage. Dafür „eignete sich“, wie Stalin fand, die Presse hervorragend dazu, den Kult seiner Person noch mehr zu untermauern. Nebenbei hatte sie noch den Charakter einer Organisations- und Massenmobilisierungsfunktion.

Nach Stalins Tod lag es an dessen Nachfolger, den Staat in fast allen Bereichen zu modernisieren, denn Stalins Terrorregime hatte nicht nur die Entwicklung des Pressewesens weit zurückgeworfen, sondern die Union auch außenpolitisch isoliert und die Industrie vernachlässigt.

Nikita Chruščev läutete ab 1956 schließlich die so genannte „ottepel“ (Tauwetter) – Periode ein. Der Begriff, benannt nach dem gleichnamigen Roman des russischen Schriftstellers Ilja Ėrenburg, bezeichnete eine „kontrollierte

²¹ Schmidt, T.: *Russlands Presse im Wandel*, 1995, 15

Liberalisierung“, die „Entstalinisierung“ und die „Doktrin der friedlichen Koexistenz“, die eine Entspannung der Außenpolitik vorsah. Auch für das Pressewesen und für das künstlerische Leben bedeutete die Tauwetter-Periode eine Entspannung, und Erleichterung. So beinhaltete die Phase immerhin das Ende der Zensur für Auslandskorrespondenten und die Störung westlicher Rundfunksender.²² Die von der Presse unter Stalin stark verbreitete Parteipropaganda wich unter Chruščev einer etwas differenzierten Berichterstattung. Die ihr zugrunde liegende stark ideologisch geprägte Beziehung zwischen Staat, Partei und den Medien blieb aber unverändert.²³ Nichtsdestotrotz nahm Chruščev es sich zur Aufgabe, das Pressewesen zu reformieren, und plädierte:

Es ist unerlässlich, auf den Seiten der Zeitungen die eingerissenen Schablonen und die feststehenden Standardformeln, wenn über alles nach einem einheitlichen Muster geschrieben wird, entschlossen auszumerzen.²⁴

Auch wenn Kritik an Grundsätzlichem, wie eben dem Pressewesen, weiterhin ausgeklammert wurde, so bemerkte man doch, dass sich die Schablonenhaftigkeit in Inhalt und Sprache, sowie die zu verherrlichender Beschönigung neigende Presse, wandelte, und ihre Inhalte auch differenzierter darstellte. Des Weiteren veränderte sich die Berichterstattung über das (westliche) Ausland, und man berichtete nun teilweise auch positiv über Entwicklungen und Ereignisse in Westeuropa oder Amerika. Auch Sprache und Stil zeichneten sich durch Modernisierung aus, im Vergleich zu den vorangegangenen Jahren des Stalin-Kultes. Im Vergleich zur Literatur war die Wandlung aber eher gering. So durfte beispielsweise Ilja Ėrenburg in der *Literaturnaja Gazeta* (Literaturzeitung) auch sein Werk „Tauwetter“ publizieren. Und die *Novy Mir* (Neue Welt) veröffentlichte im Jahr 1964 sogar Werke von Schriftstellern wie Ėrenburg, Nekrasov oder Solženicyn, obwohl diese von Chruščev zuvor noch kritisiert wurden.

Nachdem Chruščev allerdings im Herbst 1964 zum Rücktritt gezwungen wurde, wurde Leonid Brežnev zum neuen Generalsekretär der KPdSU gewählt. Sogleich wurden die Leiter der führenden Zeitungen ausgewechselt, die zu Chruščev eine eher „enge Bindung“ gepflegt hatten. Der Chefredakteur der Parteizeitung *Pravda* wurde ersetzt, sowie der Chefredakteur des Regierungsblattes *Izvestija* (Nachrichten), und der Vorsitzende des staatlichen Komitees für Rundfunk und Fernsehen.

²² Roth, P.: *Die kommandierte öffentliche Meinung*, 1982, 181

²³ Schmidt, T.: *Russlands Presse im Wandel*, 1995, 16

²⁴ *Sovetskaja Pečat*“, Jg. 1956, Nr. 5, 52; in: Koschwitz, H.: *Pressepolitik und Partejournalismus in der UdSSR und der Volksrepublik China*, 1971, 43

Sichtbarstes Zeichen für eine Revision des vorangegangenen Kurses war aber die Veränderung des Schreibstils, der sich in den Publikationen bemerkbar macht, sowie, dass sich das Pressewesen, aber auch nunmehr Rundfunk und Fernsehen, wieder eingehend den Problemen des Parteaufbaus, der Wirtschaft, der Kultur und der kommunistischen „Volkserziehung“ widmeten, wie auf dem XXIII. Parteitag der KPdSU verlautbart wurde. Langsam wurden die Errungenschaften der Modernisierung zur Zeit der „Tauwetter“- Periode wieder rückgängig gemacht. Schließlich trat 1966 eine Verschärfung des Strafrechts in Kraft. Daraufhin wurden Dutzende Schriftsteller verhaftet und aufgrund der berüchtigten Artikel 70 und Artikel 190/1 des Strafgesetzbuches der RSFSR („Agitation und Propaganda, die mit dem Ziel der Untergrabung oder Schwächung der Sowjetmacht betrieben werden“ bzw. die „Verbreitung verleumderischer Schriften“) verurteilt. Außerdem wurden oppositionelle Schriftsteller und Journalisten in den folgenden Jahren, und in den gesamten 70er Jahren hindurch immer wieder in psychiatrische Anstalten eingewiesen, eine Methode, die bereits unter Stalin weit „verbreitet“ war.

Verstärkt wurde diese Tendenz durch die Intervention in der Tschechoslowakei vom Frühjahr 1968. Nach diesen Ereignissen unternahm die sowjetische Parteiführung Schritte, die eine ähnliche Entwicklung in der UdSSR verhindern sollten. Dazu gehörte auch eine strengere Kontrolle der Presse. Kritische Berichte wurden entfernt bzw. erschienen nicht mehr, Kritik fiel, wenn überhaupt, nur „positiv“ aus. Des Weiteren wurde die Provinzpresse wieder stärkerer Überwachung und Lenkung durch lokale Parteivertreter unterworfen. Nichtsdestotrotz wurde das „individuelle Abonnement“ gefördert. Die Zeitungsauflagen stiegen stark an, nur gebremst vom ständigen Papiermangel. 1978 erschienen auf dem Territorium der UdSSR 7301 Zeitungen (ohne Kolchoszeitungen), mit einer Jahresgesamtauflage von 38,64 Milliarden Exemplaren (dies entsprach mehr als dem Doppelten gegenüber 1964).²⁵ Rund 80 % der Zeitungsauflagen erschienen in russischer Sprache. Alle Medien, auch Rundfunk und Fernsehen wurden, auf Direktive „von oben“ angehalten, mehr Informationen zu bringen. Nur die Art und der Inhalt der Informationen unterschieden sich vom Inhalt eines Jahrzehnts zuvor. Wieder standen die Stärkung der Partei und damit der Aufbau und Erhalt der Sowjetunion (damit verbunden die Verbreitung des Kommunismus) an vorderster Front der Berichterstattung. Erneut waren die

²⁵ Koschwitz, H.: *Pressepolitik und Partejournalismus in der UdSSR und der Volksrepublik China*, 1971, 83 ff

„Volkserziehung“ sowie die Wichtigkeit der Arbeiter und der Industrie an oberster Stelle der behandelten Themen in der Presse, zu finden. Vor Allem aber die Ideologie sollte wieder in den Vordergrund gerückt werden.

Nach dem Tod Brežnevs im Herbst 1982 wurde Jurij Andropov zu dessen Nachfolger als Generalsekretär der KP gewählt. Dieser hatte Pläne für umfassende Reformen, sowohl in der Innen- als auch Außenpolitik, darunter die Schaffung von mehr Demokratie innerhalb des sozialistischen Systems, sowie eine transparentere und kritischere Berichterstattung der Medien, von denen viele aber nicht mehr realisiert werden konnten, weil Andropov bereits im Februar 1984 verstarb. Daraufhin übernahm Konstantin Černenko das Amt des Generalsekretärs der KPdSU, der für eine eher „perspektivenlose“ Politik bekannt wurde, und keine weit reichenden Veränderungen durchführen konnte, da er bereits nach 13-monatiger Amtszeit im März 1985 verstarb.

Mit dem letzten Generalsekretär der UdSSR, Michail Gorbatschow, trat erstmals eine völlig neue Medienpolitik zu Tage. Bereits in seiner Rede auf dem XXVII. Parteitag im Februar 1986, erklärte Gorbatschow, dass das Pressewesen reformiert werden, (*„Ich möchte betonen, dass die Presse die Menschen einen und mobilisieren soll...“*²⁶), doch weiterhin der sozialistischen Ideologie „dienen“ sollte. Gorbatschows Reformkonzeption der Medien zeichnet ein etwas widersprüchliches Bild. Einerseits sollten die Massenmedien in Wechselwirkung zur Politik bestehen und nicht nur „Befehlsempfänger“ sein, andererseits wird aber auch auf die weitere Vormachtstellung der Partei hingewiesen. Was westliche Beobachter schnell falsch interpretierten, nämlich, dass „Glasnost“ (Offenheit, Transparenz) als Synonym für Meinungs-, Rede- oder Pressefreiheit nach westlichem Vorbild zu verstehen war, war in Wirklichkeit eher der Versuch, eine „von oben initiierte und kontrollierte Offenheit, aber keine Öffentlichkeit, im System herzustellen.“²⁷ Das eigentliche Ziel der neuen, offeneren Kommunikationsordnung sollte nämlich die Unterstützung der Bevölkerungsmassen für die dringend notwendigen ökonomischen Reformen sein.

²⁶ Steinsdorff, Silvia von: *Russland auf dem Weg zur Meinungsfreiheit. Die Pluralisierung der russischen Presse zwischen 1985 und 1993*, 1994

²⁷ Schmidt, T.: *Russlands Presse im Wandel*, 1995, 28

1.2.1 Die Funktionen des sowjetischen Pressewesens

Für die Schaffung eines einheitlichen kommunistischen Pressewesens war entscheidend, dass sich in Russland nie ein, vom Staat unabhängiges, Pressewesen etabliert hatte, wie das in weiten Teilen Westeuropas der Fall war. Das „Diktat von oben“ ging vom zaristischen Russland direkt und ohne Unterbrechung ins bolschewistische / kommunistische Diktat über. Nach der endgültigen Konsolidierung der Kommunistischen Partei wurden bis 1921 die letzten verbliebenen Privatverlage eingestellt. Das Recht auf Herausgabe von Periodika erhielten fortan die Kommunistische Partei, der Oberste Sowjet, die Regierung, der kommunistische Jugendverband Komsomol, die Leitungsgremien der Gewerkschaften, einige gesellschaftliche und genossenschaftliche Organisationen, Berufsverbände, die Akademie der Wissenschaft, sowie andere wissenschaftliche Gesellschaften.²⁸

Im Pressewesen, wie auch im politischen System generell, kristallisierte sich aufgrund der zentralen Lenkung ein hierarchisches Modell heraus, an dessen Spitze sich *Pravda* (Wahrheit), die Zeitung des Zentralkomitees der KPdSU, befand. *Izvestija* (Nachrichten) war das offizielle Organ der Regierung, *Trud* (Arbeit) das Zentralorgan der Unionsgewerkschaften. Auf der Rangordnung darunter befanden sich Republikzeitungen wie *Sovetskaja Rossija* (Sowjetrussland) oder *Pravda Ukrainy* (Wahrheit der Ukraine). Dementsprechend darunter folgten Regions-, Gebiets- oder Kreiszeitungen.²⁹ Im Unterschied zu den periodischen Erzeugnissen in den marktwirtschaftlich orientierten Ländern, standen die Presseerzeugnisse im sozialistischen System nicht in Konkurrenz zueinander. Sie erfüllten eher die jeweilige, ihnen zugeteilte, politische Funktion. So hatte nach Koschwitz die sowjetische Presse folgende ideologisch-politische Funktionen zu erfüllen: 1. Erziehung, 2. Information / Belehrung, 3. Mobilisierung / Organisation der Leserschaft.³⁰

Um den Medienapparat zu kontrollieren, wurden von der KPdSU Lizenzen und Subventionen vergeben. Außerdem konnte das Propagandaressort Zeitungen schließen oder neu gründen und setzte sowohl Auflagenhöhe als auch Preis einer jeder Publikation fest. Chefredakteure und andere leitende Stellen des jeweiligen Mediums wurden üblicherweise ebenfalls von der Partei, dem Politbüro oder dem Sekretariat des ZK besetzt. Zusätzlich differenzierte die Berufsausbildung von Journalisten stark von

²⁸ Schmidt, T.: *Russlands Presse im Wandel*, 1995, 19

²⁹ Schmidt, T.: *Russlands Presse im Wandel*, 1995, 20

³⁰ Koschwitz, H.: *Pressepolitik und Parteijournalismus*, 1971, 86

jener westeuropäischen Standards. So legte auch das Politbüro fest, wie der journalistische Lehrgang für publizistische Studien an den Universitäten „aussehen hatte“. Und so wundert es nicht, dass *Pravda*, das Aushängeschild der sowjetischen Presse, als Instrument der Regierungspolitik diente, das eher offiziellen Verlautbarungen nahe kam, denn investigativem Journalismus. Für zusätzliche Kontrolle sorgten, neben der Selbstzensur, die Zensoren, die in jeder Redaktion vertreten waren, und für die „Glavlit“, die „Hauptverwaltung des staatlichen Komitees für Pressewesen beim Ministerrat der UdSSR für den Schutz von Staatsgeheimnissen in der Presse“, tätig waren. Diese Zensoren gingen dabei anhand eigener Verbotslisten vor.³¹

Als Reaktion auf die offizielle Presse mit ihrer stark einseitigen Berichterstattung, entstand im Untergrund eine eigene, illegale Publizistik. Der „Samizdat“ (wörtlich: „Selbstverlag“), hatte seinen Ursprung bereits im zaristischen Russland, und erlebte seine „Renaissance“ mit dem Entstehen der Dissidenten-Bewegung unter Brežnev. Inhaltlich reichte das Spektrum der Untergrundliteratur, dessen bekannteste Publizistik die „*Chronika Tekuščich Sobytij*“ (zu dt.: „Chronik der laufenden Ereignisse“) war, von Dokumentationen von Menschenrechtsverletzungen bis zur Literatur von verbotenen Autoren. Hauptsächlich wurden die Samizdat-Schriften von der Intelligencija verfasst und verbreitet, teilweise waren sie auch in der politischen Führung bekannt, erreichten aber nie eine größere Masse.

1.2.2 Die Phase der „Perestrojka“ im sowjetischen Pressewesen

Der Begriff „*perestrojka*“ bedeutet wörtlich übersetzt „Umbau“, und bezeichnete im Wesentlichen die Reformpolitik Michail Gorbachëvs im Laufe dessen Amtszeit. Während die Modernisierungen im sowjetischen Pressewesen teilweise unbeobachtet realisiert wurden, bezeichnete der Reaktorunfall im ukrainischen Černobyl´ am 26. April 1986 einen bedeutsamen Wandel in der sowjetischen Informationspolitik. Ursprünglich folgte die Berichterstattung über die Katastrophe dem traditionellen

³¹ Schmidt, T.: *Russlands Presse im Wandel*, 1995, 22

sowjetischen Nachrichten-Schema für Krisenfälle³², das auch die Dringlichkeits-Prioritäten der Regierung widerspiegelte:

1. Das Ereignis wird anfangs nicht veröffentlicht, zuerst werden alle Fakten gesammelt und politische Optionen erwogen;
2. Die reflexartige Beschuldigung westlicher Medien, die das Ziel hatten, „antisowjetische Hysterie“ zu erzeugen;
3. Erste Erklärungen vom Geschehnis mit Beschwichtigungen und knappen Anhaltspunkten;
4. Die Aufrechterhaltung der offiziellen Version inklusive öffentlicher Erklärung des Staatsoberhauptes;
5. Der Rückgang rhetorischer Erklärungen, und
6. Die Konstruktion von Rechtfertigungen der Ereignisse.

Bekanntlich berichtete die Nachrichtenagentur TASS erstmals am Abend des 28. April, also zwei Tage nach dem Unglück, mit einer Kurzmeldung ohne nähere Informationen über Schäden, Opfer oder Hilfsmaßnahmen zu nennen, über den Reaktorunfall, zu einer Zeit in der Experten in Schweden bereits eine ungewöhnlich hohe radioaktive Strahlung gemessen hatten.

Nachdem am Tag darauf die Meldung von anderen (Print-) Medien aufgegriffen wurde, prasselten wahre Nachrichtenfluten von westlichen Rundfunksendern auf die sowjetische Radio-Hörerschaft ein.

Am 29. April wurde erstmals in der *Izvestija*, dem Organ der Regierung, über den Vorfall berichtet, in der Parteizeitung *Pravda* erstmals am 30. April. Alle Artikel, die innerhalb der ersten Woche nach dem Unglück in der sowjetischen Presse erschienen, waren inhaltlich allerdings eher dürftig und in den Zeitungen meist schlecht platziert. Nachdem aber am 3. Mai das Feuer im Atomreaktor gelöscht war, übertrug das Fernsehen erstmals Bilder vom Kraftwerk. Innerhalb der zweiten Woche nach der Explosion stieg die Berichterstattung von 17 Berichten in der nationalen Presse während der ersten Woche, auf 185 Berichte in der zweiten und immer noch 181 Berichten in der dritten Woche, an.³³

Eine erste offizielle Stellungnahme von Gorbatschow im Fernsehen erfolgte am 14. Mai, also knapp drei Wochen nach der Reaktorexlosion. Obwohl der Rede kaum Neuigkeiten zu entnehmen waren, so war es doch ein Novum, dass sich der Generalsekretär öffentlich und live zu dem Vorfall äußerte. Die Stellungnahme enthielt dann auch noch Angaben über Verletzte und Opfer, und Lob für westliche Helfer, etc.

³² Young, Marilyn / Launer, Michael: *Redefining Glasnost In The Soviet Media: The Recontextualization Of Chernobyl*, Journal of Communication 41, 1991; 102-124

³³ Young, Marilyn / Launer, Michael: *Redefining Glasnost In The Soviet Media*, 1991; 108

Diese Anzeichen deuteten eine erste notwendig gewordene Liberalisierung der Medien an. Nach der Katastrophe von Černobyl´ vollzog sich langsam ein Wandel dahingehend, dass über später stattfindende Ereignisse, wie der Untergang eines sowjetischen U-Bootes im Atlantik 1989, innerhalb von 24 Stunden berichtet wurde.

Nach den Ereignissen von 1986 tauchte in den Printmedien auch erstmals weniger oberflächliche, sondern bereits in die Tiefe gehende Kritik auf. Erstmals wurden Tabuthemen, wie Fehler in der Außenpolitik, die „Stagnation“ zur Zeit Brežnevs, Privilegien der Parteionomenklatur, Kriminalität, Geheimdienste, etc. öffentlich kritisiert. Schließlich erkannten die Vertreter der Presse, dass sie über etwas mehr Macht verfügten, als Rundfunk- und Fernsehen und wagten daher die offenere Kritik, auch wenn die Grundprinzipien des sozialistischen Systems weiterhin nicht in Frage gestellt wurden.

Eine besondere Rolle in dieser Zeit spielten die Wochenzeitungen *Ogonek* (Feuer) und *Moskovskie Novosti*³⁴ (Moscow News), welche in einem späteren Kapitel noch ausführlicher behandelt wird. Als 1986 Egor Jakovlev Chefredakteur der *Moskovskie Novosti* wurde, löste sie innerhalb kürzester Zeit einen wahren Leserboom aus. Erstmals wurden in einer (Wochen-) Zeitung kritische Reportagen mit reformorientiertem Hintergrund veröffentlicht, die nicht der bloßen Propaganda dienten. Eine 1989 durchgeführte Inhaltsanalyse³⁵ von *Moskovskie Novosti* zeigte, dass, gegenüber dem gleichen Zeitraum von 1982, die Anzahl an negativen Nachrichten zugenommen hatte und die Berichterstattung stilistisch mehr Kontroversen bot. Die russischsprachige Ausgabe der *Moskovskie Novosti* (MN) erreichte Anfang 1991 eine Auflage von 2 Millionen³⁶, was einer Auflage von 165.000 Exemplaren im Jahr 1982, gegenüberstand. Nachdem aber im Laufe des Jahres 1991 die Preise stark anstiegen, klang dieser Aufschwung fast ebenso schnell wieder ab.

Ein weiterer Grund für die verstärkte Offenheit in den Printmedien war die Reduktion der zensurierten Themen. In einem Interview³⁷ mit der Tageszeitung *Izvestija* erklärte der Leiter der Zensurbehörde Glavlit (Abkürzung für *Glavnoe*

³⁴ *Moskovskie Novosti* wurde ursprünglich schon 1930 gegründet und war als sowjetische Propagandazeitung für Ausländer gedacht. Sie erschien zuerst nur auf Englisch (Moscow News), später auch auf Deutsch, Französisch und anderen Sprachen. Die Zeitung wurde 1949 eingestellt, und ab 1955 wieder gedruckt. Die erste russischsprachige Ausgabe erschien erst kurz vor den Olympischen Spielen 1980. (Anm. d. Verf.)

³⁵ Schmidt, T.: *Russlands Presse im Wandel*, 1995, 35

³⁶ Schmidt, T.: *Russlands Presse im Wandel*, 1995, 35

³⁷ Vgl. *Izvestija*, 3. November 1988 (Interview mit dem Leiter von Glavlit, Vladimir Boldyrev), in: Schmidt, T.: *Russlands Presse im Wandel*, 1995, 37

Upravlenie po delam Literaturny i Izdatel'stv v sisteme Narodnogo Komissariata Prosveščeniya RSFSR, zu dt.: Hauptverwaltung für Angelegenheiten zu Literatur und Verlag in der Einrichtung des Volkskommissariats für Bildung der Russländischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik), Vladimir Boldyrev, dass sich die Liste der „verbotenen“ Themen im Jahr 1988 auf ein Drittel reduziert hätte. Die Medienliberalisierung wurde zusätzlich dadurch gefördert, dass Ende der 80er Jahre bereits viele westliche Zeitungen in Russland, insbesondere in Moskau, erhältlich waren. Nichtsdestotrotz blieb die Zensur generell erhalten.

Am 14. März 1990 wurde schließlich, nicht ganz ohne Widerstand innerhalb der Partei selbst, das „Führungs- und Erkenntnismonopol der Kommunistischen Partei“ aus der Präambel der Verfassung gestrichen. Des Weiteren wurden die Verfassungsartikel 6 und 7 geändert, womit die Auflage, dass alle Äußerungen des gesellschaftlichen Lebens an den ideologischen Prinzipien der politischen Führung auszurichten sind, abgeschafft wurde.³⁸ Durch das „Gesetz der UdSSR über die Presse und andere Masseninformativsmittel“ wurde auch das Dekret Lenins aus dem Jahr 1917 endgültig abgeschafft, welches besagte, dass die Aufhebung der Pressefreiheit als „vorübergehende Maßnahme“ dienen sollte. Dies bedeutete aber nicht, dass die „schwarzen Listen“ der Glavlit verschwanden, sondern zu „schwarzen Listen“ der GUOT (der Nachfolgeorganisation der Glavlit, Abk. für *Glavnoe Upravlenie po Ochrane Gosudarstvennych Tajn v pečati i drugich sredstvach massovoj informacii*, zu dt.: Hauptverwaltung zum Schutz von Staatsgeheimnissen in Presse und anderen Mitteln der Masseninformativsmittel) umgewandelt wurden. Bis 1990 war es üblich, dass Presseorgane nicht (oder nur selten) gegen die von der Behörde auferlegten „Tabuthemen“ verstießen, ab 1990/91 war es eher üblich, dass eine Zeitung, die nicht dem Rat der GUOT folgte, mit strafrechtlichen Folgen zu rechnen hatte. Dies führte dazu, dass am Beginn der 90er Jahre auf viele Presseorgane (viele waren, durch die erstmals erlaubte Privatgründung von Medien, gerade erst neu entstanden), eine Flut von Verleumdungsklagen zukam, die oft den finanziellen Bankrott und damit die Einstellung des Zeitungsverlages zur Folge hatte. Der Grund für diese Entwicklung liegt in der weitläufigen Auslegung der Begriffe „Ehre“, „Ruf“ oder „Reputation“, in „Verbindung mit einer allgemein hohen Empfindlichkeit gegenüber Kritik“³⁹.

³⁸ Gladkov, Sabine A.: *Macht und Ohnmacht der „vierten Gewalt“*, 2001, 51

³⁹ Gladkov, S.: *Macht und Ohnmacht der „vierten Gewalt“*, 2001, 54

Die gerade erst neu gegründeten Medien (zu diesem Zeitpunkt ausschließlich Zeitungen und Zeitschriften) wurden bereits 1991 und 1992 noch durch andere Faktoren in ihrer Existenz bedroht. Aufgrund des neuen „Zeitungsbooms“ gab es innerhalb kürzester Zeit eine hohe Anzahl an Printmedien, die verschiedenste Interessens- oder Berufsgruppen ansprachen. Durch die fast zeitgleich rasant ansteigenden Kosten für Zeitungspapier (gerade „kritische“ Medien waren den Preisdiktaten der noch immer staatlichen Druckereien ausgeliefert), sowie der immer teurer werdenden Distribution, flaute der Boom ziemlich rasch wieder ab. Allein von 1990 auf 1991 stiegen die Durchschnittspreise für ein Zeitungsabonnement um das Doppelte, von 1991 bis 1993 sogar um das 90fache.⁴⁰ Der Großteil der Menschen in der Sowjetunion konnte sich, aufgrund der hohen Inflation und der damit verbundenen generellen Teuerung, ein Zeitungsabonnement mit dem üblichen Mindestverdienst nicht mehr leisten.

Im August 1991 kam es dann zu einem Putschversuch, bei dem das „Staatliche Komitee für den Ausnahmezustand“ veranlasste, dass Michail Gorbatschow während seines Urlaubs verhaftet wurde und daraufhin versuchte, eine Machtübernahme einzuleiten. Am 19. August 1991 wurden alle, bis auf acht, im „Besitz“ der Kommunistischen Partei befindlichen, Zeitungen geschlossen und ihr Erscheinen verboten.⁴¹ Die Putschisten hatten jedoch nicht mit dem schnellen Widerstand der Zeitungen gerechnet. Viele Redaktionen wichen mit Teilen ihrer Redaktionsausstattung umgehend auf die Moskauer Umgebung aus, und schmuggelten ihre Publikationen wieder zurück in die Hauptstadt. Die *Moskovskie Novosti* und die *Nezavisimaja Gazeta*⁴² (Unabhängige Zeitung) druckten ihre Zeitungen gar in Moldawien bzw. Estland. Andere kleinere Zeitungen verfügten zu diesem Zeitpunkt bereits ohnehin über eigene Druckereien und waren nicht mehr von den staatlichen abhängig. Radio- und Fernsehsender informierten sich gegenseitig über bevorstehende Razzien, und brachten ihre Redaktionseinrichtungen in Sicherheit, bevor sie konfisziert werden konnten. Ebendiese Handlungen, die schnelle Reaktion darauf, sowie die Formierung von Widerstands-„Objekten“, wie beispielsweise die Gründung der *Obščaja Gazeta*, bei der sich Redakteure und Journalisten verschiedener Zeitungen kurzfristig zusammenschlossen, um gemeinsam gegen die Wiedereinführung der Zensur zu

⁴⁰ Gladkov, S.: *Macht und Ohnmacht der „vierten Gewalt“*; 2001, 60

⁴¹ Gladkov, S.: *Macht und Ohnmacht der „vierten Gewalt“*; 2001, 71

⁴² Die *Nezavisimaja Gazeta* wurde, wie auch andere Zeitungen, zB. *Stolica* (Hauptstadt), *Megapolis-Ėkspress* oder *Kuranty* (Turmuhr), 1990 vom Moskauer Stadtrat (Mossovet) gegründet, und setzte sich aus Journalisten zusammen, die ursprünglich für die *Moskovskie Novosti* gearbeitet hatten. (Anm. d. Verf.)

protestieren, machten es nunmehr völlig unmöglich, die Kontrolle über den russischen Medienmarkt zu gewinnen bzw. aufrechtzuerhalten.

Nachdem Boris El'cin bereits im Juni 1991 zum ersten Präsidenten der RSFSR (Russländische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik) gewählt wurde, und innerhalb der russisch/sowjetischen Regierung ein oppositionelles Gegengewicht zum Präsidenten der UdSSR, Gorbachev, darstellte, setzte er sich auch für die Demokratisierung der Medien ein, und stellte den in finanzielle Bedrängnis geratenen Printmedien 1991 und 1992 großzügige finanzielle Hilfe zur Verfügung. Trotzdem kristallisierte sich bis 1993, wo ein Referendum El'cins Politik bestätigen sollte, eine einseitige Berichterstattung zugunsten des Präsidenten heraus. Dieser erhielt in den Nachrichtensendungen wesentlich mehr Sendezeit als beispielsweise die Opposition, Programme wurden für Ansprachen des Präsidenten kurzfristig geändert, und Zeitungen, die kritisch über die Politik El'cins berichteten, mussten befürchten, „abgemahnt“ zu werden. Aufgrund der „dehnbaren rechtlichen Bestimmungen“⁴³ für den angeblichen „Verrat von Staatsgeheimnissen“, konnte so gut wie jede Publikation kurzerhand eingestellt werden.

Unter diesen Umständen wunderte es auch nicht weiter, dass sich Russland unter den 18 Transformationsstaaten Osteuropas, im Jahr 1993 an fünftletzter Stelle befand.⁴⁴

Trotz der immensen finanziellen Probleme, mit denen ausnahmslos alle Printmedien zu kämpfen hatten, und der Gefahr, jederzeit in Konkurs zu gehen oder „per Dekret“ eingestellt zu werden, zeichnete sich in der Presselandschaft eine intensive Offenheit ab. „Wir konnten wirklich über alles offen berichten, über die Kriegswaffenherstellung in der örtlichen Chemiefabrik, Jugendstrafvollzug, Psychiatrie, auch schockierende Themen.“⁴⁵ erinnert sich beispielsweise der Journalist und Fotograf Valerij Titievskij. So meint etwa Reitschuster zur neuen liberaleren Pressepolitik:

Für die Menschen in Russland, die aus Sowjetzeiten gewohnt waren, dass selbst über Katastrophen nur kurz und mit dem beruhigenden Tonfall eines Psychiaters berichtet wurde, musste (vor allem) das Fernsehen in den Reformjahren den Eindruck erwecken, um sie herum geschehe die Apokalypse: Da war immer wieder von neuen Gräueln in Tschetschenien die Rede, von endlosem Streit im Parlament und in der Regierung, von Korruption und Armut, von Misswirtschaft und Behördenwillkür und von Kriminalität, die man unter den Sowjets eher verschwiegen hatte. Dass die Presse halbwegs frei berichten konnte, trug ganz wesentlich zum (späteren) negativen Bild der Jelzin-Zeit in den Köpfen der Russen

⁴³ Gladkov, S.: *Macht und Ohnmacht der „vierten Gewalt“*, 2001, 81

⁴⁴ Bericht des Internationalen Presseinstituts (IPI), Wien, 1993

⁴⁵ Gladkov, S.: *Macht und Ohnmacht der „vierten Gewalt“*, 2001, 91

bei. Müssten Historiker in ferner Zukunft allein anhand von archivierten Nachrichtensendungen über die Geschichte Russlands urteilen, kämen sie zu dem Schluss, das Land sei nach Jahren fast ohne Kriminalität, Armut, soziale Ungerechtigkeit und Korruption unter Gorbačëv beinahe von einem Tag auf den anderen zu einem Hort des Verbrechens, der Armut und kriegerischer Konflikte geworden.⁴⁶

Es schien, als würden die Medien nun keinerlei Grenzen oder Einschränkungen mehr kennen, und die Berichterstattung erreichte nach einiger Zeit einen ungeahnten Höhepunkt der „neuen“ Offenheit. Nicht nur, dass über Alles und Jeden berichtet wurde, was unter anderem Klagen wegen Rufmord und übler Nachrede häufte, auch die Art der Berichterstattung änderte sich. Anstatt Zurückhaltung zu üben, wurde die Sprache innerhalb kurzer Zeit direkter, und in gewisser Weise auch rücksichtsloser. Das ausufernde Vergnügen am „Niederreißen alter sprachlicher Mauern“, und die mangelnde professionelle Ausbildung (aufgrund des kurzzeitigen starken Aufschwungs von 1990/91 wurde oft auch wenig qualifiziertes Personal als Journalisten angeworben) führten bald zu einem stilistischen „Verfall“, was zur Folge hatte, dass viele Zeitungen das gerade erst entstandene Vertrauen in die neuen Publikationen wieder verloren.

Nachdem El'cin das Verfassungsreferendum im April 1993 gewonnen hatte, dem das Parlament allerdings nicht zugestimmt hatte, löste er das Parlament – verfassungswidrig – auf, und beraumte im September des Jahres Neuwahlen für den 12. Dezember an. Infolgedessen kam es am 3. Oktober 1993 zu Schießereien vor dem Ostankino – Gebäude (die Sendestation des Nationalen Fernsehens), und am darauf folgenden Tag zu einer gewaltsamen Auseinandersetzung zwischen der Armee, die auf Seite El'cins stand und den Volksdeputierten, die sich im Parlamentsgebäude verbarrikadiert hatten. Diese endete schließlich mit Schüssen auf das *Belyj Dom* (das Weiße Haus – Parlament), und zahlreichen zivilen Todesopfern. Nicht nur die Vorgehensweise El'cins während des Umbruchs, sondern auch die vorübergehend verhängte Zensur, wurden damals und später stark kritisiert. Unter Berufung auf den erfolgten Ausnahmezustand wurde am 3. Oktober ein vorübergehendes Verbot von insgesamt zehn nationalistischen, faschistischen oder kommunistischen Zeitungen verhängt, darunter *Pravda*, *Sovetskaja Rossija* (Sowjetisches Russland), *Russkij Poriadok* (Russische Ordnung; eine faschistische Zeitung, die unter anderem immer wieder mit Bekenntnissen zu Hitler Aufsehen erregte; Anm. d. Verf.), oder *Russkij*

⁴⁶ Reitschuster, Boris: *Putins Demokratie. Wie der Kreml den Westen das Fürchten lehrt*, 2006, 85

*Vestnik*⁴⁷ (Russischer Bote). Einige dieser Publikationen wurden später vom Presse- und Informationsministerium geschlossen. Außerdem wurden in die Redaktionen etlicher Tageszeitungen Zensoren entsendet, die kritische Artikel zum aktuellen Geschehen verhindern sollten. Betroffen war unter anderem auch die Redaktionen der *Nezavisimaja Gazeta*, außerdem die *Kommersant´daily* oder die *Komsomol´skaja Pravda*. Auf diese Weise konnte, laut Einschätzung der Helsinki Watch, gerade in dieser kurzen Zeit die Veröffentlichung von ca. zehn kritischen Artikeln verhindert werden.⁴⁸

Infolge der Ereignisse wurde schließlich per Volksabstimmung im Dezember 1993 die neue Verfassung Russlands angenommen, und damit das Ende der Sowjetunion endgültig besiegelt. Auch wenn in der gesamten Zeit El´cin immer wieder beteuerte, dass „die Freiheit der Presse [...] für mich so wichtig wie auch für Sie (die Medienvertreter) und für alle Bürger Russlands sei und ich mich für deren Wahrung verbürge“⁴⁹. Bei genauerer Betrachtung bemerkte man doch eine etwas einseitige, die Politik des Präsidenten häufig unterstützende, Berichterstattung.

Dass kritische Medien verhältnismäßig gehäuft mit staatlichen Restriktionen zu kämpfen hatten, mussten auch die beiden Zeitungen *Obščaja Gazeta* und *Nezavisimaja Gazeta* erfahren. Immer wieder hatten sie, auch nach den Ereignissen von 1993, mit Schwierigkeiten von Seiten der Behörden oder gar Strafverfahren zu kämpfen. Viele Printmedien ließen sich, nach einer kurzen Blütezeit des „freien Journalismus“, aufgrund ihrer bedrohlichen materiellen Situation, und dem klaren Streben nach Demokratisierung, welches meist als gleichbedeutend mit der Politik El´cins verstanden wurde, (wieder) für den politischen Kampf missbrauchen.

Um die Entwicklungen am russischen Zeitungsmarkt im Laufe der wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen der 1990er Jahre (insbesondere am Beginn des Jahrzehnts) etwas zu veranschaulichen, sollte die folgende Statistik näher betrachtet werden.

⁴⁷ Schmidt, T.: *Russlands Presse im Wandel*, 1995, 70

⁴⁸ Helsinki Watch: *Threats To Press Freedom*, Vol. 5, Nr. 21, 1993

⁴⁹ Gladkov, S.: *Macht und Ohnmacht der „vierten Gewalt*, 2001, 110

Dynamik des russischen Pressemarktes⁵⁰ (Auszug)

Anzahl der 1997 Zeitungen	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996
Überregionale 294	43	112	222	238	230	234	225
Regionale 4.801	4.755	4.751	4.615	4.412	4.296	4.867	4.656
Tagesauflage:							
Überregionale -	110.810	110.584	95.054	44.907	35.980	40.413	45.427
(in Tsd.)							
Regionale -	49.501	49.840	48.890	48.294	49.663	81.288	68.648
(in Tsd.)							
Anzahl d. 2.199 Zeitschriften	1.140	1.301	1.287	1.385	1.454	1.544	1.804
Jahresauflage 327,7 (in Mio.)	2.687,1	1.483,7	713,9	290,4	184,8	169,7	197,2

Originalquelle: Rossijskaja Knižnaja Palata

Anm.: Nicht alle Zeitungen haben ihre Pflichtkontroll Exemplare an die Behörde geschickt, außerdem wurden nur diejenigen gezählt, die in einen Abonnementskatalog eingetragen waren.⁵¹

Dabei wird ersichtlich, dass die Anzahl von Zeitungen, sowohl von überregionalen als auch regionalen, stark zugenommen hat. Zeitgleich stieg die Tagesauflage von regionalen Zeitungen an, während die Auflage von überregionalen stark abfiel. Dies ist vor allem damit zu erklären, dass es im Zuge der Veränderungen, die die Transformation mit sich brachte, zu Engpässen bei Papier und Vertrieb kam. Diese

⁵⁰ Kharina, Nathalie: *Medien in Russland*, Internationales Handbuch Medien, 2002/2003, 2002, 530

⁵¹ Kharina, Nathalie: *Medien in Russland*, Internationales Handbuch Medien, 2002/2003, 2002, 530

Mängel traten zuvor schon häufig in der sowjetischen Planwirtschaft auf. Vor allem der Vertrieb in entfernte Regionen, der mit großen Schwierigkeiten verbunden war, und infolgedessen die Preise exorbitant ansteigen ließ, führte dazu, dass die altbekannten, überregionalen Zeitungen stark an Leserschaft einbüßten. Ein weiterer Grund für die abnehmenden Verkaufszahlen der bekannten überregionalen Printmedien war die starke Themenkonzentration auf die großen Städte wie Moskau und St. Petersburg. Viele Leser in den Regionen konnten sich mit den Geschehnissen und Ereignissen in den oft weit entfernten Städten nicht identifizieren und wollten in erster Linie Informationen aus ihrer näheren Umgebung erhalten. Als natürliche Folge fiel die Tagesauflage von überregionalen Printmedien in den ersten Jahren extrem stark und stieg erst wieder langsam im Laufe der zweiten Hälfte der 1990er Jahre. Die gleiche Entwicklung trifft auch auf die Gesamtjahresauflage von Printmedien zu.

Der Autorin liegen leider keine Zahlen aus späteren Jahren vor, es ist aber davon auszugehen, dass die starke Wirtschafts- und Rubel-Krise im Jahr 1998 vorübergehend zu einer erneuten allgemeinen Senkung der Auflagenzahlen geführt hat.

1.3 Die freie Presse in der Russischen Föderation von 1993 bis heute

Im Nachhinein kann man wohl unumstritten behaupten, dass im Laufe der 90er Jahre des 20. Jahrhunderts maßgebliche Veränderungen in Russland, in so gut wie allen Bereichen, stattfanden. Sowohl in ökonomischer, politischer, rechtlicher als auch in gesellschaftlicher Hinsicht setzte ab 1993 ein Transformationsprozess ein, der den Übergang vom sozialistischen zum marktwirtschaftlichen System einleiten sollte, und bei dem sich die Transformationsforschung heute noch uneinig ist, ob dieser Prozess bereits abgeschlossen ist oder nicht.

Das größte Problem, das sich den Medien (dabei war unbedeutend, ob es sich um Presse, Fernsehen oder Radio handelte), nach Inkrafttreten des neuen Mediengesetzes 1990/91 und der damit verbundenen Preisfreigabe, stellte, war, sich der neuen, wirtschaftlichen Situation zu stellen. Wie bereits oben erwähnt, waren Druckereien ausschließlich in staatlicher Hand und es dauerte einige Jahre, bis es auch private gab. Außerdem stiegen die Ausgaben für Papier (dieses wurde zuvor von den staatlichen Behörden zugeteilt) und Distribution ins Unermessliche, erschwert durch die ohnehin schlechte Infrastruktur. Hinzu kam, dass die neue marktwirtschaftliche Ordnung eine bis dahin nicht gekannte

Massenarmut entstehen ließ. Die schlechte ökonomische Versorgung sorgte zusätzlich dafür, dass die Verkäufe von Zeitungen einbrachen, und viele Printmedien wieder in Konkurs gingen, nachdem sie ohnehin erst seit kurzer Zeit existiert hatten.

Die 90er Jahre waren, rückblickend gesehen, auch die Zeit des sogenannten „Raubtier-Kapitalismus“, bei der die einstigen staatlichen Wirtschaftszweige, Industrien und Firmen, privatisiert wurden und welche Entwicklung, laut Reitschuster, „einige wenige Günstlinge zu Millionären, und Millionen zu Bettlern machte“.⁵²

Neben dem Kampf um die wichtigsten Energie- und Industriereserven, entbrannte auch ein Kampf um die Massenmedien. Aufgrund der schlechten finanziellen Lage der meisten Verlage, waren diese gezwungen, die „Kapitalspritzen“ der kapitalstarken Wirtschaftsgrößen anzunehmen, oder zumindest auf so genannte „Sponsorenverträge“ einzugehen, die eine enge Verbindung mit den Unternehmen vorsah. Diese wiederum sahen im Besitz ihrer eigenen Medien ein ökonomisches Einfluss- und Druckmittel, das ihnen behilflich sein sollte, auf Gegner, aber auch auf Partner Druck auszuüben. Obwohl sich der Großteil der Investoren, Sponsoren oder Großaktionäre teils sogar vertraglich dazu verpflichtete, sich nicht in die redaktionellen Angelegenheiten „ihrer“ Publikation einzumischen, Artikel 19 des Werbegesetzes untersagte diesem schließlich jegliche „Einmischung [...] in die Tätigkeit des Gesponserten“⁵³, so hielten sich diese manchmal trotzdem nicht an ihre eigenen Zusagen. Einer Umfrage zufolge erklärten 1995 immerhin 11 % der russischen Journalisten, sie fühlten sich in ihrer professionellen Freiheit, durch Konflikte mit den Eigentümern, eingeschränkt.⁵⁴

„Seit 1992 waren vor allem russische Banken und Großfirmen in großem Umfang in den zentralen russischen Zeitungs- und Medienmarkt eingestiegen, gerade sie hatten zu diesem Zeitpunkt bereits ein massives Eigeninteresse an einer Stabilisierung der demokratischen und vor allem marktwirtschaftlichen Verhältnisse entwickelt. Die Schaffung einer eigenen Stimme – dem Journalismus wurde in Russland schließlich seit jeher eine enorme Einflussgröße unterstellt – war zwar kein Geschäft, aber sozusagen ein «Geschäftebeschleuniger», der Erfolg, Prestige und öffentliche Resonanz versprach.“⁵⁵

Auf diese Weise entwickelte sich das Medienengagement der finanzstarken Investoren zu einer Form von Lobbyismus. Hauptsächlich geht es dabei um die positive

⁵² Reitschuster, B.: *Putins Demokratie*, 2006, 15

⁵³ Federal'nyj zakon „O reklame“, in: Gladkov, S.: *Macht und Ohnmacht der „vierten Gewalt“*, 2001, 163

⁵⁴ Gladkov: *Macht und Ohnmacht der „vierten Gewalt“*, 2001, 163

⁵⁵ Gladkov: *Macht und Ohnmacht der „vierten Gewalt“*, 2001, 161

Darstellung der geldgebenden Person und seiner wirtschaftlichen oder politischen Arbeit in der Öffentlichkeit. Zum Beispiel dass, im Falle einer zusätzlichen politischen Tätigkeit, über den Eigentümer ein positives Bild in der Öffentlichkeit entsteht, dass die Wähler beeinflussen soll oder neben dem politischen auch den wirtschaftlichen Macherhalt sichern soll. Medien als „Mittel der Masseninformatio“ verkommen damit zu „Mitteln der massenhaften Beeinflussung“⁵⁶. Etwas verspätet trat diese Entwicklung auch in den russischen Provinzen auf, wo aber die Printmedien generell andere Eigenheiten aufweisen. So hatten die großen Moskauer Blätter, wie *Izvestija*, *Pravda*, *Argumenty i fakty* Probleme, ihre Erzeugnisse in den Provinzen zu etablieren bzw. ihre Auflagenstärke ging nach dem Zerfall der Sowjetunion, wie bereits erwähnt, stark zurück. In der Folge konnten sich jedoch lokale Publikationen etablieren, die ausführlich über das alltägliche Geschehen der jeweiligen Stadt oder Region berichteten, und sich als weniger zentralisiert erwiesen als die großen Moskauer Zeitungsherausgeber, die üblicherweise eher kurz und nicht besonders ausführlich über Ereignisse aus den Regionen berichteten. Diesen Trend hatten aber auch die zentralen Zeitungsverlage erkannt, und um ihren Einflussbereich im Rest des Landes wieder zu vergrößern, richteten die Verlage eigene Regionalbeilagen ein. So verfügt die Wochenzeitung *Argumenty i fakty* heute über insgesamt 39 regionale Ausgaben. Den weitgehenden Einfluss der lokalen Behörden oder Gouverneure kann die Moskauer „Zentrale“ jedoch nicht verhindern, auch wenn sie das wollte. So wird beispielsweise die Novosibirsker Ausgabe von *Argumenty i fakty*, *Aif na obi*, seit 1999 im Verlagshaus des Gouverneurs hergestellt und beschert diesem dadurch eine hauptsächlich positiv gesinnte Presse.⁵⁷ Dabei wirkt eine Aussage von Jurij Lužkov, Bürgermeister von Moskau, und selbst Medienmogul, fast scheinheilig, wenn dieser meint, es sei „unmoralisch, den Journalismus in ein gewinnbringendes Geschäft zu verwandeln. [...] Für habgierige Menschen ist kein Platz im Journalismus.“⁵⁸

Die Pressefreiheit wurde von der offiziellen Politik zwar gepriesen, schien aber nur schwer zu realisieren zu sein. Im Verlauf der Mitte der 90er Jahre kristallisierten sich mehrere Medien-Imperien heraus, wobei die bekanntesten waren und teilweise noch immer sind: der halb-staatliche Konzern Gazprom, der Konzern Lukoil, sowie einige einflussreiche Oligarchen, wie Boris Berezovskij, zu dessen Konzern unter

⁵⁶ Gladkov: *Macht und Ohnmacht der „vierten Gewalt“*, 2001, 169

⁵⁷ Gladkov, S.: *Macht und Ohnmacht der „vierten Gewalt“*, 2001, 169

⁵⁸ Gladkov, S.: *Macht und Ohnmacht der „vierten Gewalt“*, 2001, 159

anderem die Zeitungen *Nezavisimaja Gazeta*, *Ogonek* und seit 1999 auch *Kommersant*, gehören.

Die Medien zeichneten sich aber auch durch andere Entwicklungen, neben der Formierung von wenigen einflussreichen Imperien, aus. Dazu gehörte der erste Krieg in Čečenien 1994, von dem insbesondere das Fernsehen „profitierte“. Denn obwohl sich viele Journalisten Behinderungen von Seiten der Behörden ausgesetzt sahen (sie erhielten beispielsweise keine Akkreditierung, um sich im Krisengebiet aufzuhalten), wurde ausführlich über die Geschehnisse berichtet, und insbesondere der private Fernsehsender NTV spielte bei der Berichterstattung über die Ereignisse eine Vorreiterrolle. Immer wieder fiel der Sender durch besonders publizistisch objektiven, genau recherchierten Sendungen und durch seine Kritik an der staatlichen Haltung, auf und konnte mit dieser Linie seine Zuschauerzahlen im Zeitraum der Kriegshandlungen sogar verdoppeln.

Während die politische Linie noch immer bemüht war, die Errungenschaften der freien Presse zu loben, wurde von anderen Stellen, darunter der regierungstreuen *Rossijskaja Gazeta*, oder auch dem Vizepremierminister Soskovec, der ganze Berufsstand der Journalisten dem Verrat an Russland und der Käuflichkeit⁵⁹ beschuldigt. Währenddessen wurde es auch dem Präsidenten selbst teilweise zu viel der freien Berichterstattung. So ließ er sich unter anderem zu der Unterstellung hinreißen, dass „eine Reihe von Medien Russlands nicht ohne čečenische Gelder...“⁶⁰ funktionieren würden, und sorgte außerdem dafür, dass der Chefredakteur des staatlichen Fernsehsenders RTR, Oleg Popcov, im Wahlkampfsjahr 1995 entlassen wird, nachdem er sich den Anweisungen des Kremls, weniger kritisch über den Krieg in Čečenien zu berichten, widersetzt hatte.

Während sich in den Jahren der El'cin – Präsidentschaft eine Tendenz zu einigen wenigen Medien-Imperien, dafür aber mit einem Maximum an Einfluss und monetärer Unterstützung, herauskristallisierte, gab es unter diesen wenigen ein besonderes Unternehmen, das Ende der 90er und insbesondere in den folgenden Jahren unter Vladimir Putin zu einem weltweit bekannten, erfolgreichen, aber vor allem äußerst einflussreichen Konzern heranwuchs. Der Gazprom-Konzern, dessen Eigentümer mit fünfzig Prozent auch die Russische Föderation ist, verfügte bereits seit seiner

⁵⁹ Gladkov, S.: *Macht und Ohnmacht der „vierten Gewalt“*, 2001, 197

⁶⁰ Popcov, Oleg: *Chronika vremen „Carja Borisa“* (zu deutsch: Die Chronik zur Zeit Zar' Boris'), Moskau, 1996, in: Gladkov, S.: *Macht und Ohnmacht der „vierten Gewalt“*, 2001, 197

Privatisierung Anfang der 90er Jahre über einen „Sonderstatus“ in Russland. Doch erst in der Ära Putin kristallisierte sich die Vormachtstellung des Erdöl-/Erdgas-Giganten in der russischen Wirtschaft und Gesellschaft, sowie auch auf den internationalen Wirtschaftsmärkten, heraus. Heute existieren in keinem anderen russischen Konzern vergleichbar intensive Verflechtungen wirtschaftlicher, politischer und publizistischer Interessen. Neben seiner Vorreiterrolle in der russischen Ökonomie, nimmt der Konzern eine besondere Rolle am Medienmarkt ein. Zur Tochtergesellschaft Gazprom-Media gehören Mehrheiten an Fernsehsendern, darunter seit dem Jahr 2001 die Mehrheit an NTV, der seit seiner Übernahme weitaus weniger und unkritischere politische Inhalte sendet, außerdem Mehrheiten mehrerer Zeitungen, darunter bis zum Frühjahr 2008 die Aktienmehrheit der Traditionszeitung *Izvestija*. Auch der kritische Moskauer Radiosender *Écho Moskvyy* (Echo Moskaus) gehört zum Gazprom-Media – Konzern. Vor allem der Machtwechsel zwischen El'cin und Putin bedeutete für die Medienlandschaft in Russland einige bedeutende Veränderungen. Nachdem Vladimir Putin, insbesondere durch die Hilfe finanzstarker Oligarchen, innerhalb kürzester Zeit von einer politisch unbekanntem Persönlichkeit zum neuen russischen Präsidenten gewählt wurde, begannen mehrere einschneidende Veränderungen. In der russischen Gesellschaft fanden die gesetzlichen Maßnahmen, die plötzlich gegen bekannte Oligarchen und Medienmoguls eingeleitet wurden, breite Akzeptanz. Schließlich galten diese in der öffentlichen Meinung unter anderem als hauptverantwortlich für die schlechte wirtschaftliche und soziale Situation im Land. Außerdem beherrschte Putin die Selbstinszenierung, wenn anfangs nicht besonders, nach einiger Zeit doch in gewissem Ausmaß, und verstand es hervorragend, sich als starker, fähiger Ordnungshüter, der die „Geiselhaft der Oligarchen“, in der sich Russland seiner Meinung nach befand, endgültig beendete, und die Weichen für eine „politisch und ökonomisch starke Zukunft“ stellte.

In seiner Rede an die Nation im April 2005 betont Präsident Putin, dass die „polit-ideologische Hauptaufgabe Russlands der Aufbau einer freien, demokratischen Gesellschaft“⁶¹ sei. Außerdem seien die Medien endlich von der „Zensur durch die Oligarchen befreit“ worden. Des Weiteren, so fügt der Präsident hinzu, ist „das Recht der Bürger auf eine objektive Information die Hauptpriorität in der Entwicklung einer Bürgergesellschaft“ und betont außerdem „wie wichtig «glasnost´» in den

⁶¹ Reitschuster, B.: *Putins Demokratie*, 2006, 76

Staatsorganen und Objektivität vor allem im Fernsehen“⁶² seien. Man müsse zudem Garantien dafür schaffen, dass die staatlichen Fernsehsender „maximal objektiv sind, frei vom Einfluss von irgendwelchen Gruppen, und dass sie das Spektrum aller Meinungen im Land wiedergeben“. Außerdem, so Putin sei dies eine „äußerst wichtige politische Frage sei, die direkt mit der Wirksamkeit der Prinzipien von Freiheit und Gerechtigkeit in unserer Staatspolitik verbunden ist“⁶³.

Mögen diese Worte in der Theorie angemessen sein, so spricht die Realität in Russlands Medienlandschaft häufig jedoch eine andere Sprache. So verfolgte die *Russian Union of Journalists* – kurz RUJ (der Russische Journalistenverband) – im März 2006 einen Monat lang die Nachrichtensendungen der vier wichtigsten Fernsehsender des Landes und stellte dabei Interessantes fest.

In den vier Hauptfernsehsendungen war demzufolge in den 28 Tagen keine Kritik an Präsident Putin zu hören. Im «Pervyj Kanal» (Erster Kanal) drehten sich gleichwohl 91 Prozent der Nachrichten um den Kreml und die Regierung. 71 Prozent davon hatten einen positiven, 28 Prozent einen neutralen und nur 1 Prozent einen kritischen Grundton. Auf die Opposition entfielen nur 2 Prozent der Meldungen – und das mit negativem Tenor. Im «Zweiten», dem Sender RTR, kamen die Kremlkritiker gar nur auf einen 0,6-prozentigen Anteil an den Nachrichten, wurden aber genauso schlecht dargestellt. Beim Gasprom-Sender NTV war Präsident Putin in jedem vierten Nachrichtenbeitrag zu sehen, die Regierung in jedem zweiten, die Kremlpartei «Einiges Russland» in jedem zehnten – bei durchwegs positiver Darstellung.⁶⁴

Auch der Bericht der amerikanischen Organisation *Freedom House* aus dem Jahr 2005 bestätigt den Eindruck der unausgewogenen Berichterstattung in den russischen Medien. So heißt es etwa:

During the March 2004 presidential election campaign, Russian media coverage was unbalanced and biased, with media outlets giving the majority of airtime and newspaper space to President Putin. National television channels prevented equal access of the candidates to the media through censorship opponents, while opponents' attempts to file complaints with the Central Election Commission and Supreme Court failed...⁶⁵

Doch um die Begebenheiten, die die russische Medienlandschaft im Jahr 2006 betreffen, besser erfassen zu können, sollte man die gesetzlichen und gesellschaftlichen Veränderungen in chronologischer Abfolge näher betrachten.

⁶² Reitschuster, B.: *Putins Demokratie*, 2006, 76

⁶³ Reitschuster, B.: *Putins Demokratie*, 2006, 76

⁶⁴ Reitschuster, B.: *Putins Demokratie*, 2006, 76/77

⁶⁵ *Freedom of the Press. A global survey of media independence*, New York, 2005, 168

Noch innerhalb des ersten Jahres der Amtszeit Putins fanden einige Ereignisse statt, die die Medienlandschaft in Russland maßgeblich veränderten. So wurde der Eigentümer des kritischen TV-Senders NTV (innerhalb der MediaMost – Gruppe) bereits im Jahr 2000 dazu „bewegt“, seine Aktienmehrheit an den Gazprom-Media – Konzern zu übertragen, um einen Teil der hohen Schulden des Senders auszugleichen. Obwohl eine Übernahme des Senders ohne die astronomischen Zahlungsschulden voraussichtlich schwieriger möglich gewesen wäre, so wundert es doch, dass umgehend ein Personalwechsel in der Führungsriege und der Redaktion stattfand, und als erste Handlung der neuen Direktive die äußerst beliebte Sendung *Kukly* (zu dt. *Puppen*) des Polit-Satirikers Evgenij Kiselev abgesetzt wurde, die aufgrund ihrer komischen Polit-Parodie regelmäßig Zuschauerrekorde erreichte.

Im Frühjahr 2001 wurde die unabhängige Zeitung *Segodnja* (*Heute*) geschlossen sowie die Chefredaktion der erfolgreichen Wochenzeitung *Itoji* (*Resultate*) ausgewechselt. Diese verfolgte ab diesem Zeitpunkt, einen neuen, weniger regierungskritischen Kurs. Michael Thumann schreibt zu den Ereignissen rund um die Umstrukturierung der erfolgreichen Zeitung im Frühjahr 2001:

Das Wochenmagazin, das für seinen Verleger schönen Profit abwirft, wird bleiben, aber mit neuen Köpfen, neuer Geschmeidigkeit, neuem Schleiflack. Wer nicht mehr gebraucht wird, sind die widerborstigen alten Redakteure. Mag ihr öffentliches Ansehen noch so hoch sein, ihr Leumund in Regierungskreisen ist schlecht...⁶⁶

Bis auf wenige Betroffene, darunter die Journalisten selbst, die Redaktionen einiger weniger Medienvertreter, sowie Vertreter diverser Menschenrechtsorganisationen, stieß die Zurückdrängung der Macht und des Einflusses einiger Wirtschaftsgrößen wie Vladimir Gusinskij oder des ehemaligen Putin-„Förderers“ Boris Berezovskij aus dem öffentlichen Leben, bis hin zur Strafverfolgung, auf breite Zustimmung in der Bevölkerung. Auch die Aussage Putins, er wünsche sich ausdrücklich die „systematische Verfolgung aller Wirtschaftsgrößen, die sich in den letzten Jahren bei unlauteren Privatisierungsgeschäften bereichert und in die politischen Geschicke des Landes eingemischt hatten“⁶⁷, stieß nicht unbedingt auf Ablehnung.

Eine andere Entwicklung, die seit 2000 zu beobachten war, ist die Berichterstattung über den zweiten Čečenien-Krieg, der, nach mehreren zeitgleichen

⁶⁶ Thuman, Michael: *Einmal Glasnost und zurück*, Die Zeit, Nr. 18, 2001

⁶⁷ Ivanova, N. / Kuzmin, V.: *Gon na oligarchov*, in: Nezavisimaja Gazeta, 12.7.2000, S.1; in: Gladkov, S.: *Macht und Ohnmacht der „vierten Gewalt“*, 2001, 227

Bombenexplosionen auf Wohnhäuser in Moskau und anderen russischen Städten, ab 1999 wieder zwischen Russland und Čečenien geführt wurde. Nachdem das Unglück des russischen U-Bootes Kursk nationales, und insbesondere internationales, Aufsehen erregt hatte, trat am 9. September 2000 die „Doktrin zur Informationssicherheit der Russischen Föderation“ in Kraft. Diese wurde vom International Press Institute⁶⁸ dafür kritisiert, dass sie beinhaltet, die staatliche Kontrolle über gewisse Informationen auszuweiten, sowie, die staatliche Miteinbeziehung zu erhöhen, um die Berichterstattung noch „effektiver“ zu gestalten. Außerdem wurde festgelegt, dass Journalisten nun eine Akkreditierung benötigten, wenn sie nach Čečenien reisen wollten, wobei es gehäuft vorkam, dass jenen Journalisten, die sehr kritisch über die Ereignisse im Kriegsgebiet berichteten, der Zugang von nun an verwehrt blieb, indem man ihnen keine Akkreditierungen mehr ausstellte.

Die folgenden Jahre unter der Präsidentschaft Vladimir Putins, die sich verändernden Begebenheiten im Pressewesen, in der Medien-Gesetzgebung und insbesondere das sich verschlechternde Arbeitsumfeld für russische Journalisten sollen in den nächsten Kapiteln dieser Arbeit näher betrachtet und analysiert werden.

⁶⁸ IPI Report / World Press Freedom Review, 2000, 203

2. Das Trennungsgebot für Journalismus in Russland

2.1 Gesetzliche Richtlinien

Die Unabhängigkeit der Medien ist unverzichtbare Bedingung ihrer Bedeutung für eine freiheitliche Demokratie. Eine staatlich gelenkte oder staatsnah agierende Medienlandschaft führt allenfalls zu einer «gelenkten» Demokratie, die aber mit einer «Herrschaft des Volkes» wenig zu tun hat. Die Unabhängigkeit der Medien ist daher zu Recht ein hohes Gut, dessen Tangierung sensibel beobachtet werden muss.⁶⁹

Insbesondere durch den Zusammenbruch des Sozialistischen Systems war es Anfang der 1990er Jahre dringend notwendig, die gesetzlichen Regelungen, die in Ansätzen während der Zeit von „Glasnost“⁷⁰ erneuert wurden, neu zu ordnen. Während von der neuen Regierung in Russland ebenfalls neue, am Westen orientierte Gesetzesentwürfe, vergleichsweise schnell im Gesetz und somit in der Theorie verankert wurden, so gestaltete sich die reale Umsetzung doch etwas schwieriger. Dies lag hauptsächlich an den neuen marktwirtschaftlichen Begebenheiten und damit ging auch eine häufig verschwimmende Linie zwischen Legalität und Illegalität einher.

Es ist eine Zeit, in der die Grenze zwischen legalen und illegalen Geschäften fließend ist. Putin selbst sagt später, wer damals reich werden wollte, konnte es nicht ganz so genau nehmen mit den Gesetzen.⁷⁰

Wenn diese Begebenheiten auch hauptsächlich auf Wirtschaftstreibende zutrafen und zutreffen, so galt dies sehr wohl auch für Mediengründer. Auch die Gründung neuer Medien fand häufig unter zwielichtigen Umständen statt, viele Medienorgane wurden auf Schulden – häufig zu Lasten des Staates – gegründet. Der wiederum begründete in den Jahren der Präsidentschaft Putins die Schließung oder Übernahme verschiedenster, meist kritischer Medienorgane damit, dass diese aufgrund von Steuerrückzahlungen und nicht bezahlten Schulden gerechtfertigt seien, während weniger kritische Medieneinrichtungen, trotz Schulden und ebensolcher zwielichtigen Gründungsstatuten unbehelligt ihrer Arbeit nachgehen konnten und können. Die generellen gesetzlichen Grundlagen, welche die allgemeinen Menschenrechte, und damit auch das Recht auf Erhalt und Weitergabe von Informationen, sowie die verschiedensten Änderungen des

⁶⁹ Depenheuer, Otto: *Medien zwischen Recht und Ethik*, 2005, 56

⁷⁰ Reitschuster, B.: *Putins Demokratie*, 2006, 108

russischen Mediengesetzes betreffen, sollen in den folgenden Punkten dieses Kapitels näher erfasst werden.

2.1.1 Verfassung der Russischen Föderation

Bereits die Sowjetunion begründete sich formal auf einer Verfassung. In der mehr als 70-jährigen Existenz der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik (RSFSR) wurde diese auch mehrmals geändert. Die erste russische-sowjetische Verfassung trat am 10. Juli 1918⁷¹ in Kraft, als in Russland noch nicht die RSFSR ausgerufen worden war, doch nachdem der russische Zar bereits abdanken musste. Es folgten eine neue Verfassung im Mai 1925, die berühmte-berühmte „Stalin-Verfassung“ vom 5. Dezember 1936, und schließlich die letzte Verfassung der RSFSR vom 12. April 1978.

Am 12. Dezember 1993 trat die Verfassung der Russischen Föderation in Kraft, die, abgesehen von einigen wenigen Ergänzungen, bis heute in derselben Form Gültigkeit besitzt.

Artikel 29 der Verfassung der Russischen Föderation besagt laut erstem Absatz, dass

(1) Jedem die Freiheit des Gedankens und des Wortes garantiert wird⁷²

sowie laut zweitem, drittem, viertem und fünftem Absatz desselben Artikels, dass

(2) Propaganda und Agitation, die zu sozialem, rassenbedingtem, nationalem oder religiösem Hass und Feindschaft aufstacheln, unzulässig sind. Verboten ist außerdem das Propagieren sozialer, rassenbedingter, nationaler, religiöser und sprachlicher Überlegenheit.

(3) Niemand zur Äußerung seiner Meinungen und Überzeugungen oder zur Abkehr von selbigen gezwungen werden darf.

(4) Jeder das Recht hat, auf rechtmäßige gesetzliche Weise Informationen frei zu beschaffen, entgegenzunehmen, weiterzugeben, hervorzubringen und zu verbreiten. Eine Liste der Nachrichten, die ein Staatsgeheimnis darstellen, wird durch Bundesgesetz bestimmt. bzw.

(5) Die Freiheit der Massenmedien wird garantiert. Zensur ist verboten.

⁷¹ www.verfassungen.de/rus/index.htm

⁷² www.constitution.ru/de/part2.htm

Meinungsfreiheit wurde offiziell auch zur Zeit des Sozialismus gewährleistet. So besagte auch die sogenannte „Stalin-Verfassung“⁷³ aus dem Jahr 1936:

In Übereinstimmung mit den Interessen der Werktätigen und zur Festigung der sozialistischen Ordnung werden den Bürgern der UdSSR durch das Gesetz garantiert:

- a) die Redefreiheit,
- b) die Pressefreiheit,
- c) die Kundgebungs- und Versammlungsfreiheit,
- d) die Freiheit zur Durchführung von Straßenumzügen und-demonstrationen.

Allerdings wurden nicht alle verschiedenen Meinungen toleriert. Man unterschied vielmehr zwischen „guten“ und „bösen“ Meinungen, und der Anteil jener Informationen, die nicht der sozialistischen Gesellschaftsordnung dienten, waren auch nicht durch das Gesetz oder die Verfassung geschützt.⁷⁴ Obwohl auch in „funktionierenden“ und anerkannten Demokratien Grenzen bei der Wahl des freien Wortes existieren und auch notwendig sind, so scheint die Ausgrenzung von Kritik und unbequemen Meinungen als typisches Beispiel nicht-demokratischer Regime.

2.1.2 Internationale Vertragswerke zum Schutz von Menschenrechten in Russland

Bereits die Sowjetunion hatte sich formal an die internationalen grundlegenden Menschenrechtsverträge gebunden, diese Verträge blieben jedoch in der sowjetischen Realität ohne innerstaatliche Auswirkungen. Die sozialen und wirtschaftlichen Rechte waren in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948 festgeschrieben.⁷⁵ Das Menschenrechtsverständnis war jedoch dadurch geprägt, dass die sozialen und ökonomischen Rechte des Kollektivs wesentlich gegenüber den persönlichen Freiheitsrechten des Einzelnen hervorgehoben wurden. Das Recht des Individuums hatte deutlich weniger Gewicht als das Recht des Staates, das sich wiederum auf die vorrangige Ordnung des sozialistischen gesellschaftlichen Zusammenlebens berief.⁷⁶

⁷³ zitiert nach: Nußberger, Angelika: *Medienrecht in den Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte*; Berlin, 2005, 14

⁷⁴ Nußberger, A.: *Medienrecht in den Entscheidungen des EGMR*, 2005, 14

⁷⁵ Svetova, Zoja: *Keine Rechte zweiter Klasse*; aus: *Russland auf dem Weg zum Rechtsstaat?*; Deutsches Institut für Menschenrechte, 2003

⁷⁶ Alle Verfassungen der RSFSR enthielten einen Grundrechtskatalog, der aus Bürgerrechten und –pflichten bestand, und Ähnlichkeiten mit deren westlichen Pendanten aufwies. Formal wurden die Rechte des Einzelnen gewährleistet, solange sie dem sozialistischen System „dienten“. Berufen konnte

Der bekannte sowjetische Dissident und russische Menschenrechtler Sergej Kovalev meinte zur Bedeutung der Verfassung in der Sowjetunion, im Vergleich zur aktuellen Lage der Demokratie in Russland:

Als ich im Gefangenenlager saß und mich auf die Verfassung berief, lachte der Staatsanwalt nur. Die Verfassung, sagte er mir, die ist nicht für solche wie dich geschrieben, das ist für die Neger in Amerika, damit wir denen sagen können, dass wir Demokratie haben. Heute ist es wieder genauso.⁷⁷

So verwundert es nicht, dass viele Menschen in Russland, und oft die Politik selbst, auch heute noch ein von der westlichen Welt abweichendes Menschenrechtsverständnis haben. Die Verdrängung vom Recht des Individuums, das „im Einklang innerhalb von Staat und Gesellschaft“ lebt, hat in Russland lange Tradition. So meint der eben erwähnte russische Menschenrechtler Sergej Kovalev über die jeweiligen Auffassungen von Menschenrechten innerhalb der sich fundamental unterscheidenden Gesellschaftssysteme auch:

Wenn in Russland die Idee der Menschenrechte zurückgewiesen wird, dann – wie in einigen anderen Weltgegenden auch – am häufigsten mit dem Argument, dass sie in der westlichen Kultur entstanden und ganz vom individualistischen Denken durchdrungen sei. Bei uns in Russland hingegen sei der Individualismus für die nationale Wesensart niemals prägend gewesen. Der Westeuropäer oder Amerikaner lasse sich ausschließlich von materiellen Interessen leiten, die eine Quelle der Zwietracht seien. Für Russen hingegen gelte der Vorrang geistiger Werte. Die natürliche Grundlage von Gesellschaft und Staat bilde daher bei uns nicht ein «Gesellschaftsvertrag» und auch kein «System von Begrenzung und Ausgleich», sondern die «sobornost´»⁷⁸, was in etwa die Übereinstimmung von Freiheit und Gemeinsamkeit meint. Somit sei die Vorstellung individueller Menschenrechte, die in Widerspruch zu den Interessen der Gesellschaft (sprich: des Staates) geraten könnten, mit der russischen nationalen Idee unvereinbar.⁷⁹

sich der Sowjetbürger aber nicht darauf. Westen bemerkte bereits 1969, dass „die damalige Praxis und auch Theorie in der Sowjetunion zur Frage der Grundrechte vor allem durch Zynismus und flagrante Nichtbeachtung eingeräumter Grundrechte gekennzeichnet war und dass deshalb, trotz formaler Geltung von Grundrechten in der Verfassung, von der Existenz von Grundrechten letztlich nicht die Rede sein konnte.“ (Westen, Klaus: *Die Rolle der Grundrechte im Sowjetstaat*; Stuttgart, 1969), in: Heller, Regina: *Normensozialisation in Russland. Chancen und Grenzen europäischer Menschenrechtspolitik gegenüber der Russländischen Föderation*“, 2008, 106

⁷⁷ Reitschuster, B.: *Putins Demokratie*, 2006, 52

⁷⁸ „sobornost“: Der Begriff entstammt der russischen Religions- und Geschichtsphilosophie und gilt als kaum übersetzbar. „Sobor“ bedeutet üblicherweise „Kathedrale, Kirche“, kann aber auch „Versammlung von Menschen zu einem bestimmten Zweck“ bedeuten. Der Vordenker der Slawophilen, A. Chomjakov (1804-1860), verstand den kirchlichen Sobor als „Einheit in der Vielfalt“. Im spätsowjetischen Untergrund wurde der Begriff dann in den neuen Bewegungen wieder aufgegriffen. Die Orthodoxie lehnt die Anerkennung der Menschenrechte bis heute ab, in: *Russland auf dem Weg zum Rechtsstaat? Antworten aus der Zivilgesellschaft*, Deutsches Institut für Menschenrechte, 2003

⁷⁹ Kovalev, Sergej: *War Isaac Newton ein Westler? Russlands Weg zur Geltung der Menschenrechte*, in: *Russland auf dem Weg zum Rechtsstaat?*, Deutsches Institut für Menschenrechte, 2003

Bereits 1975 bekannte sich die Sowjetunion zum Bekenntnis der KSZE-Staaten (seit dem 1. Jänner 1995 OSZE) und unterzeichnete damals die sogenannte „Schlussakte von Helsinki“ mit. Dieses Bekenntnis war zwar völkerrechtlich nicht verbindlich, besaß jedoch politische Bindewirkung, da sich erstmals die kommunistischen Staaten zu den Prinzipien der freien Meinungsäußerung und der Informationsfreiheit bekannten. Doch erst mit dem Einsetzen der Perestrojka und später mit der ersten Verfassung der Russischen Föderation wurden die internationalen Menschenrechtsnormen und ihre „Anerkennung als unveräußerliche, vorstaatliche und moralisch verpflichtende Rechte“⁸⁰ erstmals real in der Gesellschaft verankert und der endgültige Bruch mit den Vorgänger-Modellen der UdSSR vollzogen.

der „Allgemeinen Menschenrechtserklärung“ der Vereinten Nationen wurde 1991 auch noch ein an die Bestimmungen der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) angelehntes Dokument verabschiedet. Neben der Verfassung wird die „Wahrung und Achtung“ der Menschenrechte durch Russland auch noch in anderen, völkerrechtlich nicht verbindlichen, Abkommen der Vereinten Nationen, sowie in anderen, wie zum Beispiel im OSZE-Bekenntnis oder der „Kopenhagener Erklärung“ von 1998, zementiert. Außerdem wurde eine Reihe von Institutionen geschaffen, die der Kontrolle und dem Schutz zur Einhaltung der Menschenrechte dienen, wie etwa der „Hohe Kommissar für nationale Minderheiten als politisches Organ zur Überwachung der kollektiven Minderheitenrechte im OSZE-Raum“⁸¹. Die wichtigste Institution zur Einhaltung und Beachtung internationaler Menschenrechte stellt der Europarat dar und damit auch die völkerrechtlich verbindliche Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) aus dem Jahr 1950. Russland wurde 1996 vollständiges Mitglied des Europarates und unterzeichnete die EMRK 1998⁸². Die Bestimmung des Artikels 10 der EMRK lautet in vollem Wortlaut:

(1) Jeder hat Anspruch auf freie Meinungsäußerung. Dieses Recht schließt die Freiheit der Meinung und die Freiheit zum Empfang und zur Mitteilung von Nachrichten oder Ideen ohne Eingriffe öffentlicher Behörden und ohne Rücksicht auf Landesgrenzen ein. Dieser Artikel schließt nicht aus, dass die Staaten Rundfunk-, Lichtspiel- oder Fernsehunternehmen einem Genehmigungsverfahren unterwerfen.⁸³

Und außerdem:

⁸⁰ Heller, Regina: *Normensozialisation in Russland*, 2008, 106

⁸¹ Heller, R.: *Normensozialisation in Russland*, 2008, 108

⁸² Heller, R.: *Normensozialisation in Russland*, 2008, 108

⁸³ Stock, Martin: *Medienfreiheit in der EU-Grundrechtscharta*, 2000, 51

(2) Da die Ausübung dieser Freiheiten Pflichten und Verantwortung mit sich bringt, kann sie bestimmten, vom Gesetz vorgesehenen Formvorschriften, Bedingungen, Einschränkungen oder Strafdrohungen unterworfen werden, wie sie vom Gesetz vorgeschrieben und in einer demokratischen Gesellschaft im Interesse der nationalen Sicherheit, der territorialen Unversehrtheit oder der öffentlichen Sicherheit, der Aufrechterhaltung der Ordnung und der Verbrechensverhütung, des Schutzes der Gesundheit und der Moral, des Schutzes des guten Rufes oder der Rechte anderer, um die Verbreitung von vertraulichen Nachrichten zu verhindern oder das Ansehen und die Unparteilichkeit der Rechtsprechung zu gewährleisten, unentbehrlich sind.⁸⁴

Die EMRK erfüllt eine bedeutende Rolle für Russland, insofern, dass sie als Rechtsmittel herangezogen werden kann, wenn alle anderen Rechtswege auf innerstaatlicher Basis ausgeschöpft sind. Seit einigen Jahren ist dabei die Tendenz zur Häufung von Klagen aus Russland zu beobachten. Zwischen 2002 und 2004 gingen aus Russland 17.469 Anträge⁸⁵ für ein Verfahren beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte ein. Die Hälfte davon wurde für ein Verfahren zugelassen. Dies gipfelte darin, dass Russland im Jahr 2006 das Land innerhalb des Europarates war, das am Häufigsten⁸⁶ verklagt wurde, was als Hinweis zu verstehen ist, dass die legalen Mittel in Russland selbst offenbar rasch ausgeschöpft sind.

Darüber hinaus ist Russland einer von zehn Staaten im Europarat, in denen regelmäßige Überwachungsverfahren durchgeführt und Berichte dazu veröffentlicht werden. Dieses Verfahren sollte ursprünglich 2005 zum letzten Mal durchgeführt werden, aufgrund von eindeutigen Mängeln in der Umsetzung wird es vermutlich noch länger zur Anwendung kommen.⁸⁷

2.1.3 Gesetz „Über die Massenmedien“

Das erste „Gesetz über die Presse und andere Massenmedien“ («Закон о печати и других средствах массовой информации») der heutigen Russischen Föderation stammt noch aus der Sowjetunion und wurde am 12. Juni 1990 verabschiedet. Dieses Gesetz sollte die Meinungs- und Pressefreiheit garantieren und formelle Unabhängigkeit

⁸⁴ Stock, M.: *Medienfreiheit in der EU-Grundrechtscharta*, 2000, 51

⁸⁵ Heller, R.: *Normensozialisation in Russland*, 2008, 109

⁸⁶ Heller, R.: *Normensozialisation in Russland*; 2008, 109

⁸⁷ Vgl.: NZZ: *Europarat zu Russlands Demokratiedefizit. Keine Entlassung aus Überwachungsverfahren*; Neue Zürcher Zeitung, 23.06.2005, in: Heller, R.: *Normensozialisation in Russland*, 2008, 109

gewährleisten.⁸⁸ Die Mediengesetzgebung war nicht immer so klar reglementiert. Bis 1990 existierte kein Gesetz, das sich ausdrücklich mit den Masseninformationsmitteln beschäftigte. Die entsprechenden Regelungen waren bis dahin in anderen Gesetzesdokumenten verankert (u.a. in der Verfassung, im Strafrecht, im Zivilrecht, etc.), die Fragen des Presse- und Rundfunkwesens enthielten. Die Gründung von Printmedien, Ernennung von Chefredakteuren usw. oblag den Richtlinien der Kommunistischen Partei und entsprach nicht den „marktwirtschaftlichen“ Anforderungen oder gesetzlichen Regelungen in westlichen Staaten.

Der Entwurf für das „Gesetz über die Massenmedien“ stammt von denselben Autoren, wie dessen sowjetisches Pendant, das „Gesetz über Presse und andere Massenmedien“, Michail A. Fedotov, der heute auch die Position des Stellvertretenden Vorsitzenden des Russischen Journalistenverbandes innehat, sowie den Juristen Jurij M. Baturin und V. L. Entin.

Der Gesetzestext, der bereits 1988 entworfen, und bis zur Verabschiedung immer wieder hinausgeschoben wurde, sah ein generelles Verbot der Zensur vor – bzw. die Aufhebung des als „vorübergehende Maßnahme“ bezeichneten Pressedekrets von Lenin aus dem Jahr 1917⁸⁹. Außerdem garantierte das Gesetz erstmals einzelnen Bürgern, Vereinigungen, Organisationen, Betrieben und auch Staatsorganen, sowie ausländischen Gesellschaften, nicht jedoch ausländischen Bürgern, als Gründer von Printmedien, Radioprogrammen und Fernsehsendern zu fungieren⁹⁰, was in Artikel 7 des Gesetzestextes geregelt wurde. Darüber hinaus gewährte Artikel 8 eine Registrierungspflicht für Publikationen und definierte hierfür auch gleichzeitig die Bestimmungen, um eine willkürliche Zulassung von Seiten der Behörden zu unterbinden. Erstmals garantierte das Gesetz Journalisten das Recht auf Information von Seiten öffentlicher Körperschaften (Artikel 24)⁹¹, sowie Sowjetbürgern das Recht auf Zugang zu Information aus ausländischen Quellen (Artikel 33)⁹². Außerdem räumt Artikel 39 des Gesetzes über die Massenmedien nicht nur „den Redaktionen, sondern

⁸⁸ Kharina, Nathalie: *Medien in Russland*, 2002, 526

⁸⁹ Gavrilov, Eduard P.: *Neuerungen im Medien- und Urheberrecht der UdSSR*, in: *Medien und Recht* 1, 1991, 8; in: Schmidt, T.: *Russlands Presse im Wandel*, 1995, 42 f

⁹⁰ Kharina, Nathalie: *Medien in Russland*, in: *Internationales Handbuch Medien*, 2004/2005, 2004, 567

⁹¹ Gavrilov, E.: *Neuerungen im Medien- und Urheberrecht der UdSSR*, 1991, 8

⁹² Gavrilov, E.: *Neuerungen im Medien- und Urheberrecht der UdSSR* 1991, 8

vor allem den Bürgern das Recht ein, einen Bericht über die Lage im Staat zu erhalten.“⁹³

Dieses Recht erweitert zweifellos den Spielraum für einen politischen Dialog in der Gesellschaft und gewährleistet den demokratischen Charakter der Macht.⁹⁴

Als Folge des neuen Pressegesetzes wurden auch *Samizdat*-Publikationen legalisiert und konnten sich noch schneller verbreiten, da die neue gesetzliche Registrierungspflicht für Publikationen mit einer Auflage unter 1000 Exemplaren entfiel.⁹⁵

Seit Dezember 1991 gilt auf dem Gebiet der Russischen Föderation das sogenannte „Gesetz über die Massenmedien“ («О средствах массовой информации»), welches die Informationsfreiheit festschreibt, und vor allem die Bestimmungen des sowjetischen Vorgängers beibehält und erweitert. Es verbietet unter anderem, wie auch sein Vorgänger von 1990, jede Form von Zensur oder Missbrauch von Massenmedien von Seiten staatlicher Organe, Organisationen, Einrichtungen, gesellschaftlicher Vereinigungen usw.

Im selben Jahr, 1991, wurde auch die staatliche Zensurbehörde *Glavlit*, die Hauptverwaltung für den Schutz von Staatsgeheimnissen in der Presse, offiziell aufgelöst, bzw. durch die Behörde *GUOT* ersetzt, wobei Kritiker meinen, dass sich die Behörde an sich nicht verändert hat, sondern bloß ihre Methoden, mit denen sie Zensur ausübt.

Im Laufe der 1990er Jahre wurden im Bereich der Mediengesetzgebung immer wieder Änderungen und Erweiterungen durchgeführt, wie im „Gesetz über Staatsgeheimnisse“ (1993), im „Gesetz über die Berichterstattung über die Organe der Staatsmacht in den staatlichen Medien“ (1994), im „Gesetz über Information, Informierung und den Schutz der Information“ (1995), oder in den Änderungen zum „Gesetz über die Massenmedien“, welches 2001 verabschiedet wurde und unter anderem die ausländischen Beteiligungen im Fernsehen begrenzt (auf 50 %). Gerade die Änderungen dieses Gesetzes wurden stark kritisiert. So schreibt Jutta Scherrer in der Wochenzeitung „Die Zeit“:

In Abschnitt vier des vierten Teils des Dekrets ist in unverhüllter Offenheit vom ‚staatlichen Einfluss auf die Propagierung des Patriotismus in den Massenmedien‘ die Rede: Staatliche Programme und Empfehlungen zur

⁹³ Ševerdjaev, Stanislav: *Verfassungs- und Rechtsnormen des Informationsaustausches*, 2005, 77

⁹⁴ Ševerdjaev, S.: *Verfassungs- und Rechtsnormen des Informationsaustausches*, 2005, 77

⁹⁵ Schmidt, T.: *Russlands Presse im Wandel*, 1995, 44

Verstärkung der patriotischen Ausrichtung von Radio und Fernsehen sollen die ‚objektive Auslegung historischer und aktueller Ereignisse garantieren‘ und der ‚Entstellung oder Fälschung der Geschichte des Vaterlands‘ aktiv entgegen. Fernsehen, Radio und Presse sollen regelmäßige Berichterstattungen zu Fragen der patriotischen Erziehung einrichten und hierzu Persönlichkeiten aus Staat und Gesellschaft, Kultur und Wissenschaft, Kriegsveteranen, Militärs und Lehrer heranziehen.⁹⁶

Nachdem bereits im Januar 2000 von Präsident Vladimir Putin ein Gesetz durchgesetzt wurde, welches dem Ministerium für Angelegenheiten von Presse, Fernseh- und Radioübertragung und Masseninformatio die Kontrolle von staatlichen Subventionen für regionale Printmedien erlaubt, wurde, kam es bereits kurze Zeit später zu einer weiteren bedeutenden Änderung im russischen Mediensektor. Am meisten Kritik, sowohl von unabhängigen russischen Medien, als auch von internationalen Beobachtern, rief die bereits erwähnte „Doktrin zur Informationssicherheit der Russischen Föderation“ hervor, die im September 2000 erlassen wurde. Das Inkrafttreten der Doktrin, sowie der rauere Umgang der Regierung mit den verschiedensten Medienvertretern, wurde vom International Press Institute (IPI) zum Anlass genommen, Russland in seinem jährlich erscheinenden Bulletin „World Press Freedom Review“ vom Jahr 2000 auf die „IPI Watch List“⁹⁷ zu setzen. Die Doktrin wurde von Präsident Vladimir Putin unterzeichnet, nachdem im August 2000 die Katastrophe rund um den Untergang des russischen U-Bootes „Kursk“ in- und außerhalb Russlands starke Kritik an der Regierung hervorgerufen hatte. Viele Medien warfen der russischen Regierung damals Handlungsunfähigkeit und Behinderung der Rettungsarbeiten vor, weil 118 Matrosen ums Leben kamen, die man, wäre Hilfe rascher zugelassen worden, vielleicht auch hätte retten können. Die kritische Berichterstattung über den zweiten Čečenien-Krieg, der seit 1999 geführt wurde, ist, wie Kritiker vermuten, ein weiterer Grund dafür, dass so wenige Monate nach Beginn seiner Amtszeit dieses Dokument von Vladimir Putin erlassen wurde. Laut Oleg Panfilov, Direktor des Zentrums für Journalismus in Extremsituationen, einer Abteilung des Russischen Journalistenverbandes, ist die Doktrin „weder ein legales Dokument, noch ein Gesetzesentwurf, noch ein Gesetz. Es ist, genauer gesagt, ein Programm, das die Informationspolitik des neuen Präsidenten enthält.“⁹⁸ Auch Anna Amelina, wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Fakultät für Soziologie der Universität Bielefeld,

⁹⁶ Scherrer, Jutta: *Zurück zu Gott und Vaterland*, Die Zeit online, Nr. 31/2001, 25. 07. 2001

⁹⁷ IPI Report / World Press Freedom Review, 2000, 201

⁹⁸ Panfilov, Oleg: *Resisting Limits on the Press and the Media in Putin´s Russia*, in: Karlsreiter, Ana (Hrsg.); *Ending the Chilling Effect*, OSCE, Vienna, 2004, 66

erklärt, dass das Dokument keine rechtliche Verbindlichkeit besitzt, es gibt jedoch eine „neue Richtung staatlicher Medienpolitik vor“, und nach der Veröffentlichung des Dokuments „folgten gravierende Veränderungen der Medienlandschaft der Russischen Föderation.“⁹⁹

Tatsächlich handelt es sich bei der „Doktrin“ um kein rechtlich bindendes Dokument. Jedoch gilt deren Inhalt als Richtlinie für eventuelle zukünftige Gesetzesänderungen. Diese Richtlinien stützen sich auf die Annahme, „die staatliche Kontrolle über gewisse, nicht spezifizierte Informationen auszudehnen, und spricht sich unter speziellen Bedingungen für eine Einschränkung des freien Informationsflusses aus...“ („...it contains recommendations for extending government control over certain unspecified information and, under special circumstances, provides for restrictions being placed on the free flow of information...“)¹⁰⁰ Außerdem sollte, so das Dokument, Information besser geschützt denn in freiem Fluss stattfinden („...information should be protected rather than free flowing...“)¹⁰¹.

Im Dokument selbst ist unter anderem die Rede von „the need to develop special legal and organisational mechanisms to prevent unlawful information and psychological influences on the mass consciousness“¹⁰², was bedeutet, dass die Regierung es als notwendig betrachtet, legale, organisatorische Organe einzurichten, die „rechtswidrige“ Informationen, und infolgedessen die Beeinflussung des nationalen Bewusstseins verhindern sollen. Der Begriff des „rechtswidrigen Gebrauchs spezieller Beeinflussungsmittel auf das individuelle und gesellschaftliche Bewusstsein“ («...противоправное применение специальных средств воздействия на индивидуальное, групповое и общественное сознание...») ¹⁰³ ist jedoch besonders weitläufig, und lässt eine breite Auslegung zu. Hinzu kommt, dass die Sprache, deren sich das Dokument bedient, Anleihen bei den früheren, sowjetischen Doktrinen, die meist dazu dienten, den „freien Informationsfluss“ zu stören, nimmt, und in ihrer undurchsichtigen und nicht besonders ausformulierten Ausdrucksweise stark an die Terminologie, wie sie zur Zeit des Kalten Krieges häufig angewendet wurde, erinnert, da darin auch von „anderen Ländern, die beabsichtigen, die Souveränität Russlands zu

⁹⁹ Amelina, Anna: *Asymmetrie der Verhältnisse. Aktuelle Entwicklungen im Fernsehen der Russischen Föderation*, 2008, 25

¹⁰⁰ IPI Report / World Press Freedom Review, 2000, 203

¹⁰¹ IPI Report, 2000, 203

¹⁰² IPI Report, 2000, 203

¹⁰³ *Доктрина информационной безопасности Российской Федерации*, in: www.agentura.ru/library/doctrina/

schwächen“ die Rede ist. Auch in der Sowjetunion, und insbesondere in den Jahren des Kalten Kriegs, wurden die Menschen immer wieder auf die angebliche „Gefahr von außen und die Schwächung des Sozialismus“ durch den unsichtbaren äußeren Feind aufmerksam gemacht. So bezeichnet die Doktrin unter anderem die „Verdrängung russischer Informationsmittel und die verstärkte Abhängigkeit des gesellschaftlichen Lebens in Russland von ausländischen Informationsstrukturen“ («... вытеснение российских информационных агентств, средств массовой информации с внутреннего информационного рынка и усиление зависимости духовной, экономической и политической сфер общественной жизни России от зарубежных информационных структур...») ¹⁰⁴ als Gefährdung der Informationssicherheit Russlands. Des weiteren sieht die Doktrin unter anderem die „Tätigkeit ausländischer politischer, wirtschaftlicher und aufklärender Strukturen, die gegen die Interessen Russlands im Informationsbereich ausgerichtet sind“ als externe Gefährdung der Informationssicherheit an («К внешним источникам угроз информационной безопасности РФ относятся...деятельность иностранных политических, экономических, военных, разведывательных и информационных структур, направленная против интересов Российской Федерации в информационной сфере...»).¹⁰⁵ Zu einer der internen Gefährdungen der Informationssicherheit zählt dem Dokument nach die „Rückständigkeit der institutionalisierten Bürgergesellschaft sowie die unzureichende staatliche Kontrolle über die Entwicklung des Informationsmarktes in Russland“ («К внутренним источникам угроз информационной безопасности РФ относятся...неразвитость институтов гражданского общества и недостаточный государственный контроль за развитием информационного рынка России...»).¹⁰⁶

Neben dem „Schutz von bestimmten Informationen“ tritt die Doktrin auch noch für die Stärkung der staatlichen Einflussnahme in den Mediensektor ein, unter anderem aufgrund des „verstärkten Eindringens ausländischer Technologie in Tätigkeitsbereichen des Persönlichen, der Gesellschaft und des Staats“. Außerdem, so die Doktrin, sei mit der „weit verbreiteten Anwendung internationaler offener Informations- und Telekommunikationssysteme und der Unterwerfung der einheimischen Informationsstruktur eine `Informationswaffe` gegen das russische

¹⁰⁴ Доктрина информационной безопасности Российской Федерации

¹⁰⁵ Доктрина информационной безопасности Российской Федерации

¹⁰⁶ Доктрина информационной безопасности Российской Федерации

Informationssystem entstanden“¹⁰⁷. («В связи с интенсивным внедрением зарубежных информационных технологий в сферы деятельности личности, общества и государства, а также с широким применением открытых информационно-телекоммуникационных систем, интеграцией отечественных информационных систем и международных информационных систем возросли угрозы применения 'информационного оружия' против информационной инфраструктуры России...»)¹⁰⁸.

Im November 2002 kam es zu weiteren Änderungen im russischen Mediengesetz. Die Ergänzungen und Änderungen im „Gesetz über die Massenmedien“ («Закон о СМИ [о средств массовой информации]»)¹⁰⁹, sowie einigen Erweiterungen im „Gesetz über den Kampf gegen den Terrorismus“ («Федеральный закон о внесении дополнения в федеральный закон 'О борьбе с терроризмом'»), besagen, dass es verboten ist, „Terrorismus-Propaganda“ in den Medien zu verbreiten, ein Begriff, der jedoch viele Interpretationsmöglichkeiten zulässt. So ist es nunmehr verboten, über Anti-Terror-Operationen oder Ähnliches zu berichten, da dies einem „Verrat von Staatsgeheimnissen“ gleichkommt. Informationsminister Michail Lesin¹¹⁰ berief sich ebenfalls auf diese Gesetzesänderung, als er sich dafür aussprach, die Website des kritischen Radiosenders *Écho Moskvу* (Echo Moskaus) zu schließen. Diesem Vorschlag war vorausgegangen, dass der Sender auf seiner Website ein Interview mit einigen der überlebenden Terroristen der Geiselnahme im Moskauer Dubrovka-Theater (im Deutschen eher bekannt als Nordost-Theater) vom Oktober 2002 veröffentlicht hatte.

Die Geschehnisse rund um die Geiselnahme waren ein weiterer wunder Punkt in der jüngeren russischen Geschichte, und erregten noch mehr weltweites Aufsehen als die Tragödie um den Untergang des U-Bootes Kursk zwei Jahre zuvor. Dabei wurde neuerdings starke Kritik am Vorgehen der russischen Behörden laut. Insbesondere die gewaltsame Erstürmung durch russische Sonderheiten unter Zuhilfenahme eines unbekanntes Gases¹¹¹ führte dazu, dass es eine äußerst hohe Anzahl ziviler Opfer zu verzeichnen gab. Auch die Tatsache, dass die russischen Behörden sich hartnäckig weigerten, die Zusammensetzung des Gases zu veröffentlichen, was für die

¹⁰⁷ zitiert nach: IPI Report, 2000, 203

¹⁰⁸ zit. nach: *Доктрина информационной безопасности Российской Федерации*

¹⁰⁹ zit. nach: www.ruj.ru/pravcenter/discuss.html

¹¹⁰ zitiert nach: IPI Report, 2002, 204

¹¹¹ zit. nach: Hartmann, Jens: *Vielleicht finden sie Papa ja doch*; Die Welt, 30.10.2002

medizinische Versorgung der Opfer lebenswichtig gewesen wäre und vermutlich weniger Opfer zur Folge gehabt hätte, führte zu harscher Kritik im Inland, als auch auf internationaler Ebene. So schreibt Jens Hartmann in „Die Welt“ nach den Ereignissen im Moskauer Musical-Theater:

Und das Gas? Der Kreml schweigt, der Geheimdienst auch. Ein Nervengas? Ein Halluzinogen? Ein Opiat? Dutzende Experten melden sich zu Wort. Einig sind sie sich nur in einem: Die Dosierung war vielleicht für die Terroristen richtig, für die nach drei Tagen Haft ausgelaugten Geiseln jedoch deutlich zu hoch. "Wir wurden wie Kakerlaken vergast", sagte eine Geisel. Völlig unklar ist, welche Spätfolgen das Gas für die Überlebenden haben wird. "Die Leute können auf ewig krank sein", sagte Vil Mirzajanov, der für die Sowjetunion selbst jahrzehntelang Chemiewaffen entwickelte.¹¹²

Die Ereignisse rückten das Vorgehen und die Rolle des Staates in Ausnahmesituationen wieder ins Licht der medialen Öffentlichkeit, und führten den Menschen, auch außerhalb Russlands vor Augen, wie es um den Wert eines Menschenlebens in Russland, auch über zehn Jahre nach dem Zerfall der Sowjetunion, bestellt war. So meinte etwa Gerit Schulze:

Wieder einmal wurde das Klischee bestätigt, nach dem ein Menschenleben in Russland wenig zählt, wenn es um die große Sache geht. Und die verlangte, Terroristen ohne Wenn und Aber in die Schranken zu weisen.¹¹³

Laut dem Bericht des International Press Institute¹¹⁴ aus dem Jahr 2002 war eben die Geiselnahme und die äußerst kritische Berichterstattung über deren gewaltsame Erstürmung, der Grund dafür, dass nur einen Monat nach den Ereignissen die entsprechenden Gesetzesänderungen durchgeführt wurden.

Nicht direkt, jedoch indirekt betrifft eine andere Gesetzesänderung die russische Presse und die Massenmedien. So bemächtigt das „Verfassungsgesetz über den Ausnahmezustand“ (Art. 4 Abs. 1), welches am 30. Mai 2001 in Kraft trat, den russischen Präsidenten, für das „gesamte Territorium der Russischen Föderation oder für einzelne Teile davon, per Ukaz“¹¹⁵ den Ausnahmezustand zu verhängen“. Art. 4 Abs. 2 dieses Gesetzes verleiht dem Präsidenten der Russischen Föderation, vorausgesetzt dieser Ukaz wird vom Föderationsrat, der zweiten Kammer des russischen Parlaments bestätigt, die rechtliche Befugnis, die „Freiheit der Presse und anderer Massenmedien

¹¹² Hartmann, Jens: *Vielleicht finden sie Papa ja doch*, Die Welt, 30. 10. 2002

¹¹³ Schulze, Gerit: *Der alte Reflex*, Die Zeit, Nr. 44, 2002

¹¹⁴ IPI Report, 2002, 204

¹¹⁵ Geistlinger, Michael: *Die Bedrohung der offenen Gesellschaft: Medienrecht und Terrorismus*, 2005, 143

im Wege der Einführung einer Zensur im Vorhinein unter Angabe der Bedingungen und des Verfahrens ihrer Durchführung zu unterwerfen, aber auch Druckwerke, Radiosendungen, andere technische lautverstärkende Mittel und Mittel der Vervielfältigungstechnik vorübergehend zu beschlagnahmen oder einzustellen und eine besondere Akkreditierungsordnung für Journalisten einzuführen“¹¹⁶ («В случае введения чрезвычайного положения могут быть предусмотрены следующие меры и временные ограничения: ...ограничение свободы печати и других средств массовой информации путем введения предварительной цензуры с указанием условий и порядка ее осуществления, а также временное изъятие или арест печатной продукции, радиопередающих, звукоусиливающих технических средств, множительной техники, установление особого порядка аккредитации журналистов...») ¹¹⁷ . „Terroristische Akte“, das macht Art. 3 lit. a des Verfassungsgesetzes klar, wären „Umstände, die die Verhängung des Ausnahmezustandes erlauben würden.“¹¹⁸ Die im Terrorismusgesetz verankerte Zensurregelung steht somit nicht in Übereinstimmung mit Art. 10 der EMRK.

Im Juni 2002 wurde das föderale Gesetz „über die grundlegenden Garantien der Wahlrechte und des Rechts auf Teilnahme am Referendum der Bürger der RF“ (später nur noch „Wahlgesetz“ genannt)¹¹⁹ erlassen. Es enthält das eindeutige Verbot jeglicher Wahlwerbung und Agitation bzw. der „Wahlagitation“. Dieser Begriff wird in Art. 2 Ziff. 4 des Wahlgesetzes definiert als eine „Tätigkeit, die während der Wahlkampagne ausgeführt wird und das Ziel hat, die Wähler dazu anzuregen, oder die Wähler anregt, für einen Kandidaten, für mehrere Kandidaten, für eine Kandidatenliste oder gegen diesen oder gegen alle Kandidaten (gegen alle Kandidatenlisten) zu stimmen“¹²⁰. Dabei soll verhindert werden, dass Journalisten die Wahlentscheidung des Wählers beeinflussen. Die Absicht dieses Gesetzes steht allerdings in starkem Gegensatz zu Artikel 16 Abs. 1 des Mediengesetzes, welches im Folgenden noch näher beleuchtet wird.

Vor den bevorstehenden Parlamentswahlen im Dezember 2003 und den Präsidentschaftswahlen im darauffolgenden März, erfolgten im Juni 2003 erneut Änderungen in der Medien-Gesetzgebung. Die Gesetzesvorlage, die als „Abänderung

¹¹⁶ Geistlinger, M.: *Die Bedrohung der offenen Gesellschaft*, 2005, 143

¹¹⁷ www.akdi.ru/gd/proekt/083172GD.SHTM

¹¹⁸ Geistlinger, M.: *Die Bedrohung der offenen Gesellschaft*, 2005, 143

¹¹⁹ Lysova, Ekaterina: *Die Freiheit der Massenmedien und Wahlen in Russland: Interessenkonflikt*, 2005, 167

¹²⁰ Lysova, E.: *Die Freiheit der Massenmedien und Wahlen in Russland*, 2005, 168

und Ergänzung“ bereits vorhandener Gesetze angesehen wurde, bevollmächtigte das Ministerium für Angelegenheiten von Presse, Fernseh- und Radioübertragung und Masseninformatiön, die Zentrale Wahlkommission sowie regionale Wahlkommissionen, Medien-Einrichtungen kurzerhand zu schließen, wenn diese sich während des Wahlkampfes der „parteiischen, voreingenommenen“ politischen Berichterstattung¹²¹ schuldig gemacht hatten.

Der Sinn dieser Vorschrift wird von einem Mitglied der Zentralen Wahlkommission folgendermaßen erklärt:

„Wenn ein Kandidat mietfreies Wohnen versprochen hat, ist es statthaft, darüber zu schreiben. Nicht zulässig – da Analyse – wäre hingegen ein Hinweis darauf, dass derselbe Kandidat ein identisches Versprechen nach den letzten Wahlen gebrochen habe.“¹²²

Nach Aussage derselben Person „bedrohe das neue Gesetz nicht die Meinungsfreiheit, sondern die Freiheit zu lügen“¹²³. Noch im Oktober desselben Jahres wurde der Unterpunkt aus Artikel 48 Abs. 2 vom Verfassungsgericht wieder revidiert. Denn nicht nur diverse Medienvertreter, sondern auch die Wahlkommissionen selbst beklagten, dass durch diese Bestimmung die Begriffe, was noch unter übliche Berichterstattung fällt oder was bereits Wahlwerbung für bestimmte Kandidaten oder kandidierende Parteien zu werten ist, zur reinen Interpretationssache verkommen würde. Auch wenn die umstrittenen Ergänzungen im Mediengesetz schließlich vom Verfassungsgericht für ungültig erklärt wurden, blieben andere juristische Grenzgänge, wobei eine „objektive, neutrale“ Linie für viele Medienorgane schwer einzuhalten ist, wenn auf föderaler, aber auch auf regionaler Ebene ein Wahlkampf stattfindet. So ist in Artikel 16 Absatz 1 des Mediengesetzes geregelt, dass für Redaktionen unter anderem die Pflicht besteht, Programme, die diese von wahlwerbenden Kandidaten erhalten haben, unverändert zu veröffentlichen, auch wenn darin Schmähungen oder Beleidigungen von anderen Kandidaten enthalten sind. Dass die Medienorgane die Wahlprogramme unverändert veröffentlichen müssen, bedeutet allerdings nicht, dass diese nicht für den Inhalt zur Verantwortung gezogen werden können. Trotz Ausnahmen von dieser Veröffentlichungspflicht, finden sich Medienvertreter immer öfter in einer rechtlichen Zwickmühle. Schließlich ist es ein beliebtes Mittel, durch Androhung von Rufschädigungs-Klagen zu einer öffentlichen Gegendarstellung und somit zu günstiger

¹²¹ IPI Report / World Press Freedom Review, 2003, 229

¹²² Reitschuster, B.: *Putins Demokratie*, 2006, 66

¹²³ Reitschuster, B.: *Putins Demokratie*; 2006, 66

Wahlwerbung zu kommen¹²⁴. Auch die Verfasser dieser „Schmähschriften“ können vor Gericht zur Verantwortung gezogen und spätestens bei der dritten Verwarnung vom Wahlkampf ausgeschlossen werden.

Die Redaktionen der Medienorgane verfügen allerdings über weniger Freiraum. Bereits die zweite Verwarnung eines erwiesenen Missbrauchs der Pressefreiheit, kann, gemäß Artikel 16 Absatz 1 des russischen Mediengesetzes, durch eine richterliche Verfügung zur Einstellung des betreffenden Organs führen¹²⁵. Hinzu kommen Klagen, wenn sich ein Medienorgan beispielsweise generell weigert, das Wahlprogramm eines Kandidaten zu veröffentlichen. Der Betroffene hat die Möglichkeit, bei der örtlichen Wahlkommission Klage einzureichen, die darauffolgenden exorbitant hohen Strafen bedeuten für viele Medienvertreter erhebliche finanzielle Probleme.

Nichtregierungs-Organisationen, wie der *Russische Journalistenverband* oder die *Glasnost Defense Foundation*, stehen zwar hilfeschenden Redaktionen und Journalisten mit juristischen Tipps zur Verfügung, doch auch sie können die gesetzlichen Einschränkungen, die der Staat den Medienorganen auferlegt, nicht beseitigen. Obwohl derart offene Einschränkungen gehäuft in den russischen Regionen und Provinzen auftreten, wo „die politische und ökonomische Macht traditionell am Stärksten konzentriert sind, und Journalisten noch weniger Freiheiten und Möglichkeiten haben als in der Hauptstadt“¹²⁶, so ist eine Tendenz zu derartigen Vorgängen auch in den großen Städten zu beobachten.

Eine neuerliche Änderung einer Gesetzesnovelle zeichnete sich im Frühjahr 2004 ab, wurde aber am 19. Mai von der Staatsduma abgewiesen. Die stark umstrittene Änderung des Mediengesetzes¹²⁷ hätte für Fernsehstationen zur Folge gehabt, dass terroristische Handlungen nicht mehr im Fernsehen gezeigt werden hätten dürfen, ohne vorherige Erlaubnis eines Exekutivorgans.

Im Juli 2006 bewilligte die Duma, das russische Parlament, eine neue Gesetzesvorlage, die eine Änderung des „Gesetzes zur Bekämpfung von extremistischen Aktivitäten“ plante. Die Gesetzesänderung sah vor, dass die öffentliche Verunglimpfung bzw. üble Nachrede von ranghohen Staatsbediensteten in

¹²⁴Die Zahl von Ehrschutzklagen hat sich im Zeitraum von 1990 bis zum Jahr 2001 fast verfünffacht. Wurden im Jahr 1990 auf dem Gebiet der Russischen Föderation noch insgesamt 1.140 „Ehrschutzklagen“ eingereicht, so belief sich diese Zahl im Jahr 2001 bereits auf 5.499. vgl.: Fedotov, Michail: *Auf dem Wege zur Pressefreiheit. Die Erfahrung Russlands*, 2005, 71

¹²⁵ Gladkov, Sabine.: www.laender-analysen.de/russland/pdf/Russlandanalysen007.pdf , 4

¹²⁶ ROG (Reporter ohne Grenzen) – Dossier Russland, Wien, 2007, 8

¹²⁷ IPI Report / World Press Freedom Review, 2004, 241

Medienerzeugnissen als extremistische Aktivität¹²⁸ eingestuft werden kann. Für dieses Vergehen können Journalisten mit Haftstrafen von bis zu drei Jahren verurteilt werden. Präsident Vladimir Putin unterzeichnete die Gesetzesänderung, trotz Proteste von Seiten diverser Medienvertreter, schließlich Ende Juli 2006.

Die gesetzlichen Entwicklungen in Russland waren unter anderem auch dafür ausschlaggebend, dass das International Press Institute Russland in seinem jährlich erscheinenden Bulletin bereits 2003 auf die Liste der Länder setzte, die mit der Warnung „Death Watch Country“ versehen sind, nachdem Russland im Jahr 2001 in die Rubrik „Watch List Country“ aufgenommen wurde.

Wie sich die gesetzliche Lage der Massenmedien unter dem neuen russischen Präsidenten Dmitrij Medvedev entwickeln wird, ist noch unklar. Jedoch hat dieser eine restriktive Gesetzesvorlage, die noch von seinem Vorgänger Vladimir Putin initiiert wurde, und die Massenmedien in ihrer freien Berichterstattung noch weiter in Bedrängnis gebracht hätte, kurzerhand abgewiesen. Trotzdem gilt als ein grundlegendes Problem des „Gesetzes über die Massenmedien“ das übliche Vorgehen des Staates gegen die Medien. Da ein Verstoß gegen das Gesetz ein „Verfahren der Einstellung und Aussetzung der Tätigkeit von Medienunternehmen“¹²⁹ zur Folge hat, geraten Medienvertreter häufig recht rasch in Existenznot. Ševerdjaev meint zu diesem Vorgehen des Staates:

Dringend notwendig wäre es, auf die Verfahren der Einstellung und Aussetzung der Tätigkeit von Medienunternehmen als Maßnahmen der Verantwortung, die die Medienunternehmen tragen, zu verzichten. Das Verbot der Tätigkeit von Massenmedien hat sich als eine nicht adäquate Maßnahme im Kampf gegen den Missbrauch der Freiheit der Masseninformation erwiesen. [...]
[...] Heute sind die Strafsanktionen, die Medienunternehmen auferlegt werden können, im «Gesetzbuch über Verwaltungsrechtsverletzungen» normiert. Diese Sanktionen werden nicht anstelle von Verbot oder Aussetzung der Tätigkeit des Medienunternehmens nach dem Gesetz über die Massenmedien, sondern zusammen mit den hier vorgesehenen Sanktionen verhängt. Mehr noch, die Strafsanktion des Tätigkeitsverbots hat Eingang auch in die jüngsten russischen Gesetze gefunden und ist beispielsweise im föderalen «Extremismus-Gesetz» noch weiter ausgebaut worden.¹³⁰

¹²⁸ IPI Report / World Press Freedom Review, 2006, 234

¹²⁹ Ševerdjaev, S.: *Verfassungs- und Rechtsnormen des Informationsaustausches*, 2005, 81

¹³⁰ Ševerdjaev, S.: *Verfassungs- und Rechtsnormen des Informationsaustausches*, 2005, 81

2.1.4 Änderungen zum NGO-Gesetz (Non-Governmental-Organizations)

Im gleichen Jahr, im April 2006, trat aber auch ein weit umstritteneres Gesetz in Kraft, das die diversen, in Russland tätigen NGOs (Non-Governmental-Organizations/Nicht-Regierungsorganisationen) betraf. So besagte die neue Verordnung mit dem Namen „Beschluss Nr. 212 über die Maßnahmen zur Realisierung einzelner Bestimmungen des Föderalen Gesetzes zur Regulierung der Aktivitäten nicht-kommerzieller Organisationen“¹³¹ («Постановление от 15 апреля 2006 г. № 212 о мерах по реализации отдельных положений федеральных законов, регулирующих деятельность некоммерческих организаций»)¹³², dass ausländische Organisationen, die in Russland arbeiten, bis zum 18. Oktober 2006 ihre Registrierungs- und Rechenschaftspflicht erneuern müssen. Diese Gesetzesänderung hat auf den ersten Blick keinen Bezug zur Situation der Massenmedien, bei genauerer Betrachtung, wird die Verbindung aber deutlicher, denn eine große Anzahl von Organisationen (russisch sowie nicht-russisch) unterstützt die Bemühen der Demokratieentwicklung in Russland. Da eine freie Presse, freie Meinungs- und Gedankenäußerung die Grundpfeiler eines demokratischen Systems darstellen, betrifft eine restriktive Haltung des Staats gegenüber den NGO-Tätigkeiten sehr wohl auch die russischen Medienvertreter, die oft bei den verschiedenen Organisationen juristischen Rat und Hilfe einholen konnten.

Die Änderungen waren in zweiter Fassung vom Parlament gebilligt worden. Die ursprüngliche Fassung hatte eine weitaus rigidere Überwachung der NGOs vorgesehen. Dabei wären auch alle russischen Organisationen von einer Neuregistrierung betroffen gewesen. Nach heftiger Kritik und Einschaltung des Europarates¹³³ entstand dann die zweite, weniger strikte Fassung. Das eigentliche Ziel der Gesetzesänderung ist laut russischer Regierung die Bekämpfung von Terrorismus und Geldwäsche. Außerdem sollen ausländische Gruppen oder Einrichtungen daran gehindert werden, politische Aktivitäten in Russland finanziell zu unterstützen. Dahinter steht jedoch die Annahme, „dass die so genannten Revolutionen in Georgien Ende 2003 und in der Ukraine Ende 2004 vor allem von aus dem westlichen Ausland finanzierten NGOs vorangetrieben worden seien“¹³⁴. Der Verdacht liegt nahe, dass die russische Regierung derart schnell – die zweite, überarbeitete Fassung des Gesetzesentwurf wurde bereits im Jänner 2006

¹³¹ Schmidt, Diana: *Neues (und Altes) in Sachen NGO-Gesetz*, Russlandanalysen Nr. 103, 2006, 6

¹³² www.consultant.ru/online/base/?req=doc;base=LAW;n=67572

¹³³ Quiring, Manfred: *Deutsche Stiftungsvertreter müssen Moskau verlassen*, Die Welt, 21. 10. 2006

¹³⁴ Landwehr, Susanne: *Knebel für Russlands Zivilgesellschaft*, www.toepfer-fvs.de/289.html

veröffentlicht, also in etwa ein Jahr nach den Ereignissen in der Ukraine – an einer Verschärfung des Gesetzes arbeitete, um derartige Entwicklungen zu verhindern. Die neue Regelung sieht nämlich vor, dass alle nichtstaatlichen Organisationen angeben müssen, mit welchen Projekten sie sich beschäftigen. Es müssen die in- und ausländischen Finanzquellen offengelegt, und alle Projekte müssen in Zeitungen, Rundfunk oder Internet publiziert werden.

Im Detail geht es darum, dass gemeinsam mit dem Antrag zur Neuregistrierung, „Berichte über Aktivitäten der Organisation und deren Führungspersonal, über Volumen erhaltener Gelder und Vermögensgegenstände, deren vorgesehene sowie aktuelle Verwendungszwecke und über in Russland geplante Programme“¹³⁵, beigelegt werden müssen.

Wenn eine NGO die Souveränität Russlands, die Unabhängigkeit, die territoriale Integrität, die nationale Einheit und Ursprünglichkeit, das kulturelle Erbe oder die nationalen Interessen verletzt, kann ihre Tätigkeit unterbunden werden. Nötig für ein Verbot sind zwei kleinere oder ein größerer Verstoß gegen die Bestimmungen. Die Formulierungen sind allerdings sehr ungenau und im Zweifelsfall in vielerlei Hinsicht auslegbar.¹³⁶

Die Änderungen des NGO-Gesetzes mögen, insbesondere aus westlich geprägter Sichtweise, zwar kritisch zu beurteilen sein, dabei müsste die Kritik aber auch die westliche, vor allem die Berichterstattung in der deutschen Presse, betreffen. So kritisiert die ehemalige Moskau-Korrespondentin von *Weltwoche* und *Die Zeit*, Mária Huber, dass sich die Berichte über das neue NGO-Gesetz hauptsächlich „auf den ‚Regulator‘ Putin konzentrierten“¹³⁷, wobei in der Berichterstattung kaum näher jene Organisationen beleuchtet werden, die „von der russischen Regierung aufs Korn genommen werden“¹³⁸. Des Weiteren kritisiert Huber den großen medialen Aufschrei im Westen, mit Schlagzeilen wie „Im Klammergriff des Kreml“¹³⁹, jedoch hinterfragten die Medien kaum, wer diese „Heldenorganisationen für Demokratie“¹⁴⁰ waren und sind. „Die Tatsache, dass sie unabhängig von der russischen Regierung existieren, scheint sie besonders glaubwürdig zu machen. Woher das Geld für die vielen tausend NGOs in Russland kommt und welche Ziele damit verbunden sein könnten, das

¹³⁵ Schmidt, D.: *Neues (und Altes) in Sachen NGO-Gesetz*, Russlandanalysen Nr. 103, 2006, 6

¹³⁶ Landwehr, S.: *Knebel für Russlands Zivilgesellschaft*, www.toepfer-fvs.de/289.html

¹³⁷ Huber, Mária: *Der große Regulator*; Message. Internationale Zeitschrift für Journalismus, 1/2007, 18

¹³⁸ Huber, M.: *Der große Regulator*, 2007, 18

¹³⁹ Süddeutsche Zeitung: *Im Klammergriff des Kreml*, 21. 12. 2005

¹⁴⁰ Huber, M.: *Der große Regulator*, Message 1/2007, 18

sind Fragen, die außerhalb des Denkhorizonts der meisten Korrespondenten liegen“¹⁴¹ meint Huber.

Dabei müsste man naturgemäß vorsichtig sein, solche Thesen zu äußern. Keine Regierung, möge sie auch als noch so demokratisch gelten, lässt sich gerne von außerhalb Vorschriften machen. Auch und gerade in Russland nicht, da in Russland eine lange Tradition starker und autoritärer Herrscher besteht. Der ehemalige Präsident Vladimir Putin war gerade auch wegen seines strengen Kurses bei der russischen Bevölkerung beliebt. Dass diese Regierung ausländischen Organisationen, die sich bemühen, demokratische(re) Standards in Russland zu stützen und zu festigen, mit strengeren Gesetzesauflagen die Existenz erschwert, ist daher nicht sehr verwunderlich.

Zwei Organisationen, die bis zum 18. Oktober 2006 von den Behörden in Moskau noch keine erneute Registrierung erhielten und vorübergehend ihre Tätigkeit einstellen mussten, waren das *National Democratic Institute* (NDI) und das *International Republican Institute* (IRI). Beides sind amerikanische Organisationen, die „im Verdacht standen“, die Revolutionen in Georgien 2003 und der Ukraine 2004 „unterstützt“ zu haben. Und tatsächlich, bei näherer Recherche fällt auf, dass diese ihr Hauptbudget aus dem amerikanischen Staatshaushalt beziehen¹⁴². Die Leitungsgremien sind besetzt mit Vertretern aus Wirtschaft oder Militär und ehemaligen Regierungsmitgliedern. Diese beiden Organisationen wurden, wie andere Stiftungen auch, darunter bekannte wie das *National Endowment for Democracy* (NED) oder die Stiftung *Freedom House* und *USAID*, noch zur Zeit des Kalten Krieges gegründet. Sie alle, und einige andere Organisationen mehr, spielten, laut Huber, eine tragende Rolle bei den Ereignissen in Serbien vom Oktober 2000. Bereits 2004 wurden ukrainische Jugendliche in Seminaren in Novi Sad „trainiert“. Kurz darauf wurde die ukrainische oppositionelle Jugendorganisation „Pora“ („Es wird Zeit“) gegründet, die nach dem Vorbild der serbischen Jugendorganisation „Otpor“ (zu dt.: „Widerstand“, „Reaktion“, „Abwehr“) entstand, und einen großen Teil der Demonstranten am Kiever Hauptplatz während der Ereignisse vom Dezember 2004 ausmachte.

Wenn die russische Staatsführung also gegen Nicht-Regierungsorganisationen im eigenen Land kämpft, dann vorrangig gegen Organisationen, die abhängig sind von der US-Regierung, vom US-Geheimdienst und US-Militär. Dass solche Geldgeber nicht aus purem Idealismus der Demokratie in der Welt zum Durchbruch verhelfen

¹⁴¹ Huber, M.: *Der große Regulator*, Message 1/2007, 18

¹⁴² Huber, M.: *Der große Regulator*, Message 1/2007, 20

wollen, sondern nationale amerikanische Interessen vertreten, davon erfährt man als Konsument der deutschen Mainstream-Medien wenig.¹⁴³

Es wäre naturgemäß kurzsichtig, zu behaupten, die Ereignisse in den ehemaligen Sowjet-Republiken wären hauptsächlich ein Produkt amerikanischer Manipulationen gewesen. Denn auch wenn Huber Beweise für ihre Theorien schuldig bleibt, so ist doch eines unbestritten. Die russische Regierung ist darauf bedacht, eine „sanfte“ Revolution, wie sie etwa in Georgien 2003, in der Ukraine 2004 oder in Kirgistan 2005 entstand, zu verhindern. Anders ist es wohl schwer zu erklären, warum die russische Regierung bemüht ist, derart häufig neue Erlässe, Dokumente und Gesetze zu erlassen, die kritische Medienvertreter immer mehr in Existenznot bringen.

2.2 Berufsethische Richtlinien

Neben den gesetzlichen Richtlinien, wie der Verfassung, und dem Gesetz über die Massenmedien, hat der Russische Journalistenverband («Союз Журналистов России») 1994 auch noch den «Кодекс Профессиональной Этики Российского Журналиста» (den „Kodex der professionellen Ethik des russischen Journalisten“) ins Leben gerufen, welcher lautet:

Der Journalist hält es für unwürdig, seine Reputation, seine Autorität und seine professionellen Rechte und Möglichkeiten zur Verbreitung von Informationen werblichen oder kommerziellen Charakters zu benutzen, besonders wenn die Form dieser Mitteilung nicht klar und eindeutig auf diesen Charakter hinweist. Schon die Verbindung journalistischer und Werbetätigkeit ist ethisch unzulässig. (Kodex Russland 1994, Ziffer 7, 31)¹⁴⁴

Obwohl der landesweite und somit wichtigste Kodex in der Berufsgruppe selbst eher unbekannt ist, wie eine Befragung von Journalisten in mehreren Städten des südrussischen Raums vom Jahr 2002¹⁴⁵, ergeben hatte, so existieren gleichzeitig noch regionale Kodizes wie die «Московская Хартия Журналистов» (Moskauer Charta der

¹⁴³ Huber, M.: *Der große Regulator*, Message 1/2007, 20

¹⁴⁴ Krüger, Uwe: *Gekaufte Presse in Russland. Politische und wirtschaftliche Schleichwerbung am Beispiel der Medien in Rostov-na-Donu*, 2006, 34, «Журналист считает недостойным использовать свою репутацию, свой авторитет, а также свои профессиональные права и возможности для распространения информации рекламного или коммерческого характера, особенно если о таком характере не свидетельствует явно и однозначно сама форма такого сообщения. Само сочетание журналистской и рекламной деятельности считается этически недопустимым.», in: www.ruj.ru/about/codex.htm

¹⁴⁵ Krüger, U.: *Gekaufte Presse in Russland*, 2006, 34

Journalisten) oder die «Тюменская Этическая Медиа-Конвенция» (Tjumen'er Ethische Medien-Konvention). Die «Хартия Журналистов и Учредителей (Издателей) районных СМИ Новосибирской области» (Charta der Journalisten und Gründer [Herausgeber] der Lokalmedien des Novosibirsker Gebietes) beruft sich außerdem direkt auf die Verantwortung gegenüber den Rezipienten:

Wir, die Journalisten, sollen in unserer Arbeit nur die Interessen des Publikums unseres Mediums vertreten. Wir sehen es als professionelles Vergehen an, unter beliebigen Umständen Bezahlung für die Verbreitung falscher oder Nichtverbreitung wahrer Information zu erhalten. Journalistische Tätigkeit ist mit versteckter Werbung nicht vereinbar. (Charta Novosibirsk, 2000)¹⁴⁶

Des Weiteren existieren noch, auf den journalistischen Bereich bezogene, Kodizes, wie die *Chartija teleradioveščatelej* („Charta der Fernseh- und Radiojournalisten“) und Kodizes einzelner Medienvertreter, wie die Charta der Traditionszeitung *Izvestija* oder des Wirtschaftsblattes *Delovoj Peterburg*.

Obwohl sich die Medienbereiche und die einzelnen (regionalen) Medienvertreter dazu verpflichteten, für die wahre Verbreitung von Informationen verantwortlich zu sein, und keinerlei politische und ökonomische Werbung, die nicht als solche gekennzeichnet ist, zu verbreiten, so sind, und dabei sind insbesondere Medienorgane in den Regionen betroffen, wo die politische und ökonomische Macht verstärkt konzentriert sind, die diversen Medienvertreter doch abhängig von Politik und Wirtschaft. Sofern das einzelne Medienorgan nicht ohnehin im Besitz eines Repräsentanten aus dem politischen oder ökonomischen Bereich ist, so ist es doch oft vom Wohlwollen Dritter abhängig. Gerade nach der Wirtschaftskrise 1998 kamen sowohl die „zweifelhafte“ Zusammenarbeit zwischen Redaktionen und Vertretern aus Wirtschaft und Politik, als auch die sogenannte «заказуха» oder «джинса» (beide Begriffe bezeichnen den „Journalismus auf Bestellung“) wieder in Mode.¹⁴⁷ Gemeint sind damit das Auftreten von Schleichwerbung oder PR-Artikeln, die nicht als solche gekennzeichnet sind, bis zur Bezahlung von „eigenen“ Journalisten durch bestimmte hohe Persönlichkeiten, um gegen Prämien eine positive Berichterstattung zu erhalten.¹⁴⁸

¹⁴⁶ Krüger, U.: *Gekaufte Presse in Russland 2006*, 35, «Мы, журналисты, в своей работе должны представлять интересы только аудитории своего СМИ. Мы рассматриваем как профессиональное преступление получение при любых обстоятельствах платы за распространение ложной или сокрытие истинной информации. Журналистская деятельность несовместима со скрытой рекламой.», in: www.gdf.ru/books/books/liberty/0062.shtml

¹⁴⁷ Gladkvo, S.: *Macht und Ohnmacht der „vierten Gewalt“*, 2001, 159

¹⁴⁸ Gladkvo, S.: *Macht und Ohnmacht der „vierten Gewalt“*, 2001, 159

Gerade kritische Medienorgane sind, wie bereits erwähnt, wesentlich häufiger in finanzielle Schwierigkeiten verwickelt, was dazu beitrug, dass sich die Besitzverhältnisse von Medieneinrichtungen in den letzten Jahren maßgeblich verändert haben. Insbesondere der mehrheitlich in staatlichem Besitz befindliche Energiekonzern Gazprom ist stark am Erwerb von Medieneinrichtungen interessiert. Allein bis zum Jahr 1998 erwarb der größte Arbeitgeber Russlands mehr als 100 regionale Medieneinrichtungen.¹⁴⁹ Diese Zahl sollte in den folgenden Jahren noch weiter anwachsen. Im Frühjahr 2001 übernahm Gazprom-Media auch den erfolgreichen, aber stark verschuldeten kritischen Fernsehsender NTV des Eigentümers Vladimir Gusinskij, die neue redaktionelle Linie des Senders war fortan von einem deutlich weniger kritischen Kurs bestimmt. Gleichzeitig wurden die Wochenzeitung *Itogi* und die Tageszeitung *Segodnja* eingestellt, die ebenfalls zu dem Konsortium Gusinskijs gehörten. Im Jahr 2005 ging die bekannte Tageszeitung *Izvestija* in den Besitz von Gazprom-Media über. Daraufhin folgte ein neuer Manfred Quiring meint dazu in der *Welt*:

Das bis dahin ausgewogene Blatt wurde weichgespült und kremlgefällig.¹⁵⁰

Der anerkannte Moskauer Radiosender *Écho Moskvj*, der sich selbst als „Platz für Diskussionen und Äußerungen aller Meinungen“ sieht, gehörte bis 2001 ebenfalls zum Medienkonsortium Vladimir Gusinskijs. Doch mit der Übernahme dessen Mediaholding ging auch *Écho Moskvj* in den Besitz von Gazprom-Media über. Bis zum heutigen Tag wurden allerdings innerhalb des Radiosenders keine personellen oder redaktionellen Änderungen vorgenommen. Johannes Voswinkel schreibt über den „Sonderstatus *Écho Moskvj*“ in der *Zeit*:

Die landesweiten Fernsehsender unterliegen der direkten oder indirekten Staatskontrolle und verbreiten vor allem das Opium des tadellosen Putinismus unter das Volk. Die Radiostation *Écho Moskvj* darf als Alibi-Sender allein ihr Reservat des kritischen Journalismus pflegen. Sogar die lange Zeit vergleichsweise freie Presse erlebt seit gut einem Jahr Verlagsübernahmen und Aufkäufe durch den Staatskonzern Gasprom oder Kreml-ergebene Oligarchen.¹⁵¹

Der bekannte russische Journalist Grigorij Pakso, der selbst schon des Öfteren festgenommen wurde, sagte in einem Interview mit der Berliner Zeitung über den Sender *Écho Moskvj*:

¹⁴⁹ Gladkvo, S.: *Macht und Ohnmacht der „vierten Gewalt“*, 2001, 162

¹⁵⁰ Quiring, M.: *Konzentration aller Ressourcen*, Die Welt, 14. 06. 2006

¹⁵¹ Voswinkel, Johannes: *Kampf der Freiheit*, Die Zeit online, Nr. 11/2007, 15. 03. 2007

Es wird ihm erlaubt zu existieren. Damit die Regierung etwas vorweisen kann, wenn die Frage aufkommt, ob es in Russland unabhängige Medien gibt. Es gibt mit der *Novaja Gazeta* auch eine freie Zeitung. Aber es gibt keinen Fernsehsender, der wirklich kritisch berichtet. Das wäre auch zu viel des Guten, denn der Großteil der Bevölkerung wird über das Medium Fernsehen erreicht und manipuliert.¹⁵²

Obwohl Sponsoren und Großaktionäre sich vertraglich dazu verpflichteten, keinerlei „Einmischung in den Redaktionsalltag des im Besitz befindlichen Mediums zu begehen“, änderte sich doch häufig die redaktionelle Linie des betreffenden Mediums. Der frühere Gazprom-Media-Chef Viktor Iljušin sprach einmal sogar von einem „natürlichen Recht zur Intervention der Geldgeber in die Angelegenheiten der Redaktion“¹⁵³. Und tatsächlich: bei einer bereits im Jahre 1995 durchgeführten Umfrage erklärten bereits elf Prozent der befragten Journalisten, „sich in ihrer professionellen Freiheit durch Konflikte mit den Gründern eingeschränkt zu fühlen“¹⁵⁴. Meist sind jedoch die kapitalstarken Investoren nicht alleinige Herrscher über ein Medienorgan. Vielmehr teilen sich zwei oder mehr Firmen ein entsprechend hohes Aktien-Paket, das ihnen hilft, die Kontrolle über die Medieneinrichtung zu erhalten.

¹⁵² Goltz, Tobias: *Warum schreibt ihr nicht, was ich sehe?*, Berliner Zeitung, 20. 08. 2007

¹⁵³ Gladkov, S.: *Macht und Ohnmacht der „vierten Gewalt“*, 2001, 163

¹⁵⁴ Gladkov, S.: *Macht und Ohnmacht der „vierten Gewalt“*, 2001, 163

3. Repressionen gegen Journalisten im heutigen Russland

3.1 Definition: Welche Handlungen fallen unter den Begriff „Repression“ und wie verhält es sich damit gegenüber Journalisten?

Die Zensur war die stärkste ideologische Abteilung der KPdSU.¹⁵⁵

Der Begriff „Repressalie“ leitet sich vom lateinischen Ausdruck „reprehendere“ ab, was soviel bedeutet wie „tadeln“, „zurechtweisen“, „festhalten“, „kritisieren“ „wiederergreifen“. Laut Fremdwörterbuch bedeutet Repression sowohl „Unterdrückung individueller Entfaltung und individueller Triebäußerungen durch gesellschaftliche Strukturen und Autoritätsverhältnisse“¹⁵⁶ als auch „politische Gewaltanwendung“¹⁵⁷. Repressalien bedeutet soviel wie „Vergeltungsmaßnahme“ oder „Druckmittel“¹⁵⁸, bzw. „unter Einfluss stehen“¹⁵⁹, „erpressen“. Das Adjektiv „repressiv“ beschreibt eine Handlung, die „hemmend“, „unterdrückend“ bzw. „Repression ausübend“¹⁶⁰ ausgeführt wird.

Die Definition „Repressalie“ stammt vom „Institut de droit international“¹⁶¹ aus dem Jahr 1934. Dabei handelt es sich um eine „an sich völkerrechtswidrige Zwangsmaßnahme, die, aufgrund eines vorangehenden Völkerrechtsverstoßes erlaubt ist. Ihr Ziel ist es, den für die Rechtsverletzung Verantwortlichen durch die Beeinträchtigung von geschützten Rechtsgütern zur Rückkehr zum völkerrechtskonformen Verhalten zu zwingen. Aufgrund dieser Funktion wird die Repressalie häufig als «Beugezwang» charakterisiert.“¹⁶² Außerdem, so erklärt Hebenstreit weiter:

Ihrem Wesen nach ist die Repressalie daher eine Ausnahme von einem Verbot. An sich selbst völkerrechtswidrig, ist das im Wege der Repressalie gesetzte Verhalten lediglich im Hinblick darauf zulässig, dass ihr Ziel in der Beseitigung von vorangehendem völkerrechtlichem Unrecht liegt. Objektiv wird die Grenze zwischen Recht und Unrecht von der zulässigen Repressalie überschritten.

¹⁵⁵ Dubinskaja-Džalilova, T.: *Cenzura obrela vlast'neob'jasnimuju...*, in: *Cenzura v Rossii: Istorija i sovremennost'*, St. Petersburg, 1995, 17 (Übersetzt v. d. Autorin)

¹⁵⁶ Duden Fremdwörterbuch, Mannheim, 2002, 446

¹⁵⁷ Duden Fremdwörterbuch, 2002, 446

¹⁵⁸ www.fremdwort.de

¹⁵⁹ www.duden-suche.de

¹⁶⁰ Duden Fremdwörterbuch, 2002, 446

¹⁶¹ Hebenstreit, Johannes: *Repressalien im humanitären Völkerrecht*, Baden-Baden, 2004, 25

¹⁶² Hebenstreit, J.: *Repressalien im humanitären Völkerrecht*, 2004, 26

Entscheidend ist, dass durch die Anwendung der Repressalie eine an sich bestehende völkerrechtliche Verpflichtung missachtet wird. Dabei spielt es keine Rolle, ob aktiv eine Handlung gesetzt wird, die völkerrechtlich verboten ist, oder ein völkerrechtlich gebotenes Tun unterlassen wird.¹⁶³

Im historisch-wissenschaftlichen Verständnis in Bezugnahme auf die Geschichte Russlands, wird mit dem Begriff „Repression“ bzw. „Repressalien“ üblicherweise die Unterdrückung formal geltender Völker- und Menschenrechte verstanden. Dieser Begriff wird hauptsächlich mit der teilweise extremen Missachtung von Menschenrechten in verschiedenen Perioden der Geschichte der Sowjetunion in Verbindung gebracht. Nach dem Ende der Sowjetunion und dem Einsetzen eines gesellschaftlichen, soziologischen und ökonomischen Transformationsprozesses, der mit dem Amtsantritt Vladimir Putins noch nicht abgeschlossen war, schien mit dem Ende der Ära Putin diese Transformation erst recht in weite Ferne gerückt. Anhand von Fallbeispielen werden in den nächsten Punkten dieses Kapitels Ereignisse geschildert, welche teilweise an längst vergangene Zeiten erinnern.

In der Geschichte Russlands werden mit Repressionen im Allgemeinen die Unterdrückung, Inhaftierung und Deportation, bis hin zur „physischen Vernichtung“¹⁶⁴ Andersdenkender, bezeichnet. Vor allem die 1930er und 1940er Jahre bis zum Beginn der 1950er Jahre des 20. Jahrhunderts bedeuteten für unzählige Menschen, die der Herrschaft Stalins zum Opfer fielen, ihre „Verbrechen“ mit jahrelanger Lagerhaft oder gar mit dem Tod zu bezahlen. Der russische Historiker Ivan Kuznecov schreibt, dass die ersten sowjetischen Repressionen unter Stalin bereits in den 1920er Jahren begannen.

В скорбном списке погибших в сталинских застенках одним из первых оказался Лев Семенович Сосновский, публицистика которого уже в середине 1920-х годов составляла многие тома, однако более 50-ти лет находилась под запретом и не была доступна читателям.¹⁶⁵

Zu dieser Zeit, also in den 1920er und 1930er Jahren, so Kuznecov, formierte und festigte sich endgültig das System des sowjetischen Journalismus, das sich vom westlichen Journalismus dadurch unterschied, dass die Hauptfunktion nicht in der

¹⁶³ Hebenstreit, J.: *Repressalien im humanitären Völkerrecht*, 2004, 26

¹⁶⁴ Hübner, Peter: *Opposition in der Sowjetunion*; aus: *Weltmacht Sowjetunion. Umbrüche-Kontinuitäten-Perspektiven*, Köln, 1987, 137

¹⁶⁵ zu dt.: „In der traurigen Liste der, in den stalinistischen Folterkammern Umgekommenen, war einer der ersten von ihnen Lev Semenovič Sosnovskij, ein Publizist, der schon Mitte der 1920er Jahre viele Bände herausgebracht hat, diese wurden jedoch über fünfzig Jahre lang unter Verschluss gehalten und waren den Lesern nicht zugänglich.“, in: Kuznecov, Ivan V.: *Istorija otečestvennoj žurnalistiki (1917-2000)*. Moskva, 2002, 217

Information oder Aufklärung bestand, sondern in der Massenmobilisierung, um die Menschen von den Errungenschaften und der Überlegenheit des Sozialismus zu überzeugen.

Stalin war jedoch im Laufe seiner Herrschaft immer häufiger der Meinung, dass „Feinde des Volkes“ den Erfolg des Sozialismus gefährdeten. Für diese Art von Verbrechen waren schließlich immer härtere Bestrafungen vorgesehen. Unter „Verbrechen“ fiel, Stalin zufolge, jegliche Art von Opposition, sowohl inner- als auch außerhalb der Partei. Hübner definiert Opposition und Oppositionelle in der Sowjetunion folgendermaßen:

[...] «Einzelgänger», «untypische» Einzel-«Täter», die aus Gründen, die außerhalb der sowjetischen Gesellschaft und Politik liegen und deshalb entweder in der Persönlichkeit des «Täters» oder im imperialistischen Ausland zu suchen sind, eine antisowjetische Haltung einnehmen. Bei Oppositionellen kann es sich in dieser Sicht also nur um (Geistes)-Kranke (vgl. die von sowjetischen Psychiatern erfundene Krankheit «Reformwahn»), um Geltungssüchtige, um Labile, die feindlicher Propaganda und Bestechung nicht widerstehen können, um Kriminelle oder um regelrechte Agenten des Imperialismus handeln...¹⁶⁶

Wiewohl keineswegs von „Einzeltätern“ die Rede sein kann, denn bereits 1933/34 begannen die, von Stalin initiierten und zu trauriger Berühmtheit gelangten, Säuberungen und Schauprozesse. Für seine „Säuberungspläne“ kamen Stalin auch die Medien, damals hauptsächlich Zeitungen, zugute. Als sich am Beginn der 1930er Jahre der „Feldzug gegen den Klassenfeind“ immer stärker abzeichnete, titelte die *Pravda*, offizielles Organ der Regierung einen Artikel mit „Die Liquidierung des Kulakentums als Klasse wird zur Tagesordnung“¹⁶⁷. Bereits in den 1920er Jahren hatten Kulaken (Kulak bedeutet wörtlich übersetzt „Faust“; der Begriff wurde jedoch für Großbauern verwendet, die als „Ausbeuter“ dargestellt wurden) unter Repressionen Stalins zu leiden. Die Zeitungen dienten als Unterstützung für die „Entkulakisierung“, indem sie Zahlen und Namen von „Kontrollierten“ und „Verdächtigten“ veröffentlichten.

Nach den „Säuberungen“ innerhalb der Partei begann man mit der gezielten Ausschaltung von „Volksfeinden“, darunter fielen vor allem „unbotmäßige Literaten, Künstler, Wissenschaftler, Führer von Glaubensgemeinschaften oder solche, denen man «Abweichungen» unterstellte“¹⁶⁸. Die Vertreter der genannten Bereiche fanden sich

¹⁶⁶ Hübner, P.: *Opposition in der Sowjetunion*, 1987, 138

¹⁶⁷ Ovsepjan, R. P.: *Istorija novejšej otečestvennoj žurnalistiki*, 1999, 97

¹⁶⁸ Hübner, P.: *Opposition in der Sowjetunion*, 1987, 140

dann häufig in Strafgefangenenlagern, den sogenannten GULAGs (Abk. für *Glavnoe Upravlenie Lagerej*, zu dt.: Hauptverwaltung der Lager), wieder.

Gleichzeitig zeichnete sich auch der Journalismus in dieser Zeit durch seine Eigenheit aus. Um die „Überlegenheit“ des sozialistischen Systems und des Kommunismus zu untermauern, überwiegen in Radio und Zeitungen die ausführlichen Berichte über die Errungenschaften des sowjetischen Systems. Allen voran waren Berichte über die neuesten Erkenntnisse von Wissenschaftlern, ausführliche Berichte über den ersten Flug über den Nordpol eines russischen Pilotenteams im Jahre 1937, oder Berichte, dass das industrielle Plansoll bereits vor Ende der 5-Jahres-Frist erreicht war. Ovsepjan meint zur Tradition des „patriotischen Journalismus“:

Вся советская журналистика была проникнута оптимизмом, непоколебимой верой в завтрашний день.¹⁶⁹

Laut Ovsepjan beharrte die sowjetische Presse außerdem auf der Parole des „permanenten Klassenfeindes“. In ihm sah man den Grund für das Entstehen von verschiedenen „Oppositionen“ und der subversiven Tätigkeit von „Volksfeinden“.¹⁷⁰ Die Kontrolle über verschiedene Bereiche der Künste und der Wissenschaft wurde durch ein weitverzweigtes Überwachungssystem realisiert, das durch „staatlich-parteilich-geheimpolizeilich gelenkte“¹⁷¹ Organisationen und Institutionen gewährleistet wurde.

Der sowjetische Journalismus trug ebenfalls zur Entstehung des Personenkultes rund um die Persönlichkeit Stalin aktiv bei. Mit kritiklosem Lob jeglicher Art von Stalins „Weitblick und Weisheit“ begründete die damalige Presse teilweise eine Unanfechtbarkeit vor dessen Autorität. Den Repressalien Stalins fielen im Laufe der 1930er Jahre schließlich nicht mehr nur Mitglieder der Kommunistischen Partei, darunter hauptsächlich die „Gegner des harten Kurses“ („Versöhnler“) und Verfechter eines „eigenen Weges zum Sozialismus“ („nationalkommunistische Abweichler“)¹⁷² zum Opfer, sondern immer öfter auch Vertreter Bereiche Kultur und Wirtschaft. Dieses System der Repressalien wurde soweit entwickelt, dass die Tatsache, Mitglied der Kommunistischen Partei zu sein, nicht mehr genügte, um einen vor „Angriffen“ von

¹⁶⁹ zu dt.: „Der gesamte sowjetische Journalismus war durchdrungen von Optimismus und unerschütterlichem Glauben an das Morgen.“, Ovsepjan, R. P.: *Istorija novejšej otečestvennoj žurnalistiki*, 1999, 102

¹⁷⁰ Ovsepjan, R. P.: *Istorija novejšej otečestvennoj žurnalistiki*, 1999, 103

¹⁷¹ Hübner, P.: *Opposition in der Sowjetunion*, 1987, 140

¹⁷² Altrichter, Helmut: *Kleine Geschichte der Sowjetunion 1917-1991*, München, 1993, 129

oben zu schützen. Jeder, der nicht „aktiv seinen Glauben an die Partei und an Stalin bekundete, kam schnell in den Geruch eines Volksfeindes“¹⁷³.

In einem geheimen Dokument aus dem Jahr 1938, das den Titel „Säuberungen im Journalistenverband und in den Zensurbehörden“¹⁷⁴ trägt, ist die Rede davon, dass „[...] sich Teile der Parteiorganisation und des Journalistenverbandes als außerordentlich schmutzige Volksfeinde herausgestellt haben [...]“¹⁷⁵. Des Weiteren heißt es im selben Dokument, dass „[...] in den letzten eineinhalb Jahren von den Vertretern der NKVD zwar über 40 Mitglieder und Kandidaten des (Journalisten-)Verbandes «ausgesondert» wurden, doch wenn wir uns erneut mit einer Überprüfung der Leute, zur Aufklärung fremder Einflüsse und Stimmungen, beschäftigen, werden wir erneut auf eine beachtliche Verunreinigung des Verbandes stoßen [...]“¹⁷⁶.

Als schlimmste Form der Repressalien ist eindeutig die massenweise, und die, nicht mehr mit nachvollziehbaren Maßstäben messbaren Verhaftungen, Verurteilungen, Verbannungen und Hinrichtungen, zu nennen. Es gab aber auch weniger offene Formen der Repression. Dazu zählte nicht nur die stark ausgeprägte Zensur, die Medien, Literatur und das kulturelle Leben betraf, sondern auch das öffentliche Leben im Allgemeinen. Hübner analysiert das Klima der Angst, des Misstrauens und der Verdächtigungen folgendermaßen:

Die jahrzehntelange, im Laufe der Zeit an Härte zunehmende Verfolgung nicht nur von tatsächlichen Oppositionen, sondern jeder potentiell antisowjetischen Meinungsäußerung hat im Bewusstsein der sowjetischen Bevölkerung tiefe Spuren hinterlassen. Die Atomisierung nicht nur der (potentiellen) Oppositionen, sondern der ganzen Bevölkerung durch die Züchtung gegenseitigen Misstrauens, einer Angst vor offener Meinungsäußerung selbst im privaten Kreis hat in der Stalin-Zeit einen Massenkonformismus, ein verbreitetes Unrechtsbewusstsein beim Äußern eigener Ansichten, ja in einen verbreiteten Hass gegen das Fremde, Unkonventionelle, Originelle, Selbständige entstehen lassen, dessen Spuren noch heute allenthalben sichtbar sind.¹⁷⁷

Betrachtet man die Geschichte der sowjetischen Zensur näher, und dies anhand einer chronologischen Reihung der von der vom Zentralen Kommissariat der KP verordneten Resolutionen und Erlässe, so entdeckt man, dass gerade während der Herrschaft Stalins,

¹⁷³ Hübner, P.: *Opposition in der Sowjetunion*, 1987, 141

¹⁷⁴ Постановление ‚Чистки в союзе писателей и в органах цензуры‘ от 13. 04. 1938 г., in: *Kul'tura i vlast'. Cenzura v Sovetskom Sojuze 1917-1991*; Moskau, 2004, 275, (Übersetzung v. d. Autorin)

¹⁷⁵ Постановление ‚Чистки в союзе писателей и в органах цензуры‘ от 13. 04. 1938 г., in: *Kul'tura i vlast'*; Moskau, 2004, 275, (Übersetzung v. d. Autorin)

¹⁷⁶ Постановление ‚Чистки в союзе писателей и в органах цензуры‘ от 13. 04. 1938 г., in: *Kul'tura i vlast'*; Moskau, 2004, 275, (Übersetzung v. d. Autorin)

¹⁷⁷ Hübner, P.: *Opposition in der Sowjetunion*, 1987, 143

ein Hauptaugenmerk auf bestimmten Themenbereichen lag. Diese waren unter anderem die „Verhinderung der Ausfuhr und Publikation im Ausland von Werken sowjetischer Schriftsteller“, bzw. ins Absurde gehende Resolutionen, wie der „Brief der *GLAVLIT*¹⁷⁸ über die konterrevolutionären Druckfehler in Zeitungen“¹⁷⁹, in dem der Chef der staatlichen Zensurbehörde *GLAVLIT* anprangert, dass in der Turkmenischen Regionszeitung „Kommunist“ in der Ausgabe vom 2. März 1943, in einem Artikel der Buchstabe „L“ im Wort „Stalingrad“ ausgelassen wurde. In der gleichen Zeitung wurde in der Ausgabe vom 14. Mai 1943 in einem Artikel erneut der Buchstabe „L“ im Wort „glavnokomandujuščij“ (zu dt.: Oberbefehlshaber) ausgelassen. Der gleiche Leiter empört sich weiter, dass „diese konterrevolutionären Druckfehler ein Werk der Feindeshand“¹⁸⁰ sein müssen, und fordert weitergehende Maßnahmen. In einer anderen Order tritt der bevollmächtigte Ministerrat der UdSSR zum Schutz von Kriegs- und Staatsgeheimnissen in der Presse für „Entfernung von Material von Volksfeinden aus Museumsbesitztümern“¹⁸¹. In einer geheimen Weisung vom Jänner 1952 legt der Vorsitzende des Komitees für Kunstangelegenheiten im Ministerrat der UdSSR eine ausführliche Instruktion über die „Verfahren der Zensurkontrolle von Kunstwerken“¹⁸² vor. Diese Kontrolle von „Kunstwerken“ betrifft so gut wie das gesamte künstlerische Leben, von Theateraufführungen über bildende Künste bis zur Herausgabe von literarischen Werken. Was bei der Durchsicht der diversen Erlässe aus dieser Zeit besonders auffällt, ist der offenkundige Gebrauch von Ausdrücken wie „Kontrolle“, „Zensur“ „Verhinderung“, etc. Die Anmerkungen „geheim“. „streng geheim“ bzw. „absolut geheim“, die diesen Dokumenten beigelegt sind, lassen darauf schließen, dass innerhalb der sowjetischen Regierung sehr wohl ein Unrechtsempfinden für die Zensur vorhanden war, und diese Dokumente, die gegen die – auch von der Sowjetunion ratifizierten – Völker- und Menschenrechte verstießen, im Geheimen entstanden und teilweise auch im Geheimen ausgeführt wurden. Die „abgeschwächte“ Form von

¹⁷⁸ «Письмо ГЛАВЛИТа в ЦК ВКП(б) о недопущении вывоза и публикации за границей произведений советских писателей» от 15. 11. 1934 г., in: *Istorija sovetskoj političeskoj censury*, Moskau, 1997, 469

¹⁷⁹ «Письмо ГЛАВЛИТа в ЦК ВКП(б) о контрреволюционных опечатках в газетах» от 21. 06. 1943 г., in: *Istorija sovetskoj političeskoj censury*, 1997, 502

¹⁸⁰ «Письмо ГЛАВЛИТа в ЦК ВКП(б) о контрреволюционных опечатках в газетах» от 21. 06. 1943 г., in: *Istorija sovetskoj političeskoj censury*, 1997, 503

¹⁸¹ «Приказ уполномоченного совета министров СССР по охране военных и государственных тайн в печати об изъятии из музейных фондов материалов врагов народа» в ноябре 1950 г., in: *Istorija sovetskoj političeskoj censury*, 1997, 523

¹⁸² «Инструкция о порядке цензорского контроля произведений искусства» от 18. 01. 1952 г., in: *Istorija sovetskoj političeskoj censury*, 1997, 528

Repressionen betraf Journalisten (wenn auch nicht in erster Linie), und Vertreter der Literatur.

Nach dem Tod Stalins und der von Chruščev eingeleiteten „Tauwetter“-Periode, zeichnete sich langsam eine Entspannung der Situation für Künstler, Literaten und „Andersdenkende“ ab. Während der Amtszeit Chruščevs kam wieder anderen Themen Bedeutung zu. Themen, die sich nicht mehr hauptsächlich mit dem Auffinden und Vernichten von Volksfeinden beschäftigten. Diese Entwicklung kann man auch an den Themen der mehr oder weniger „geheimen Beschlüsse“, die zu dieser Zeit erlassen wurden, ablesen. Die Tageszeitung *Sovetskaja Rossija*, die ab Anfang 1956 als Organ der KP herausgegeben wurde, spiegelte deutlich die neuen Tendenzen im gesellschaftspolitischen, ökonomischen und sozialen Leben des Landes, wieder, die nach dem XX. Parteitag vom Februar 1956 ins Leben gerufen wurden.¹⁸³ Nichtsdestotrotz blieb die Zensur fester Bestandteil des russischen kulturellen Lebens. Als bekanntes Beispiel ist hier der Schriftsteller Boris Pasternak zu nennen, dessen innerhalb kürzester Zeit weltberühmt gewordener Roman „Doktor Živago“ in der Sowjetunion nicht erscheinen durfte¹⁸⁴. Das Buch erschien schließlich 1957 im Ausland und war international erfolgreich. Als Pasternak für sein Werk 1958 der Literaturnobelpreis verliehen werden sollte, lehnte er trotz anfänglicher Zusage schließlich ab. Trotzdem wurde Pasternak aus dem Schriftstellerverband ausgeschlossen, was ein Veröffentlichungsverbot zur Folge hatte.

Im Herbst 1959 wurde der Journalistenverband der UdSSR gegründet, deren Mitglieder, die Journalisten, auch „Handlanger, Gehilfen“ der Partei genannt wurden, weil dessen Sinnhaftigkeit und Einfluss als nicht besonders stark charakterisiert wurde. Es wurde deutlich, dass sich die Presse neuen Formen und vielfältigeren Themen zuwandte, um ein breites Spektrum an Problemen und Schwierigkeiten, die mit den Reformen der Zeit nach Stalin verbunden waren, aufzuzeigen.¹⁸⁵

Mit der Wahl Leonid Brežnevs zum Generalsekretär der Partei bekleidete erneut ein linientreuer Bürokrat das wichtigste Amt der Sowjetunion. Brežnev revidierte einige „Lockerungen“ im sowjetischen Staats- und Pressewesen seines Vorgängers und stand rückblickend für eine „Zeit der Stagnation“, wie Gorbačev später feststellen sollte. Kissel meinte zu der Ära Brežnev:

¹⁸³ Ovsepjan, R. P.: *Istorija novejšej otečestvennoj žurnalistiki*, 1999, 161

¹⁸⁴ Beyrau, Dietrich: *Die befreiende Tat des Wortes*; in: *Samizdat*, 2000, 29

¹⁸⁵ Ovsepjan, R. P.: *Istorija novejšej otečestvennoj žurnalistiki*, 1999, 173

Anfang 1964 wurde der junge Dichter Iosif Brodskij wegen Parasitentums zu fünf Jahren Zwangsarbeit verurteilt, Anfang 1966 Andrej Terc (Pseudonym von Andrej Sinjavskij, Anm. d. Verfasserin) und Julij Daniel' wegen Veröffentlichung «antisowjetischer Erzählungen» zu sieben bzw. fünf Jahren verschärfter Haft. Für ein weiteres Vierteljahrhundert, die sogenannte «Periode der Stagnation», wurde die stalinistische Vergangenheit tabuisiert, verschwiegen und verdrängt. Jede Anspielung auf die Lagerwelt und den Terror wurde aus den offiziellen Diskursen verbannt, sie konnten nur noch im *Samizdat* oder *Tamizdat* zirkulieren. Das entmutigte manchen potenziellen Memoirenschreiber, die Zahl der literarisch bedeutenden Erinnerungen blieb ohnehin begrenzt.¹⁸⁶

Verstärkt traten in der sowjetischen Presse wieder Themen, wie die Erfüllung des Plansolls, die Verwirklichung der 5-Jahres-Pläne und die damit verbundenen Probleme im Bereich der Industrialisierung, in den Vordergrund. Da die Entwicklung der Industrie und der restlichen Ökonomie nicht so erfolgreich verlief, wie die Regierung das geplant hatte, mussten um den anscheinenden Erfolg des „hoch entwickelten Sozialismus“ zu belegen, die Daten und Zahlen gefälscht werden. So waren die Zahlen, die vom Statistikamt in den Medien verbreitet wurden, weit von der Realität entfernt.¹⁸⁷

Unter Repressionen gegen (bekannte) Vertreter des Samizdat fällt auch der geheime Brief des Leiters der staatlichen Zensurbehörde *Glavlit* an das Zentralkomitee der KPdSU vom April 1969. In diesem Dokument¹⁸⁸ ist unter anderem davon die Rede, dass bei einer routinemäßigen Kontrolle bei der Einfuhr von Literatur in die Sowjetunion aus dem Ausland Verpackungsbänder von einem englischen Verlag entdeckt wurden, und den Namen des Verlages enthielten, die eigentlich für Aleksandr Solženicyn bestimmt gewesen waren. Des Weiteren wurde bei den Bändern ein Brief entdeckt, der von den beiden Präsidenten der *American Academy of Arts and Letters* stammte. Im selben Jahr, 1969, wurde Solženicyn aus dem Schriftstellerverband der UdSSR ausgeschlossen. Fünf Jahre später, 1974 wurde er schließlich auch aus der Sowjetunion ausgewiesen und musste ins Exil. Auch anhand des Schicksals Solženicyns konnte man die Änderungen der Zeit erkennen. Während Chruščev noch persönlich die Erlaubnis erteilte, dessen Werk „Ein Tag im Leben des Ivan Denisovič“ zu veröffentlichen, und den Schriftsteller auch einmal persönlich traf, so wurde über Solženicyn unter Brežnev nicht nur Veröffentlichungsverbot verhängt, sondern dieser

¹⁸⁶ Kissel, W.: *Samizdat als kulturelles Gedächtnis*; aus: *Samizdat*, 2000, 94/95

¹⁸⁷ Ovsepjan, R. P.: *Istorija novejšej otečestvennoj žurnalistiki*, 1999, 177

¹⁸⁸ «Письмо ГЛАВЛИТА в ЦК КПСС о задержке на границе бандероли на имя А. И. Солженицына» от 28. 04. 1969 г., in: *Istorija sovetskoj političeskoj censury*, 1997, 575

auch ausgewiesen. Noch in einem Gutachten der Glavlit von 1972¹⁸⁹, das sich eigentlich auf die Samizdat-Schrift «Вече» bezog, war die Rede davon, dass in dieser Zeitschrift ein besonderes Interesse der Person Solženicyns galt, seinen Werken, die in der „antisowjetischen Presse im Ausland“ publiziert wurden. Außerdem trat am 14. Februar 1974, dem Tag der Ausweisung Solženicyns aus der Sowjetunion, eine Order¹⁹⁰ in Kraft, die besagte, dass die Werke Aleksandr Solženicyns aus Bibliotheken und Buchhandlungen zu entfernen sind. Unter Brežnev wurden erneut einzelne Werke, Themen und bestimmtes „abweichendes Gedankengut“ zu Feinden erklärt. So hat eine Kontrolle der Buchbestände von 45 Bibliotheken, die 1977/78 durchgeführt wurde, gezeigt, dass trotz anderslautenden Befehlen immer noch „politisch defekte“¹⁹¹ Bücher in den Beständen vorhanden waren. 1979 war die Geschichte der Sowjetunion von einem einschneidenden Erlebnis geprägt. In diesem Jahr begann der Einmarsch russischer Truppen in Afghanistan. In den Medien, darunter auch dem Fernsehen, wurde den Menschen durch Expertenmeinungen und dazugehörigen Artikeln in der Presse suggeriert, dass es eine Heldentat sei, dem afghanischen Brudervolk beizustehen. Die Wahrheit über den Einmarsch und seine Folgen blieb dem sowjetischen Volk allerdings verborgen, denn anstatt über die hohen Verlustzahlen sowjetischer Soldaten zu berichten, zeichneten sich die Zeitungen in ihrer Berichterstattung eher durch übertriebenen Pathos und Propaganda für die Errungenschaften des „entwickelten Sozialismus“ aus.

Gleichzeitig entstand mit dem Beginn der Dissidentenbewegung, die ihre Hochblüte in den 1970er Jahren erlebte, auch erstmals eine alternative, nicht konforme Bewegung, die sich später auch in der Publizistik sichtbar machen sollte. Begonnen hatte das Ganze mit dem Prozessen gegen Daniel´ und Sinjavskij¹⁹², die zu mehreren Jahren Lagerhaft verurteilt wurden. Zusätzliches Aufsehen erregte der Prozess dadurch,

¹⁸⁹ «Заключение ГЛАВЛИТа на самиздатский журнал «Вече» № 1-4 за 1971 г. для КГБ» от 09. 08. 1972 г., in: *Istorija sovetskoj političeskoj censury*, 1997, 585

¹⁹⁰ «Приказ № 10-деп. ГЛАВЛИТа об изъятии из библиотек и книготорговой сети произведений А.И.Солженицына» от 14. 02. 1974 г., in: *Istorija sovetskoj političeskoj censury*, 1997, 587

¹⁹¹ «О контроле библиотек» от 28. 02. 1978 г., in: *Kul'tura i vlast´*, 2004, 487

¹⁹² Andrej Sinjavskij und Julij Daniel´ wurden im September 1965 vom KGB verhaftet, nachdem diese mehrere Jahre lang ihre Erzählungen ins Ausland gebracht hatten, und diese dort auch veröffentlicht wurden. Gegen beide wurde ein Gerichtsverfahren nach dem berüchtigten Artikel 70 des Strafgesetzbuches der RSFSR eingeleitet, wegen „antisowjetischer Agitation und Propaganda“. Im Vordergrund stand dabei nicht der Inhalt ihrer Prosa, sondern einzig und allein die Tatsache, dass diese ein Tabu gebrochen hatten: nämlich Werke, die nicht von der staatlichen Zensur genehmigt worden waren, zu veröffentlichen., Vgl.: Daniel´, Aleksandr: *Im Geist der Freiheit. Zur Geschichte der Menschen- und Bürgerrechtsbewegung in Russland*, in: *Russland auf dem Weg zum Rechtsstaat?*, Berlin, 2003, 21

dass die beiden Angeklagten bis zu ihrer Verurteilung immer auf ihrer Unschuld beharrt hatten. In seinem Schlusswort meinte Daniel´:

Ich bin der Meinung, dass es im Leben der menschlichen Gesellschaft keine verbotenen Themen geben kann.¹⁹³

Zu einem Aufschwung für die oppositionelle Bewegung kam es nach 1968, als erstmals verstärkt Kritik an dem harschen Vorgehen der Sowjetunion gegen die Tschechoslowakei laut wurde. Die sowjetische Presse versuchte lange, die Existenz der Dissidenten zu verschweigen, und damit einhergehend auch die Verbreitung von *Samizdat*-Literatur und Presseerzeugnissen.

Ein wesentlicher inhaltlicher Bestandteil der verschiedenen *Samizdat*-Schriften war die Menschenrechtscharta der Vereinten Nationen aus dem Jahr 1948. Dieses Dokument war in öffentlichen Publikationen so gut wie nicht erhältlich. Auch die (zu dt.: *Die Chronik der laufenden Ereignisse*, eines der bekanntesten Untergrund-Bulletins, welches von 1968 bis 1983 in 63 Ausgaben herausgegeben wurde) druckte auf ihrer Titelseite stets einen Auszug aus dem Dokument der Vereinten Nationen. Das Jahr 1968 war von den Vereinten Nationen zum „Jahr der Menschenrechte“ ernannt worden. Aus diesem Anlass entschlossen sich einige wenige, die Verletzungen der Menschenrechte in der Sowjetunion, in den Fällen die ihnen bekannt waren, zu publizieren, auch wenn dies nur im Untergrund und unter teils gefährlichen Umständen stattfinden konnte. Einer der Beweggründe die *Chronik der laufenden Ereignisse* ins Leben zu rufen, war die Tatsache, dass ein stilles Einverständnis über die Verletzungen der Menschenrechte als Mittäterschaft angesehen wurde. Wer sich allerdings entschloss, gegen die Staatsmacht zu „revoltieren“ und unzensierte Schriften verfasste oder auch nur weitergab, wagte sich wahrlich auf gefährliches Terrain. Berufsverbot und öffentliche Denunziation waren dabei noch eher harmlosere Auswirkungen der staatlichen Repressionen. Häufig berichteten Betroffene von „Hausdurchsuchungen, Beschlagnahmungen, Einbrüche und Überfälle mit anonymen Schlägertrupps, auch von Morden, die niemals aufgeklärt wurden. Anklagen und Aburteilungen vor Gericht mit Strafen, die zehn Jahre Gefängnis, Lager und Verbannung überschreiten konnten.“¹⁹⁴ Gängige Methoden zur „Bestrafung“ waren auch die häufigen „Psychiatrierungen“ von Oppositionellen. „Auf der Basis von Falschgutachten wurden gesunde Menschen –

¹⁹³ Vgl.: Samizdat, 2000, 377

¹⁹⁴ Eichwede, W.: *Archipel Samizdat*, 2000, 16

Generäle, Elektriker, Dichter – als geisteskrank eingesperrt. Ausweisungen und Verbannung waren ein weiteres Mittel in den Händen der Behörden“¹⁹⁵. Während der 15 Jahre, in denen die Chroniken herausgegeben wurden, erschien durchschnittlich eine Ausgabe jeden zweiten Monat. Eine Ausnahme gab es nur einmal, Ende 1972. Damals hatte der Geheimdienst KGB offen damit gedroht, dass jede weitere Neuerscheinung der Schrift zu Verhaftungen führen würde. Dabei würden jedoch nicht unbedingt diejenigen verhaftet, die aktiv am Verfassen der Chroniken beteiligt wären, so der Geheimdienst. Und tatsächlich wurde 1973 Irina Belogordskaja verhaftet, die zu diesem Zeitpunkt keinerlei Tätigkeiten für die Chroniken unternahm. Sie war zuvor allerdings des Öfteren an der Verbreitung der Schriften beteiligt gewesen. Auch andere, die sich für das Verfassen und Verbreiten der *Хроника текущих событий* eingesetzt hatten, wurden verhaftet. Einige kamen für mehrere Jahre ins Gefängnis, manche in Arbeitslager, andere wiederum wurden zwangspsychiatriert.

Repressionen bekam auch der bekannte sowjetische Physiker, der spätere Menschenrechtler und Friedensnobelpreisträger Andrej Sacharov, zu spüren. Er wurde 1980 verhaftet und musste bis zur (persönlichen) Rehabilitierung durch Michail Gorbatschow in der „geschlossenen Stadt“ Gor'kij in Verbannung leben. Zum Wesen der Untergrundliteratur und seiner Folgen meinte der sowjetische Dissident Boris Bukovskij, der selbst mehrmals in Gefängnissen saß und auch in die Psychiatrie eingewiesen wurde:

Man schreibt selbst, redigiert selbst, man zensiert selbst, verlegt selbst, man verteilt selbst und sitzt auch selbst die Strafe dafür ab.¹⁹⁶

Vladimir Bukovskij schrieb in seinem 1996 erschienen Buch *Московский Процесс*¹⁹⁷ auch über die Methode, die Einweisung in die Psychiatrie als Repressionsmittel zu verwenden:

Zweifellos war die Benutzung der Psychiatrie als Instrument der politischen Repression eines der schlimmsten Verbrechen gegen die Menschlichkeit in der Nachkriegszeit...

Als sie uns der ‚Verleumdung der sowjetischen Gesellschafts- und Staatsordnung‘ beschuldigten und in allen ihren Dokumenten immer wieder bis zum Überdruß wie eine Beschwörung das Wort ‚verleumderisch‘ als Attribut für

¹⁹⁵ Eichwede, W.: *Archipel Samizdat*, 2000, 16

¹⁹⁶ Beyrau, D.: *Die befreiende Tat des Wortes*, in: *Samizdat.*, 2000, 31

¹⁹⁷ auf Deutsch erschienen unter: *Abrechnung mit Moskau. Das sowjetische Unrechtsregime und die Schuld des Westens*, Anm. d. Verfasserin

unsere Äußerungen und Samizdat-Erzeugnisse verwendeten – glaubten sie da wirklich, dass wir bewusst oder unbewusst die Realität entstellten? ...¹⁹⁸

1980 wurde in einem geheimen Dekret¹⁹⁹ noch eine ganze Liste von Einschränkungen für die Presse erlassen, darunter auch skurrile Verbote, wie beispielsweise über „Mängel bei der Herstellung jeglicher Art von Ausrüstung für Rohrleitungen, Gasleitungen oder Erdölerzeugnissen...“ zu berichten. Des Weiteren war es verboten, weder „den Roman des englischen Autors Frederick Forsyth ‚Der Schakal‘ zu veröffentlichen, noch einzelne Kapitel oder Auszüge daraus, als auch keine Rezensionen oder Inhaltsangaben zum Roman“. Außerdem, so wird weiter in gleichem Dekret aufgelistet, ist es verboten, ohne Erlaubnis „Material über sogenannte ‚fliegende Untertassen‘ und anderen ‚unbekannten Flugobjekten‘...“ oder „Materialen über die Suche nach dem ‚Bernsteinzimmer‘ in der Stadt Kaliningrad und im Kaliningrader Gebiet und anderen Wertgegenständen, die von den deutsch-faschistischen Eindringlingen zur Zeit des Großen Vaterländischen Krieges in den Jahren 1941 bis 1945 entwendet wurden“, zu veröffentlichen.

Noch im Jahr 1987, also bereits während der Regierungszeit Gorbatschovs, wurde von der *Glavlit*-Behörde eine Liste²⁰⁰ erlassen, welche Themen in den staatlichen Medien als Tabu galten. Dieses Register untersagte die Veröffentlichung von Informationen, betreffend „die Tätigkeit von Organen der Staatsicherheitsbehörde...“, „absolute Zahlen und Daten über Verbrechen und Straffälligkeit nach Bezirk, Stadt, etc.“. Außerdem, so die Anweisung, ist es verboten, über „Exil-Aufenthaltsorte“, über „den Arbeitseinsatz von Personen, die zu Freiheitsentzug verurteilt wurden, und in Betrieben, auf Baustellen oder anderen Objekten arbeiten“ zu berichten, noch, über „Katastrophen, gröbere Unfälle oder Brände, denen Menschen zum Opfer gefallen sind“.

Erst im November 1991 spricht sich das Ministerium für Pressewesen und Masseninformatik der RSFSR in einem Dekret²⁰¹ schließlich eindeutig für die

¹⁹⁸ Pleitgen, Fritz: *Mordversuch an Menschenrechten*, Klagenfurt, 2007, 105

¹⁹⁹ «Из приказа № 3с ГЛАВЛИТа о некоторых ограничениях для печати и порядке публикации отдельных материалов» от 11. 01. 1980 г., in: *Istorija sovetskoj političeskoj censury*, 1997, 589

²⁰⁰ «Из Перечня сведений, запрещенных к опубликованию в районных, городских и многотиражных газетах, передачах по радио и телевидению» от ноября 1987 г., in: *Kul'tura i vlast'*, 2004, 538

²⁰¹ «Об упразднения органов ГУОТ СССР и образовани органов Государственной инспекции» от 22. 11. 1991 г., in: *Kul'tura i vlast'*, 2004, 556

Abschaffung der GUOT-Behörde²⁰² und der Einrichtung einer staatlichen „Inspektionsbehörde“ aus. Gleichzeitig fordert Michail Poltoranin, der später auch erster Minister für Presse und Information der Russischen Föderation wurde, anstatt territorialer Zensur-Einrichtungen, die Bildung von regionalen Behörden, die für den Schutz der Pressefreiheit eintreten sollten.²⁰³ Mit dem Inkrafttreten der neuen russischen Verfassung vom 24. Dezember 1993 wurde auch die Pressefreiheit als unveräußerliches Menschenrecht festgelegt und das Ende der Zensur offiziell besiegelt. Nichtsdestotrotz kam es in den folgenden Jahren immer wieder zu Änderungen und Ergänzungen des „Gesetzes über die Massenmedien“, einige dieser Rechtsnormen dienten dem Schutz der Medien, eindeutig überwogen jedoch die Änderungen, die die Kontrolle und Regulierung von russischen Medien zum Inhalt hatten.²⁰⁴ Neben dem sprunghaften Anstieg von Ehrschutz- und Verleumdungsklagen in den folgenden Jahren machten auch andere Entwicklungen der jungen Pressefreiheit zu schaffen. So trat Präsident Boris El'cin in der Öffentlichkeit immer wieder als „oberster Hüter der Meinungs- und Pressefreiheit“ auf, ließ es sich aber nicht nehmen, bei Personalentscheidungen in den wichtigsten staatlichen Medien mitzuwirken. So hatte der Präsident beispielsweise im Februar 1996 bei einem öffentlichen Auftritt in Ekaterinburg sein Engagement für die freie Presse unterstrichen, nachdem er aber maßgeblich an der Entlassung des Intendanten des staatlichen Fernsehsenders RTR, Oleg Popcov, vom selben Tag beteiligt war.²⁰⁵ Bereits 1995 warf der bekannte russische Journalist Egor Jakovlev, Mitarbeiter der renommierten *Obščaja Gazeta* und von 2003 bis zu seinem Tod 2005 Aufsichtsratsvorsitzender der bekannten Wochenschrift *Moskovskie Novosti*, der er als Chefredakteur außerdem während der Perestrojka zu einem unerwarteten Leserboom verhalf, dem Präsidenten vor:

Boris Nikolaevič [El'cin] und seine Umgebung sind nicht in der Lage, eine Politik zu machen, die einer unabhängigen Presse Raum gibt. Alles, was sie seit 1992 gemacht haben, hatte das Ziel, die unabhängig gewordene Presse zugrunde gehen zu lassen. Es gibt in Russland keine unabhängige Presse.²⁰⁶

²⁰² Die russische Abkürzung für: *Главное Управление по Охране Государственных Тайн в печати и других средствах массовой информации*, (zu deutsch etwa: Hauptverwaltung zum Schutz von Staatsgeheimnissen in Presse und anderen Mitteln der Masseninformatio), Anm. d. Verfasserin

²⁰³ «Об упразднения органов ГУОТ СССР и образовани органов Государственной инспекции» от 22. 11. 1991 г., zit. nach: *Kul'tura i vlast*, 2004, 556

²⁰⁴ Gladkov, S.: *Macht und Ohnmacht der „vierten Gewalt“*, 2001, 123

²⁰⁵ Gladkov, S.: *Macht und Ohnmacht der „vierten Gewalt“*, 2001, 150

²⁰⁶ Gladkov, S.: *Mach und Ohnmacht der „vierten Gewalt“*, 2001, 151

In der postsowjetischen Periode zeichnete sich langsam ab, dass die Pressefreiheit, allen voran die Befreiung von der Zensur, nicht automatisch auch bedeutet, die „Möglichkeit zu haben, immer frei seine Gedanken und Ideen zu äußern“²⁰⁷. Hier wurde erstmals die wirtschaftliche Seite der freien Presse offensichtlich. Dass Zeitungen, Fernsehen und Radio problemlos Informationen liefern können, bedarf es eines „ökonomischen Fundaments“²⁰⁸. Doch genau hier lag auch das Problem in der Umsetzung und Gewährleistung tatsächlich freier Medien. Zwar entstand innerhalb kurzer Zeit eine immense Anzahl verschiedener Printmedien mit unterschiedlichem qualitativem Anspruch, die meisten (privaten) Zeitungen und Zeitschriften hatten allerdings gemeinsam, dass ihre finanziellen Mittel eher begrenzt waren. Viele der neu entstandenen Printmedien konnten mehr oder weniger eindeutig den mittlerweile zahlreichen politischen Parteien, Gruppierungen oder eventuellen privaten Besitzern zugeordnet werden. Die beliebtesten Zeitungen und die Zeitschriften mit der höchsten Auflage in den 1990er Jahren waren jedoch diejenigen, deren politische Zugehörigkeit nicht eindeutig zuzuordnen war und die sich um mehr Objektivität und Unabhängigkeit bemühten. Dazu zählten unter anderem die Wochenzeitung *Argumenty i fakty*, die Wirtschaftszeitung *Kommersant*, die Tageszeitung *Komsomol'skaja Pravda* oder die *Obščaja Gazeta*.²⁰⁹ Ein weiteres Hindernis in der Etablierung einer tatsächlich freien Presse bzw. freier Medien war die Gesetzgebung. Als Mangel an der Umsetzung der neuen russischen Gesetzgebung erwiesen sich beispielsweise die groben Übertretungen des Gesetzes der RF „Über die Massenmedien“ von Seiten der „machthabenden Strukturen“²¹⁰. Diese sollten dem Journalismus die verfassungsgebenden Freiheiten garantieren, es war jedoch eher das Gegenteil der Fall. Dies führte, vor allem in den frühen Transformationsjahren zu Willkür und auch Gewalt gegenüber Journalisten. So wurde in Russland von 1994 bis 1998 ein Bulletin herausgegeben, das sich genau mit dieser Thematik beschäftigte. Die Zeitschrift „Gesetzgebung und Praktikum der Mittel zur Masseninformation“²¹¹ erschien monatlich und informierte über neue Gesetze, die im Mediensektor erlassen wurden oder Gesetzesänderungen in diesem Bereich. Die Monatsschrift veröffentlichte und kommentierte aber auch Fälle von Vergehen gegen

²⁰⁷ Kuznecov, I. V.: *Istorija otečestvennoj žurnalistiki (1917-2000)*, 2002, 585

²⁰⁸ Kuznecov, I. V.: *Istorija otečestvennoj žurnalistiki (1917-2000)*, 2002, 585

²⁰⁹ Kuznecov, I. V.: *Istorija otečestvennoj žurnalistiki (1917-2000)*, 2002, 588

²¹⁰ Ovsepjan, R. P.: *Istorija novejšej otečestvennoj žurnalistiki* 1999, 289

²¹¹ «Законодательство и практика средств массовой информации», in: *Istorija novejšej otečestvennoj žurnalistiki* 1999, 289

die Pressefreiheit oder von den zahlreichen Klagen gegen Medieneinrichtungen, beispielsweise wegen Ehrverletzung oder Rufschädigung.²¹²

Neben diesen Hindernissen, die der Etablierung einer freien Presse oder freien Medien in Russland weiterhin im Wege standen, trat in den 1990er Jahren auch erstmals ein völlig neues Phänomen auf, das im Laufe der Jahre ein immer weitreichenderes Problem darstellen sollte, Gewalt und Willkür gegenüber Journalisten. Laut den Angaben des *Фонд Защиты Гласности* (*Stiftung zur Verteidigung von Glasnost*), oder häufig auch *Glasnost Defence Foundation*²¹³, im Folgenden hier nur noch GDF genannt) handelte es sich im Jahr 1996 bei fast der Hälfte (46,9 %) aller Rechtsverstöße gegenüber Journalisten um kriminelle Delikte²¹⁴. Auch im Jahr darauf betrug dieser Prozentsatz immer noch 35,4 %. Zu den häufigsten Zwischenfällen zählen dabei ungerechtfertigte Durchsuchungen von Redaktionseinrichtungen, Verhaftungen ohne ausreichenden Grund, Konfiskation von Einrichtungsgegenständen. Dass diese Vergehen hauptsächlich von Staatsbediensteten begangen werden, ist anzunehmen. Aber immer wieder hatten Journalisten und Redaktionen mit Übergriffen von Unbekannten zu kämpfen. Sachbeschädigung, Einbruch und Diebstahl, Vandalismus oder Brandstiftung erwiesen sich dabei aber noch eher als harmlosere „Zwischenfälle“, auch wenn sie ernsthafte Probleme mit sich brachten. So musste die Zeitung *Večernij Voronež* (Abendliches Voronež) 1997 über ein Monat ihr Erscheinen einstellen, nachdem in die Redaktion eingebrochen und alle Computer entwendet worden waren.²¹⁵ In anderen Fällen berichteten Journalisten, dass in deren Auto eingebrochen wurde und Arbeitsmaterialien, wie Unterlagen, Kameras, Diktiergeräte und ähnliches entwendet wurde. Auch wenn diese Kriminalfälle nicht als außerordentliche Bedrohung der Pressefreiheit anzusehen sind, so beeinträchtigen sie in größerem Ausmaß doch auch die Tätigkeit von Journalisten beträchtlich. Als besonders erschreckendes Phänomen dieser Zeit erwiesen sich jedoch die immer häufiger auftretenden Drohungen, gezielte gewalttätige Übergriffe, Überfälle und Morde an Journalisten. Ein Phänomen, das bis heute anhält, wenn auch nicht mehr ganz so häufig wie in den 1990er Jahren. Laut GDF wurden in Russland im Jahr 1994 zehn Journalisten ermordet²¹⁶. Ein Jahr später belief

²¹² Ovsepjan, R. P.: *Istorija novejšej otečestvennoj žurnalistiki* 1999, 290

²¹³ Die *Glasnost Defence Foundation* wurde 1991 in Moskau gegründet und unterstützt und verteidigt die Freiheit von Medien auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion. (Anm. d. Verf.)

²¹⁴ Gladkov, S.: *Macht und Ohnmacht der „vierten Gewalt“*, 2001, 151

²¹⁵ Gladkov, S.: *Macht und Ohnmacht der „vierten Gewalt“*, 2001, 152

²¹⁶ www.gdf.ru/murdered_journalists/list/1994

sich diese Zahl bereits auf 16. Bis 1996 stieg diese Zahl sogar auf 19 ermordete Journalisten an²¹⁷. In diesen Zahlen sind jedoch nicht die getöteten Journalisten miteinbezogen, die auf dem Gebiet der Čečenischen Republik umkamen. Unverständlicherweise war die Zahl von in Čečenien getöteten Journalisten in den Jahren des ersten Čečenien-Kriegs (Dezember 1994 bis August 1996) niedriger als die Zahl getöteter Journalisten im Rest von Russland, in dem kein Krieg herrschte. Bis zum Jahr 1999 reduzierte sich diese Zahl auf zehn ermordete Journalisten.²¹⁸ Auch wenn die Zahl getöteter Pressevertreter gesunken ist, laut GDF wurden insgesamt im Jahr 1997 ungefähr 50 % mehr Verletzungen von Journalistenrechten als 1996 verzeichnet.²¹⁹ Dabei stieg hauptsächlich die Zahl von Gewalt (ohne Tötung) und Drohungen gegen Journalisten oder Redaktionen. Außerdem verschlechterte sich der freie Zugang zu freien Informationen, das bedeutet, die Informationsbeschaffung wird von Seiten staatlicher Behörden, der Justiz und der Exekutive erschwert und eingeschränkt.²²⁰ Diese Phänomene traten und treten auch heute wieder verstärkt in den russischen Regionen auf. Damals wie heute waren und sind Medieneinrichtungen in den Provinzen weniger finanziell unabhängig. Art. 7 des russischen Mediengesetzes gilt dem Statut des „Mitbegründers“ von Medien. Dieser Mitbegründer darf auf die in dessen Besitz stehenden Medien völlig legal redaktionellen Einfluss ausüben.²²¹ Nach der Finanzkrise von 1998 nahmen die – meist lebensnotwendigen – Werbeeinnahmen stark ab, was erhebliche finanzielle Schwierigkeiten bedeutete. Gerade zu dieser Zeit drängten sich schließlich häufig lokale Verwaltungsvertreter oder Gouverneure den Medien als „Mitbegründer“ auf und sicherten damit das finanzielle Überleben²²². Schließlich, so schreibt Hübner, gibt es „Gouverneure und Administrationen, die loyale Medien und Journalisten (-verbände) großzügig finanziell/materiell unterstützen, während kritische nichts erhalten oder aus ihren Redaktionsräumen, die oft lokalen oder regionalen Administrationen gehören, hinausgeklagt oder einfach physisch vertrieben werden.“²²³ Eine andere häufige Form der Repression besteht auch darin, Druckereien, die, insbesondere in den 1990er Jahre noch im staatlichen Besitz befindlich, zu nötigen, nicht loyale Presseerzeugnisse nicht zu drucken. Im Jahr der schweren Wirtschaftskrise,

²¹⁷ www.gdf.ru/murdered_journalists/list/1996

²¹⁸ www.laender-analysen.de/russland/pdf/Russlandanalysen113.pdf

²¹⁹ Hübner, Peter: *Von der Informationsdiktatur zur neuen Informationsfreiheit: Ein Schritt zur Desintegration Russlands?*, in: *Russland in Europa?*, Köln, 2000, 127

²²⁰ Gladkov, S.: *Macht und Ohnmacht der „vierten Gewalt“*, 2001, 152

²²¹ Hübner, P.: *Von der Informationsdiktatur zur neuen Informationsfreiheit*, 2000, 128

²²² Hübner, P.: *Von der Informationsdiktatur zur neuen Informationsfreiheit*, 2000, 129

²²³ Hübner, P.: *Von der Informationsdiktatur zur neuen Informationsfreiheit*, 2000, 128

1998, kam es zu einem aufsehenerregenden Fall von Repressionen gegenüber Journalisten. Am 7. Juni 1998 wurde die Chefredakteurin der bis dahin bereits seit Jahren von der lokalen Regierung „drangsalierten“²²⁴ oppositionellen Zeitung *Советская Калмыкия сегодня* (zu dt.: Sowjetisches Kalmückien heute), ermordet. Die getötete Larisa Judina untersuchte häufig Korruptionsfälle in großem Stil, in die lokale Politiker verwickelt waren. Judina war außerdem Mitglied der Oppositions-Partei *Jabloko*. Deren Parteichef Grigorij Javlinskij äußerte sich nach Judinas Ermordung äußerst besorgt über die demokratische Entwicklung in Russland:

Die Lösung politischer Probleme mit kriminellen Methoden wird Praxis in unserem Land. Der Despotismus der regionalen Führer dominiert im gesamten Staatsraum.²²⁵

Die Täter waren schnell gefunden. Es handelte sich dabei um zwei Männer, die kurz zuvor aus dem Gefängnis entlassen worden und zuvor als Mitarbeiter von Kalmückiens Präsidentschaftsapparat tätig waren. Die *Glasnost Defence Foundation* ließ, gemeinsam mit dem *Russischen Journalistenverband* dem damaligen russischen Präsidenten El'cin, der Staatsanwaltschaft sowie dem Innen- und dem Justizminister ein Schreiben zukommen, in dem auf die Tatsache aufmerksam gemacht wurde, dass der kalmückische Präsident Kirsan Iljumžinov zuvor längere Zeit versucht hatte, die Zeitung mithilfe von Parlament, Miliz und Gericht zu schließen.²²⁶ Tatsächlich hatte Judina häufig negativ über den Präsidenten der Teilrepublik berichtet, da dieser, nach Meinung der Journalistin, in Korruptionsfälle verwickelt war. Auch die *Советская Калмыкия сегодня* konnte zeitweise nicht in Kalmückien gedruckt werden, sondern sah sich gezwungen, ihre Auflagen im benachbarten Volgograd oder Stavropol' drucken lassen um sie anschließend wieder nach Kalmückien zu importieren.²²⁷ Wie bereits erwähnt, traten und treten die Repressionen gegen Medienvertreter häufiger in den Regionen und Gebietsstädten auf, denn in den großen Zentren Moskau und St. Petersburg. Dies liegt zum einen daran, dass die nötige Offenheit und Objektivität, gerade aufgrund der engen ökonomischen und politischen Verflechtungen, häufig fehlt. Aufgrund der Tatsache, dass sich mittlerweile die Mehrheit der Medieneinrichtungen im Besitz eines politischen oder ökonomischen Vertreters befindet, der wiederum häufig von der Gnade der politischen Vertreter abhängig ist, ist eine unabhängige, offene

²²⁴ Hübner, P.: *Von der Informationsdiktatur zur neuen Informationsfreiheit*, 2000, 127

²²⁵ Hübner, P.: *Von der Informationsdiktatur zur neuen Informationsfreiheit*, 2000, 128

²²⁶ www.gdf.ru/murdered_journalists/list/1998

²²⁷ Hübner, P.: *Von der Informationsdiktatur zur neuen Informationsfreiheit*, 2000, 128

Berichterstattung nur schwer möglich. Erschwerend kommt hinzu, dass der „einheitliche Rechtsraum Russlands“ in diesem Sinne kaum existiert. Viele Regionen und Teilrepubliken haben heute eigene Rechtsnormen durchgesetzt. So gibt es auf dem Gebiet der Russischen Föderation Verfassungen von 21 Republiken und Statuten von Gebieten, die eigene Rechtsnormen vertreten, welche häufig in starkem Widerspruch zur Bundesnorm stehen²²⁸. So sollen bei Staatsbeamten und Vertreter regionaler Regierungsbehörden die weit verbreitete Meinung vorherrschen, dass etwa „föderale Wirtschafts-, Sozial- und Verwaltungsgesetze im wesentlichen nicht befolgt werden müssen“.²²⁹ Bereits 1998 meinte der stellvertretende Vorsitzende der Staatsduma für Angelegenheiten der Föderation und Regionalpolitik, Vladimir Lysenko:

Als Ergebnis der nunmehr fünfjährigen Existenz der Verfassung der Russischen Föderation lebt die Mehrzahl der Föderationssubjekte nach ihren eigenen Statuten und Verfassungen. Die Folge ist, dass die Exekutive vor Ort die gesetzgebenden Versammlungen unter sich begraben hat. (Ja, mehr noch: In einer Reihe von Regionen haben sich Regimes einer Personalmacht gebildet, die die oppositionelle Presse und überhaupt die Opposition liquidiert haben.)²³⁰

Auch die Organisationen, die sich mit dem Schutz von Journalismus und Journalisten einsetzen, darunter der *Russische Journalistenverband (Союз Журналистов России)*, die *Glasnost Defense Foundation* oder das *Zentrum für Journalismus in Extremsituationen (Центр Экстремальной Журналистики)*, berichteten, dass Übergriffe gegen Medienvertreter häufiger in den Regionen denn in den beiden „Hauptstädten“ Russlands stattfanden. Die überregionalen Moskauer Medien hoben in den 1990er Jahren verstärkt die wesentlich höhere Anfälligkeit für Korruption und Kriminalität in den russischen Regionen hervor. Der Einfluss landesweiter Moskauer Medien ist jedoch begrenzt, wenn man bedenkt, dass beispielsweise die Auflagenzahlen bekannter Moskauer Zeitungen in den Regionen vergleichsweise niedrig sind. Nach der Finanzkrise von 1998 korrigierte sich diese ohnehin niedrige Zahl noch einmal nach unten.

Im neuen Jahrtausend, mit dem Beginn der Ära Vladimir Putin, bricht schließlich auch ein neues Zeitalter im Mediensektor an. Mit Übernahmen und anschließenden Verstaatlichungen von unbequemen Medieneinrichtungen durch Verschärfungen der Mediengesetzgebung sowie das Phänomen von häufig unter

²²⁸ Hübner, P.: *Von der Informationsdiktatur zur neuen Informationsfreiheit*, 2000, 130

²²⁹ Hübner, P.: *Von der Informationsdiktatur zur neuen Informationsfreiheit*, 2000, 130

²³⁰ Hübner, P.: *Von der Informationsdiktatur zur neuen Informationsfreiheit*, 2000, 131

„Anfeindungen“ leidenden, oppositionellen Medien werfen die Frage auf, ob es zu einer Renaissance der Zensur in Russland kommt. Und tatsächlich: ruft das Wort „Zensur“ üblicherweise eine ablehnende Haltung hervor, so scheint seit einiger Zeit eine „positivere“ Bedeutung diesem Wort anzuhaften. So hat eine soziologische Untersuchung Erstaunliches ergeben. Demnach ist die Zahl der Menschen, die sich für die Zensur in Russland aussprechen, stark angestiegen. So hatten im Jahr 2001 57% der Befragten die Wiederbelebung der Zensur unterstützt. Bis zu Beginn des Jahres 2004 stieg diese Zahl bereits auf über 70% an.²³¹ Denn die Zensur wird, so das allgemeine Verständnis, mit einer gewissen „Ordnung“ assoziiert, nach der man sich ausrichten sollte. Es gibt aber noch andere Faktoren, die auf eine Verschärfung der Beziehungen zwischen Staatsmacht und Journalisten hindeuten. So beklagen Journalisten immer wieder einen Mangel an Zusammenarbeit mit den russischen Behörden. Oft geht es darum, dass Staatsbeamte keine oder nur unzureichende Informationen und Dokumente der Presse zur Verfügung stellen²³², obwohl sie vom Gesetz dazu verpflichtet wären. Teilweise führen die Behinderungen soweit, dass Journalisten oder gar ein ganzes Medium keine Akkreditierungen mehr erhalten, um in bestimmte Gebiete (hauptsächlich in einige Teilrepubliken des Kaukasus, wie Čečenien, Kabardino-Balkarien, usw.) einzureisen. Außerdem klagten Redaktionen in der jüngeren Vergangenheit verstärkt über häufigere und überaus lange Überprüfungen durch die Finanzbehörden und unter gerichtlichen Anklagen, die meist unter fadenscheinigen Vorwürfen eingereicht wurden und schließlich häufig zu einem finanziellen Ruin, vor allem kleinerer Redaktionen, führen. Zusätzlich berichteten Betroffene, dass sogar auf Unternehmer Druck von Seiten der Behörden ausgeübt wurde, indem man diesen „zu verstehen gab, dass, wenn sie größere Werbeverträge mit betroffenen Medienvertretern abschließen würden, dies unter Umständen verstärkte Aufmerksamkeit zur Folge hätte“²³³. Als schlimmste Folge der (staatlichen) Repressionen erscheint jedoch die Anwendung krimineller und gewalttätiger Methoden im „Kampf gegen oppositionelle Journalisten“, bis hin zu deren physischer Auslöschung.

²³¹ Bljum, Arlen V.: *Suščestvuet li vozmožnost' restavracii cenzury v Rossii?*, in: *Cenzura i dostup k informacii: istorija i sovremennost'*, St. Peterburg, 2005, 88

²³² Bljum, A. V.: *Suščestvuet li vozmožnost' restavracii cenzury v Rossii?*, 2005, 88

²³³ Bljum, A. V.: *Suščestvuet li vozmožnost' restavracii cenzury v Rossii?*, 2005, 88, 89

3.2 Die gravierendsten gewalttätigen Übergriffe gegen Journalisten im Untersuchungszeitraum von 2000 bis 2008

Seit Gorbachevs Politik der Glasnost' und Perestrojka gab es Hoffnung auf eine langfristige europäische Entwicklung – demokratische Strukturen, verbindliche rechtsstaatliche Normen, kulturelles Leben fern von jeglicher Gängelung, – eine Hoffnung, die auch noch während der chaotischen Transformationsphase der neunziger Jahre fort dauerte. Heute aber leben wir in einer veränderten Situation. Wir sind Zeugen eines Prozesses, in dem sich ein neuer Autokratismus etabliert. Entstehende Regime zeichnen sich dadurch aus, dass selbst ihre unmittelbar bevorstehenden Metamorphosen schwer vorauszusehen sind; weil die Präzedenzfälle fehlen, lassen sich keine Vergleiche anstellen. Ständig werden wir von den Ereignissen überrollt, und kaum haben wir aufgeholt, laufen sie uns wieder davon. Auf jeder Windung der Spirale widerfährt uns Neues, Unerwartetes. Wir versuchen uns an Dinge zu gewöhnen, die noch vor kurzem unmöglich, undenkbar schienen. Doch eine Woche vergeht, und es zeichnet sich noch Unvorstellbareres ab. Solche Erlebnisse haben repressiven Charakter.²³⁴

Mit dem Amtsantritt Vladimir Putins zum Präsidenten der Russischen Föderation im Frühjahr 2000 begann sich die Medien-Situation des Landes zu verändern. Doch bereits zuvor, bei der Berichterstattung zu den bevorstehenden Wahlen, konnte man Ungereimtheiten feststellen. So stellte die Organisation *Reporter ohne Grenzen* in deren Jahresbericht zum Jahr 2000 fest, dass bei der Berichterstattung zum Wahlkampf der damalige Noch-Ministerpräsident Putin in den staatlichen Fernsehsendern bevorzugt wurde. So wurde allein die Hälfte der Berichterstattung über den Wahlkampf für Putin aufgewendet, während auf die anderen elf Präsidentschaftskandidaten der Rest der Zeit aufgeteilt wurde.²³⁵ Die neue Regierung erklärte auch kurz nach deren Regierungseintritt den Oligarchen in den Medien den Kampf, indem sie diese öffentlich beschuldigte, sich „rücksichtslos Vorteile aus ihren Beziehungen zum Staatsapparat verschafft zu haben“²³⁶. Zur gleichen Zeit setzte ein Phänomen im russischen Journalismus ein, das zwar nicht neu, jedoch von nun an verändert auftrat. Berichtersteller hatten vermehrt mit Einschränkungen von Seiten des Staates (z.B.: Akkreditierungen um nach Čechenien einreisen zu dürfen; strengere Gesetze, die den medialen Handlungsspielraum einschränken; usw.) zu kämpfen. Dieser „Trend“ sollte sich schließlich in den nächsten Jahren noch verstärken. Außerdem kamen allein im Jahr 2000 in Russland 16 Journalisten bei der Ausübung ihres Berufes ums Leben,

²³⁴ Ryklin, Michail: *Mit dem Recht des Stärkeren. Russische Kultur in Zeiten der „gelenkten Demokratie*, Frankfurt/Main, 2006, 11

²³⁵ *Reporters without Borders 2001 Report*, Paris, 2001, 327

²³⁶ „At the same time, the government waged a battle with the `oligarchs´ in the media, accusing them of ruthlessly taking advantage of their former ties with the state apparatus”, in: *Reporters without Borders 2001 Report*, Paris, 2001, 327

davon allerdings „nur“ zwei in Čečenien, was doch etwas überrascht, wenn man bedenkt, dass zu diesem Zeitpunkt in Čečenien Krieg herrschte.²³⁷ Unter den getöteten Journalisten waren auch Aleksandr Efremov, der für die Tageszeitung *Naše Vremja* in Tjumen´ tätig war und in Čečenien, zusammen mit zwei russischen Offizieren, am 12. Mai einer ferngesteuerten Mine zum Opfer fiel. Igor´ Domnikov wurde – ebenfalls am 12. Mai – in der Nähe seiner Moskauer Wohnung von einer unbekannt Person so stark verletzt, dass er schließlich ins Koma fiel, aus dem er nicht mehr erwachte und am 16. Juli verstarb²³⁸. Der Fall des Mordes an Domnikov, der für die zu diesem Zeitpunkt zweimal wöchentlich erscheinende Moskauer Zeitung *Novaja Gazeta* tätig war, wird im nächsten Kapitel noch näher beleuchtet. Neben 16 ermordeten Journalisten zählte die GDF aber für das Jahr 2000 auch noch 73 gewalttätige Übergriffe auf Journalisten, und 15 Fälle, in denen Journalisten verhaftet wurden. In den meisten Fällen wurden die Betroffenen kurze Zeit später wieder freigelassen. Andrej Babickij, Berichterstatter bei Radio Svoboda, wurde innerhalb kurzer Zeit zwei Mal festgenommen. Nachdem er im Jänner 2000 in der čečenischen Hauptstadt Groznyj von russischen Truppen festgenommen wurde, konnte er im Zuge einer „Befreiungsaktion“ in die Nachbarrepublik Dagestan geschleust werden, wo er kurz darauf erneut von russischen Truppen verhaftet wurde. Er wurde zwar auch dort nicht lange in Gewahrsam gehalten, stand nach seiner Freilassung Ende Februar allerdings unter Hausarrest in Moskau. Babickij durfte die Stadt auch dann noch nicht verlassen, als ihm im Juli in Bukarest der „Journalism and Democracy“-Preis von der OSZE für die Berichterstattung in Čečenien überreicht werden sollte.²³⁹ Babickij hatte in Artikeln für *Radio Svoboda* kritisch über die russischen Einsatzkräfte in Čečenien berichtet und des Öfteren die Misshandlung von Gefangenen in sogenannten „Filtrationslagern“²⁴⁰ angeprangert. In einem Interview mit der Moskauer Zeitung *Kommersant* vom März 2000 sagte Präsident Putin über Babickij:

²³⁷ *Glasnost Defence Foundation*, www.gdf.ru/old/monitoring/index.html

²³⁸ www.gdf.ru/murdered_journalists/list/2000

²³⁹ *Reporters without Borders 2001 Report*; Paris, 2001, 330

²⁴⁰ What is a filtration camp? In fact, the term "filtration camp" is not very accurate. In the previous war, filtration camps were places where all detainees were taken. However, there is no such term in Russian legislation. Thus they can only be considered illegal places where Russian citizens are deprived of freedom. Now, official status is occasionally assigned to these facilities.

For example, the famous filtration camp in Chernokozovo has official status, namely as a pre-trial establishment (sledstvennyj izolj´ator). There are other filtration camps, which have retained their name "filtration camp" and are officially called temporary detention facilities (izolj´ator vremennovo sodержaniya), vgl.: www.crimesofwar.org/expert/chech-oleg.html

Er arbeitet eindeutig für den Feind. Was er tut, ist wesentlich gefährlicher als eine automatische Waffe abzufeuern.²⁴¹

Auch im Falle Grigorij Pasko gab es im Jahr 2000 neue Entwicklungen. Grigorij Pasko arbeitete für die Marine-Zeitung *Boevaja Vachta*, bevor er bereits 1997 von einem Militärgericht zu einer Haftstrafe verurteilt wurde, weil er „Staatsgeheimnisse gesammelt und an ausländische Organisationen weitergegeben hatte“²⁴². Während seiner Arbeit als Korrespondent für *Boevaja Vachta* hatte Pasko gefilmt, wie ein russisches Frachtschiff Atommüll in japanische Hoheitsgewässer entleert hatte. Dieses Filmmaterial wurde anschließend im japanischen Fernsehen übertragen. 1999 wurde Pasko vom Militärgericht in Vladivostok zu drei Jahren Haft verurteilt, und nach Verbüßung von zwei Drittel seiner Strafzeit wieder freigelassen. Im Herbst 2001 wurde sein Verfahren vom Vladivostoker Militärgericht wieder aufgenommen und Pasko des „Hochverrats und der Spionage“²⁴³ beschuldigt. Damit drohte ihm eine Haftstrafe zwischen 12 und 20 Jahren. Noch im Juli 2001 hatte Präsident Putin offiziell erklärt:

Russia pays the closest possible attention to the news sector because of the political system.²⁴⁴

Damit spielte Putin wohl darauf an, dass ein großer Teil des Mediensektors in den vorangegangenen Jahren fast vollständig im Besitz von Oligarchen war, die „ihre“ Medieneinrichtung gut und gerne für eigene Zwecke missbraucht hatten. Im darauffolgenden September ergänzte Putin diese Aussage noch, indem er hinzufügte:

If this or that body or news medium tries to serve the unique interests of oligarchs whose fortunes have been made from obscure operations, that no longer has anything to do with freedom of the press.²⁴⁵

Mit diesen Aussagen versuchte Putin zu rechtfertigen, dass wenige Monate zuvor der Fernsehsender NTV von Gazprom-Media übernommen worden war, was auch das Ende der kritischen Berichterstattung des Senders bedeutet und außerdem zu starker Kritik geführt hatte. Zu der Übernahme gehörten auch, wie bereits erwähnt, die beiden Printmedien *Segodnja* und *Itogi*, die von den neuen Mehrheitseigentümern eingestellt wurden. Auch die Akkreditierungen für Journalisten nach Čečenien wurden erschwert. So war es ab Juli 2001 Journalisten verboten, sich in Čečenien aufzuhalten und zu

²⁴¹ *Reporters without Borders 2001 Report*, Paris, 2001, 330

²⁴² *Reporters without Borders 2001 Report*, Paris, 2001, 332

²⁴³ *Reporters without Borders 2001 Report*, Paris, 2001, 332

²⁴⁴ *Reporters without Borders 2002 Report*, Paris, 2002, 449

²⁴⁵ *Reporters without Borders 2002 Report*, Paris, 2002, 449

bewegen, wenn man nicht in Begleitung eines offiziellen Beamten der Presseabteilung des Innenministeriums war. Reporter ohne Grenzen bestätigte in deren jährlich erscheinendem Bulletin, dass sich allein aufgrund dieser Bestimmung bis Oktober des Jahres kein einziger „unabhängiger Journalist“²⁴⁶ mehr in Čečenien aufhielt. Insgesamt zählte die Glasnost Defense Foundation im Jahr 2001 16 getötete Journalisten, darunter auch Viktor Popkov, der für die Zeitung *Novaja Gazeta* tätig war, und im Juni in Čečenien erschossen wurde. Im Juli 2001 wurde Dmitrij Ermakov, Berichterstatter für die Zeitungen *Černomorskij Kur'er* und *Krasnodarskie Izvestija*, tot aufgefunden, nachdem er aus dem vierten Stock seines Wohnhauses gefallen war. Die Untersuchungsbehörden gingen von einem Selbstmord aus und schlossen den Fall sehr schnell ab. Zweifel an der Selbstmord-Theorie blieben jedoch, nachdem Kollegen Ermakovs, die mit diesem bei der Zeitung *Černomorskij Kur'er* gearbeitet hatten, davon berichteten, dass Ermakov nur einen Tag vor seinem Tod berichtet hatte, er hätte kompromittierende Beweise dafür, dass lokale Behördenvertreter in kriminelle Machenschaften verwickelt seien.²⁴⁷

Ein weiterer Fall, der im September 2001 für Aufsehen sorgte, war der Mord am Herausgeber der Regionalzeitung *Novyj Reft* im Gebiet Sverdlovsk. Éduard Markevič war bereits, bevor er erschossen wurde, des öfteren Repressionen ausgesetzt. 1998 wurde er in seiner Wohnung überfallen, attackiert und auch ernsthaft verletzt. Im Jahr 2000 wurde Markevič vorübergehend wegen Verleumdung und Diffamierung verhaftet und musste zehn Tage im Gefängnis verbringen, weil er einen Artikel über ein fragwürdiges Abkommen zwischen dem stellvertretenden Generalstaatsanwalt und den Behörden der Region veröffentlicht hatte.²⁴⁸ Neben Ermordungen und zahlreichen körperlichen Übergriffen gegenüber Journalisten kam es 2001 aber auch zu neuen Weichenstellungen bezüglich Eigentum und Besitz von Medieneinrichtungen. Neben der bereits erwähnten Übernahme von Media-Most, des Medienimperiums von Vladimir Gusinskij, durch Gazprom-Media, die die Schließung der beiden kritischen Zeitungen *Segodnja* und *Itogi* zur Folge hatte, wurde auch der Fernsehsender ORT vom Ölkonzern *Sibneft'* übernommen, welcher wenige Jahre später selbst von Gazprom übernommen wurde. Der größte private Fernsehsender gehörte bis zu diesem Zeitpunkt dem ehemaligen Förderer Präsident Putins, Boris Berezovskij. Da der Sender jedoch

²⁴⁶ *Reporters without Borders 2002 Report*, Paris, 2002, 500

²⁴⁷ *Reporters without Borders 2002 Report*, Paris, 2002, 500

²⁴⁸ www.cpj.org/deadly/2001_list.html

äußerst kritisch über die Ereignisse rund um den Untergang des U-Bootes Kursk im Jahr 2000 berichtete, kam es zum Zerwürfnis zwischen Berezovskij und Putin.²⁴⁹, was wiederum, so vermuteten Kritiker damals, dazu führte, dass Berezovskij gezwungen wurde, die Aktienmehrheit des Senders zu verkaufen.

Die Organisation *Centr Ėkstremaal'noj Žurnalistiki* (Center for Journalism in Extreme Situations) listet für das Jahr 2002 insgesamt 14 Journalisten auf, die gewaltsam ums Leben gekommen sind. Unter den ermordeten Journalisten war auch Natal'ja Skryl', die für die Rostover Regionalzeitung *Naše Vremja* tätig war. Skryl' wurde am 8. März spätabends in der Nähe ihrer Wohnung aufgefunden und verstarb schließlich im Krankenhaus. Bei dem Überfall erlitt sie ein schweres Schädel-Hirn-Trauma.²⁵⁰ Die offizielle Version eines Raubüberfalls war jedoch zu bezweifeln, nachdem eine größere Summe Geld, die das Opfer bei sich trug, nicht entwendet worden war²⁵¹. Laut der Chefredakteurin der Zeitung *Naše Vremja* stand die Tat mit der beruflichen Tätigkeit des Opfers in Verbindung, da Skryl' an der Veröffentlichung von Artikeln über die konfliktreiche Lage eines Taganroger Metallwerkes beim Bau einer neuen Anschlussstelle am Azovschen Meer gearbeitet habe.²⁵²

Auch die Ermordung des Journalisten Valerij Ivanov im April des Jahres sorgte für Aufsehen. Der Chefredakteur der lokalen Zeitung *Tol'jattinskoe Obozrenie* wurde vor seinem Haus erschossen. Als Hauptmotiv für die Ermordung Ivanovs gab der Staatsanwalt eindeutig die berufliche Tätigkeit des Opfers an, und bestätigte auch, dass der Mord mit aller Wahrscheinlichkeit nach in Auftrag gegeben wurde. Hauptsächlich wurde die journalistische Tätigkeit als Hauptmotiv genannt, da Ivanov bereits über einige in der Region tätigen, zwielichtigen und illegalen Gruppierungen und deren Machenschaften berichtet hatte. Laut GDF waren ein wahrscheinlicher Grund für die Ermordung Ivanovs die Nachforschungen, die dieser vor seiner Ermordung betrieben hatte, und die die Machenschaften rund um ein Volga-Automobilwerk, kriminellen Gruppen und korrupten Beamten, aufdecken sollten.²⁵³ Aus Anlass der besorgniserregenden Ereignisse rund um die Ermordung von Journalisten und die äußerst niedrige Aufklärungsquote dieser Verbrechen sah sich das *International Press*

²⁴⁹ *Reporters without Borders 2002 Report*, Paris, 2002, 505

²⁵⁰ www.cjes.ru/monitoring/view_monitoring.php?id=1910

²⁵¹ www.cjes.ru/monitoring/view_monitoring.php?id=1910

²⁵² www.gdf.ru/arh/mort/2002.shtml

²⁵³ www.gdf.ru/arh/mort/2002.shtml

Institute noch im selben Jahr veranlasst, Präsident Putin über die Entwicklung aufzuklären. Konkret heißt es im Bericht des IPI aus dem Jahr 2002 zu den Vorgängen:

Oftentimes these assaults and killings are left unsolved. In a letter to the president, IPI stressed out that this is a serious problem, because it creates the impression that violence against journalists is a low priority for the police. IPI Director Johann P. Fritz said he was 'profoundly concerned at the apparent lack of progress' made in these cases. [...]

[...] The violence that Russian journalists have to face as part of their work is extremely damaging to the profession, and to the whole of the society. This, in combination with structural problems, has made the situation for the media in Russia very difficult. Aside from the continuing violence, and the failure to bring the perpetrators to justice, the most worrying development is the Russian government's increased efforts to tightly control the media. ...²⁵⁴

Die erhofften Änderungen traten jedoch nicht ein. Eher das Gegenteil war der Fall, denn nach den Ereignissen rund um die Geiselnahme im Moskauer Dubrovka-Theater vom Oktober 2002 stand ganz Russland unter Schock. Bereits im November, also nur einen Monat nach den Ereignissen, wurde, wie bereits erwähnt, das Terrorismusgesetz erweitert, das nun besagte, dass es verboten sei, „Terrorismus-Propaganda“²⁵⁵ zu betreiben. Darunter war unter anderem zu verstehen, dass es ab Inkrafttreten des Gesetzes verboten ist, über Anti-Terror-Operationen oder –übungen zu berichten, da dies als Verrat von Staatsgeheimnissen gilt.

Auch im Jahr 2003 gab es insgesamt sieben Fälle von Journalisten, die in Russland ermordet wurden. Unter den getöteten Reportern war auch Vladimir Suchomlin, der Anfang Jänner in Moskau ermordet wurde. Der erst 23-jährige Journalist arbeitete als unabhängiger Journalist für verschiedene Online-Nachrichten, und war Mitbegründer von mehreren kritischen Websites wie *serbia.ru* oder *chechnya.ru*, die später jedoch geschlossen wurden.²⁵⁶ Wie das *Centr Ėkstremaal'noj Žurnalistiki* berichtet, wurde Suchomlin von seinen Mördern entführt, außerhalb der Stadtgrenzen gebracht und anschließend zu Tode gefoltert. Eher ungewöhnlich in Anbetracht der niedrigen Aufklärungsquote die den Morden an Journalisten zugrunde lag, wurden die Täter in diesem Fall ermittelt. Es stellte sich heraus, dass diese selbst Beamte der Polizei waren, die die Tat auch nach kurzer Zeit gestanden. Sie gaben schließlich zu, für den Mord beauftragt worden zu sein und dafür circa 1.200 \$ Belohnung erhalten zu haben. Die Tat war jedoch insofern speziell, da die Täter mit

²⁵⁴ IPI Report / World Press Freedom Review, 2002, S. 206

²⁵⁵ IPI Report, 2002, 204

²⁵⁶ IPI Report, 2003, 224

dem Opfer noch bis zur Stadtgrenze führen, dort auf Suchomlin mit Baseballschlägern einschlugen, und ihn schließlich bei minus 30 Grad im Schnee erfrieren ließen.²⁵⁷ Auch Dmitrij Švec wurde im April des Jahres ermordet. Švec leitete als stellvertretender Generaldirektor seinen eigenen Fernsehsender, TV-21, im Gebiet von Murmansk. Der Sender, der bereits 1990 gegründet worden war, hatte sich den Ruf erworben, kritisch und unabhängig zu berichten und nahm bis zum Tod des Begründers eine bedeutende gesellschaftspolitische Rolle in der Region ein.²⁵⁸ Švec wurde am Abend des 18. April vor dem Gebäude des Senders erschossen. Zu einem Zeitpunkt, als dieser laut Aussage seiner Kollegen, bereits mehrfach Drohungen erhalten hatte und kurz nachdem dessen Auto angezündet worden war.²⁵⁹ Laut Aussage der Chefredakteurin der Fernsehstation TV-21 war der Mord eindeutig ein politisches Verbrechen, da der Sender noch wenige Monate zuvor durch starke Kritik an der Tätigkeit des Bürgermeisters von Murmansk sowie an den Kandidaten für die nächste Bürgermeisterwahl aufhorchen ließ.²⁶⁰ Andere Journalisten des TV-Senders berichteten schließlich, dass Švec, wie bereits erwähnt, Drohungen erhalten hatte, darunter insbesondere von einem der Bürgermeister-Kandidaten, Andrej Gorškov. In einem Bericht von *Reporters Without Borders* heißt es diesbezüglich:

Journalists at TV-21 said they have received verbal threats, particularly from one of the candidates for mayor, Andrej Gorškov. He had warned journalists that he would take legal action against them if they broadcast an interview that he did not like.²⁶¹

Ein weiterer Todesfall aus dem Jahr 2003, der mitunter einige Rätsel aufgibt, ist der des Journalisten und Duma-Abgeordneten Jurij Ščekočichin, der Anfang Juli im Krankenhaus verstarb. Dieser spezielle Fall wird jedoch im nächsten Kapitel noch näher beleuchtet.

Bei einem anderen Journalistenmord 2003 ging es um German Galkin, den Herausgeber der Zeitung *Rabočaja Gazeta* und stellvertretenden Chefredakteur von *Večernij Čeljabinsk* im Ural-Gebiet. Beide Publikationen gelten als oppositionell. Galkin wurde am 15. August 2003 der „kriminellen Diffamierung“, angeblicher „Verleumdung und Beleidigung“ von zwei stellvertretenden Gouverneuren der Region

²⁵⁷ www.cjes.ru/monitoring/view_monitoring.php?id=124

²⁵⁸ www.rsf.org/print.php3?id_article=10229

²⁵⁹ www.gdf.ru/arh/mort/2003.shtml

²⁶⁰ www.gdf.ru/arh/mort/2003.shtml

²⁶¹ www.rsf.org/print.php3?id_article=10229

Čeljabinsk, schuldig gesprochen und zur Verbüßung einer einjährigen Haft in ein Arbeitslager geschickt.²⁶² In Russland besagt Artikel 130 des Strafgesetzbuches, dass auf „Ehrenbeleidigung“ immer noch eine Haftstrafe mit Arbeitslager bis zu einem Jahr verhängt werden kann.²⁶³ Dem darauffolgenden Berufungsantrag Galkins wurde schließlich stattgegeben und dieser kurze Zeit später wieder aus dem Gefängnis entlassen. Auch im Falle Grigorij Pasko gab es 2003 Neuigkeiten. Nachdem er im Herbst 2001 bereits zu seiner zweiten Haftstrafe wegen Hochverrats verurteilt wurde, konnte Pasko nach Verbüßung von zwei Dritteln der Strafe aufgrund guter Führung im Frühjahr 2003 wieder entlassen werden. Nichtsdestotrotz erwies sich auch das Jahr 2003 nicht als das Jahr, in dem erkennbare Verbesserungen in der negativen Entwicklung der russischen Presse- und Medienlandschaft insgesamt, erkennbar gewesen wären. So hat auch das *International Press Institute* in seinem jährlich erscheinenden Jahresbericht Russland 2003 erstmals in die Rubrik „Death Watch Country“ aufgenommen. Zuvor war Russland seit 2001 noch unter der Rubrik „Watch List Country“ zu finden. Und auch das Zwischenfazit des Jahresberichts liest sich nicht besonders positiv. Darin heißt es beispielsweise:

In consequence, the media and government are very closely related and reporting a contrary view can lead to substantial financial and legal obstacles. Furthermore, media without a strong financial or legal backer (or a ‘kryša’) can face assaults from other groups. [...]

[...] The main threats to press freedom are government control of the independent media, the persecution of journalists by the security services; attempts by owners to use the media for their own interests, the absence of economic conditions that would enable the financial independence of the mass media, and a lack of solidarity among the media.²⁶⁴

Auch im Jahr 2004 kam es erneut zu Übergriffen und Ermordungen von Journalisten in Russland. Insgesamt gab es acht Fälle von getöteten Journalisten, deren Tod eindeutig mit der beruflichen Tätigkeit in Verbindung stand. Einer davon war die Ermordung Paul Chlebnikovs. Der Amerikaner russischer Abstammung wurde am Abend des 9. Juli 2004 vor dem Redaktionsgebäude des russischen Ablegers des Magazins *Forbes* aus einem vorbeifahrenden Wagen erschossen. Das Magazin *Forbes*, das in Russland erst wenige Monate zuvor erstmals erschien, berichtete in seinen Ausgaben ausführlich über aktuelle politische Entwicklungen, Korruption und organisiertes Verbrechen in

²⁶² IPI Report, 2003, 228

²⁶³ www.rsf.org/print.php3?id_article=10229

²⁶⁴ IPI Report, 2003, 224

Russland.²⁶⁵ Der Fall Chlebnikov wird jedoch im nächsten Kapitel noch näher beleuchtet. Aleksej Simonov, Präsident der *Glasnost Defence Foundation*, wird im Jahresbericht des *International Press Institute* vom Jahr 2004 mit folgenden Worten zitiert:

Direct censorship, as well as intimidation by physical means (beatings, murder, etc.), is less frequent now than in the early 1990s, but indirect censorship is on the rise. [...]

[...] Furthermore, while Russians may be legally entitled to say or print controversial statements, these sentiments are ignored by the power-that-be.²⁶⁶

Und tatsächlich fällt auf, dass die Zahl getöteter bzw. ermordeter Journalisten rückläufig ist bzw. konstant bleibt, wenn man die Zahlen mit den „chaotischen“ 1990er Jahren vergleicht. Es haben sich jedoch, außer Einschränkungen der freien Presse durch Ermordungen und tätliche Übergriffe auf Journalisten, andere Arten von Zensur in den letzten Jahren in Russland etabliert. So kommt es nicht nur immer wieder zur Ablehnung von Akkreditierungen, die von russischen Journalisten benötigt werden, um beispielsweise in Čečenien und anderen Teilrepubliken des Nordkaukasus einzureisen, sondern auch ausländischen Journalisten, die nach Russland einreisen möchten, wird häufiger als in den Jahren zuvor die Einreise verweigert. So geschehen auch im Oktober 2003, als der Visa-Antrag der renommierten dänischen Reporterin Vibeke Sperling ohne Angabe von Gründen abgelehnt wurde. Vibeke Sperling hatte bereits seit den 1970er Jahren regelmäßig aus der Sowjetunion berichtet, und leitete seit 2001 das Büro der dänischen Tageszeitung *Politiken* in Moskau²⁶⁷. Doch auch der dänische Außenminister, der im Frühjahr 2004 versuchte die Angelegenheit zu klären und zu vermitteln, konnte schließlich nichts ausrichten. Da sich die Journalistin nichts Ungesetzliches zuschulden kommen lassen hatte, musste man davon ausgehen, dass ihre kritische Berichterstattung aus und über Čečenien der Grund für das plötzliche Einreiseverbot war. Diese Annahme wurde auch von einem Mitarbeiter der russischen Botschaft in Kopenhagen angedeutet.²⁶⁸

Ein anderer Fall von Zensur ereignete sich im Mai 2004 beim Fernsehsender NTV. Leonid Parfenov, dessen Polit-Sendung *Namedni* seit ihren Anfängen in Russland

²⁶⁵ IPI Report, 2004, 240

²⁶⁶ IPI Report, 2004, 240

²⁶⁷ IPI Report, 2004, 241

²⁶⁸ www.aktuell.ru/rumed0010/morenews.php?iditem=211

äußerst beliebt war, wurde fristlos entlassen, nachdem er den Sender öffentlich dafür kritisiert hatte, ein Interview mit Malika Jandarbiev, der Witwe des čečenischen Rebellenführers Zelimchan Jandarbiev, vor der Ausstrahlung wieder zurückgezogen zu haben.²⁶⁹ Gerüchten zufolge ließ Aleksandr Gerasimov, der stellvertretende Direktor des Senders, das Interview, das aufgrund der großen Zeitunterschiede im Fernen Osten Russlands bereits ausgestrahlt wurde, zurückziehen, da dies von der Staatssicherheitsdienst befohlen worden war.²⁷⁰ Als anschließende Maßnahme wurde, nachdem Parfenov entlassen worden war, auch die Sendung *Namedni* eingestellt.

Auch das blutig beendete Geiseldrama von Beslan Anfang September 2004 hatte neben der hohen Anzahl der Todesopfer auch „Kollateralschäden in den russischen Medien“²⁷¹ verursacht, wie Elena Rykovceva berichtete. Am ersten Tag des neuen Schuljahres, das in Russland traditionell am 1. September beginnt, stürmten čečenische Terroristen eine Schule in Beslan, Nordossetien und brachten über tausend Menschen in ihre Gewalt, darunter hauptsächlich Kinder. Als die Geiselnahme schließlich am 3. September gewaltsam von Sondereinheiten der russischen Polizei beendet wurde, starben über dreihundert Menschen, größtenteils Kinder. Genaue Zahlen zu nennen ist jedoch kaum möglich, da die Zahl der Opfer laut offiziellen Quellen niedriger ist als inoffiziellen Quellen zufolge. Das Geiseldrama hatte in Einzelfällen auch Auswirkungen auf Journalisten. Anna Politkovskaja, Berichterstatlerin für die Zeitung *Novaja Gazeta*, war auf dem Weg nach Beslan, wo sie versuchen wollte, zwischen Polizei und Sondereinheiten und den Geiselnehmern zu verhandeln, wie sie dies bereits bei der Geiselnahme im Moskauer Dubrovka-Theater zwei Jahre zuvor getan hatte. Nachdem Politkovskaja Tee im Flugzeug getrunken hatte, wurde sie innerhalb kürzester Zeit krank und es wurde schließlich festgestellt, dass sie eine Lebensmittelvergiftung erlitten hatte. Die Kollegen Politkovskajas sagten später aus, dass sie an diesem Tag außer dem Tee im Flugzeug nichts zu sich genommen hatte.²⁷² Ursprünglich sollten die Reporter der *Novaja Gazeta* daran gehindert werden, das Flugzeug zu besteigen, so der Bericht des International Press Institute. Da der Pilot eines anderen Fluges Politkovskaja jedoch erkannt hatte, ließ er sie an Bord kommen.²⁷³

²⁶⁹ IPI Report, 2004, 242

²⁷⁰ IPI Report, 2004, 242

²⁷¹ Rykovceva, Elena: *Abgestraft für gute Arbeit*, Message. Intern. Zeitschrift für Journalismus, 4/2004, 66

²⁷² IPI Report, 2004, 244

²⁷³ IPI Report, 2004, 244

Andrej Babickij wiederum, langjähriger Mitarbeiter von *Radio Svoboda* konnte, wie Politykovskaja, gar nicht erst nach Nordossetien reisen. Babickij wurde zuerst am Moskauer Flughafen Vnukovo festgehalten, weil Beamte in dessen Gepäck angeblich Sprengstoff gefunden hatten. Nachdem sich die Situation jedoch geklärt, und kein Sprengstoff gefunden worden war, wurde Babickij aber in einen Streit zwischen zwei anderen Passagieren verwickelt, während er auf seinen Flug wartete.²⁷⁴ Infolgedessen wurden alle drei Männer wegen „geringfügigem Rowdytums“²⁷⁵ verhaftet und fünf Tage ins Gefängnis gesperrt.

Andere Folgen hatten die Ereignisse in Beslan beispielsweise auch für Raf Šakirov, den damaligen Chefredakteur der Tageszeitung *Izvestija*. Am 4. September, also einen Tag nach dem Ende der Geiselnahme, erschien die Zeitung in ungewohnter Aufmachung. Äußerst große Fotos von Opfern und Verletzten füllten die Titel- und die Rückseite der Zeitung. Noch mehr schockierende Fotos fanden sich seitenweise im Innenteil der Tageszeitung wieder. Doch auch die Berichterstattung der Tage zuvor, also während der Geiselnahme, dürfte den Direktoren von Prof-Media, dem Hauptaktionär von *Izvestija*, ein Tochterunternehmen des Oligarchen Vladimir Potanin, bereits zu riskant gewesen sein, da die Zeitung unverblümt die Informationen, die die Behörden veröffentlichen ließen, mit eigenen Recherchen widerlegte. Sprachen die Behörden zunächst „nur“ von etwas mehr als 350 Geiseln, so berichtete *Izvestija*, es könnte sich sogar um bis zu 1500 Geiseln handeln.²⁷⁶ Nach der gewaltsamen Erstürmung der Schule am 3. September sprachen die Behörden davon, dass der Angriff deshalb erfolgt war, weil die Terroristen begonnen hatten, „die Turnhalle in die Luft zu sprengen“²⁷⁷. Laut Quellen von *Izvestija* waren erst nach der Schießerei der Einsatztruppen Explosionen im Gebäude zu hören. So meint Rykovceva deshalb auch:

„Ständig kam Šakirov mit seiner Leidenschaft für genaue und verlässliche Informationen den offiziellen Versionen in die Quere.“²⁷⁸

Neben den Fakten, die von *Izvestija* publiziert wurden, und die nicht mit den offiziellen Behördenmeldungen übereinstimmten, war es vor allem die Kritik an den Einsatzkräften, das Chaos, das während der Geiselnahme und bei der Erstürmung herrschte, die Behörden, die zu versagen schienen und dass die Zustände durch andere

²⁷⁴ IPI Report, 2004, 244

²⁷⁵ Rykovceva, E.: *Abgestraft für gute Arbeit*; Message, 4/2004, 66

²⁷⁶ Rykovceva, E.: *Abgestraft für gute Arbeit*; Message, 4/2004, 67

²⁷⁷ Rykovceva, E.: *Abgestraft für gute Arbeit*; Message, 4/2004, 67

²⁷⁸ Rykovceva, E.: *Abgestraft für gute Arbeit*; Message, 4/2004, 67

Medienvertreter nicht publik gemacht wurden, die in der Printausgabe vom 4. September deutlich zur Geltung kam. Man kann davon ausgehen, dass der Grund für die Entlassung Šakirovs war, dass der Eigentümer Potanin den Groll des Kremls fürchtete, mit dem er sich nicht überwerfen wollte. Nur zu gut fürchten die Oligarchen Russlands, deren Vermögen aus teils nicht legalen Privatisierungen Anfang der 1990er Jahre hervorging, das Schicksal Michail Chodorkovskijs, der öffentlich gegen den Willen des Kremls gehandelt hatte, und seit Oktober 2003 – offiziell wegen Steuerhinterziehung – im Gefängnis sitzt. Um derartige Folgen zu vermeiden, stellen sich die Oligarchen, die besonders in der Zeit Boris El'cins starken Einfluss in der Politik genossen, bei wichtigen Entscheidungen nun immer auf die Seite des Kremls. Daher verwundert es auch nicht besonders, dass nach den Ereignissen in Beslan der Chefredakteur der *Izvestija* gekündigt wurde. Die Berichterstattung während der Tage ging, wie es schien, doch zu weit. Raf Šakirov selbst sagte in einem Interview mit *Radio Svoboda* wenige Tage später:

Die Führung von Prof-Media und ich gehen in der Frage auseinander, wie die Sonnabend-Ausgabe die Beslan-Tragödie behandelt hat. Mir wurde gesagt, die Ausgabe sei zu emotional und zu plakativ, und dass man so keine Zeitung mache. Aber ich bin der Auffassung, dass dieses Ereignis ein sehr wichtiges für das Land ist, eine Art Kriegsbeginn, ähnlich dem 22. Juni 1941.²⁷⁹

Auch Andrej Babickij, der im Frühjahr 2000 in Čečenien festgenommen wurde und später unter „Hausarrest“ in Moskau stand, zog Ende 2004 eine negative Bilanz über die Situation, in der sich die Medien seit Vladimir Putins Amtsantritt befanden:

One of President Vladimir Putins great but dubious successes is having quietly and steadily gained control of the entire media since he came to power in 2000. It's been a carefully thought-out, destructive and efficient process and the appointment in July 2004 of one of his closest aides as head of the national station NTV was a key event. The station, controlled by Gazprom, had been the Russian media's beacon of independence until 2001. This media now has scant editorial or financial independence. Even the radio station *Écho Moskvy*, the flagship of independent journalism since 1990, seems about to fall into Gazprom's hands. Anyone wanting to launch a new media outlet cannot do so without the backing of powerful business groups and its editorial line must not criticise the government and its interests. The media not only fiercely compete with each other but are now under heavier government hand than ever. The broadcast media are special targets of Putin and his aides.²⁸⁰

Auch im Jahr 2005 kamen wieder Journalisten in Russland ums Leben. Auch wenn die Zahl mit fünf Ermordeten niedriger war als die Jahre zuvor, nahmen die Tötungen nicht

²⁷⁹ Rykovceva, E.: *Abgestraft für gute Arbeit*; Message, 4/2004, 68

²⁸⁰ *Reporters Without Borders. The 2004 Global Press Freedom World Tour*, Paris, 2004, 85

an Brutalität ab. Ende Juli des Jahres wurde in Machačkala, der Hauptstadt der Kaukasusrepublik Dagestan, der Berichterstatter der lokalen Wochenzeitung *Novoe Delo*, Magomedzagid Varisov, ermordet. Unbekannte erschossen Varisov auf der Straße vor dessen Wohnhaus, als dieser abends nach Hause kam. Laut GDF steht der Mord mit der beruflichen Tätigkeit des Opfers in Verbindung, denn Varisov war nicht nur einer der bekanntesten Politikwissenschaftler Dagestans, sondern arbeitete auch seit einiger Zeit im Auftrag der Zeitung *Novoe Delo* an einer Reportage über die Ereignisse in der čečenischen Stadt Borozdinovskaja. Dabei ging es darum, dass es in dem Dorf zu einer „Säuberung“ («зачистка»)²⁸¹ im Zuge einer Spezialoperation gekommen war, wonach laut Berichten elf Menschen, alle Dagestaner, getötet, und auch vier Häuser angezündet worden sein sollen. Infolgedessen kam es zur Flucht von ungefähr 150 Dagestanern, die von Čečenien nach Dagestan flohen.²⁸² Laut einer seiner Kollegen hatte Varisov in der letzten Zeitungsausgabe, bevor er ermordet wurde, den Ereignissen in Borozdinovskaja einen langen Artikel gewidmet, und die Ereignisse als eine „grobe, politische Provokation“²⁸³ verurteilt. Außerdem, so der Bericht des *World Press Freedom Institutes*, hatte die Redaktion der *Novoe Delo* kurz vor der Ermordung Varisovs Drohanrufe erhalten, die forderten, dass Varisov seine analytischen Reportagen einstellen solle.²⁸⁴ Im Jahr 2005 fanden laut GDF auch noch 63 meist gewalttätige Übergriffe gegenüber Journalisten statt. Auch die ehemalige Moderatorin eines täglichen Programmes des Fernsehsenders REN-TV, Ol'ga Romanova, berichtete über Repressalien während ihrer Tätigkeit als Fernsehmoderatorin. Demnach sagte Romanova, dass sie einmal aufgefordert worden sei, zwei Themenbereiche nicht zu erwähnen, während sie vom Radiosender *Écho Moskvy* interviewt werden sollte. Eines dieser beiden Themen war demzufolge ein Autounfall, bei dem der Sohn des Verteidigungsministers eine Frau angefahren hatte und anschließend Fahrerflucht beging. Da Romanova sich allerdings nicht an diese Forderung hielt, wurde ihr daraufhin der Weg zum Fernsehstudio von Sicherheitsbeamten verweigert. Kurz darauf wurde vom Sender REN-TV bekannt gegeben, dass die Fernsehsendung Romanovas für drei Monate nicht mehr ausgestrahlt werde, während dieser Zeit sollte sie jedoch eine neue Informationssendung moderieren.²⁸⁵ Romanova entschloss sich schließlich,

²⁸¹ www.agentura.ru/timeline/2005/borozdinskaya/

²⁸² www.agentura.ru/timeline/2005/borozdinskaya/

²⁸³ www.gdf.ru/arh/mort/2005.shtml

²⁸⁴ «...он назвал это крупной политической провокацией...», in: IPI Report 2005, 241

²⁸⁵ IPI Report, 2005, 242

zusammen mit anderen Kollegen, den Sender zu verlassen, da dort „die Leute, die die Arbeit gestalten, von den Entscheidungsfindungen ausgeschlossen werden“.²⁸⁶

Der Jahresbericht von 2006 wurde von Reporters Without Borders folgendermaßen eingeleitet:

Several journalists were murdered during the year, notably Anna Politkovskaja, as a result of spreading social violence and failure to punish the killers of journalists. More takeovers of media outlets continue to seriously threaten news diversity and freedom of expression.²⁸⁷

Tatsächlich wurde das Jahr 2006 in der russischen, aber hauptsächlich in der internationalen Presse überschattet von der Ermordung Anna Politkovskajas, deren Hauptaugenmerk auf der Berichterstattung über Čečenien lag. Dieses Thema wird seit Jahren von den staatlichen russischen Medien vernachlässigt. Während der Fall Politkovskaja, der ebenfalls im nächsten Kapitel noch näher behandelt wird, vor allem in Westeuropa ziemlich hohe Wellen schlug, kam es in diesem Jahr aber auch noch zu anderen Ermordungen und auch erneut zu zahlreichen Verstößen gegen die Pressefreiheit. Unter anderem ist hier die Wochenzeitung *Permskij Obozrevatel'* zu nennen, die sich des Öfteren der Willkür der Behörden ausgeliefert sah. Bereits seit 2005 musste die Regionalzeitung mehrere Male die Druckerei wechseln, nachdem diese sich plötzlich geweigert hatten, die Zeitungen zu drucken. Zumeist lag das daran, dass enge Mitarbeiter des Gouverneurs zuvor die Druckereien gewarnt hatten, den *Permskij Obozrevatel'* nicht länger zu drucken. Einmal, so berichtet die Chefredakteurin Tatjana Sokolova, ließ die lokale Polizei eine Sonderausgabe der Wochenzeitung noch während des Drucks stoppen.²⁸⁸ Ein anderes Mal wiederum gab ein Mitarbeiter der Zeitung an, dass er von einem Polizisten ständig verfolgt worden war, ein anderer berichtete, dass dessen Wohnung in seiner Abwesenheit durchsucht wurde.²⁸⁹ Nachdem die Büroräume der Zeitung *Permskij Obozrevatel'* im Mai 2006 von der Polizei durchsucht worden waren, fand im August 2006 eine erneute Durchsuchung statt. Dabei stürmten 20 bewaffnete Männer in Tarnkleidung und Masken die Bürogebäude. Die Männer, die sich als Beamte des FSB auswiesen, rechtfertigten die Durchsuchung mit dem Artikel

²⁸⁶ IPI Report, 2005, 242

²⁸⁷ www.rsf.org/print.php3?id_article=20823

²⁸⁸ IPI Report, 2006, 234

²⁸⁹ „... people who worked to create this service were barred from decision making process.“, in: IPI Report, 2006, 234

283 des Strafgesetzbuches, der die Veröffentlichung Staatsgeheimnissen vorsieht.²⁹⁰ Welche Staatsgeheimnisse die Redaktion veröffentlicht haben soll, blieb dabei im Unklaren. Jedoch wurden bei der Hausdurchsuchung zahlreiche Computer, Speicherkarten, andere elektronische Geräte und Akten über die Angestellten konfisziert. Sokolova berichtete schließlich, dass der grobe Verdacht bestehe, diese Einschüchterungsversuche stünden in Verbindung mit dem Enthüllungsjournalismus der Zeitung.²⁹¹ Die Zeitung hatte zuvor bereits des Öfteren Artikel veröffentlicht, in denen die lokalen Machthaber stark kritisiert wurden. Außerdem könne man nicht ausschließen, dass diese Belästigungen nicht mit den bevorstehenden Wahlen zum Regionalparlament in Verbindung stünden, so Sokolova weiter.

Darüber hinaus wurden 2006 auch ausländische Berichterstatter öfter als zuvor mit den eingeschränkten Freiheiten für Journalisten in Russland konfrontiert. Noch vor dem Beginn des G-8 Gipfels im Juli 2006 in St. Petersburg wurden zwei deutsche Fotografie-Studenten verhaftet, die versucht hatten, über Proteste gegen den Gipfel zu berichten. Offiziell wurden die beiden wegen „Urinierens in der Öffentlichkeit“ verhaftet und einen Tag nach dem Ende des Gipfels wieder freigelassen.²⁹² Zur gleichen Zeit wurde, ebenfalls in St. Petersburg, der Korrespondent für das deutsche Nachrichtenmagazin *Focus*, Boris Reitschuster, verhaftet. Auch Reitschuster berichtete über die Proteste gegen den G-8 Gipfel und fotografierte Delegierte, die bei einer Konferenz, von Oppositionsparteien und Zivilgesellschaftsgruppierungen einberufen, verhaftet worden waren. Dabei wurde Reitschuster selbst verhaftet, seine Kamera und sein Mobiltelefon beschlagnahmt, und bei seiner Entlassung wieder zurückgegeben, allerdings wurden zuvor alle Bilder gelöscht.²⁹³

Des Weiteren wurde im September des Jahres verkündet, dass der Verlag *Kommersant* mit der dazugehörigen, gleichnamigen Tageszeitung von dem Unternehmer Ališer Usmanov gekauft werden würde. Die Zeitung war bis Anfang 2006 im Besitz des sich im Exil in London befindlichen Oligarchen Boris Berezovskij, der seine Hauptanteile des Besitzes seinem Geschäftspartner verkauft hatte. Dieser wiederum verkaufte die Anteile ungefähr ein halbes Jahr später an Usmanov, der nicht nur ein eigenes

²⁹⁰ IPI Report, 2006, 234

²⁹¹ IPI Report, 2006, 234

²⁹² IPI Report, 2006, 232

²⁹³ IPI Report, 2006, 232

Metallurgie-Imperium leitet, sondern gleichzeitig auch als Generaldirektor des Gazprom-Tochterunternehmens Gazprominvestholding tätig ist. Damit ging *Kommersant* zwar nicht direkt in staatlichen Besitz über, gehört jedoch nun jemandem, der die höchste Position in einem staatlichen Konzern bekleidet. Im Jahresbericht von *Reporters Without Borders* wird die Tageszeitung *Kommersant* vor ihrer Übernahme als „...one of the last bastions of the independent media...“²⁹⁴ genannt.

Auch das Jahr 2007 brachte für Journalisten in Russland kaum Veränderungen oder Verbesserungen. Insgesamt wurden in diesem Jahr sechs Journalisten getötet, bei denen der Verdacht bestand, dass der Mord mit der beruflichen Tätigkeit des Opfers in Zusammenhang stand. Anfang März des Jahres wurde in Moskau der bekannte Kolumnist Ivan Safronov tot aufgefunden. Safronov war als Militär- und Kriegsberichterstatte für die Tageszeitung *Kommersant* tätig, und war selbst Oberst im Ruhestand. Safronov war aus dem fünften Stock seiner Wohnung gefallen. In der Staatsanwaltschaft des Bezirkes ging man von Selbstmord aus.²⁹⁵ Verwandte und Arbeitskollegen lehnten diese Theorie jedoch strikt ab. Schließlich wurde ein Strafverfahren eingeleitet, da es „Hinweise gab, die darauf hindeuteten, dass Safronov in den Selbstmord getrieben wurde“. In der Redaktion der Zeitung *Kommersant* wusste man jedenfalls, dass Safronov über Informationen und Beweise für eine Lieferung neuer russischer Waffen in den Nahen Osten verfügte. Konkret bestätigte Safronov der Redaktion, er hätte Beweise dafür, dass Russland Waffen nach Syrien und Abwehrraketen an den Iran verkauft hatte. In beiden Fällen, so Safronov, seien die Lieferungen dieser Waffen über Weißrussland abgewickelt worden, damit die westlichen Länder Moskau nicht vorwerfen können, die sogenannten „Schurkenstaaten“ zu bewaffnen. Kurz vor seinem Tod habe Safronov, so seine Kollegen, noch in der Redaktion angerufen und gesagt, dass er zwar Beweise für diese Vorgänge habe, er sei jedoch gewarnt worden, „dass im Falle des Publikmachens dies einen großen internationalen Skandal hervorrufen würde, und der FSB umgehend ein Strafverfahren wegen Verrats von Staatsgeheimnissen einleiten würde, und dies auch „zu Ende führen würde“.²⁹⁶ Auch der Jahresbericht der Organisation *Reporters Without*

²⁹⁴ www.rsf.org/print.php3?id_article=20823

²⁹⁵ www.gdf.ru/arh/mort/2007.shtml

²⁹⁶ «...Однако он сказал, что писать об этом он не будет, потому что его предупредили: в случае огласки будет большой международный скандал, а ФСБ обязательно возбудит уголовное дело по факту разглашения гостайны и „доведеет его до конца“», www.gdf.ru/arh/mort/2007.shtml

Borders nennt den Fall „the very suspicious death of Ivan Safronov“.²⁹⁷ Im März des Jahres berichteten Mitglieder der Oppositionspartei *Яблоко*, dass auf den Vorsitzenden der Jugendpartei *Молодёжное Яблоко*, sowie den Parteisekretär der Moskauer Zweigstelle der Partei, bei einer Kundgebung außerhalb Moskaus ein tätlicher Angriff verübt worden war. Haupttäter waren dabei Anhänger der regierenden Partei *Единая Россия* (zu dt.: Einiges Russland). Als schließlich die Kundgebung von der Polizei aufgelöst wurde, wurden sieben Mitglieder der *Яблоко* Partei festgenommen, jedoch keiner der Angreifer. Bei einem anderen tätlichen Übergriff in Kazan´ wurde Natal´ja Petrova verletzt. Am Abend des 19. Oktober drangen mehrere Menschen in die Wohnung der Journalistin und Dokumentarfilmerin ein, verprügelten Petrova und drohten, sie in die psychiatrische Klinik einweisen zu lassen. Wie sich später herausstellen sollte, waren die Eindringlinge selbst Polizisten. Petrova hatte zuvor schon des Öfteren mit unangemeldeten Hausdurchsuchungen zu kämpfen. Sie arbeitete als Journalistin im ersten Čečenien-Krieg, auch ihre Kinder wurden in der Schule öfters verprügelt, weil deren Vater Čečene ist.²⁹⁸

Im Frühjahr 2007 fanden in mehreren russischen Städten die sogenannten „Märsche der Nichteinverstandenen“ (Марш Несогласных) statt, Kundgebungen, bei denen Oppositionspolitiker, Menschenrechtler und alle anderen, die sich nicht mit dem offiziellen Kurs der Regierung einverstanden zeigen, friedlich demonstrierten. Bei den beiden größten „Märschen“ in Moskau und St. Petersburg im April kamen aufgrund der Sonder-Polizeieinsätze jedoch auch Menschen zu Schaden. So wurden bei der Kundgebung in Moskau der *Kommersant*-Reporter Andrej Kozenko und eine seiner Kolleginnen von Polizisten verprügelt. Auch ausländische Berichterstatter, wie beispielsweise ein Mitarbeiter der Nachrichtenagentur Reuters und ein japanischer Reporter wurden verletzt und festgenommen. Angeblich, so der Bericht der GDF, forderten die Einsatzleiter bei dieser Aktion von ihren Polizeieinheiten „alle festzunehmen – Journalisten, Nicht-Journalisten, unwichtig“²⁹⁹ Der stellvertretende Innenminister sagte in einem öffentlichen Statement nach den Ereignissen in Moskau zwar, dass die Ordnungskräfte sich gesetzeskonform verhalten hätten³⁰⁰, als kurze Zeit später in St. Petersburg erneut ein „Marsch der Nichteinverstandenen“ stattfand,

²⁹⁷ www.rsf.org/print.php3?id_article=25500

²⁹⁸ www.gdf.ru/arh/crym/crym2007.shtml

²⁹⁹ «...задерживать всех, ,журналистов, нежурналистов – неважно‘...»,
www.gdf.ru/arh/crym/crym2007.shtml

³⁰⁰ www.gdf.ru/arh/crym/crym2007.shtml

wiederholten sich die Ereignisse jedoch fast unverändert. Auch dabei wurden wieder einige Journalisten verletzt. Laut *Reporters Without Borders* kam es beim kurz darauf folgenden EU-Russland Gipfel, der im Mai 2007 in Samara stattfand, erneut zu Einschränkungen für Journalisten. Während drei Reporter der Tageszeitung *Kommersant* und des Fernsehsenders REN-TV noch während eines Interviews mit einem der Organisatoren des Protestmarsches gegen den Gipfel in Samara festgenommen wurden, wurden unter anderem die lokalen Niederlassungen sowohl der Zeitung *Novaja Gazeta* als auch der *Regnum*-Nachrichtenagentur von Behörden durchsucht.³⁰¹ Als offizielle Erklärung für die Durchsuchungen gaben die Behörden an, dass der Verdacht bestehe, in den Büroräumen der beiden Medienvertreter würde nicht lizenzierte Computersoftware verwendet. Daraufhin wurde auch der lokale Redaktionschef der *Novaja Gazeta* verhaftet, und die Zeitung konnte vorübergehend nicht erscheinen.³⁰² Während einer der Kundgebungen gegen den EU-Russland Gipfel in Samara wurde unter anderem der deutsche Korrespondent für das Magazin *Focus*, Boris Reitschuster, erneut verhaftet, nachdem er schon beim G8-Gipfel in St. Petersburg 2006 inhaftiert worden war.³⁰³ Auch bei den russischen Parlamentswahlen, die im Dezember 2007 stattfanden, zeigte sich schon im Vorfeld ein Ungleichgewicht in der Berichterstattung. So berichtete beispielsweise *Reporters Without Borders*, dass sowohl die drei größten staatlichen TV-Sender, als auch die beiden wichtigsten privaten Sender, der Regierungspartei *Единая Россия* (Einiges Russland) die meiste Sendezeit eingeräumt hatten. Vertreter der oppositionellen Parteien kamen hingegen kaum zu Wort.³⁰⁴ Außerdem wurden bei einer oppositionellen Kundgebung in Moskau, die ungefähr eine Woche vor den Parlamentswahlen stattgefunden hatte, ein Reporter des Radiosenders *Écho Moskvy* sowie einer der Gründer der Petersburger Wochenzeitung *Novij Peterburg*, Nikolaj Andruščenko, verhaftet.³⁰⁵ Andruščenko wurde außerdem zu einer zweimonatigen Haftstrafe verurteilt, nachdem er angekündigt hatte, bei der geplanten Demonstration mitzumachen und nachdem er das Parteiprogramm der Opposition in der Zeitung *Novij Peterburg* abdrucken lassen hatte.³⁰⁶ Die Zeitung konnte kurz darauf allerdings nicht mehr erscheinen, da die Druckerei sich weigerte, sie weiterhin zu drucken. Infolgedessen forderte die Oppositionsbewegung rund um den

³⁰¹ www.rsf.org/print.php3?id_article=25500

³⁰² www.rsf.org/print.php3?id_article=25500

³⁰³ www.zeit.de/news/artikel/2007/05/18/103146.xml

³⁰⁴ www.rsf.org/print.php3?id_article=25500

³⁰⁵ www.rsf.org/print.php3?id_article=25500

³⁰⁶ www.rsf.org/print.php3?id_article=25500

ehemaligen Schach-Weltmeister Garri Kasparov, «Другая Россия» („Anderes Russland“), gemeinsam mit mehreren Medienvertretern aus St. Petersburg in einer öffentlichen Erklärung, „die sofortige Freilassung des Journalisten Nikolaj Andruščenko, der wegen des Artikels ‚Warum ich beim Marsch der Nichteinverstandenen marschiere‘ verhaftet wurde“.³⁰⁷ Außerdem, so die Initiatoren der Erklärung, forderten sie „die freie Herausgabe der Zeitung zu gewährleisten“, sowie „den politischen und gewaltsamen Druck auf die oppositionellen Medien in St. Petersburg und in Russland generell zu unterbinden“.³⁰⁸ In der Erklärung, die von den Gründern von „Anderes Russland“ verfasst wurde, treten diese klar und deutlich gegen die „Repressionen in Zusammenhang mit der Zeitung *Novij Peterburg* auf“, und merken gleichzeitig an, dass die „Repressionen gegen die *Novij Peterburg* ein nie dagewesener Verstoß gegen die russische Gesetzgebung und eine Missachtung der Redefreiheit darstellen“.³⁰⁹

Auch 2008 wurden, nach bisherigem Stand, vier Journalisten getötet, bei denen vermutet wird, dass deren berufliche Tätigkeit der Grund für deren Ermordung war. Einer der getöteten Journalisten war Il’jas Šurpaev, der im März des Jahres ermordet worden war. Der Leichnam war entdeckt worden, nachdem es in der Wohnung Šurpaevs gebrannt hatte. Da die Leiche Stichwunden und andere Verletzungen aufwies, ging die Polizei davon aus, dass der Brand in der Wohnung gelegt worden war, um Spuren zu verwischen. Ob der Mord in Zusammenhang mit der beruflichen Tätigkeit des Opfers stand, konnte jedoch nicht vollständig geklärt werden. Außer Šurpaev gab es bis dato aber auch noch drei andere ermordete Journalisten, die alle in Republiken des Nordkaukasus getötet wurden. Auch gab es 2008 erneut zahlreiche gewalttätige Übergriffe gegenüber. So zählte die GDF in diesem Jahr bis dato 48 tätliche Übergriffe gegenüber Medienvertretern auf dem Gebiet der Russischen Föderation.³¹⁰ Dabei wurden auch zweimal Mitarbeiter der *Novaja Gazeta* verletzt.

³⁰⁷ «Другая Россия» требует от власти: немедленно освободить журналиста Николая Андрущенко, арестованного за статью ‚Почему я иду на Марш несогласных‘ из-под стражи...», www.lenta.cjes.ru/?m=12&y=2007&lang=rus&nid=27341

³⁰⁸ «...Кроме того – обеспечить свободный выход газеты. А также – прекратить политическое и силовое давление на оппозиционные СМИ в Санкт-Петербурге и во всей России.», www.lenta.cjes.ru/?m=12&y=2007&lang=rus&nid=27341

³⁰⁹ «Лидеры коалиции ‚Другая Россия‘ выступили с заявлением против репрессий в отношении газеты ‚Новый Петербург‘ ... Репрессии в отношении ‚Нового Петербурга‘ являются беспрецедентным нарушением российского законодательства и попранием принципов свободы слова.», www.lenta.cjes.ru/?m=12&y=2007&lang=rus&nid=27341

³¹⁰ www.gdf.ru/arh/crym/crym2008.shtml

3.3 Im Speziellen: Die Fälle Igor' Domnikov, Jurij Ščekočichin, Paul Chlebnikov und Anna Politkovskaja

Am 16. Juli 2000 starb Igor' Domnikov, Berichterstatter bei der eher kleinen, aber unabhängigen, zweimal wöchentlich erscheinenden Zeitung *Novaja Gazeta*, in Moskau. Bereits zwei Monate zuvor, am 12. Mai des Jahres wurde Domnikov am Abend vor seinem Wohnhaus von Unbekannten angegriffen und mit mehrmaligen Schlägen auf den Kopf, man geht davon aus, dass es sich bei der Tatwaffe um einen Hammer handelte, so schwer verletzt, dass er das Bewusstsein nicht wiedererlangte.³¹¹ Nach Meinung von Dmitrij Muratov, Chefredakteur der Zeitung, galt der tödliche Übergriff jedoch nicht Igor' Domnikov, sondern dessen Kollegen Oleg Sultanov, der im selben Haus wohnte wie Domnikov, und Recherchen über Korruption in der Metall-Industrie durchführte. Laut Bericht von *Reporters Without Borders* hatte Sultanov noch wenige Wochen vor dem Übergriff Warnbriefe erhalten, in denen stand, dass er „mit einem schweren Gegenstand auf den Kopf getroffen werden könnte“.³¹² In einem Interview mit dem Radiosender *Écho Moskvj* gab Dmitrij Muratov jedoch später an, dass die Untersuchung des Mordes „keinen anderen Schluss zulässt, als dass der Mord an Domnikov mit der beruflichen Tätigkeit bei der Zeitung *Novaja Gazeta* in Zusammenhang stand“.³¹³ Igor' Domnikov hatte in den 1980er Jahren für die Zeitung *Noril'skij Stroitel'*, die in der Stadt Noril'sk im Gebiet Krasnojarsk herausgegeben wird, gearbeitet. Danach arbeitete er einige Jahre für die Zeitung *Zapoljarnaja Pravda*, bevor er ab 1995 seine eigene gesellschafts-politische Zeitung *69 Gradusov* herausgibt.³¹⁴ Nachdem Domnikov in der Funktion als Chefredakteur seiner Zeitung unter dem „ständigen politischen Druck“³¹⁵ des Bürgermeisters der Stadt stand, sah er sich 1998 gezwungen, diese Position aufzugeben und übersiedelte nach Moskau, wo er bei der *Novaja Gazeta* als Leiter der Abteilung „Spezialprojekte“ begann.³¹⁶

In einem Interview mit *Reporters Sans Frontières* aus dem Jahr 2000 erklärte der stellvertretende Chefredakteur der *Novaja Gazeta*, Vitalij Jaroševskij, dass die Ermordung Domnikovs eindeutig ein politischer Mord war, da dieser über die

³¹¹ *Reporters without Borders 2001 Report*, Paris, 2001, 328

³¹² *Reporters without Borders 2001 Report*, Paris, 2001, 328

³¹³ «...У следствия нет никаких иных версий, кроме той, что убийство Игоря Домникова было связано с профессиональной деятельностью самого журналиста и „Новой Газеты“», www.cjes.ru/monitoring/view_monitoring.php?id=190

³¹⁴ www.cjes.ru/monitoring/view_monitoring.php?id=190

³¹⁵ www.cjes.ru/monitoring/view_monitoring.php?id=190

³¹⁶ www.cjes.ru/monitoring/view_monitoring.php?id=190

Korruption von regionalen Gouverneuren geschrieben hatte. Des Weiteren sagte Jarošovskij, dass „kein Zweifel daran besteht, dass dieser Mord von der Politik in Auftrag gegeben wurde“.³¹⁷ In einem seiner Artikel beschrieb Domnikov ausführlich die „nebenberuflichen“ Tätigkeiten des ehemaligen Gouverneurs der Stadt Lipeck, Oleg Korolev, sowie von dessen Stellvertreter Sergej Dorovskoj. Aber nicht nur die zusätzlichen, vermutlich illegalen Zusatzeinkommen standen im Mittelpunkt dieser Reportage, auch das überraschend hohe Ergebnis bei den zuletzt stattgefundenen Gouverneurs-Wahlen wurde von Domnikov kritisiert.³¹⁸ In einem anderen Artikel wiederum kritisierte Domnikov die schlechte wirtschaftliche und soziale Situation für die Menschen in Lipeck und sah als Hauptursache für diese Entwicklung erneut den Gouverneur der Stadt, Oleg Korolev und dessen Stellvertreter, die Domnikov erneut beide der Korruption und Vetternwirtschaft beschuldigte.³¹⁹ Insgesamt verfasste Domnikov fünf Artikel, die die Wirtschaftspolitik der Region Lipeck unter Korolev und Dorovskoj stark kritisierten.

Während die polizeilichen Ermittlungen jahrelang im Sande zu verlaufen schienen, wurden schließlich im Herbst 2006 sechzehn Mitglieder einer Bande in Kazan´ in der Republik Tatarstan vor Gericht gestellt. Doch in dem Artikel *Kmo заказал убийство нашего журналиста?*, der im Februar 2007 in der *Novaja Gazeta* erschien, äußerte man sich auch besorgt darüber, dass die mutmaßlichen Hauptdrahtzieher des Verbrechens nicht angeklagt wurden.³²⁰ Die Mitarbeiter der Zeitung sprachen sich dafür aus, auch gegen Dorovskoj Anklage zu erheben, denn, laut *Novaja Gazeta*, gab es gegen Dorovskoj erdrückende Beweise, dass dieser mit der kriminellen Bande in Zusammenhang stand. Dieser beteuerte jedoch immer wieder seine Unschuld und wurde schließlich auch nicht angeklagt.³²¹

Wenige Jahre nach der Ermordung Domnikovs betraf ein weiterer Tod die Redakteure und Berichterstatter der *Novaja Gazeta*. Jurij Ščekočichin, der seit 1997 bei der Zeitung war und dort als stellvertretender Chefredakteur gearbeitet hatte, starb am 3. Juli 2003 in einem Moskauer Krankenhaus, in dem er zuvor bereits seit mehr als einer

³¹⁷ „There is no doubt his murder was commissioned politically.“,
www.rsf.org/print.php?id_article=19517

³¹⁸ Domnikov, Igor´: *Мандолина в Кустах*; *Novaja Gazeta*, 28. 02. 2000,
<http://domnikov.novayagazeta.ru/2000-8.shtml>

³¹⁹ Domnikov, Igor´: *Липецк очнулся: весь в экономическом чуде*, *Novaja Gazeta*, 21. 02. 2000;
<http://domnikov.novayagazeta.ru/2000-7.shtml>

³²⁰ *Кто заказал убийство нашего журналиста?*, www.novayagazeta.ru/data/2007/08/01.html

³²¹ <http://cpj.org/2007/08/in-a-benchmark-verdict-russian-court-convicts-5-in.php>

Woche lag. Über die genaue Todesursache ist man sich bis heute nicht sicher. Während die eine Quelle davon spricht, dass der Tod infolge eines Gehirnschlages eintrat³²², ist die offizielle Ursache als starker allergischer Schock angegeben worden.³²³ Noch am selben Tag zweifelte Grigorij Javlinskij, Chef der liberalen russischen Partei *Jabloko*, öffentlich an der offiziellen Version der Todesursache. Ščekočichin, der selbst für *Jabloko* als Abgeordneter in der russischen Staatsduma für Sicherheitsfragen zuständig war, „beschäftigte sich mit äußerst gefährlichen Nachforschungen und erhielt ständig Drohungen“³²⁴. „Außerdem“, so Javlinskij weiter „war Jurij Petrovič ein unversöhnlicher Kämpfer gegen die Korruption, und ein Meister journalistischer Untersuchungen in ihrer wahren Bedeutung“.³²⁵ Daraufhin folgten Nachforschungen verschiedener Art. Die Redaktion der *Novaja Gazeta* hielt an ihrem Standpunkt fest, dass Ščekočichin ermordet worden war, und versuchte mehrmals die Aufnahme eines Strafverfahrens bei der Staatsanwaltschaft einzuleiten. Des Öfteren wurde von Seiten der Zeitung der Verdacht geäußert, Ščekočichin wäre vergiftet worden. Diese Theorie begründete Dmitrij Muratov, Chefredakteur der *Novaja Gazeta*, damit, dass Ščekočichin zuvor niemals ernsthaft erkrankt gewesen war und auch die Umstände seines Todes viele Fragen offen gelassen hatte, wie beispielsweise die Tatsache, dass niemals näher untersucht worden war, was die allergische Reaktion ausgelöst hatte. Des Weiteren schien es seltsam, dass den Angehörigen des Verstorbenen lange Zeit kein amtliches Attest ausgehändigt wurde. Muratov empfand es auch seltsam, dass gerade der Stellvertreter des Staatsanwalts, Jurij Birjukov, die Entscheidung über die Einstellung der Überprüfung der Todesumstände vornahm, da Birjukov selbst in einigen Artikeln Ščekočichins stark kritisiert worden war.³²⁶ Die Widersprüche, die rund um den Tod Ščekočichins entstanden, veranlasste andere Journalisten, zu kritischen Beiträgen, die die offizielle Todesursache in Frage stellten, und Anlässe oder Indizien für einen Auftragsmord lieferten. Mehr als drei Jahre später erscheint in der Internet-Zeitung *grani.ru* ein Artikel, der bestätigt, dass die Redaktion der Zeitung *Novaja Gazeta* Beweise für eine Ermordung Jurij Ščekočichins hätte und auch beweisen könne, dass der Tod des Berichterstatters kein Zufall gewesen sei. Außerdem, so besagte der Artikel, wolle die Redaktion der Zeitung diese Beweise der Staatsanwaltschaft vorlegen

³²² www.memorium.cjes.ru/?pid=4&id=1290

³²³ www.memorium.cjes.ru/?pid=2&id=226

³²⁴ «Щекочихин занимался очень опасными расследованиями, постоянно получал угрозы.», www.memorium.cjes.ru/?pid=4&id=1299

³²⁵ www.memorium.cjes.ru/?pid=4&id=1299

³²⁶ www.memorium.cjes.ru/?pid=4&id=11338

und somit erreichen, dass ein Gerichtsprozess eingeleitet werde.³²⁷ Schließlich wurden im Herbst 2007 erneut Ermittlungen zu dem Fall aufgenommen, die aber keine neuen Erkenntnisse brachten. Die Themen, die unter anderem von Šćekočichin behandelt wurden, waren der Konflikt und der langsame Fortschritt in Čečenien, in denen er nicht nur die Grausamkeiten des Krieges anprangerte, sondern vor allem auch, dass das russische Volk diese Dinge, seiner Meinung nach, nicht zur Kenntnis nehmen wollte. 2002 erschien zu diesem Thema der Artikel sowie ein Interview mit dem Titel: „Der Krieg, den alle verloren haben. Achmed Zakaev: Das Elend der Russen heute ist, dass sie die Wahrheit nicht wissen wollen“³²⁸ In diesem Interview mit Achmed Zakaev bemerkt Šćekočichin auch Folgendes:

...Und sie kennen die offizielle russische Position: es gibt keinen Krieg, er ist beendet. Es gibt bloß Reste von kriminellen Gruppierungen, bei denen klar ist, was man mit ihnen machen muss... Ich verstehe, dass diese ein neuer Schlag der offiziellen Propaganda ist, der nicht nur auf den Verstand der Menschen ohne Rang und Titel einwirkt, sondern auch auf Präsident Putin...³²⁹

Im Speziellen berichtete Šćekočichin in mehreren seiner Artikel auch über die illegalen Machenschaften rund um ein großes Moskauer Möbelhaus. Einer seiner letzten Artikel vor dessen Tod lautete auch dementsprechend anklagend: „Der Fall ‚Tri Kita‘: den Richter bedroht, den Staatsanwalt isoliert, den Zeugen getötet“³³⁰. Dieser Artikel beschreibt nicht nur ausführlich die zwielichtigen und illegalen Vorgänge rund um ein Gerichtsverfahren des besagten Möbelhauses, sondern ist auch eine mehr oder weniger direkte Anklage gegen den Präsidenten Russlands, Vladimir Putin. Šćekočichin beschuldigt diesen darin, nichts gegen einen aufmerksamkeitserregenden Fall wie diesen zu unternehmen, denn gerade die Gerichtsbarkeit unterstünde Putins direkter Kontrolle. Gerade diese Kontrolle wäre in einem Fall wie diesem, so Šćekočichin, notwendig. Putin bestimmte zwar einen unabhängigen Staatsanwalt für diese Angelegenheit, wie sich später herausstellen sollte, war dieser jedoch ein enger Bekannter Putins aus Studienzeiten in St. Petersburg. Ansonsten, so wirft Šćekočichin dem Präsidenten in dem Artikel vor, verlor Putin kein Wort über die Vorgänge und

³²⁷ www.memorium.cjes.ru/?pid=4&id=8732

³²⁸ «ВОЙНА, КОТОРУЮ ПРОИГРАЛИ ВСЕ. Ахмед Закаев: Беда россиян сегодня – им не хочется знать правду», <http://ys.novayagazeta.ru/text/2002-08-26.shtml>

³²⁹ «...Но вы знаете официальную российскую точку зрения: войны нет, она закончилась. Есть только остатки бандформирований, с которыми ясно, что нужно делать... Я понимаю, что все это новый виток официальной пропаганды, которая воздействует не только на умы людей без чинов и званий, но и на президента Путина...», <http://ys.novayagazeta.ru/text/2002-08-26.shtml>

³³⁰ «Дело о ‚Трех Китах‘: судье угрожают, прокурора изолировали, свидетеля убили», <http://ys.novayagazeta.ru/text/2003-06-02.shtml>

verweigerte somit, wie es auch typisch für dessen Vorgänger Boris El'cin war, eine direkte Verantwortung für den Fall zu übernehmen. Auch in seinem letzten Artikel, den Ščekočichin für die Zeitung *Novaja Gazeta* vor seinem Tod verfasst hatte, ging es um Korruption und Bestechung. Auch wenn die Themen, über die Ščekočichin schrieb, manchen ein Dorn im Auge gewesen sein mögen, so konnte bis heute und wird vielleicht auch nie völlig geklärt werden, warum und woran er starb. Vieles deutete auf ein Verbrechen hin, und als solches wird es auch von verschiedenen Medien, unter anderem der *Novaja Gazeta* selbst, und diversen journalistischen Vertretungen, wie der GDF, dem CJES, etc. angesehen. Ein Déjà-vu-Erlebnis hatten Journalisten in Russland schließlich, als im November 2006 in London ein ehemaliger FSB-Spion, der im Exil in Großbritannien lebte, öffentlichkeitswirksam an den Folgen einer Polonium-Vergiftung zugrunde ging. Man erinnerte sich an den Tod Ščekočichins drei Jahre zuvor und erkannte, dass auch er an den gleichen Symptomen gelitten hatte, ihm innerhalb kürzester Zeit alle Haare ausgefallen waren und sich die Haut stellenweise vom Körper löste. Auch im Fall Ščekočichin konnten die Krankenhausärzte nicht herausfinden, woran dieser litt, und mussten hilflos zusehen, wie dieser starb.³³¹ Nichtsdestotrotz werden die genauen Umstände des Todes aufgrund fehlender Beweise, vielleicht nie ganz geklärt werden, und so kann man nicht ausschließen, dass Ščekočichin aufgrund seiner Berichterstattung und der Themen, über die er schrieb, als Gefahr angesehen wurde und deshalb sterben musste.

Am Abend des 9. Juli 2004 wurde in Moskau Paul Chlebnikov, Chefredakteur des russischen Pendant zum amerikanischen Magazin *Forbes* (Russisch: Форбс), erschossen. Als Chlebnikov aus dem Gebäude der Redaktion kam, wurde er aus einem vorbeifahrenden Auto, mit mehreren Schüssen getötet. Nachdem er ins Krankenhaus eingeliefert wurde, war er noch imstande zu sagen, dass er von einem Mann angeschossen wurde, den er noch nie zuvor gesehen hatte.³³² Er verstarb jedoch kurz darauf im Krankenhaus. Paul Chlebnikovs Großvater Pavel war 1921, nach der Niederlage im Bürgerkrieg, gezwungen, in die Vereinigten Staaten zu emigrieren. Dort wurde 1963 dessen Enkel Paul (oder russisch Pavel) geboren.³³³ Noch während er an seiner Dissertation schrieb, begann Chlebnikov beim renommierten amerikanischen

³³¹ www.memorium.cjes.ru/?pid=4&id=11344

³³² www.gdf.ru/arh/mort/2004.shtml

³³³ Quiring, Manfred: *Ein Amerikaner voller Leidenschaft für Aufstieg und Fall der russischen Oligarchie*, Die Welt, 12. 07. 2004

Wirtschaftsblatt *Forbes* zu arbeiten. Manfred Quiring schreibt zu den Ambitionen Chlebnikovs für Russland und das Magazin *Forbes* in der Wochenzeitung *Die Welt*:

Chlebnikov schrieb zahlreiche Artikel über die großen Unternehmen dieser Welt. Doch seine eigentliche Leidenschaft war das neue russische Unternehmertum. Der Aufstieg gestern noch völlig unbekannter Größen, der Absturz der anderen und die totale Umgestaltung der sowjetischen Planwirtschaft in eine zunächst nur chaotische, von schlimmen Brüchen gekennzeichnete neue Gesellschaft faszinierten ihn. In den neunziger Jahren reiste er oft nach Russland und sprach mit so ziemlich jedem, der in der wilden Umbruchphase eine Rolle spielte.³³⁴

Zu diesen gehörte auch Boris Berezovskij, der in der Zeit des Umbruchs zu einem der einflussreichsten Männer Russlands avancierte und vor allem unter Präsident El'cin als Stellvertretender Sekretär des Sicherheitsrates des Präsidenten der Russischen Föderation bekannt wurde. Doch auch nachdem er offizielle Tätigkeiten aufgeben musste und ein Gerichtsverfahren gegen ihn eingeleitet worden war, hatte er sich doch bereits zuvor eine Fülle an Macht und Einfluss gesichert. Er besaß Ende der 1990er Jahre ein großes Aktienpaket des Fernsehsenders ORT und des etwas kleineren Senders TV-6. Außerdem war Berezovskij seit 1999 Haupteigentümer der Wirtschaftszeitung *Kommersant*. Die Verstrickungen zwischen Macht, Geld und Politik wurden im Fall Berezovskij wohl sehr eindrucksvoll unter Beweis gestellt. So hatte Chlebnikov bereits 1996 einen Artikel mit dem Titel „Der Pate des Kremls“³³⁵, welcher im Speziellen von Berezovskij handelte, im *Forbes*-Magazin veröffentlicht. Dadurch erlangte Chlebnikov erstmals Bekanntheit in Russland selbst, wurde aber auch, gemeinsam mit dem *Forbes*-Magazin, vom Betroffenen verklagt. Dies hielt Chlebnikov jedoch nicht davon ab, im Jahr 2000 ein Buch über Berezovskij mit dem gleichen Titel zu veröffentlichen.³³⁶ Auch darin ging es um den Einfluss und die Macht Berezovskijs in den Jahren der Präsidentschaft El'cins. Das erfolgreiche Buch wurde in mehrere Sprachen übersetzt und wurde auch in Russland sehr bekannt. Im Jahr 2003 erschien Chlebnikovs zweites Buch, «Разговор с варваром» (zu dt.: „Gespräch mit einem Barbaren“), das auf den Gesprächen des Autors mit einem čečenischen Widerstandskämpfer basierte. Nachdem *Forbes* beschlossen hatte, ein eigenes Magazin in Russland herauszugeben, wurde Chlebnikov mit der Stelle des Chefredakteurs betraut. Die erste Ausgabe des

³³⁴ Quiring, M.: *Ein Amerikaner voller Leidenschaft für Aufstieg und Fall der russischen Oligarchie*, Die Welt, 12. 07. 2004

³³⁵ Quiring, M.: *Ein Amerikaner voller Leidenschaft für Aufstieg und Fall der russischen Oligarchie*, Die Welt, 12. 07. 2004

³³⁶ Quiring, M.: *Ein Amerikaner voller Leidenschaft für Aufstieg und Fall der russischen Oligarchie*, Die Welt, 12. 07. 2004

Monatsmagazins erschien im April 2004. Bereits die zweite Ausgabe des *Forbes*-Magazins, die im Mai des Jahres gedruckt wurde, löste eine Art Skandal aus, da die Ausgabe als wichtigsten Aufhänger eine Liste der einhundert reichsten Menschen Russlands enthielt. Daraufhin reagierten einige der Genannten empört und erklärten, dass die Angaben zum Vermögensstand in der Liste, die das Magazin veröffentlicht hatte, übertrieben hoch waren.³³⁷

Während man beim *Axel Springer*-Verlag, zu dem das *Forbes*-Magazin in Russland gehört, noch kurz nach dem Tod Chlebnikovs davon sprach, dass die Ermordung nichts mit dessen beruflicher Tätigkeit zu tun hatte, so bestand Igor´ Jakovenko, der Vorsitzende des Russischen Journalistenverbandes, im Interview mit *Écho Moskvy* darauf, dass Chlebnikov aufgrund seines Berufes getötet wurde. „Der Bereich, in dem er sich aufhielt, stellt zweifellos ein Minenfeld dar“³³⁸, so Jakovenko weiter. Auf die Kritik wegen der Ermordung Chlebnikovs, die in einem Artikel des amerikanischen *Wall Street Journal* auftauchte, reagierte Michail Lesin, ehemaliger Minister für Angelegenheiten von Presse, Fernseh- und Radioübertragung und Masseninformatio, bevor dieses Ministerium im Frühjahr 2004 abgeschafft wurde, und nun Berater des Präsidenten der Russischen Föderation, mit folgenden Worten: „Chlebnikov wurde von Verbrechern umgebracht, nicht von Russland“³³⁹. Während sich Journalistenvertreter und Staatsanwaltschaft in Bezug auf einen Aspekt der Tötung schnell einig wurden, nämlich dass Chlebnikov Opfer eines Auftragsmordes wurde, so gingen die Meinungen über das Motiv jedoch weit auseinander. Während sich einige Medien darauf konzentrierten, der Grund für die plötzliche Ermordung wäre, dass sich Chlebnikov mit der Veröffentlichung und Nennung russischer Millionäre zahlreiche Feinde gemacht hatte, andere wiederum, wie beispielsweise der Herausgeber der russischen Ausgaben von *Forbes* und *Newsweek*, Leonid Beršidskij, meinten, sie bezweifeln, dass die Recherchetätigkeiten Chlebnikovs mit seinem Tod zu tun hatten. Laut Beršidskij hatte Chlebnikov „schon länger keine Recherchetätigkeiten mehr unternommen, weil er zu beschäftigt war mit administrativen Arbeiten“.³⁴⁰ Die

³³⁷: www.memorium.cjes.ru/?pid=2&id=252

³³⁸ «Думаю, что скорее всего убийство Павла Хлебникова связано с его профессиональной деятельностью. Та сфера, которой он занимался, безусловно представляет собой минное поле.», www.memorium.cjes.ru/?pid=4&id=1718

³³⁹ «Хлебников убили преступники, а не Россия.», www.memorium.cjes.ru/?pid=4&id=1942

³⁴⁰ «Павел – специалист по расследованиям, один из лучших в мире, но он не занимался с этим с зимы, потому что на него в журнале упало очень много административной работы: много

Ermordung Chlebnikovs rief erstmals auch ein breiteres mediales Echo in westlichen Medien hervor. Die Vermutung liegt nahe, dass die „russisch-amerikanische“ Herkunft dabei eine Rolle spielte. Die amerikanische Tageszeitung *Wall Street Journal* verlangte von Präsident Putin eine Stellungnahme zu der Ermordung Chlebnikovs.³⁴¹ Andere, wie die englische Tageszeitung *The Times* gehen gar von der Annahme aus, dass Chlebnikov einer Racheattacke, wegen der Veröffentlichung und Nennung zahlreicher Millionäre und Milliardäre kurz zuvor, zum Opfer fiel.³⁴² Die deutsche Tageszeitung *Frankfurter Rundschau* bestätigte kurz nach der Ermordung Chlebnikovs auch erstmals, wovor Journalistenverbände zuvor bereits des Öfteren gewarnt hatten. Nämlich, dass Russland eines der gefährlichsten Länder weltweit für Journalisten sei.³⁴³ Nur fünf Tage nach dem Tod des *Forbes*-Berichterstatters startete der Radiosender *Écho Moskvy* eine Blitzumfrage, bei der es darum ging, ob die Befragten der Meinung seien, dass der oder die Mörder von Paul Chlebnikov gefasst werden würden oder nicht. Dabei kam heraus, dass eine große Mehrheit der Befragten, nämlich 96 %, überzeugt waren³⁴⁴, dass der oder die Mörder nicht gefunden werden würden. Bloß 4 % trauten den Behörden die Lösung des Falles zu. Diese Zahlen sprechen nicht gerade für ein großes Vertrauen der Menschen in die Justiz.

Bei den Ermittlungen von Polizei und Staatsanwaltschaft stand schließlich einige Zeit auch der im Exil in London lebende russische Medieneigentümer Boris Berezovskij unter Verdacht, dem Chlebnikov „mit seinem Buch ‚Der Pate des Kreml‘ ein wenig schmeichelhaftes Denkmal gesetzt hatte“³⁴⁵, wie Manfred Quiring in der *Welt* feststellt. Nachdem die offiziellen Ermittlungen etwa ein Jahr nach der Tat abgeschlossen waren, wurde gegen drei Čečenen Anklage erhoben, die im Verdacht standen, von Chož-Achmed Nuchaev, dem Rebellenführer, über den Chlebnikov sein zweites Buch verfasst hatte, beauftragt worden zu sein, den *Forbes*-Journalisten zu töten. Erkenntnissen des amerikanischen FBI zufolge sei aus „Gesprächen mit Familienangehörigen und *Forbes*-Kollegen hervorgegangen, dass Chlebnikov ein ‚sehr großes und erschreckendes Projekt verfolgt habe‘. Dabei soll Chlebnikov auch geäußert haben, selbst die Taten

редактуры, тренинг для штата. Он для журнала давно не копал.»,
www.memorium.cjes.ru/?pid=4&id=1740

³⁴¹ www.memorium.cjes.ru/?pid=4&id=1765

³⁴² www.timesonline.co.uk/tol/news/world/article456190.ece

³⁴³ www.memorium.cjes.ru/?pid=4&id=1768

³⁴⁴ www.memorium.cjes.ru/?pid=4&id=1869

³⁴⁵ Quiring, M.: *Tschetschenische Spur*, Die Welt, 07. 12. 2005

Berezovskijs würden sich im Verhältnis dazu ‚wie Kinderspiele‘ ausnehmen“³⁴⁶, so Quiring. Die Ermordung Chlebnikovs führte erstmals zu weitreichenderen Maßnahmen, auch außerhalb Russlands. Ein knappes Jahr nach dessen Ermordung wurde bekannt, dass sich die amerikanische Außenministerin Condoleezza Rice in Washington mit Hinterbliebenen des Toten getroffen hatte. Bei diesen Gesprächen hatte Rice den Angehörigen versprochen, von den russischen Machthabern die Auffindung und Bestrafung der Schuldigen zu fordern.³⁴⁷ Gleichzeitig wurde in einem Bericht des Fernsehsenders NTV, wenige Tage vor dem Besuch des US-Präsidenten George W. Bush in Moskau vom Mai 2005, angekündigt, dass dieser die Ermittlungen im Fall Chlebnikov zur Sprache bringen wolle.³⁴⁸ Rund um das Gerichtsverfahren gegen die mutmaßlichen Mörder regte sich jedoch auch Kritik. So sagte Michail Chlebnikov, der Bruder des Opfers, aus, es hätte ihn verwundert, dass die Staatsanwaltschaft Chož-Achmed Nuchaev, als Drahtzieher des Auftragsmordes und das Buch über Nuchaev, „Gespräche mit einem Barbaren“ als Motiv genannt hatte. Und zwar insofern, als dass er sich erinnerte, dass sein verstorbener Bruder das Treffen mit Nuchaev als „erfolgreich“ bezeichnet hatte. Außerdem sei dieser ein „äußerst interessanter Gesprächspartner“ gewesen. Des Weiteren, so Michail Chlebnikov, „hatte Paul nie etwas davon gehört, dass nach der Veröffentlichung des Buches Nuchaev in irgendeiner Weise unzufrieden gewesen sei“³⁴⁹. Auch Oleg Panfilov, Leiter des „Zentrums für Journalismus in Extremsituationen“, äußerte ernste Bedenken über die Richtigkeit der Anklage. „Die čečenische Spur – das ist die politisch genehme Version“³⁵⁰, sagte Panfilov in einem Interview mit der *Moscow Times*. Im August 2005 wurde von mehreren amerikanischen Journalisten, Mediengruppen und einigen russischen Journalisten das „Projekt Chlebnikov“ ins Leben gerufen, das sich darauf konzentriert, eigene Ermittlungen im Fall Paul Chlebnikov anzustellen, da deren Mitglieder zu große Zweifel an der offiziellen Version des Verbrechens hatten. So sagte Michail Chlebnikov, der Bruder des Getöteten in einem Interview, dass das Verbrechen „ein Präventivschlag war, keine Rache“.³⁵¹ Nach dem Ende des Prozesses, der unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattgefunden hatte, wurden die drei Angeklagten im Mai 2006 von einer Geschworenengjury freigesprochen. Nur eine Woche nach dem Freispruch wurde einer

³⁴⁶ Quiring, M.: *Tschetschenische Spur*, Die Welt, 07. 12. 2005

³⁴⁷ www.memorium.cjes.ru/?pid=4&id=4867

³⁴⁸ www.memorium.cjes.ru/?pid=4&id=4877

³⁴⁹ www.memorium.cjes.ru/?pid=4&id=5151

³⁵⁰ www.memorium.cjes.ru/?pid=4&id=5151

³⁵¹ www.memorium.cjes.ru/?pid=4&id=5506

der zuvor Angeklagten erneut festgenommen, gegen die anderen wurden erneut Ermittlungen aufgenommen. Die Staatsanwaltschaft veranlasste schließlich aufgrund von „groben Prozess-Verstößen“³⁵² beim Obersten Gerichtshof eine erneute Aufnahme des Falls, die im Herbst 2006 schließlich gewährt wurde. Letztendlich wurde einer der Angeklagten zu neun Jahren Haft verurteilt – wegen Immobilienbetrugs, nicht wegen Mordes. Immer wieder wurden Anhörungen gegen die beiden anderen Verurteilten aufgeschoben. Der jetzige Stand der Dinge ist, dass sich bis heute niemand tatsächlich vor einem Gericht für den Mord an Paul Chlebnikov verantworten musste.

Am Abend des 7. Oktober 2006 wurde die bekannte Berichterstatterin der Moskauer Zeitung *Novaja Gazeta*, Anna Politkovskaja, im Eingangsbereich ihres Wohnhauses von einem Unbekannten erschossen, der ihr zuvor bereits bei ihren Einkäufen im Supermarkt gefolgt war, wie Überwachungsvideos später zeigen sollten. Der Fall Politkovskaja war eigentlich „nur“ einer von vielen in einer langen Reihe von getöteten und ermordeten Journalisten in Russland innerhalb der letzten Jahre. Dennoch erreichte er in kürzester Zeit ein weltweites mediales Echo und schlug teilweise sogar in der Politik hohe Wellen. Noch in einer ersten Stellungnahme vermeldete die *International Federation of Journalists*:

Sie war die mutigste von allen furchtlosen Reportern, die sich seit dem Zerfall der Sowjetunion formiert hatten. Sie hat die Aufmerksamkeit nicht auf die Bedrohungen gelenkt, die aus allen Richtungen herab prasselten, und hat Journalisten begeistert, sowohl in ihrem eigenen Land, als auch über die Grenzen hinaus. Ihr Tod ist ein Verbrechen, das die Welt des Journalismus erschüttert hat. [...] Ihre Tapferkeit und ihr Mut haben sie zu einer Heldin gemacht, die in Journalisten- und Menschenrechtskreisen allgemein anerkannt ist. Der Tod von Anna Politkovskaja signalisiert auch den verzweifelten und zerbrechlichen Status der Demokratie im modernen Russland.³⁵³

Anna Politkovskaja wurde 1958 in New York geboren, ihre Eltern waren dort als sowjetische Diplomaten tätig. Nach dem Studium an der journalistischen Fakultät der Lomonosov-Universität in Moskau arbeitete sie als Reporterin bei verschiedenen Zeitungen, darunter unter anderem bei der bekannten Tageszeitung *Izvestija* und der

³⁵² www.memorium.cjes.ru/?pid=4&id=8708

³⁵³ «Она была самой смелой из бесстрашных репортёров, сформировавшихся во времена распада Советского Союза. Она не обращала внимания на угрозы, сыпавшиеся со всех сторон, и вдохновляла журналистов, как в своей стране, так и за её пределами. Её смерть – преступление, ошеломившее мир журналистики. [...] Её мужество и храбрость сделали её героем, общепризнанным в кругах журналистов и правозащитников. Смерть Анны Политковской также сигнализирует об отчаянном и хрупком статусе демократии в современной России.»
www.ruj.ru/news_2006/061009_2.html

Wochenzeitung *Obščaja Gazeta*. Ab 1999 war Politkovskaja als Berichterstatteerin bei der zweimal wöchentlich erscheinenden Moskauer Zeitung *Novaja Gazeta* tätig, reiste häufig in den Kaukasus, vorwiegend nach Dagestan, Nordossetien oder Čečenien und berichtete über die Folgen, die der zweite Krieg dort seit 1999 vorwiegend in der Zivilbevölkerung angerichtet hatte. Sie lieferte häufig Informationen, die die offiziellen Medieneinrichtungen, die seit dem Jahr 2000 durch wechselnde Besitzverhältnisse zu staatlichen „Kooperativen“ wurden, immer häufiger ausblendeten. Unter anderem widmete sich Politkovskaja den Menschen, die durch den Krieg viel erleiden mussten. Sie reiste häufig in die betroffenen Gebiete und sprach immer mit den Betroffenen persönlich. Eines ihrer Hauptanliegen war dabei jedoch die Verschleppung und das Verschwinden čečenischer Männer. Im Zuge größerer und kleinerer Anti-Terror-Übungen und dem Vereiteln von terroristischen Handlungen kam es häufig vor, dass auch unbescholtene Bürger Čečeniens ins Visier russischer Soldaten und Angehöriger russischer Spezialeinheiten gerieten. Diese Mißstände aufzudecken war ein wichtiges Anliegen Politkovskajas. Im Herbst 2001 veröffentlichte sie deshalb in der *Novaja Gazeta* den Artikel «Люди исчезающие», in dem es genau um dieses Thema ging. In Folge der Veröffentlichung bekam Politkovskaja mehrere Drohbriefe.³⁵⁴ Als es im Oktober 2002 in Moskau zur Geiselnahme im Dubrovka-Theater kam, versuchte Politkovskaja mit den Geiselnehmern zu verhandeln. Aufgrund der gewaltsamen Erstürmung des Gebäudes durch die Spezialeinheiten, die, wie bereits zuvor erwähnt, ein bestimmtes Gas verwendeten, kamen trotzdem 128 Menschen ums Leben.³⁵⁵ Auch 2004, als sich im nordossetischen Beslan Terroristen in einer Schule verschanzten und über 1000 Kinder und Erwachsene als Geiseln nahmen, versuchte Politkovskaja zu vermitteln. Sie wurde allerdings bereits auf dem Weg dorthin im Flugzeug vergiftet und musste ihre Reise nach Beslan abbrechen. In einem Artikel der Zeitung *Die Zeit* wird kurz und prägnant der Einfluss und die Bedeutung, die Politkovskaja zugebracht wird, deutlich.

Politkovskaja, Tochter russischer Diplomaten und international ausgezeichnete Journalistin, war politische Redakteurin der *Novaja Gazeta*, einer mit 600.000 Exemplaren erscheinenden Zeitung, die inmitten aller Repression kritischen Journalismus wagt. Die Autorin zeigt im Spiegel der täglichen Nachrichtenlage und politischen Einladungen, Tagungen, Empfänge, wie sich Macht behauptet. Das Aufsaugen der Opposition, Gefügigmachen kritischer Stimmen, Einschüchtern, das

³⁵⁴ <http://politikovskaya.novayagazeta.ru/bio.shtml>

³⁵⁵ Bilger, Oliver: *Das Desaster vom Musicaltheater Nord-Ost*, Spiegel-Online, 02. 09. 2004

Kaltstellen von Opponenten. Das Einsetzen von Günstlingen als Gegenkandidaten.³⁵⁶

Im Jahr 2002 verfasste Anna Politkovskaja schließlich ihr erstes Buch mit dem Titel «Вторая Чеченская» (auf Deutsch unter dem Titel „Tschetschenien – Die Wahrheit über den Krieg“ erschienen). Darin werden von der Autorin die Seiten des Krieges aufgezeigt, die in den offiziellen russischen Pressemeldungen nicht auftauchen. In ungeschönten Stil werden von Politkovskaja Einzelschicksale aufgegriffen und erzählt. Die Autorin spart dabei auch nicht mit Kritik an denjenigen, die auf Kosten der Menschen und Opfer Geschäfte machen und Profit schlagen. Bereits 2003 erschien Politkovskajas zweites Buch mit dem Titel «Путинская Россия» (auf Deutsch erschienen unter dem Titel „In Putins Russland“). Eine Beschreibung Russlands, wie sich das Land in der kurzen Zeit der Präsidentschaft Putins verändert hat. Politkovskaja zieht dabei verschieden Fallbeispiele heran, sei es ein Einblick in den maroden, teils unmenschlichen Zustand der russischen Armee, oder wie sich der Verein der „Soldatenmütter“³⁵⁷ im russischen Alltag durchzuschlagen versucht. Für ihre journalistische, vor allem aber für ihre Menschenrechts-Tätigkeiten erhielt Politkovskaja zahlreiche Auszeichnungen, unter anderem die „Goldene Feder Russlands“, die ihr für ihre Reportagen aus Čečenien verliehen wurde. Außerdem erhielt Politkovskaja noch den „Global Award for Human Rights Journalism“, der von der Organisation *Amnesty International* vergeben wird, und den anerkannten Preis des Sacharov-Fonds. Im Jahr 2003 erhielt Politkovskaja auch den jährlich von der OSZE vergebenen „Prize for Journalism and Democracy“. Das letzte Buch der Journalistin trug den Titel «Российские хроники» (auf Deutsch erschienen unter dem Titel: „Russisches Tagebuch“). Es sind Aufzeichnungen Politkovskajas, die sie in den Jahren 2003 bis 2005 machte. Auch darin geht es um bekannte Themen; Putin, Čečenien, die veränderte politische Lage in Russland. Aber Politkovskaja kritisierte auch immer wieder die westeuropäischen Staaten dafür, dass diese die russische Führung nicht für all die Ereignisse in Čečenien stärker zur Verantwortung zog. In einem Artikel, der im Oktober 2003 in der *Novaja Gazeta* erschien, schrieb sie:

³⁵⁶ Mayer, Susanne: *Wofür man in Moskau sterben muss*, Die Zeit, 8. 3. 2007, www.zeit.de/2007/11/P-Russland-Tagebuch

³⁵⁷ Der „Verein der Soldatenmütter“ (Союз Комитетов Солдатских Матерей России) besteht hauptsächlich aus Müttern von ehemaligen, verwundeten oder getöteten Soldaten, die sich für mehr Rechte der Soldaten und mehr Transparenz in der Armee einsetzen. Der Verein „erstreitet Dienstbefreiungen, Einblick in Untersuchungsakten oder Hinterbliebenenrenten für Soldatenwitwen“. ; vgl. auch: Voswinkel, J.: *Väterchen Rost*, Die Zeit, 20. 04. 2006

Im Verlauf des zweiten Čečenien-Kriegs zeigte sich, dass die sowjetische Einstellung zur Wahrheit wieder reanimiert worden war. Und heute geistern zwei Wahrheiten über Čečenien in der Welt herum. Die offizielle – prosperierende Wahrheit. Bedingt ist das die 'Wahrheit Putins' – Darüber, dass sich in Čečenien alles zum Besseren wendet und das Föderale Zentrum einen sogenannten politischen Prozess angenommen hat. Die zweite – ‚die Wahrheit des realen Lebens‘: die Stimmen der vom Krieg gequälten Menschen, die ständigen Entführungen, die nicht gerichtlich verfügt Hinrichtungen, die blutigen Sprengungen, die in die Ecke getriebene, ausgestoßene Nation... Welche Wahrheit bevorzugt wohl der Westen? Der Westen teilt unter Druck diese zwei Wahrheiten.³⁵⁸

Die Ermordung Politkovskajas hatte auch für heftige Schlagzeilen in Russland gesorgt, und bereits am Tag nach ihrer Tötung erklärte Grigorij Javlinskij, der Vorsitzende der liberalen Partei *Jabloko*:

Die direkte politische Verantwortung für die Ermordung trägt die Führung des Landes, welche die physische Beseitigung ihrer politischen Opponenten in Kauf nimmt. Ihr Journalismus war nicht der Beruf des Wortes, sondern der Tat und des Handelns. Für das Veröffentlichende von Fakten und Beweisen von Verbrechen, von den Machthabern und im Namen der Macht begangen, wurde sie gehasst und darüber sprach man auch ganz offen. Ihr Bestreben, immer am Brennpunkt zu sein, um einzuschreiten, zu helfen oder die Wahrheit zu erzählen, hat heftigen Widerstand hervorgerufen...³⁵⁹

Nachdem sich der russische Generalstaatsanwalt Jurij Čajka des Falles persönlich annahm, wurde ein Strafverfahren nach Artikel 2 Paragraph 105 des Strafgesetzbuches der Russischen Föderation eingeleitet, welcher lautet: „Ermordung im Zusammenhang mit der Ausführung der beruflichen Tätigkeit der betreffenden Person oder mit der Ausführung einer gesellschaftlichen Verpflichtung“.³⁶⁰

Der Mord an Anna Politkovskaja hatte insbesondere auch im westlichen Ausland für Aufsehen gesorgt, und so hatte Präsident Vladimir Putin seinem amerikanischen Amtskollegen George W. Bush bereits am 9. Oktober, also zwei Tage nach dem Mord, versichert, dass „die Rechtsschutzorgane alles in ihrer Macht stehende für eine

³⁵⁸ «По ходу второй чеченской войны оказались реанимированы советские подходы к правде. И сегодня гуляют по миру две правды о Чечне. Официальная – процветающая. Условно – ‚правда Путина‘. О том, что в Чечне идет все к лучшему и федеральный Центр напал так называемый политический процесс. Вторая – правда реальной жизни. Условно – ‚правда с земли‘: голоса измученных войной людей, постоянные похищения, бессудные казни, кровавые подрывы, загнанная в угол нация-изгой... Какую правду предпочитает Запад? Запад явно раздваивается под напором этих двух правд.»

Политковская, Анна: *Запад смотрит на Чечню советскими глазами*, Новая Газета; 09. 10. 2003, <http://politkovskaya.novayagazeta.ru/pub/2003/2003-089.shtml>

³⁵⁹ www.memorium.cjes.ru/?pid=4&id=8964

³⁶⁰ «Убийство лица в связи с осуществлением данным лицом служебной деятельности или выполнением общественного долга», www.memorium.cjes.ru/?pid=4&id=9297

objektive Aufklärung des tragischen Todes Anna Politkovskajas“ tun würden.³⁶¹ Die USA hatten sich zuvor äußerst schockiert über die Nachricht von der Ermordung Politkovskajas gezeigt. Auch die Vereinten Nationen zeigten sich betroffen von der Tat. So ließ der damalige UNO-Generalsekretär Kofi Annan bei einem Treffen für Journalisten in New York mitteilen, dass er „den Mord an der Journalistin entschieden verurteile“.³⁶² Nachdem sich Präsident Putin bisher nicht zu den Ereignissen rund um den Mord und die entstandene Debatte öffentlich geäußert hatte, gab er drei Tage nach der Tötung Politkovskajas bei der Nachrichtenagentur *RIA Novosti* ein erstes Statement ab. Darin nannte er den Mord ein „abscheuliches Verbrechen, das nicht unbestraft bleiben würde.“ Des Weiteren meinte Putin „der Mord schade dem Ansehen Russlands mehr als die Publikationen Politkovskajas“.³⁶³ Außerdem, so der Präsident weiter, „war die Journalistin Politkovskaja in der Tat eine Kritikerin der jetzigen Machtverhältnisse. Im Allgemeinen ist das typisch für alle Vertreter der Presse, aber sie hat radikale Positionen eingenommen. In jüngster Zeit galt ihre Aufmerksamkeit der Kritik an der offiziellen Macht in Čečenien. Ihr politischer Einfluss im Lande war aber nicht sehr groß. Sie war eher bekannt in Menschenrechtskreisen und westlichen Massenmedien.“³⁶⁴ Diese Äußerungen stießen schließlich auch gerade in westlichen Medien auf Kritik, da die Arbeit eines Journalisten nicht als „Schaden“, sondern eher als „Nutzen“ für das Etablieren oder die Festigung einer funktionierenden Zivilgesellschaft angesehen werden sollte. Sonia Mikich, langjährige Korrespondentin des ARD, sagte im Vorwort zur deutschen Ausgabe von Politkovskajas zuletzt erschienenem Buch „Russisches Tagebuch“:

Das Blut war kaum getrocknet, da beeilte sich Vladimir Putin, Präsident und oberster Kriegsherr Russlands, verbindlicher Alliiertes des Westens und strategisch wichtiger Energieversorger, ‚lupenreiner Demokrat‘ und ehemaliger KGB-Agent, die Rolle der Ermordeten kleinzureden. Anna Politkovskajas politischer Einfluss sei ‚äußerst unbedeutend‘ gewesen. Der Mord schade Russland viel mehr als ihre Veröffentlichungen.³⁶⁵

Ganz anders lauteten dagegen Putins Worte über die schwierige Situation von Journalisten in Russland bei einer Pressekonferenz im Februar 2007. Dabei erklärte Putin, „Politkovskaja war eine scharfe Kritikerin der Staatsmacht, und das ist gut“.

³⁶¹ www.memorium.cjes.ru/?pid=4&id=9297

³⁶² www.memorium.cjes.ru/?pid=4&id=9362

³⁶³ www.memorium.cjes.ru/?pid=4&id=9425

³⁶⁴ Schreiber, N.: *Anna Politkovskaja. Chronik eines angekündigten Mordes*, Klagenfurt, 2007, 233

³⁶⁵ Mikich, Sonia (Vorwort): *Anna Politkovskaja. Russisches Tagebuch*, Köln, 2007, 5

Dazu äußerte sich Putin erneut über den Mord an Paul Chlebnikov, und meinte, „Chlebnikov starb für ein demokratisches Russland, für die Entwicklung der Demokratie in Russland, und mit diesen Worten bin ich einverstanden“. ³⁶⁶ Damit reagierte der Präsident vermutlich auf die Kritik an seiner Person, sich nicht früher zu dem Mord an Politkovskaja und der daraus resultierenden medialen Empörung, zu Wort zu melden. Auch die amerikanische Außenministerin Condoleezza Rice verurteilte in einem Fernsehinterview die Tat und zog Parallelen zum Fall Chlebnikov. Außerdem bestätigte sie, dass die Vereinigten Staaten den russischen Behörden angeboten hätten, diese bei den Ermittlungen im Mordfall behilflich zu sein. Generalstaatsanwalt Jurij Čajka lehnte am darauffolgenden Tag dieses Angebot mit den Worten „die Generalstaatsanwaltschaft Russlands hätte genug Macht und Möglichkeiten, die Ermittlungen in diesem Verbrechenfall zu Ende zu führen“³⁶⁷, ab. Die USA äußerten sich unter anderem auch deswegen verstärkt zu den Ermordungen von Paul Chlebnikov und Anna Politkovskaja, weil beide auch amerikanische Staatsbürger gewesen waren. Während Chlebnikov in den Vereinigten Staaten aufwuchs, erhielt Politkovskaja aufgrund dessen, dass sie in New York geboren wurde, die amerikanische Staatsbürgerschaft, auch wenn sie eigentlich in Russland aufgewachsen war.

In einer ersten Stellungnahme der russischen Staatsanwaltschaft nach dem Aufnehmen der polizeilichen Ermittlungen wurde bestätigt, dass der Mord mit der beruflichen Tätigkeit Politkovskajas in Verbindung stand. Bald darauf standen bereits zwei Theorien als Motiv fest. Die erste Theorie lautete, dass „Gegner Russlands, die im Ausland leben, versuchten, die russische Staatlichkeit zu untergraben und ein System zu re-installieren, in dem das Geld und die Oligarchen regieren“ ³⁶⁸. Damit war augenscheinlich der im Londoner Exil lebende Geschäftsmann Boris Berezovskij gemeint, der bereits zuvor angekündigt hatte, er wolle „alle ihm zur Verfügung stehenden Mittel ausschöpfen, um das Putin-Regime zu stürzen.“³⁶⁹ Als zweite Theorie wurde eine „čečenische Spur“ verfolgt, „da Politkovskaja sich in Čečenien ebenfalls Feinde gemacht hatte“.³⁷⁰

Wenn nach einiger Zeit auch noch keine brauchbaren Hinweise, die zur Lösung des Falls hilfreich gewesen wären, vorlagen, so blieb der Mord an Anna Politkovskaja

³⁶⁶ www.memorium.cjes.ru/?pid=4&id=9519

³⁶⁷ www.memorium.cjes.ru/?pid=4&id=9740

³⁶⁸ Tichomirova, Katja: *Die Diktatur des Gesetzes*, Berliner Zeitung, 29. 08. 2007

³⁶⁹ Tichomirova, Katja: *Die Diktatur des Gesetzes*, Berliner Zeitung, 29. 08. 2007

³⁷⁰ www.memorium.cjes.ru/?pid=4&id=9563

doch etwas länger in den Medien präsent. Das lag nicht zuletzt auch daran, dass hochrangige Regierungsmitglieder der Vereinigten Staaten oder Vertreter der EU darauf beharrten, diesen Mordfall zu lösen. Die US-Außenministerin Condoleezza Rice traf im Rahmen ihres Staatsbesuches ungefähr zwei Wochen nach der Ermordung der Journalistin in Moskau ein. Bei ihrem Aufenthalt kam es auch zu einem Treffen zwischen Rice und der Redaktion der *Novaja Gazeta*, sowie dem Sohn von Anna Politkovskaja, Il'ja. Dabei unterstrich Rice die Notwendigkeit unabhängiger Medien, um die demokratische Entwicklung eines Landes zu garantieren.³⁷¹ Wenig später fand in Finnland ein EU-Gipfel statt, zu dem auch Russlands Präsident Vladimir Putin eingeladen war. Dabei wurden die Gespräche auch auf den Fall Politkovskaja gelenkt und der Premierminister Finnlands, des Gastgeberlands, erklärte schließlich öffentlich, dass dieses „furchtbare Verbrechen aufgeklärt und die Schuldigen dafür zur Verantwortung gezogen werden müssten“.³⁷²

Während in Russland laut offiziellem Ermittlungsstand noch einigen Spuren nachgegangen wurde, aber im Mordfall bisher keine konkreten Erfolge vorzuweisen waren, kam es andernorts zu haarsträubenden Ereignissen. In London wurde Anfang November 2006 der russische ehemalige FSB-Agent Aleksandr Litvinenko vergiftet. Ein Fall, der sich innerhalb kürzester Zeit zu einem der aufsehenerregendsten Kriminalfälle der letzten Jahre entwickelte. Der ehemalige Agent, der seit einigen Jahren in London lebte, hatte immer wieder, sowohl inner- als auch außerhalb Russlands mit seinen Thesen für Aufmerksamkeit gesorgt. So behauptete er etwa 1998, der russische Geheimdienst plane, den zwielichtigen Geschäftsmann Boris Berezovskij zu töten. Außerdem beschuldigte Litvinenko den FSB, für den er bis dahin selbst tätig gewesen war, für die Bombenanschläge in Moskauer Wohnhäusern von 1999 verantwortlich zu sein. In Folge der Anschläge wurden von staatlicher Seite čečenische Rebellen der Taten beschuldigt, was schließlich, mit breiter Unterstützung der Bevölkerung, zum Wiederentfachen des Čečenien-Krieges im selben Jahr geführt hatte.³⁷³ Wegen Amtsmissbrauchs verbrachte er einige Zeit im Gefängnis, bevor er mit seiner Familie im Jahr 2000 nach England flüchten konnte. Dort wurde Litvinenko schließlich Anfang November 2006 vergiftet und starb einen langsamen, qualvollen und vor allem öffentlichen Tod. Die Fernsehkameras waren dabei, als sich der Zustand des

³⁷¹ www.newsru.com/russia/21oct2006/politk.html

³⁷² www.memorium.cjes.ru/?pid=4&id=10093

³⁷³ Krönig, Jürgen: *Giftige Grüße aus Moskau*, Die Zeit, 28. 11. 2006

ehemaligen Agenten stetig verschlechterte, die Ärzte jedoch keine Ursachen für seine Symptome fanden. Als Litvinenko schließlich Ende November verstarb, fand man heraus, dass er mit dem radioaktiven Stoff Polonium 210 vergiftet worden war. Der Fall sollte schließlich noch längere Untersuchungen nach sich ziehen und außerdem zu einer Verschlechterung der britisch-russischen Beziehungen führen. Was jedoch hierbei von besonderer Bedeutung ist, ist die Tatsache, dass Litvinenko noch auf dem Sterbebett deutlich machte, wen er für seine Vergiftung verantwortlich machte: den russischen Präsidenten Putin. In einer Erklärung, die den Titel „Botschaft an den Verantwortlichen für meinen Tod“³⁷⁴ trug und erst nach seinem Ableben verlesen wurde, ließ Litvinenko daran keinen Zweifel: „Putin habe ihn demnach erfolgreich zum Schweigen gebracht, doch das Schweigen habe seinen Preis. Proteste rund um die Welt würden Putin, einen ‚grausamen und rücksichtslosen Mann‘, bis an sein Lebensende verfolgen und nicht mehr zur Ruhe kommen lassen“³⁷⁵ zitiert die *Zeit* dieses Schreiben. Was eindeutig feststand war die Tatsache, dass Litvinenko zur kurz zuvor ermordeten Journalistin Anna Politkovskaja Kontakt gehabt hatte. Die beiden kannten sich bereits seit mehreren Jahren und hatten sich auch mehrmals in London getroffen. Litvinenko erklärte während seines Krankenhausaufenthaltes, dass er an dem Tag, an dem er vergiftet worden war, sich mit mehreren Leuten getroffen hatte. Dabei sei ihm Beweismaterial über den Mord an Politkovskaja angeboten worden.³⁷⁶ Ob und welche tatsächlichen Beweise Litvinenko besessen hat, konnte jedoch bisher nicht restlos geklärt werden. Während es im Fall Politkovskaja bis dahin keinen Ermittlungserfolg zu verbuchen gab, stellte jedoch im Jänner 2007 einer der Pressesprecher des russischen Präsidenten auf die nicht verebben wollende Kritik an der Obrigkeit klar und deutlich fest, dass „es wohlüberlegte Provokation gegenüber Russland“ sei, dass man die „Fälle Litvinenko und Politkovskaja“ der Regierung anzudichten versuche.³⁷⁷ Des Weiteren erklärte eben dieser bei einem Treffen zur russisch-deutschen Partnerschaft, „dass es mächtige Gruppierungen gäbe, die sich formiert hätten, um permanent Angriffe gegen den Kurs des Präsidenten und gegen ihn persönlich zu leisten“³⁷⁸. Diese Aussagen richteten sich in erster Linie erneut an den einflussreichen Oligarchen Boris Berezovskij, der im Londoner Exil häufig medienwirksam gegen die Politik des russischen Präsidenten

³⁷⁴ Krönig, J.: *Giftige Grüße aus Moskau*, Die Zeit, 28. 11. 2006

³⁷⁵ Krönig, J.: *Giftige Grüße aus Moskau*, Die Zeit, 28. 11. 2006

³⁷⁶ Krönig, J.: *Giftige Grüße aus Moskau*, Die Zeit, 28. 11. 2006

³⁷⁷ www.memorium.cjes.ru/?pid=4&id=9554

³⁷⁸ www.memorium.cjes.ru/?pid=4&id=9554

wetterte. Erst Ende August 2007, rechtzeitig zum Geburtstag Politkovskajas, verkündete der russische Generalstaatsanwalt Jurij Čajka öffentlich, dass der Fall Politkovskaja nun gelöst sei. Gleichzeitig verkündete er, dass zu diesem Zeitpunkt bereits zehn Personen verhaftet worden seien, unter ihnen befanden sich drei ehemalige Mitarbeiter des russischen FSB, die restlichen Verdächtigen waren ausnahmslos Bürger Čečeniens. Die offizielle Verlautbarung informierte auch darüber, dass die verhafteten Verdächtigen ausführende Täter gewesen sein mussten. Die Staatsanwaltschaft bestätigte demnach auch, dass der oder die Auftraggeber „Leute seien, die sich im Ausland versteckt hielten und beabsichtigten, die Lage im Land zu destabilisieren und die konstitutionelle Ordnung zu verändern“³⁷⁹. Diese Aussage richtete sich erneut gegen Boris Berezovskij, der sich auch zuvor bereits des Öfteren mit ähnlich lautenden Anschuldigungen von Seiten der russischen Staatsanwaltschaft konfrontiert sah. Zu neuen Erkenntnissen in diesem Fall kam es erst wieder im Juni 2008. Nachdem ein knappes Jahr zuvor noch zehn Verdächtige im Mordfall Politkovskaja verhaftet worden waren, wurden schließlich nur drei von ihnen angeklagt. Bei den drei Personen handelte es sich um einen ehemaligen Polizeibeamten der Moskauer Abteilung zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität, sowie zwei Brüder aus Čečenien. Sie alle wurden beschuldigt, im Mordfall Politkovskaja involviert gewesen zu sein. Außerdem wurde noch ein vierter Verdächtiger, ein ehemaliger Oberstleutnant des Geheimdienstes FSB, im gleichen Prozess angeklagt, jedoch nicht wegen direkter Beteiligung am Mord von Anna Politkovskaja, sondern wegen Amtsmissbrauchs und Erpressung. Der Grund für die zeitgleiche Anklage waren die ehemaligen Verbindungen zwischen dem Ex-FSB-Leutnant und dem ehemaligen Polizeibeamten.³⁸⁰ Noch im November 2008 begann schließlich der Prozess im Mordfall Politkovskaja an einem Militärgericht in Moskau. Da zwei der Angeklagten hohe Beamte entweder beim Geheimdienst oder bei der Polizei waren, musste der Prozess an einem Militärgericht stattfinden.³⁸¹ Das Gericht verkündete vor Prozessbeginn im November, dass der Prozess offen geführt werden solle, jedoch behielt sich der Richter auch das Recht vor, die Öffentlichkeit vom Prozess auszuschließen, sollte Druck auf die Geschworenen ausgeübt werden. Wie die Staatsanwaltschaft mitteilte, waren die Personen, die der Mittäterschaft beschuldigt worden waren, zwar angeklagt, der eigentliche Todesschütze, von dem man vermutete,

³⁷⁹ www.kommersant.ru/doc.aspx?DocsID=799138

³⁸⁰ <http://cpj.org/2008/10/russia-two-years-after-politkovskayas-murder-three.php>

³⁸¹ <http://cpj.org/2008/10/russia-two-years-after-politkovskayas-murder-three.php>

dass es sich um den dritten Bruder des angeklagten čechnischen Brüderpaares handelte, war jedoch weiterhin auf freiem Fuß und flüchtig. Auch wer der oder die Auftragsgeber der Tat waren, konnte bisher noch immer nicht definitiv geklärt werden. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist der Mordprozess noch nicht abgeschlossen, und wann dies der Fall sein wird, ist nicht vorauszusehen.

Tatsache ist, dass Anna Politkovskaja den letzten Artikel, an dem sie arbeitete, bevor sie erschossen wurde, nicht mehr fertig stellen konnte. Immer wieder wurde in den Medien darüber spekuliert, ob das Thema ihrer letzten Arbeit vielleicht ausschlaggebend gewesen sein könnte, um die Journalistin dafür zu töten. Darin geht es vor allem um die Folter, die von russischen, aber auch čechenischen Milizionären im Kampf gegen den Terrorismus angewandt wird. Einmal mehr schrieb Politkovskaja in sehr persönlicher Weise, dass sie ständig Briefe von Betroffenen erhält, und dutzende Ordner über diese diversen Fälle sich bei ihr stapeln, da viele Menschen sie als letzte „Anlaufstelle“ sehen, die diese Berichte noch veröffentlicht. Zusätzlich dazu zitiert sie auch noch aus mehreren dieser Briefe. Was jedoch, angesichts des Schicksals, das Politkovskaja kurze Zeit später erlitt, etwas nachdenklich stimmt, ist die Furcht, die sie offenbar beim Verfassen dieser Zeilen gespürt hatte. So wirkt es schon fast schauernd, wenn sie davon spricht, dass:

Честно : я боюсь их ненависти. Боюсь потому, что она выйдет из берегов. Рано или поздно. И крайними станут все, а вовсе не те следователи, которые их пытали. Дела ‚назначенных в террористы‘ — это то поле, где лоб в лоб сталкиваются два идеологических подхода к тому, что происходит в зоне ‚контртеррористической операции на Северном Кавказе‘: мы законом боремся с беззаконием? Или мы лупим ‚нашим‘ беззаконием по ‚их‘? Сталкиваются, обеспечивая искру и в настоящем, и в будущем. Результат такого ‚назначения в террористы‘ — рост числа не желающих с этим мириться.³⁸²

³⁸² zu dt.: Offen gesagt: Ich fürchte mich vor deren Hass. Ich fürchte mich deswegen, weil er früher oder später über die Ufer tritt. Zur Rechenschaft gezogen werden alle, nur nicht die Untersuchungsbeamten, die andere gefoltert haben. Gibt es diejenigen „die für den Terrorismus bestimmt sind“? – das ist das Feld, auf dem zwei ideologische Ansätze darüber, was in der Zone der ‚konterterroristischen Operation im Nordkaukasus‘ passiert, zusammenprallen: bekämpfen wir mit dem Gesetz die Gesetzlosigkeit? Oder prügeln wir mit ‚unserer‘ Gesetzlosigkeit die anderen? Hier prallen die Welten zusammen, indem sie Zündstoff sowohl in der Gegenwart als auch in der Zukunft liefern. Das Resultat dieser ‚Bestimmung als Terroristen‘ ist ein Ansteigen der Zahl derjenigen, die sich damit abfinden. (Übersetzt v. d. Autorin), in: <http://politkovskaya.novayagazeta.ru/pub/2006/2006-90.shtml>

4. Der russische Zeitungsmarkt

4.1 Entwicklung und Veränderungen bei den russischen Printmedien seit 2000

Кошелек у журналиста украли в магазине – угроза свободе слова, руку сломал, на льду поскользнулся – нападение.³⁸³
(zu dt.: Wird einem Journalisten in einem Geschäft die Brieftasche gestohlen, dann ist das eine Bedrohung der Meinungsfreiheit, bricht er sich die Hand weil er auf dem Eis ausgerutscht ist, dann ist das ein Übergriff.)

The constitution guarantees the rights that we're talking about: freedom of speech and freedom of journalistic activity. There are no threats, no limits to it, and no problems; and there can't be any, because the law clearly indicates that won't be tolerated.³⁸⁴

Seit dem Zerfall der Sowjetunion und hat sich Russland in vielerlei Hinsicht stark verändert. Dass über siebzig Jahre Sozialismus nicht über Nacht überwunden werden können, war vorauszusehen. Wie sich Russland, rückblickend betrachtet, in den 1990er Jahren des vorigen Jahrhunderts entwickelt hat, kann man fast ausnahmslos als chaotisch bezeichnen. Während beispielsweise Rentner in der Sowjetunion noch ein klägliches Auskommen hatten, so brachen diese und diverse andere Sozialleistungen plötzlich weg, viele waren über Nacht gezwungen in der rasend grassierenden Massenarmut nach Essensresten in Mülltonnen zu suchen. Und nicht nur alte oder kranke Menschen waren von den plötzlichen Umbrüchen betroffen. Während sich Massenarbeitslosigkeit, monatelang unbezahlte Arbeit, Armut und eine verheerende Wirtschaftskrise quer durch alle Schichten zog, gelang es einer kleinen Elite mit Geld, Tricks und vor allem Beziehungen, quasi im Handumdrehen gigantische Reichtümer anzuhäufen. Blickt man aus heutiger Sicht auf diese chaotische Zeit zurück, fällt einem nur wenig Positives dazu ein. Als eher positive Ausnahmeerscheinung seien hier jedoch die Entwicklungen in der Presse- und Medienlandschaft genannt. Wenn auch von Kritikern hierzu immer wieder angeführt wird, dass die Medienorgane in dieser Zeit nur von einem Besitzer zum anderen gewechselt haben, so kann doch gesagt werden, dass man als Leser immerhin noch eine Auswahl hatte. Wenn die Presse und die Medien damals auch nicht vollständig frei gewesen sein mögen, so waren sie doch immerhin

³⁸³ Michail Lesin, Minister der RF für Angelegenheiten zu Presse, Fernseh- und Radioubertragungen und Mitteln der Masseninformatio; in einem Interview mit Radio Majak, 02. 10. 2000

³⁸⁴ Michail Lesin, www.pbs.org/newshour/bb/media/jan-june01/russia_2-27.html

vielfältig und unterlagen nicht mehr im selben Ausmaß der politischen Zensur als zuvor. Nach dem Beginn der Präsidentschaft Vladimir Putins trat in Russland eine Wende ein. Nicht nur, dass der neue Präsident einen anderen Kurs für die ökonomische und soziale Situation des Landes anstrebte, er forderte auch ausdrücklich „die systematische Verfolgung aller Wirtschaftsgrößen, die sich in den letzten Jahren bei unlauteren Privatisierungsgeschäften bereichert und in die politischen Geschicke des Landes eingemischt hatten“³⁸⁵. Dazu boten sich auch bald erste Möglichkeiten. Bereits im Frühsommer 2000 begann die aufsehenerregende Übernahme des größten privaten Fernsehsenders NTV, der in die Media-Most-Holding des russischen Unternehmers Vladimir Gusinskij eingegliedert war, durch den staatsnahen Öl- und Gasriesen Gazprom; inklusive Erstürmung des Media-Most-Gebäudes durch russische Polizei-Sondereinheiten, geheime Absprachen über eventuelle Straffreiheit für den bisherigen Eigentümer, und umgehende Auswechslung des Führungspersonals sowie Teilen der Redaktion des Fernsehsenders NTV, dem Flaggschiff der Unternehmensgruppe. Auch wenn Präsident Putin während der Vorgänge rund um die Übernahme von Media-Most immer wieder beteuerte, er sei über die genauen Details des Falles nicht instruiert, so ließ er sich doch einige Male zu „polemischen“ Äußerungen hinreißen.³⁸⁶ Es soll an dieser Stelle jedoch auch nochmal festgestellt werden, dass eine Übernahme der Medienholding ohne die enormen Schulden des Unternehmens schwieriger möglich gewesen wären, dennoch lässt sich ein gewisses Muster an diesem und den darauffolgenden Vorfällen erkennen. Noch im selben Jahr sah sich Boris Berezovskij, nicht zuletzt auch seit Paul Chlebnikovs erfolgreichem Buch „Der Pate des Kremls“ in Russland jedermann bekannt, gezwungen, seine Aktienmehrheit am teilstaatlichen Fernsehsender ORT zu verkaufen. Nach Querelen zwischen Präsident Putin und Berezovskij gab dieser schließlich nach, da eine Verlängerung bzw. ein eventuell notwendiger Neuerwerb von Sendelizenzen ein Vermögen gekostet hätte. Hinzu kam das eher undurchsichtige Vorgehen, durch das man eventuell Sendelizenzen in Russland erhalten kann. Diese müssen nämlich bei Auktionen „ersteigert“ werden, eine Neuerung, die im Zuge der Reform der Frequenzvergaben für Fernsehen und Radio im Jänner 2000 in Kraft trat. Diese Methode sollte offiziell dazu dienen eine „faire Vergabe von Sendelizenzen“ zu gewährleisten, nichtsdestotrotz war der Entzug einer solchen Lizenz nicht immer rechtlich aufschlussreich erreicht worden. Als Gerüchte auftauchten, gegen

³⁸⁵ Gladkov, S.: *Macht und Ohnmacht der „vierten Gewalt“*, 2001, 227

³⁸⁶ Gladkov, S.: *Macht und Ohnmacht der „vierten Gewalt“*, 2001, 226

Boris Berezovskij selbst könnte ein Strafverfahren eingeleitet werden, verkaufte er seine Anteile am Fernsehsender an den Miteigentümer – erneut Gazprom – und ging ins Londoner Exil. 2003 wurde dem äußerst erfolgreichen Nachrichtensender TV6, der sich durch eher kritische Berichterstattung hervortat, auf ebenfalls recht widersprüchlicher juristischer Grundlage, die Sendelizenz entzogen.³⁸⁷

Auch im Bereich der Printmedien traten gravierende Veränderungen auf. Insbesondere in den 1990er Jahren ging es auf dem Pressemarkt, wie auch in den meisten anderen Bereichen des Landes, „chaotisch“ zu. Während 1991 und 1992 noch die Hochblüte einer neuen, vielfältigen Presselandschaft – praktisch jeder konnte sein eigenes Magazin oder seine eigene Zeitung eröffnen, was zuvor für Privatpersonen nicht möglich gewesen war – nahm dieser Trend jedoch sehr schnell wieder ab. Die meisten Publikationen gingen in der plötzlich breiten Palette schnell wieder unter. Einerseits konnten sich vor allem kleinere Publikationen, die eventuell nur eine bestimmte, kleinere Zielgruppe ansprachen, nicht behaupten, andererseits trug vor allem der wirtschaftliche Verfall in Russland stark dazu bei, dass sich die meisten Menschen mit ihrem geringen Auskommen keine Zeitungen leisten konnten. So gelang es eher den bereits zuvor etablierten Zeitungen, sich den neuen Begebenheiten anzupassen. Bis heute wurde die Mehrheit von Publikationen in Medien-Holdings oder Kooperativen integriert, die meist einflussreichen Ökonomen oder dem Staat selbst gehören, nur wenige, kleinere Zeitungen konnten ihre „Unabhängigkeit“ bewahren. Nun ist dies natürlich nicht nur ein russisches Phänomen. Diese Entwicklungen waren in den letzten Jahren auch in anderen Ländern zu beobachten. Auch in Westeuropa oder Amerika gibt es heute kaum noch einzelne, kleinere Publikationen, die „frei“ von Fremdkapital sind. Fast alle größeren und bekannten Zeitungen und Magazine gehören ausnahmslos einem großen Verlagshaus an. In Deutschland beispielsweise kontrollieren hauptsächlich Verlage wie Springer, Kirch oder Bertelsmann den Großteil des Zeitungs- bzw. Medienmarktes.

In Russland trug die Wirtschaftskrise des Jahres 1998 schließlich noch zu einer zusätzlichen Konzentration auf einige wenige Medienimperien bei. Nach einer 2003 durchgeführten Analyse waren zu diesem Zeitpunkt die wichtigsten Medienimperien in Händen von verschiedenen Behörden des Staates (beispielsweise die Regierung, die Präsidialverwaltung, die Gouverneure, etc.). Ihnen gehören offizielle Regierungsblätter

³⁸⁷ Gladkov, S.: *Medien und Wahlkampf: Zensur durch die Hintertür*, Russlandanalysen 7/2003, S. 2

wie die Zeitungen *Rossijskaja Gazeta*, *Liternaturnaja Gazeta*, *Moskovskij Komsomolec* sowie die beiden größten Nachrichtenagenturen des Landes, *ITAR-TASS* und *RIA* und die größten Fernseh- und Radiosender.³⁸⁸ Als strategisch wichtiges Medienimperium ist hier wohl auch Gazprom-Media zu nennen. Der Erdöl- und Erdgaskonzern Gazprom, Russlands größter Arbeitgeber, und zum Großteil in staatlichem Besitz, hat sich in den letzten Jahren mit der Tochtergesellschaft Gazprom-Media auch in eine der größten Medienholdings des Landes verwandelt. Zum Konzern gehören unter anderem mehrere Radiosender, darunter auch der bis heute noch kritisch berichtende Sender *Écho Moskvy*, nach der aufsehenerregenden Übernahme aus dem Jahr 2000 auch der Fernsehsender NTV, sowie im Printmedien-Bereich das Magazin *Itogi* und die Zeitungen *Tribuna* und *Trud*, sowie seit 2005 die Aktienmehrheit der Traditionszeitung *Izvestija*. Zu den Imperien privater Unternehmer wie Vladimir Potanin oder Ališer Usmanov zählen unter anderem Aktienanteile an der Tageszeitung *Izvestija*.

Im Jahr 2006 wechselte schließlich auch die renommierte Tageszeitung *Kommersant* den Besitzer. War sie bis dahin Eigentum des Exil-Unternehmers Boris Berezovskij, so verkaufte dieser seine gesamten Anteile am gleichnamigen Verlagshaus im Februar 2006 an einen georgischen Geschäftsmann, welcher ein halbes Jahr später die Anteile an Ališer Usmanov weiterverkaufte. Dieser wiederum ist nicht nur Chef eines eigenen Metallurgie-Unternehmens (Metalloinvest), sondern auch Generaldirektor der Firma Gazprominvestholding, welche wiederum in vollständigem Besitz des Konzerns Gazprom ist. Aufgrund der offenen Nähe zur Staatsmacht fürchtete man nach dem Eigentümerwechsel auch bei der Zeitung einen eventuellen Kurswechsel. So schrieb die Zeitung selbst, nach Bekanntwerden der Übernahme, in deutlicher Offenheit:

Usmanov hat den *Kommersant* entweder auf direkte Anweisung des Kremls gekauft oder zumindest in Abstimmung mit ihm.³⁸⁹

Bereits einen Monat nach der Übernahme der Zeitung durch den Unternehmer Usmanov kündigte der Chefredakteur Vladislav Borodulin, zeitgleich verließen mehrere andere Journalisten die Zeitung. Laut eigener Aussage Borodulins habe die Kündigung nichts mit der Übernahme der Zeitung und dem neuen Eigentümer zu tun.³⁹⁰ Nichtsdestotrotz drängt sich die Frage auf, warum gleich mehrere Mitarbeiter zur gleichen Zeit kündigten. Laut Borodulin habe Usmanov, der neue Eigentümer ihm sogar verschiedene

³⁸⁸ Gladkov, S.: *Medien und Wahlkampf*, Russlandanalysen 7/2003, S. 6

³⁸⁹ Hassel, Florian: *Eine unabhängige Stimme soll verstummen*, Berliner Zeitung, 04. 09. 2006

³⁹⁰ www.metallpress.info/content/30289.html

andere Posten bei der Zeitung angeboten, trotzdem blieb er bei seiner Entscheidung, den Verlag zu verlassen und begründete dies mit folgendem Argument:

The newspaper has entered a new phase. For five days we have been publishing issues in colour. The newspaper is progressing faster than I expected, and it can safely be left as a functioning entity.³⁹¹

Neuer Chefredakteur des *Kommersant* wurde daraufhin Andrej Vasil'ev, der bis dahin denselben Posten für die ukrainische Ausgabe der Zeitung innehatte.

Doch auch in Zeiten sogenannter „gelenkter Demokratie“, steigenden gesetzlichen Einschränkungen bis hin zu Bedrohungen und physischer Gewalt gegenüber einzelnen Journalisten oder ganzen Redaktionen, möchte sich die Zeitung *Kommersant* jedoch nicht völlig einschränken lassen und sorgt zeitweise mit Aktionen ganz eigener Art für Aufsehen. So ließ das Blatt im Januar 2005 eine Ausgabe drucken, in der gleich mehrere Seiten leer standen. Gedruckt wurde hauptsächlich ein Gerichtsurteil, das gegen die Zeitung gefällt worden war. Demnach wurde die Publikation dazu verurteilt, der russischen Alfa-Bank circa 10 Millionen Dollar Schadenersatz zu bezahlen, weil die Berichterstattung des *Kommersant* das Unternehmen in ein schiefes Licht gerückt hätte.³⁹² Außerdem gelang es der Zeitung damit, der zunehmenden Einschränkung der freien Presse, unter anderem aufgrund übertriebener Schadenersatzklagen, Nachdruck zu verleihen. Als weiteres Beispiel ist hier eine Ausgabe der Zeitung zu nennen, die erst vor Kurzem erschienen ist. Ende Dezember 2008 widmete sich das Blatt in einer kompletten Tagesausgabe einzig und allein den Bankrottanzeigen russischer Unternehmen und veröffentlichte keinen einzigen Artikel. Dem war vorausgegangen, dass der russische Präsident Dmitrij Medvedev Journalisten vorgeworfen hatte, dass „Journalisten mitverantwortlich seien für die Auswirkungen der Krise“³⁹³. Kritische Journalisten hatten der Regierung vorgeworfen, die Ausmaße der internationalen Finanzkrise und die daraus resultierenden Folgen für Russland beschönigt zu haben. In der „speziellen“ Ausgabe des *Kommersant* vom 27. Dezember wies die Zeitung auf der Titelseite auch auf ein Gesetz hin, dass es Unternehmern in Russland vorschreibt, „Insolvenzen öffentlich bekannt zu geben“³⁹⁴.

³⁹¹ www.metallpress.info/content/30289.html

³⁹² www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,598508,00.html

³⁹³ www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,598508,00.html

³⁹⁴ www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,598508,00.html

Auch wenn das Blatt in heutiger Zeit schon fast revolutionär wirkt, so darf man nicht vergessen, dass die Tageszeitung *Kommersant* in der Gesamtauflage für alle in Russland erscheinenden Zeitungen nur 1 % beträgt (Stand 2005)³⁹⁵, und auch für eine Großstadt wie Moskau bloß eine Reichweite von 2 % (ebenfalls Stand 2005) erreicht. Denn dadurch kann man die Publikation, trotz ihrer inhaltlichen Qualität, doch hauptsächlich als Nischenprodukt betrachten.

Ein bekanntes Beispiel, wie sich die Übernahme eines Printmediums auf die redaktionelle Linie des Blattes auswirken kann, ist das der Traditionszeitung *Izvestija*. 2005 ging die Zeitung in den Besitz von Gazprom-Media über, daraufhin „begann die einst angesehene Zeitung einen langsamen Abstieg und wird heute eher als Boulevardzeitung denn als unabhängiges Nachrichtenmedium angesehen“³⁹⁶. Auch Manfred Quiring findet für die Entwicklungen und Veränderungen bei der Zeitung wenig schmeichelhafte Worte:

2005 ging die *Izvestija* in den Besitz von Gazprom-Media über. Das bis dahin ausgewogene Blatt wurde weichgespült und kremlgefällig.³⁹⁷

Und tatsächlich, bereits während der Augustkrise von 1991 erwarb sich das – damals eigentlich noch offizielle Regierungsblatt – den Ruf als kritische, seriös berichtende Zeitung, die kurzzeitig während der Krise auch mit einem Erscheinungsverbot belegt wurde. Der Zeitung gelang es schließlich, diesen Ruf auch lange zu halten und sich mehr als seriöse Zeitung denn als Massenblatt (im Jahr 2005 erreichte *Izvestija* russlandweit eine Leserschaft von 2 %, in Moskau waren es immerhin 4 %)³⁹⁸, zu behaupten. Eine erste große Veränderung war jedoch die Entlassung des Chefredakteurs Raf Šakirov, der kurzfristig und ohne Vorwarnung nach den Ereignissen in Beslan vom September 2004 seinen Posten aufgeben musste. Als Hauptgrund galt damals, wie die Zeitung die Tragödie dargestellt hatte. Durch eigene Recherchen widerlegte sie gleich mehrere Male die offiziellen Angaben zu Geiselnemern, Erstürmung der Schule und Opferzahlen. Zusätzlich berichtete *Izvestija* ausführlich über „das Chaos unter den Rettungskräften, über das Versagen der Behörden und das Schweigen der TV-Kanäle“³⁹⁹ und druckte seitenweise Fotos, die verletzte Opfer und tote Kinder zeigten.

³⁹⁵ www.laender-analysen.de/russland/pdf/Russlandanalysen079.pdf

³⁹⁶ Ortung, Robert: *Die Lage der Massenmedien in Russland*, Russlandanalysen 118/06, 17. 11. 2006

³⁹⁷ Quiring, Manfred: *Konzentration aller Ressourcen*, Die Welt, 14. 06. 2006

³⁹⁸ www.laender-analysen.de/russland/pdf/Russlandanalysen079.pdf

³⁹⁹ Rykovceva, E.: *Abgestraft für gute Arbeit*, Message 4/2004, 68

Für die Führung der Prof-Media-Holding offenbar zu viel des Guten. Denn bereits zuvor hatte sich die Redaktion der Zeitung unbeliebt gemacht. Als im August 2004 in Russland zwei Flugzeuge gleichzeitig abgestürzt waren, wurde den staatlichen Medien von den Behörden untersagt, den Fall als terroristischen Akt darzustellen, da in Čečenien Präsidentschaftswahlen kurz darauf stattfinden sollten. *Izvestija* setzte sich über dieses Verbot nicht nur hinweg, sondern berichtete auch über die „Vorgabe“ der Behörden und dass die Fakten rund um die Flugzeugabstürze auf einen terroristischen Anschlag hinwiesen. Wenige Tage vor den Präsidentschaftswahlen überfielen Rebellen in Groznyj Sicherheitseinrichtungen russischer Streitkräfte. Die russischen Medien deklarierten diesen Vorfall schlicht als „Spezialoperation der russischen Streitkräfte“⁴⁰⁰, die Einheiten wären gegen Rebellen vorgegangen und berichteten auch nicht weiter über Opfer. *Izvestija* berichtete jedoch über die eigentlichen Vorgänge und nannte auch eine hohe Zahl ziviler Opfer bei diesem Übergriff. Schließlich kam es zur tragischen Geiselnahme von Beslan. Die Art der Berichterstattung über die Vorgänge und das Widerlegen der offiziellen Daten und Fakten kosteten schließlich Raf Šakirov seine Arbeit. In einem Interview mit *Radio Svoboda* wenige Tage nach seiner Entlassung sagte Šakirov:

Die Führung von Prof-Media und ich gehen in der Frage auseinander, wie die Sonnabend-Ausgabe die Beslan-Tragödie behandelt hat. Mir wurde gesagt, die Ausgabe sei zu emotional und zu plakativ, und dass man so keine Zeitung mache. Aber ich bin der Auffassung, dass dieses Ereignis ein sehr wichtiges für das Land ist, eine Art Kriegsbeginn, ähnlich dem 22. Juni 1941.⁴⁰¹

Der offizielle Kündigungsgrund lautete, dass sich Šakirov am „traditionellen Layout der Zeitung“⁴⁰² vergangen haben soll. Dies kann wohl nicht darüber hinwegtäuschen, dass der wahre Grund wohl darin liegt, dass der Chefredakteur zu sehr darauf bedacht war, wahrheitsgemäße Fakten zu vermitteln. Auch *Moskovskie Novosti* stellten sehr deutlich die Theorie auf, dass die Entlassung Šakirovs wohl noch gewichtigere Gründe hatte als nur ein misslungenes Layout:

Der Redakteur von ‚*Izvestija*‘ hat die Wahrheit aufgezeigt. Nichts als die Wahrheit. In ihrem vollen Ausmaß. [...] Wir können zwar keine Namen nennen, doch wir erkennen die Handschrift. Beslan hat die journalistische Vereinigung gespalten. In

⁴⁰⁰ Rykovceva, E.: *Abgestraft für gute Arbeit*, Message 4/2004, 67

⁴⁰¹ Rykovceva, E.: *Abgestraft für gute Arbeit*, Message 4/2004, 68

⁴⁰² Rykovceva, E.: *Abgestraft für gute Arbeit*, Message 4/2004, 68

Zeitungsmacher und Fernsehmacher. Den einen wird Mitgefühl und Gewissen diktiert. Den anderen – übergeordnete Personen.⁴⁰³

Izvestija war bis zum Sommer 2005 Eigentum des Prof-Media-Konzerns des Unternehmers Vladimir Potanin. Dieser galt bereits damals, wie fast ausnahmslos alle russischen Oligarchen, als äußerst loyal gegenüber dem Kreml, und man kann davon ausgehen, dass dieser auch kaum etwas getan hätte, was diese „Beziehungen“ gefährdet hätte. Trotzdem wurde die Zeitung 2005 vom Gazprom-Media-Konzern übernommen. Der Direktor von Gazprom-Media, Nikolaj Senkevič, ließ sich schließlich in einer ersten Stellungnahme zu der Aussage verleiten, „der Konzern mochte die Zeitung und entschied sich sie zu kaufen, weil Gazprom-Media mit politischen Medien handelt“⁴⁰⁴, nur um sich gleich darauf selbst zu berichtigen und zu sagen, dass er „qualitative Medien“ gemeint hatte. Gleichzeitig erklärte Senkevič, der Konzern hätte sich entschieden, nun „den Boulevard zu erkunden, weil dies der lukrativste Markt sei“⁴⁰⁵. Es darf jedoch bezweifelt werden, dass hinter der Entscheidung, *Izvestija* zu kaufen, mehr als bloßes Interesse am Publizieren oder an der Erwirtschaftung von Profit bestand. Schließlich befand sich die angesehene Zeitung zum Zeitpunkt des Verkaufs in erheblichen finanziellen Schwierigkeiten, was die Übernahme noch zusätzlich erleichtert haben dürfte. In deutschen Medien wurde aufgrund dieser Übernahme und gleichzeitiger Ankündigung erneuter Übernahmen die Theorie entwickelt, die Bündelung von Publikationen, diene, nachdem bereits fast alle elektronischen Medien unter staatlichen Besitz gefallen seien, der Vorausschau auf die russischen Parlamentswahlen im Winter 2007 und den Präsidentschaftswahlen im Frühjahr 2008. Dazu bemerkt Jens Hartmann in der *Welt*:

Der Kreml vertraut nicht mal Medienhäusern, die ihm günstig gewogen sind. Er will alle Medien, die Einfluss bei den Wahlen haben, unter das Dach von Gazprom zwingen.⁴⁰⁶

Doch auch private Unternehmer, die sich als Medieneigentümer betätigten und immer noch betätigen, wollen sich ihre meist guten Beziehungen zur russischen Regierungsspitze nicht verderben, und daher liegt es nicht in ihrem Interesse dass

⁴⁰³ «Редактор ‚Известий‘ показал правду. Ничего кроме правды. Очень крупным планом. [...] Нам не узнать имени, но узнаваем почерк. Беслан расколол журналистскую корпорацию. На газетчиков и телевизионщиков. Одним диктовали сострадание и совесть. Другим – вышестоящие лица.», *Московские Новости* № 34, 10 – 16 сентября 2004 года

⁴⁰⁴ *Why did Gazprom buy Izvestija?*, RIA-Novosti, 10. 06. 2005, www.siora.ru/ru/node/7061

⁴⁰⁵ *Why did Gazprom buy Izvestija?*, RIA-Novosti, 10. 06. 2005, www.siora.ru/ru/node/7061

⁴⁰⁶ Hartmann, Jens: *Alles unter Kontrolle*, Die Welt, 21. 04. 2006

„ihr“ Medium sich allzu kritisch über die Handlungen des Kremls und der Regierung äußert. Die Tatsache, dass der Erwerb und die Aneignung ehemals staatlicher Industrien in den Transformationsjahren der beginnenden 1990er Jahre fast immer auch mit illegalen Mitteln vor sich ging, macht die wichtigsten Industrievertreter heute zu einem Spielball der russischen Macht.

Die meisten Oligarchen haben wohl berechtigte Befürchtungen, das gleiche Schicksal wie zu erleiden Michail Chodorkovskij. Dieser ist beim Kreml in Ungnade gefallen, nachdem er angefangen hatte, diesen und die Regierung sowie die in alle Bereiche des Lebens ausufernde Korruption in Russland öffentlichkeitswirksam anzuprangern. Als Chodorkovskij begann, politische Oppositionen finanziell zu unterstützen, unter anderem die Partei *Jabloko*, und schließlich die Wochenzeitung *Moskovskie Novosti* kaufte, deren Chefredakteur Evgenij Kiselev wurde, der frühere führende Mitarbeiter und Mitbesitzer, sowie Aushängeschild des Fernsehsenders NTV, betrachteten die Behörden bzw. die Regierung dies mit Argwohn. Gerüchte, Chodorkovskij plane, einen Teil des Unternehmens ohne vorherige Absprache mit Regierungsvertretern, an eine amerikanische Ölfirma zu verkaufen, tauchten auf. Dies hätte der Regierung den Zugriff auf die eigenen Rohstoffe erschwert. Zusätzlich spekulierten russische Medien darüber, ob der Unternehmer selbst vielleicht ein hohes politisches Amt anstrebe, nachdem er mehrere verschiedene Parteien finanziell unterstützte.

In Moskau gibt es sogar Spekulationen, der Multimilliardär hege Ambitionen auf das höchste Staatsamt. Ein Verdacht, der in Russland schwerer wiegt als manches Kapitalverbrechen.⁴⁰⁷

Chodorkovskij selbst hatte aus seinen politischen Überzeugungen kaum einen Hehl gemacht. Es sollten die letzten Gerüchte sein, die auftauchten, bevor gegen den erfolgreichen Unternehmer rechtliche Schritte eingeleitet wurden. Im Sommer 2003 teilt die Generalstaatsanwaltschaft schließlich mit, dass gegen das Erdölunternehmen *Jukos* (des Haupteigentümers Chodorkovskij) Ermittlungen wegen Steuerhinterziehung eingeleitet wurden.⁴⁰⁸ Im Oktober des Jahres wird Chodorkovskij – zu diesem Zeitpunkt einer der wohlhabendsten Unternehmer des Landes – am Flughafen aufgrund von Steuerbetrug verhaftet. In der darauffolgenden Zeit überschlagen sich fast die Ereignisse.

⁴⁰⁷ Reitschuster, B.: *Putins Demokratie*, 2006, 109

⁴⁰⁸ www.laender-analysen.de/russland/pdf/Russlandanalysen006.pdf

Chodorkovskij wird angeklagt und vor Gericht gestellt, offiziell wegen Steuerhinterziehung und –betrugs. Und tatsächlich ist sowohl in Politik und Gesellschaft hinlänglich bekannt, dass die wirtschaftliche Elite des Landes, die sich Anfang der 1990er Jahre innerhalb kürzester Zeit enormen Reichtum und Einfluss sichern konnte, dies nicht allein auf legalem Wege geschafft hat. Boris Berezovskij, im Exil lebender russischer Unternehmer, sagte bereits im Jahr 2000:

In Russland gibt es nicht einen einzigen Geschäftsmann, der in den letzten zehn Jahren nicht das Gesetz übertreten hätte.⁴⁰⁹

Überraschend ist jedoch einzig und allein die Tatsache, warum schließlich nur eine Person bzw. ein Unternehmen für diese Vergehen zur Verantwortung gezogen wird, insbesondere nach so langer Zeit, wenn doch die Staatsanwaltschaft auch schon Jahre zuvor etwas gegen Chodorkovskij in der Hand gehabt hatte. Es drängt sich die Frage auf, warum man nur ein bestimmtes Unternehmen zur Verantwortung zieht und alle anderen unbehelligt lässt. Beispiele und Personen, die man ebenfalls gerichtlich belangen könnte, gäbe es zur Genüge.

Wenn das Gesetz selektiv angewandt wird, wenn von zwei Menschen, die auf die gleiche Weise reich geworden sind, der eine Orden umgehängt bekommt und der andere Handschellen, dann ist etwas faul im Staat, dann haben wir eine Willkür-Herrschaft.⁴¹⁰

Die öffentliche Empörung in Russland über derlei Vorgehen hielt sich jedoch in Grenzen. Auch aufgrund der zu diesem Zeitpunkt starken staatlichen Medienkontrolle drangen andere Aspekte des Jukos-Falls erst gar nicht in das Bewusstsein vieler Menschen. Bis auf wenige Publikationen kommentierten die meisten Medienerzeugnisse den Fall entweder sachlich oder mit einem leicht negativen Einschlag. Ausnahme bildeten dabei die *Moskovskie Novosti*, die die Geschehnisse rund um Chodorkovskij äußerst kritisch hinterfragten. Wobei in diesem Fall erschwerend hinzukommt, dass sich bei der Berichterstattung in diesem Medium auch Sorge um die eigene Zukunft mischte, wenn der Besitzer der Zeitung plötzlich angeklagt wird. Für die Vorgehensweise der Staatsanwaltschaft und den Verstoß gegen die Verfassung macht das Blatt hauptsächlich Präsident Putin verantwortlich und schreibt in ihrem Artikel «Президент против Конституции» (zu dt.: *Der Präsident gegen die Verfassung*) über das Handeln der Regierungsspitze im Fall Chodorkovskij:

⁴⁰⁹ Gladkov, S.: *Macht und Ohnmacht der „vierten Gewalt“*, 2001, 226

⁴¹⁰ Reitschuster, B.: *Putins Demokratie*, 2006, 112

Die Verfassung garantiert die Freiheit der Masseninformatiоn. In Verletzung dieser Forderung hat sich im Land eine totale Verstaatlichung des Fernsehens vollzogen und begann der Angriff auf die Rechte der Printmedien.

Die Verfassung gewährleistet die Gewaltentrennung in eine gesetzgebende, eine exekutive und eine legislative Gewalt. Stattdessen vollzog sich eine Ausweitung der Vollmachten der exekutiven Gewalt auf Kosten einer Verletzung der legislativen und richterlichen Gewalten.

Das Nichteinhalten der Verfassung entsteht durch Verschulden des Teils der russischen Bürokratie, der keine andere Weise der Führung des Landes und der eigenen Bereicherung sieht, als der außergesetzlichen Aufteilung von Eigentum und Repressionen. Diese Handlungen versetzen das Land zurück in die Zeit vor 1993 und zwingen es, erneut den Weg zu gehen, der uns allen in den letzten zehn Jahren so viele Opfer und Entbehrungen gekostet hat, sie führen zu einer internationalen Isolation Russlands.⁴¹¹

Die russische Führungsspitze, sollte sie die Einleitung des Verfahrens initiiert haben, konnte sich der Zustimmung der Bevölkerung diesbezüglich sicher sein. Bereits zur Übernahme des Most-Media – Unternehmens von Vladimir Gusinskij aus dem Jahr 2000 bemerkte Gladkov:

Bei nicht wenigen Russen mischte sich in die Empörung über die Quasi-Requirierung des Gusinskij-Senders Befriedigung über eine Politik, die dem Filz und den feudalistischen Plünderungen der El´cin-Ära den Kampf ansagte – letztlich eine unverzichtbare Bedingung für eine politische und wirtschaftliche Stabilisierung Russlands.⁴¹²

Tatsächlich unterstützt ein Teil der Russen auch die Zensur – oder ist ihr zumindest nicht abgeneigt. In einer Umfrage aus dem Jahr 2004 gaben auf die Frage, ob eine stärkere Kontrolle der Massenmedien Nutzen oder Schaden bringe, immerhin 29 % der Befragten an, dass diese einen Nutzen hätte und 26 % waren der Meinung, dass dies einen Schaden brächte.⁴¹³

Im Zuge der Übernahmen und Verkäufe von Publikation erfuhr 2006 auch die *Komsomolskaja Pravda*, Russlands zweitgrößte Tageszeitung, einen

⁴¹¹ Конституция гарантирует свободу массовой информации. В нарушение этого требования в стране произошло тотальное огосударствление телевидения и началось наступление на права печатных СМИ.

Конституция обеспечивает разделение властей на законодательную, исполнительную и судебную. Вместо этого произошло расширение полномочий исполнительной власти за счет ущемления законодательной и судебной властей.

Неисполнение Конституции происходит по вине той части российской бюрократии, которая не видит иных способов управления страной и собственного обогащения, кроме внеправового передела собственности и репрессий. Эти действия возвращают страну в период до 1993года и заставляют ее вновь пройти тот путь, который за последние десять лет стоил всем нам жертв и лишений, ведут к международной изоляции России., *Президент против Конституции*; из: Московских Новостей, № 42, 28 октября – 3 ноября 2003, 1

⁴¹² Gladkov, S.: *Macht und Ohnmacht der „vierten Gewalt“*, 2001, 226

⁴¹³ www.levada.ru/press/2004102802.html

Eigentümerwechsel. Die Zeitung ist zwar eher im Bereich Boulevard konzentriert, erreichte aber im Jahr 2005 immerhin eine gesamtrussische Leserschaft von 18 % und im Großraum Moskau ebenfalls noch 16 % (im Vergleich zu 12 % in Gesamt-Russland und 11 % in Moskau im Jahr 2000).⁴¹⁴ Nach der Übernahme mehrerer Fernsehsender (NTV, TNT, ...), einigen Radiostationen (darunter *Écho Mosky*⁴¹⁵, das zur Unternehmensgruppe Media-Most von Vladimir Gusinskij gehörte, und 2000 übernommen wurde), oder der Zeitung *Izvestija*, gehörte seit 2006 auch die *Komsomolskaja Pravda* zum Gazprom-Media – Konzern. Die Zeitung war bis dahin im Besitz des Prof-Media-Konzerns, welcher wiederum Eigentum des russischen Unternehmers Vladimir Potanin ist. Gazprom-Media und der Gazprom-Konzern insgesamt waren bereits zuvor ein mächtiges politisches Instrument, doch mit dem Kauf der Zeitung *Komsomolskaja Pravda* stieg der Konzern, dessen Haupteinnahmequelle immer noch die Förderung und der Verkauf von Öl und Gas ist, auch zum größten Medieninhaber des Landes auf. Gewinnbringend wirtschaften konnte man mit den meisten Medienobjekten jedoch nicht, auf vielen (auch denen, die sich erfolgreich verkauften) lasteten hohe Schulden. Somit liegt der Verdacht nahe, dass die Übernahmen zahlreicher Medienobjekte sowie die anschließenden Personalrochaden inklusive positiverer Berichterstattung gegenüber der Regierung, wohl andere Ursachen und Gründe haben muss, als Profit alleine. In *Die Welt* werden die zügigen Übernahmen und Aufkäufe von Medieneinrichtungen folgendermaßen beschrieben:

Eine sprudelnde Einnahmequelle sind die Medienbeteiligungen nicht. Rafaël Akopov, der früher Gazprom-Media formte und nun beim Konkurrenten Prof-Media als Generaldirektor arbeitet, sagt, dass der „Umfang wirtschaftlich nicht gerechtfertigter Verpflichtungen“ größer sei als bei anderen Marktteilnehmern. Will heißen: Gazprom macht mit seinen Medien für viel Geld Politik.⁴¹⁶

Als Ausnahme von der Regel kann an dieser Stelle wohl der Radiosender *Écho Moskvj* genannt werden. Der Sender gehörte genauso zur Media-Most-Gruppe von Vladimir Gusinskij, wie der Fernsehsender NTV oder die Zeitung *Segodnja*, die nach der Übernahme von Gazprom eingestellt worden war. Während die Übernahmen meist

⁴¹⁴ www.laender-analysen.de/russland/pdf/Russlandanalysen079.pdf

⁴¹⁵ *Écho Moskvj* (laut *Moscow Times* „the last independent voice in the country’s national media“) ging im Zuge der Übernahme der Media-Most Gruppe von Vladimir Gusinskij im Jahr 2000 ebenfalls in den Gazprom-Konzern über. Den Anteil von 14,5 % des Radiosenders trat Gusinskij gleichzeitig der Belegschaft ab, die somit über 42 % der Aktien verfügte. Zu dem bereits bestehenden Aktienpaket des Senders, das Gazprom zu dieser Zeit hielt, sprach ein Gericht dem Konzern auch den 25 %-Anteil von Gusinskij zu, damit verfügte der Konzern über eine Mehrheit von *Écho Moskvj*, in: *Écho Moskvj will sich selbst gehören*, 01. 06. 2001, www.netzeitung.de/medien/146269.html

⁴¹⁶ Hartman, J.: *Alles unter Kontrolle*, Die Welt, 21. 04. 2006

dadurch gekennzeichnet waren, dass innerhalb kürzester Zeit Redaktionsteam und journalistische Linie des jeweiligen Mediums ausgewechselt wurden, trat dies bei *Écho Moskvy* bis heute noch nicht ein. Immer noch „darf“ der Sender seine kritischen Berichte senden, die Diskussionsrunden, Talkshows und Live-Talks werden weiterhin ausgestrahlt, auch der Chefredakteur Aleksej Venediktov ist auf diesem Posten, seitdem er den Sender im Jahr 1990 gegründet hat. Auf die Sendelizenz-Nummer 1 ist der Sender heute noch stolz, außerdem war *Écho Moskvy* der erste Radiosender, der in Russland ohne staatliche Kontrolle auf Sendung ging.⁴¹⁷ Aufgrund dieser Tatsache wird *Écho Moskvy* teilweise auch als „letzte Bastion der Presse- und Meinungsfreiheit“⁴¹⁸ angesehen. Zum Sonderstatus, der dem Radiosender zuteil wird, bemerkt Reitschuster:

Anders als die Sowjetherrscher haben ihre Nachfolger im Kreml begriffen, dass es nicht notwendig ist, alle kritischen Stimmen zu unterdrücken. Im Gegenteil: Es ist weitaus sinnvoller, wenn man sie zu Wort kommen lässt, aber dafür sorgt, dass nur ein kleiner Teil der Bevölkerung ihre Äußerungen zu hören bekommt und der Großteil ausschließlich der Propaganda ausgesetzt ist. Der Radiosender ‚Echo Moskaus‘ (*Écho Moskvy*) sowie einige unabhängige, kritische Zeitungen und Websites im Internet sind das Ventil, über das die Unzufriedenen Dampf ablassen dürfen. Mit Verweis auf dieses Feigenblatt des Systems wird die Kritik an Zensur und Medienkontrolle zurückgewiesen – nach dem Motto: ‚Seht her, wir haben doch kritische Medien.‘ Eine ähnliche Rolle erfüllte zu Sowjetzeiten die *Literaturnaja Gazeta* – auch wenn die Kommunisten ängstlicher waren und dem Blatt weit weniger Freiheiten einräumten.⁴¹⁹

Der Sender behauptet zwar, dass seine Hörerschaft langsam, aber stetig wachse, ist jedoch trotzdem nicht vor Angriffen gefeit. Bereits Anfang 2003 musste der Tochtersender von *Écho Moskvy* in Novosibirsk unter starkem Hörerprotest, schließen.⁴²⁰ Der Chefredakteur des Senders, Aleksej Venediktov, bekam 2007 zu seinem Geburtstag von Russlands damaligem Präsidenten Vladimir Putin zwar einen Orden verliehen, was Putin jedoch nicht daran hinderte, nach den Ereignissen in Georgien vom Sommer 2008 starke Kritik an ihm zu üben. Während eines Treffens mit Medienvertretern Mitte August des Jahres griff der neue Premierminister Russlands Venediktov persönlich an, und zog diesen zur Verantwortung für vermeintliche Fehler in der Berichterstattung über den Georgienkrieg.⁴²¹ Damit war die Kritik am Sender

⁴¹⁷ Dröscher, Nele: *Medienrecht und Medienwirklichkeit in Osteuropa*, Berlin, 2001, 80

⁴¹⁸ Rabitz, Cornelia: *Gelenkte Demokratie – gelenkte Medien. Beobachtungen im russischen Wahlkampf*, Russlandanalysen 147, 2007, www.laender-analysen.de/russland/pdf/Russlandanalysen147.pdf

⁴¹⁹ Reitschuster, B.: *Putins Demokratie*, 2006, 85

⁴²⁰ Gladkov, S.: *Medien und Wahlkampf. Zensur durch die Hintertür*, Russlandanalysen 7, 2003, www.laender-analysen.de/russland/pdf/Russlandanalysen007.pdf

⁴²¹ Sindelar, Daisy: *Russia's Écho Moskvy under mounting pressure*, RFE/RL, 18. 09. 2008, www.rferl.org/content/Russias_Ekho_Moskvy_Under_Mounting_Pressure_/1201114.html

jedoch nicht beendet. Bei einer Demonstration von konservativen Jugendorganisationen in Moskau einen Monat später beschuldigten diese den Sender „nationale Interessen zu gefährden, indem man georgische Offiziere auf Sendung gehen ließ“⁴²². Dieselbe kleine Gruppe begann ihre Demonstration mit einem Gebet und forderte unter anderem, den Radiosender zu schließen und Venediktov verhaften zu lassen. Wenn diese Aktionen auch ohne Folgen bleiben, so spiegelt es doch die teils schwierige Situation für Medieneinrichtungen wider. So gestand Venediktov selbst ein, dass die Lage für den Sender durch den Druck Gazproms „verkompliziert“⁴²³ würde. Außerdem sah sich der Chefredakteur nach den Protesten gezwungen, eine seiner bekanntesten Programmleiterinnen für einige Zeit aus ihrer Sendung zu nehmen. Oleg Panfilov, der *Direktor des Zentrums für Journalismus in Extremsituationen*, meinte zur Sonderstellung des Radiosenders:

News outlets like *Ècho Moskvyy* may be permitted to continue functioning as long as their influence remains small and their clean reputations are useful for the Kremlin. These alternative sources of information cannot influence the population and public opinion. Then there is also the fact that Putin – and now Medvedev – is always able to say that Russia has freedom of speech because there are things like *Ècho Moskvyy*, and even a couple of newspapers. After all, the people from the Kremlin are buying villas and apartments in Europe, and they want to be able to use them, so they have to preserve their ties with the West.⁴²⁴

4.2 *Moskovskie Novosti (Московские Новости)*

Wer unter Freiheit des Wortes die Möglichkeit versteht, an Fernsehdebatten teilzunehmen, eine eigene Zeitung herauszugeben oder sich Gehör zu verschaffen, werde große Schwierigkeiten bekommen. Heute hat in Russland die Polittechnologie – die Manipulation politischer Prozesse um eines bestimmten Ergebnisses willen – den Journalismus verdrängt. Das aber ist ein gefährlicher Faktor.⁴²⁵

Von den für die vorliegende Arbeit herangezogenen russischen Zeitungen sind die *Moskovskie Novosti* die einzige Wochenzeitung, und auch die Zeitung mit der längsten Geschichte. Gegründet wurde sie bereits 1930 unter dem Namen *Moscow News*, und war zu jener Zeit die erste englischsprachige Zeitung in der Sowjetunion. Ihr Ziel war es, die englischsprachigen Spezialisten zu informieren, die in den 1920er Jahren auf der

⁴²² Sindelar, D.: *Russia's Ècho Moskvyy under mounting pressure*, RFE/RL, 18. 09. 2008

⁴²³ Sindelar, D.: *Russia's Ècho Moskvyy under mounting pressure*, RFE/RL, 18. 09. 2008

⁴²⁴ Sindelar, D.: *Russia's Ècho Moskvyy under mounting pressure*, RFE/RL, 18. 09. 2008

⁴²⁵ www.laender-analysen.de/russland/pdf/Russlandanalysen058.pdf

Suche nach Arbeit in die Sowjetunion gekommen waren und durch ihre Tätigkeit im Bauwesen, in der Stahl- und Minenindustrie die Industrialisierung des Landes vorantrieben.⁴²⁶ Obwohl sich die Zeitung streng an den offiziellen Kodex hielt – sie verherrlichte beispielsweise die Verfassung Stalins und verurteilte die sogenannten „Volksfeinde“ – gerieten auch die *Moscow News* ins Visier der Staatsmacht. 1937 wurden die beiden stellvertretenden Chefredakteure plötzlich verhaftet und anschließend erschossen. Während der Kriegsjahre erschien die Zeitung sogar zweimal wöchentlich, bis sie schließlich 1949, nach der Verhaftung und anschließenden Exekution des damaligen Chefredakteurs Michail Borodin, eingestellt wurde.

Im Jänner 1956 wurde auf Beschluss der Kommunistischen Partei der Betrieb wieder aufgenommen. Ausgerichtet sollte das Blatt auf Ausländer sein, die sich in der Sowjetunion aufhielten, wie beispielsweise Diplomaten, Auslandskorrespondenten, Fachpersonal oder aber auch für Leser im Ausland. Diese sollten „only about the events in our country and in foreign politics that are advantageous“, informiert werden. „Criticism was not needed. That was the task of Western journalists. We will not sink to their level“, heißt es in der offiziellen Erklärung zur Wiedereinführung der *Moscow News*.⁴²⁷ Und tatsächlich entsprach die Zeitung dem gängigen Journalismus sowjetischer Machart. Verbrechen, Natur- und andere Katastrophen wurden gekonnt ignoriert, diese Themen waren der „Müll“⁴²⁸, mit dem westliche Zeitungen gefüllt waren. Stattdessen widmete man sich lieber den positiven Errungenschaften in der Sowjetunion, und berichtete unter anderem über stetige Produktionssteigerungen in den verschiedensten Industriezweigen, die erfolgreiche Erfüllung des Plansolls und die Künste. Ab 1961 wurden *Moscow News* wieder zur einmal wöchentlich erscheinenden Zeitung, und im Jahr 1964 kam es zu einer einschneidenden Veränderung in der Geschichte des Verlags. Die Zeitung wurde in zwei verschiedene Blätter aufgeteilt. Eine Version war für das Erscheinen im Ausland, die andere Zeitung für englisch sprechende Leser in Russland bestimmt. Inhaltlich unterschieden sich die beiden parallel erscheinenden Ausgaben der Wochenzeitung dadurch, dass das Blatt, das im Ausland erschien, hauptsächlich Artikel aus anderen sowjetischen Zeitungen enthielt, unter anderem der Zeitungen *Pravda*, *Komsomol'skaja Pravda* oder *Izvestija*⁴²⁹, die

⁴²⁶ www.mnweekly.ru/about/history.html

⁴²⁷ www.mnweekly.ru/about/history.html

⁴²⁸ www.mnweekly.ru/about/history.html

⁴²⁹ www.mnweekly.ru/about/history.html

anschließend ins Englische übersetzt wurden und den Schwerpunkt auf russische bzw. sowjetische Themen legte. Außerdem enthielt jede Ausgabe Anleitungen zum Erlernen der russischen Sprache und eine Beilage mit politischen Themen als auch literarischen Beiträgen. So erschien unter anderem Aleksandr Solženicyns Werk „Ein Tag im Leben des Ivan Denisovič“ erstmals in englischer Sprache in ebendieser Beilage.

Die in Russland erscheinende Ausgabe der *Moscow News* unterschied sich dadurch, dass darin Artikel anerkannter amerikanischer oder britischer Zeitungen übernommen wurden, außerdem wurden auch in dieser Version der Zeitung Anleitungen zur Verbesserung der Sprachkenntnisse publiziert, diesmal allerdings für die englische Sprache. Zusätzlich wurden Werke bekannter englischer oder amerikanischer Schriftsteller, teilweise aber auch Texte bekannter westlicher Musiker wie beispielsweise der Beatles, abgedruckt. Obwohl die Kommunistische Partei diese Art von Musik als „kapitalistische Verschmutzung“ betrachtete, erlaubte sie teilweise die Veröffentlichung dieser Texte, auch wenn die Musik selbst legal beispielsweise nicht erhältlich war. Der Widerspruch klärte sich damit auf, dass der Verlag aufgrund des Verkaufs von Zeitungen im Ausland Gewinn erwirtschaftete, der dann dem Staat abgegeben werden musste. Auf diese Weise war es für *Moscow News* möglich, auch Themen oder Artikel zu drucken, die bereits an vorgegebene Tabus stießen. Im Laufe der Jahre wurde das Erscheinen der Zeitung auf andere Sprachen ausgeweitet, darunter waren Ausgaben in Französisch, Spanisch, Deutsch, Ungarisch, Finnisch oder auch Arabisch. Die erste Ausgabe der *Moscow News* auf Russisch, *Moskovskie Novosti* (*Московские Новосту*), erschien schließlich am 6. Juli 1980. Besonders eingesetzt hatte sich dafür der Vorsitzende der APN (Agentstvo Pečati Novosti), der heutige RIA-Novosti (Rossijskoe Informacionnoe Agentstvo) Presseagentur. Die russische Version der Zeitung sollte schließlich auch unter dem Verlag der Nachrichtenagentur APN bleiben und nicht zusammen mit der englischen Version der Zeitung erscheinen. *Moskovskie Novosti* richtete sich in erster Linie an alle Leser, die Informationen auch außerhalb der üblichen Propaganda beziehen wollten. So erklärte Nikolaj Efimov, der erste Chefredakteur der Zeitung, die anfangs erschienen Ausgaben enthielten genau sieben Seiten, davon waren „drei Seiten heftigste Kritik, vier Seiten Vorschläge“⁴³⁰. Nichtsdestotrotz waren die ersten Jahre nach Wiederinbetriebnahme der Publikation nicht von besonders großem Erfolg geprägt, die Zeitung verkaufte sich nur mäßig. Dies

⁴³⁰ Тираж был ограничен, из: Московских Новостей, № 25, 27 июня – 3 июля 2000

änderte sich schließlich, als Egor Jakovlev 1986 Chefredakteur der Zeitung wurde. Das Einsetzen der Perestrojka unter Gorbačev und die damit einhergehende beginnende Liberalisierung des öffentlichen Lebens machten es dem ehemaligen Auslandskorrespondenten der angesehenen Tageszeitung *Izvestija* leichter, den Nerv der Zeit zu treffen. Heute wird Jakovlev als „Reformer“, vor allem aber als unabhängiger Journalist gesehen, der maßgeblich den Verlauf der Perestrojka beeinflusst hat. Tatsächlich gelang es ihm, das Wochenblatt innerhalb kurzer Zeit zu einer der angesehensten Zeitungen des Landes zu machen. In der Geschichte der Zeitung *Moscow News* wird heute angeführt:

[...] MN (Moskovskie Novosti) reached out and gave the readers what they wanted – real articles that spoke of the truth and the everyday struggle of the people. Because MN never considered itself an instrument of any particular governmental group, the freeing of the press gave it the opportunity to openly address the democratic processes. [...]
[...] People would wake up at 6 a.m. to line up at kiosks to buy their copy of MN.⁴³¹

Durch die – im Gegensatz zu den restlichen sowjetischen Printmedien – gut recherchierten Artikel und Analysen, die auch mit politischer Kritik nicht sparten, erregte das Blatt besonders viel Aufmerksamkeit. Laut Angaben von Jakovlev erhöhte sich die Auflagenzahl aller Ausgaben (der russischsprachigen als auch die Ausgaben in den anderen Sprachen) von 819.500 Stück im Jahr 1982 auf 962.000 im Jahr 1989. Das entspricht einer Auflagensteigerung von 17,5 % in sieben Jahren. Noch interessanter ist jedoch der wahrliche Ansprung der russischen Ausgabe der Zeitung, der *Moskovskie Novosti*. Hier betrug der Wachstum sagenhafte 120,6 % für den gleichen Zeitraum, von einer Auflage von ca. 165.000 Stück im Jahr 1982 auf 364.000 Stück 1989⁴³². Der Zusammenhang ist hier im Detail zu betrachten. Laut einer 1991 durchgeführten Inhaltsanalyse hatte sich die Bandbreite der Themenbereiche sowie der einzelnen Themen stark verändert. Während in den untersuchten Ausgaben der *Moskovskie Novosti* von 1982 noch verstärkte Aufmerksamkeit auf die Themenbereiche Lebensstandard/Konsumgüter/Leistungen, Staatliche Industrie und Landwirtschaft, Bildung und Jugend, Gesundheit/Medizin, Kunst und Kultur, Wissenschaft/Technologie, Sport/Freizeit und Internationale Nachrichten gerichtet wurde, änderte sich das in den folgenden Jahren teilweise einschneidend. In den Untersuchungen der Ausgaben von

⁴³¹ www.mnweekly.ru/about/history.html

⁴³² Schillinger, Elisabeth / Porter, Catherine: *Glasnost' and the Transformation of Moscow News*, Journal of Communication 41, 1991, 131

1989 waren andere Themen dominierend, darunter verstärkt die Innenpolitik der Regierung und der Kommunistischen Partei, Kriminalität und das Justizwesen, Presse und Medien, Religion, Natur- und andere Katastrophen oder Geschichte bzw. historische Personen. Am stärksten wurde eindeutig das Thema Innenpolitik erläutert. In diesem Bereich wurden genau zwölfmal so viele Berichte im Jahr 1989 gezählt als im Vergleichsjahr 1982. Andere Themen, wie Kriminalität oder Presse-/Medienwesen wurden im Vergleich zu 1989 im Jahr 1982 so gut wie nicht erwähnt.⁴³³ Es ist also anzunehmen, dass sich die Zeitung vor allem deshalb in kürzester Zeit derartig erfolgreich verkaufen ließ, weil sich die Redaktion an anderen Themenschwerpunkten orientierte, weg von der üblichen Art des Schönfärbe-Journalismus der restlichen sowjetischen Medienlandschaft. In Bezug auf die verstärkte Konzentration auf die Innenpolitik und die ansteigende Kriminalität wurde auch erstmals vermehrt Kritik in den Artikeln der *Moskovskie Novosti* geübt. War es bisher üblich, Kritik eher im „positiven Sinne“ darzustellen, so tauchte, wenn auch nicht direkte Kritik an Gorbachev, so doch Kritik am System auf, insbesondere an den geltenden Privilegien und Beziehungen für Parteifunktionäre. Die Inhaltsanalyse zeigte außerdem, dass 1989 negative Meldungen die Positiven deutlich überwogen, während das 1982 noch genau umgekehrt war. Während weniger als 5 % der Berichte von 1982 einen negativen Einschlag hatten, konnten 1989 bereits mehr als 70 % der Artikel als negativ klassifiziert werden.⁴³⁴

Unbestritten war der Einfluss der *Moskovskie Novosti* unter der Leitung Egor Jakovlevs in der Phase der Perestrojka, darin sind sich Medienvertreter und Experten auch heute noch einig. Doch auch nach dem Ende der Sowjetunion und in der Phase des Umbruchs, der beginnenden Transformation und in den Jahren unter der Präsidentschaft El'zins, hatte die Zeitung für die Liberalisierung enormen Einfluss, auch wenn sich die Leserzahlen aufgrund des enormen Anstiegs der Armut allein zwischen 1991 und 1992 mehr als halbiert hatten. Während im Laufe des Putsches und der Augustkrise, die sich 1991 zwischen den Kontrahenten Gorbachev und El'zin abgespielt hatte, die meisten Publikationen mehr oder weniger stark eine der beiden Seiten favorisierte, stellten *Moskovskie Novosti* alle Protagonisten kritisch dar. Doch auch die restriktive Haltung der Regierung, die während der Krise vorübergehend sogar einige Publikationen

⁴³³ Schillinger, E. / Porter, C.: *Glasnost' and the Transformation of Moscow News*, 1991, 135

⁴³⁴ Schillinger, E. / Porter, C.: *Glasnost' and the Transformation of Moscow News*, 1991, 142

schließen ließ, konnten den Einfluss von demokratischen Kräften auf die Berichterstattung nicht mehr abwenden. So wurde in Moskau noch am 21. August, dem Tag des Putsches, das Verlagshaus *Moskovskaja Pravda* geschlossen, das auch andere Blätter, darunter *Moskovskie Novosti*, vertrieb. Bei den Redaktionen reagierte man jedoch flexibel, und ließ die Zeitungen woanders drucken, *Moskovskie Novosti* wurden vorübergehend in Moldavien oder Estland hergestellt, um sie schließlich wieder nach Moskau zu importieren. Um die Kontrolle über den Medienmarkt wiederherzustellen, versuchte die Regierung mit restriktiven Maßnahmen gegenzusteuern. So gewährte die russische Regierung allein im Jahr 1992 der Presse circa 24 Milliarden Rubel an Subventionen und finanziellen Unterstützungen, die auf rund 400 verschiedene Publikationen verteilt wurden.⁴³⁵ Liberalen Publikationen wurde dabei jedoch eher wenig von diesen Zuschüssen zuteil. Die Regierung schreckte auch nicht davor zurück, durch personelle Umbesetzungen bei einigen Printmedien die Situation „wieder unter Kontrolle“ bringen zu wollen. Erstmals kam es auch zu offenen Drohungen und gewalttätigen Übergriffen gegenüber Journalisten, wie beispielsweise einem Brandanschlag auf das Redaktionsgebäude der *Moskovskie Novosti*. Hinzu kam für die Zeitung im Herbst 1991 erstmals eine „Verwarnung“, nach einer zweiten offiziellen Verwarnung würde es dem Ministerium der RF für Angelegenheiten zu Presse, Fernseh- und Radioübertragung und Mitteln der Masseninformati on rechtlich zustehen, die MN-Redaktion, wie auch jede andere Redaktion, schließen zu lassen.

Auch nachdem Jakovlev 1992 die Redaktion der *Moskovskie Novosti* verlassen hatte, behielt diese ihren kritisch berichterstattenden Kurs bei. Die Transformationsjahre und insbesondere die schwere Wirtschaftskrise von 1998 machten aus dem ehemaligen Perestrojka-Vorzeigeobjekt jedoch mehr oder weniger ein Nischenprodukt. Während in einem der wichtigsten Zeitpunkte der Reformjahre, 1991, die Zeitung noch über eine Auflagenstärke von 1.750.000 Exemplaren pro Ausgabe verfügte, so verringerte sich diese Zahl bis 1998 auf ca. 140.000 Exemplare und lag zu Beginn des neuen Jahrtausends, 2001, nur mehr bei 118.000 pro Ausgabe.⁴³⁶ Wesentliche Veränderungen brachten die letzten Jahre der Zeitung mit sich. Nachdem der Unternehmer Michail Chodorkovskij die Zeitung im Jahr 2003, wenige Monate vor seiner eigenen Verhaftung, erwarb, machte er Evgenij Kiselev zum Chefredakteur. Der angesehene Journalist hatte

⁴³⁵ Wendler, Hauke: *Russlands Presse zwischen Unabhängigkeit und Zensur. Die Rolle der Printmedien im Prozess des politischen Systemwandels 1990 bis 1993*, Münster, 1995, 107

⁴³⁶ Gladkov, S.: *Macht und Ohnmacht der „vierten Gewalt“*, 2001, 88

bis 2001 beim Fernsehsender NTV als Moderator und Generaldirektor gearbeitet und war aufgrund seiner kritischen Berichterstattung einer der meistgesehenen Moderatoren des Landes. Nach der Übernahme des Most-Media – Imperiums (inklusive NTV) durch Gazprom, verließ Kiselev, gemeinsam mit anderen Redakteuren, NTV, um Generaldirektor beim Fernsehsender TV-6 zu werden. Dieser Sender wurde jedoch 2002 aufgrund eines Urteils des Höchsten Schiedsgericht der Russischen Föderation geschlossen. Kurze Zeit später übernahm Kiselev den Posten des Generaldirektors beim Fernsehsender TVS, bis auch dieser 2003 vom Ministerium der RF für Angelegenheiten zu Presse, Fernseh- und Radioübertragung und Mitteln der Masseninformati on, geschlossen wurde. Schließlich bekam Kiselev das Angebot, bei der eben erst von Michail Chodorkovskij erworbenen Zeitung *Moskovskie Novosti* die Redaktion zu leiten. Auch hier behielt Kiselev seinen äußerst kritischen Kurs gegenüber der Staatsmacht bei, was sich in der Art der Berichterstattung bemerkbar machte. Die Zeitung hatte zwar auch zuvor kritisch berichtet, die Artikel waren eher ausgewogen, mit einem größeren Teil Innenpolitik und einem kleineren Teil Außenpolitik sowie anderen Themenbereichen gewesen. Während der Leitung Kiselevs waren die Schwerpunkte ähnlich verteilt, jedoch konnte man in der Innenpolitik-Abteilung eine verstärkte Konzentration auf die Person Vladimir Putin erkennen. Die Berichterstattung über den Präsidenten oder dessen Politik war jedoch eindeutig von einem negativen Einschlag gekennzeichnet.

Obwohl die Wochenzeitung *Moskovskie Novosti* im Jahr 2005 russlandweit nur ein Prozent, und auch im Großraum Moskau bloß vier Prozent⁴³⁷ der Leserzahlen erreichte, drängt sich der Eindruck auf, dass die Publikation der Regierung unbequem geworden war. Anders ist es wohl schwer zu erklären, warum sich Arkadij Gajdamak, ein Unternehmer mit russischer, israelischer, französischer, kanadischer und angolischer Staatsbürgerschaft, der eigentlich andere geschäftliche Interessen verfolgt, im Herbst 2005 plötzlich entschlossen hatte, die Zeitung zu kaufen. Die Redaktion erfuhr von diesem fragwürdigen Eigentümerwechsel selbst bloß aus anderen Medien. Gajdamak erklärte seinen Wunsch, eine Zeitung zu besitzen folgendermaßen:

Mir war es völlig egal, ob ich eine bekannte Zeitung, einen Sportklub oder ein bekanntes Markenzeichen kaufe. Die Hauptsache sei, sich den Status eines Menschen zu verschaffen, dessen Meinung man Beachtung schenke. Und dafür sei

⁴³⁷ www.laender-analysen.de/russland/pdf/Russlandanalysen079.pdf

eine Zeitung ein ebenso nützliches Instrument, als würde ein Luftschiff mit der Aufschrift ‚Gajdamak ist ein guter Mensch‘ ständig über Moskau schweben.

Außerdem sagte der Unternehmer, er plane aus den *Moskovskie Novosti* ein regierungsfreundliches Blatt zu machen, denn „wenn in Russland heute die politischen und administrativen Strukturen von Leuten geführt werden, für die in freien, demokratischen Wahlen gestimmt wurde, sei es einfach nicht richtig, die öffentliche Meinung gegen sie aufzubringen“⁴³⁸. Manfred Quiring meinte dazu in der *Welt*:

[...] Damit geht eine Ära im russischen Journalismus zu Ende, das Flaggschiff der Perestrojka wird abgewrackt. *Moskovskie Novosti* wurden zu sowjetischer Zeit als das intellektuellere unter den Auslandspropagandamitteln der Parteiführung geschaffen. Als der damalige KPdSU-Generalsekretär Michail Gorbatschow die Zeit von Glasnost und Perestrojka (Transparenz und Umbau) einleitete, schwang sich die Zeitung sehr schnell zu einem führenden Sprachrohr dieser Politik auf, ihr damaliger Chefredakteur Egor Jakovlev wurde zu einem Vordenker jener Zeit. Auch als Jakovlev zum Fernsehen wechselte und später eine eigene Zeitung herausgab, behielten die *Moskovskie Novosti* ihren seit Beginn der neunziger Jahre eingeschlagenen Kurs auf Demokratisierung und Liberalisierung der Gesellschaft bei. [...] ⁴³⁹

Nachdem Michail Chodorkovskij inhaftiert wurde, konnte er noch eine Zeit lang als Eigentümer der Zeitung auftreten, musste die *Moskovskie Novosti* aber schließlich doch verkaufen. Der inhaftierte Unternehmer übergab die Zeitung an seinen langjährigen Geschäftspartner Leonid Nevzlin, doch nachdem auch gegen Nevzlin, der sich mittlerweile in Israel aufhält, in Russland ein Verfahren wegen Steuerhinterziehung eingeleitet wurde, verkaufte dieser den Verlag an den ukrainischen Medieneigentümer Vladimir Rabinovič, der diesen wiederum im Herbst 2005 an Gajdamak verkaufte. Arkadij Gajdamak war somit der letzte Eigentümer, der die Zeitung bis zu ihrer Einstellung Anfang 2008 leitete. Nach der Auswechslung Evgenij Kiselevs als Chefredakteur der MN, der durch Vitalij Tretjakov ersetzt wurde, konnte man bereits eine inhaltliche Veränderung der Zeitung wahrnehmen. Die Berichte waren zwar weiterhin gut recherchiert, die Themenbereiche glichen sich jedoch wieder etwas mehr aus. Während zuvor ein größerer Teil der Innenpolitik gewidmet wurde, wurde jetzt auch wieder mehr über die internationale Politik berichtet. Was jedoch besonders auffiel, war, dass die Artikel, die die russische Innenpolitik behandelten, weniger häufig von der Person Vladimir Putin handelten, als zuvor. Die Artikel waren zwar weiterhin dezent

⁴³⁸ Quiring, Manfred: *Gedruckte Loyalitätsshow*, Die Welt, 17. 10. 2005

⁴³⁹ Quiring, Manfred: *Gedruckte Loyalitätsshow*, Die Welt, 17. 10. 2005

kritisch gehalten, jedoch konnte man dies nicht ansatzweise mit der Berichterstattung unter Federführung des Vorgängers Kiselevs vergleichen.

Dies macht sich teilweise auch in der Berichterstattung über die vier in dieser Arbeit untersuchten Fälle bemerkbar. Im ersten Fall, der Ermordung Igor´ Domnikov im Jahr 2000, gab es in der Zeitung *Moskovskie Novosti* nach dem tätlichen Übergriff im Mai des Jahres keine einzige Erwähnung. Auch als Domnikov zwei Monate später, im Juli 2000 an den Folgen seiner schweren Verletzungen stirbt, wird darüber in den MN nicht berichtet. Auch das Nicht-Erwähnen eines solchen Vorfalls lässt verschiedene Schlüsse zu. Zum einen spielt möglicherweise die Tatsache eine Rolle, dass es sich bei dem Ermordeten um einen eher „unbekannten“ Journalisten handelte, der für die *Novaja Gazeta* tätig war, eine kleine Moskauer Zeitung, die eine sehr geringe Leserschaft erreicht. Zum anderen könnte ein Grund für ein Fehlen jeglichen Kommentars in der Zeitung sein, dass in Russland, gerade zur Zeit der Jahrtausendwende andere, für die Gesellschaft als wichtiger empfundene Themen in den Medien vorherrschten. Die politische, wirtschaftliche und soziale Situation war zu dieser Zeit noch äußerst unstabil. Die schwere Wirtschaftskrise von 1998 war zudem noch nicht völlig überstanden, zusätzlich hatte der neue Präsident Vladimir Putin gerade erst sein Amt angetreten, die ersten spürbaren Verbesserungen für die Menschen ließen noch auf sich warten. Auch dies könnte ein Grund dafür sein, dass man der Ermordung keinerlei Beachtung schenkte. Die Medien, genauso wie die Gesellschaft insgesamt, betrachteten andere Themen vermutlich als vorrangig. Außerdem könnte es sein, so brual dies auch klingen mag, die Ermordung eines Journalisten vielleicht auch deshalb nicht mehr ein allzu großes mediales Echo hervorrief, weil dies in den vorangegangenen Jahren fast schon zum russischen Alltag gehörte. Demgegenüber stand jedoch der Fall des *Radio Svoboda* – Journalisten Andrej Babickij, der im Jahr 2000 für einige Zeit in Čečenien verschwunden war. Über diesen Fall war in den Medien ausführlichst berichtet worden.

Etwas anders verhält es sich dabei zur Behandlung des Falles von Jurij Ščekočichin. Der liberale Duma-Abgeordnete und Berichterstatter der Moskauer *Novaja Gazeta* starb im Juli 2003 aus bis heute nicht vollständig geklärter Ursache. Kollegen und oppositionelle Politiker in Russland gehen zwar davon aus, dass Ščekočichin einem Attentat zum Opfer fiel, konkrete Beweise ließen sich dafür jedoch nie finden. Tatsache

ist, dass Ščekočichin kurz vor seinem Tod die gleichen Symptome aufwies, wie drei Jahre später der in London getötete ehemalige FSB-Agent Aleksandr Litvinenko.

Über die mysteriösen Umstände, die schließlich zum Tod des *Novaja Gazeta*-Journalisten führten, ist jedoch in dem Artikel in den *Moskovskie Novosti*, der in der zweiten Juliausgabe 2003 erschienen ist, wenig bis gar nichts zu erfahren. Hauptsächlich beschränkt sich der Artikel darauf, einen Nachruf zu verfassen. Der Autor des Artikels beschreibt in eher persönlicher Weise, wie er selbst Ščekočichin kennengelernt hatte, wie sich die Wege der beiden mehrmals kreuzten und was für eine Art Mensch der Verstorbene war. Er beschreibt die Eigenheiten Ščekočichins, die ihn zu einem speziellen Journalisten gemacht hatten, und wie dieser mit Humor und Eigensinn an seine journalistische Tätigkeit heranging. Von den Umständen, den Ungereimtheiten oder eventuellen Vermutungen über den oder die Täter erfährt man in dem Artikel jedoch nichts. Zu diesem Zeitpunkt war die Zeitung *Moskovskie Novosti* jedoch noch nicht im Besitz Michail Chodorkovskijs (er kaufte die MN im September 2003) und damit auch noch nicht unter der Redaktionsleitung Evgenij Kiselevs. Es ist anzunehmen, dass dieser ausführlichere Berichte über den Tod Ščekočichins veranlasst hätte. Außerdem hätte sich dadurch Gelegenheit geboten, Kritik an den Übergriffen gegenüber Journalisten, und damit der weiteren Einschränkung der Pressefreiheit, zu äußern. Kiselev hatte bisher immer wieder die Politik Putins kritisiert, nachdem er diese anfänglich noch gut geheißsen hatte. So sagte Kiselev selbst noch kurz bevor die Ereignisse rund um die Übernahme von Most-Media begannen, dass „keine Presse freier ist als die russische heute...“⁴⁴⁰.

Der nächste untersuchte Fall wurde wesentlich ausführlicher behandelt Nach der Ermordung Paul Chlebnikovs im Juli 2004 erschien in der darauffolgenden Ausgabe der *Moskovskie Novosti* vom 16 – 22 Juli 2004 bereits auf der Titelseite ein Beitrag des Chefredakteurs Evgenij Kiselevs mit dem schlichten Titel «Провокация». Darin stellt er nicht nur anklagende Fragen, von wem oder warum Chlebnikov getötet worden war bzw. wem diese Tat nütze, sondern bedauert auch gleichzeitig, die Hoffnung, dass der Mörder des Journalisten – in diesem Fall – gefunden werde, äußerst minimal sei. Die darauffolgenden Seiten zwei und drei werden vollständig dem aktuellen „Ereignis der Woche“ entsprechend, der Ermordung Chlebnikovs gewidmet. Unter der Überschrift „Ist der Mord am Chefredakteur des russischen *Forbes* Rache?“ erschienen mehrere

⁴⁴⁰ Gladkov, S.: *Macht und Ohnmacht der „vierten Gewalt“*, 2001, 238

verschiedene Artikel, außerdem wurde der Beitrag des Chefredakteurs im Innenteil fortgesetzt. Zwei weitere Artikel über den Mord sind eigentlich Interviews, eines davon mit dem im Londoner Exil lebenden Unternehmer Boris Berezovskij, über den Chlebnikov wenige Jahre zuvor Artikel im *Forbes*-Magazin und schließlich auch ein Buch über dessen Verbindungen zu El'cin und dessen Anhängern verfasst hatte. Obwohl bei den verschiedenen Versionen, die bis dahin rund um die Ermordung des Journalisten kursierten, als Verdächtiger auch der Name Berezovskij fiel, hatte dieser naturgemäß bereits einen anderen Täter ausgemacht. Offen prangert Berezovskij im Interview mit MN an, dass einzig und allein das „heutige russische Regime“⁴⁴¹ hinter der Tat stehe. Außerdem, so Berezovskij, wurde Chlebnikov das „Opfer der Politik Putins, da der Präsident an der Spitze einer von ihm geschaffenen autoritären Machtvertikale steht, und daher für das Geschehene Verantwortung trägt“⁴⁴². Diese Ansicht Berezovskijs ist jedoch nicht weiter verwunderlich, lässt er doch seinem Unmut über die russische Staatsführung, und dabei insbesondere Präsident Putin, bei fast jeder Gelegenheit freien Lauf.

Im zweiten Artikel, der sich auf der Doppelseite befindet, stellt der Berichterstatter der *Moskovskie Novosti* in New York verschiedene Thesen auf, weshalb Chlebnikov getötet worden sein könnte. Dabei kommt er auch auf die Vermutung zu sprechen, die auch Polizei und Staatsanwaltschaft als Erstes anstellten, Chlebnikov sei einem Racheakt zum Opfer gefallen, weil er kurz vor dem Attentat die berüchtigte Liste der „100 reichsten Russen“ erstellt habe. Doch diese Theorie teilt der Autor nicht, denn dass die russischen Oligarchen äußerst wohlhabend sind, war ohnehin auch zuvor kein Geheimnis gewesen. Eine andere Vermutung, die der Verfasser des Artikels äußert, ist ebenfalls nicht besonders neu. Bereits andere Medien hatten gemutmaßt, Chlebnikov sei vielleicht deshalb ermordet worden, weil er etwas „aufgedeckt“ hätte. Dem widersprach allerdings die Aussage des Chefredakteurs des *Newsweek*-Magazins, Leonid Beršidskij, der erklärte, Chlebnikov hätte, seines Wissens nach, in letzter Zeit keine Recherchetätigkeiten unternommen. Anschließend analysiert der Verfasser noch die sich erschwerende Situation von kritisch berichtenden Journalisten in Russland, Chlebnikov war ja nicht das erste journalistische Opfer der letzten Jahre, und sollte auch nicht das Letzte bleiben.

⁴⁴¹ «За этим стоит сегодняшний российский режим.», Борис Березовский, in: Московские Новости, № 26, 16 – 22 июля 2004 г.

⁴⁴² Борис Березовский, in: Московские Новости, № 26, 16 – 22 июля 2004 г.

Das zweite Interview im Fall Chlebnikov wurde mit Valerij Streleckij geführt, der Herausgeber der beiden, von Paul Chlebnikov verfassten Bücher. Seiner Meinung nach entbehrt die Theorie, dass hinter der Ermordung des Journalisten einer der Oligarchen stecken könnte, der sich von dem *Forbes*-Artikel gekränkt gefühlt hatte, jeglicher Logik. Außerdem äußerte er sich auch zu der Frage, ob russische Geheimdienstler für die Tat verantwortlich sein könnten und beantwortet die Frage damit, dass dies unwahrscheinlich sei, da „Paul eher ein Befürworter der gegenwärtigen russischen Machthaber gewesen sei, und kein Gegner.“ Außerdem, so Streleckij, „unterstützte er (Chlebnikov) den Kurs des Kampfs gegen die Oligarchen, denn er war ein wahrer Patriot Russlands“⁴⁴³. Allerdings spricht Streleckij auch davon, dass Chlebnikov angeblich Recherchen für ein neues Buch geplant hatte, in dem es um die Ermordung Vladislav List'evs⁴⁴⁴ gehen sollte.

Der letzte Artikel auf der Doppelseite der *Moskovskie Novosti* zum Mord an Chlebnikov handelt vom Rechtsanwalt eines der Verdächtigen im Journalistenmord Aleksej Sidorov. Der Anwalt war einer der letzten, der mit Chlebnikov gesprochen hatte und berichtete, der Journalist hätte ihm erzählt, er beabsichtige, eine Reihe von Artikeln über den Tod von verschiedenen Journalisten in Russland vorzubereiten.

Am Interessantesten von all diesen Beiträgen ist jedoch der des Chefredakteurs der *Moskovskie Novosti*, Evgenij Kiselev. Dieser vermeidet es, sich in die Diskussionen über Umstände, eventuelle Täter oder Auftragsgeber des Mordes an Chlebnikov einzumischen. Seine Hauptsorge gilt mehr der tristen Ausgangslage für Journalisten wenn diese über gewisse „Tabu“-Themen berichteten, unter anderem über Korruption, wie Chlebnikov das beispielsweise tat. So bemerkt Kiselev etwa, dass an dem Abend, an dem Paul Chlebnikov erschossen wurde, im Fernsehsender NTV das letzte Mal die Fernsehshow «Свобода слова» („Redefreiheit“) auf Sendung ging. Außerdem befürchtet der Chefredakteur der MN, „falls diese Entwicklung anhielte, werden die westlichen Berichtersteller wohl die letzten sein, deren Publikationen einen kritischen Blick auf die Ereignisse, die im Land vorgehen, und einen Blick auf die Handlungen der

⁴⁴³ «Да и Пол был скорее союзником нынешних российских властей, а не противником. Он поддерживал курс на борьбу с олигархами. Был настоящим патриотом России.», Валерий Стрелецкий, in: *Московские Новости*, № 26, 16 – 22 июля 2004 г.

⁴⁴⁴ Der äußerst bekannte russische Fernsehjournalist Vladislav List'ev, der für den Sender ORT (heute *Pervyj Kanal*) gearbeitet hatte, wurde 1995 vor seinem Wohnhaus erschossen. Der oder die Täter bzw. Auftraggeber wurden jedoch nie gefasst. Falls Chlebnikov tatsächlich Pläne schmiedete, ein Buch über den Fall zu veröffentlichen, so wäre dies durchaus von einer gewissen Brisanz gewesen, hatte Chlebnikov doch bereits in seinem 1996 im *Forbes*-Magazin erschienenen Artikel „Der Pate des Kremls“ Boris Berezovskij als Auftraggeber genannt, worauf dieser den Journalisten und das Magazin verklagt hatte.

Machthaber werfen. Die Tötung Chlebnikovs ist ein eindeutiges und bedrohliches Signal für diese, nämlich: die Zunge im Zaum zu halten“⁴⁴⁵. Obwohl er keine konkreten Verdächtigen anspricht, so nennt Kiselev diese Erscheinungen „die düstersten Szenarien der Entwicklung des Landes“⁴⁴⁶.

Zum Zeitpunkt der Ermordung Anna Politkovskajas am 7. Oktober 2006 war Evgenij Kiselev als Chefredakteur der *Moskovskie Novosti* bereits durch Vitalij Tretjakov abgelöst worden, was sich in der Berichterstattung teilweise abzeichnete. Wie bereits nach der Tötung Chlebnikovs wurde auch der ermordeten Journalistin eine ganze Doppelseite gewidmet, doch befindet sie sich nicht mehr auf den Anfangsseiten, sondern erst in der Mitte der Zeitung und nimmt die Seiten 18 und 19 ein. Auch bei diesem Bericht handelt es sich, wie schon bei Chlebnikov, um mehrere verschiedene Artikel. Der erste und gleichzeitig längste Artikel beschreibt ausführlich den Hergang der Tat, den die Polizei aufgrund der Aufzeichnungen von Videokameras sehr genau rekonstruiert hatte, denn sowohl in dem Supermarkt, in dem Politkovskaja noch eingekauft hatte, bevor sie nach Hause fuhr, als auch von der Kamera, die beim Hauseingang installiert war, gab es sehr gute Aufzeichnungen. Im Artikel wird ebenfalls erläutert, dass Politkovskaja eine starke Kritikerin der aktuellen russischen Staatsmacht, vor allem aber der regierenden Mächte in den Kaukasusrepubliken, gewesen war. Dass die Eigentümer der *Novaja Gazeta*, für der Politkovskaja bis zu ihrem Tod geschrieben hatte, eine Belohnung von 25 Millionen Rubel für Informationen zu dem / den Tätern oder Auftragsgebern ausgeschrieben hatten, wird ebenso in dem Artikel erwähnt wie die Tatsache, dass Politkovskaja vor ihrem Tod an einem Artikel über Entführungen und Folter in Čečenien geschrieben hatte, der am 9. Oktober 2006 erscheinen hätte sollen. Auch darüber, dass am Tag nach der Ermordung, dem 8. Oktober am Moskauer Puškin-Platz eine Gedenkveranstaltung unter dem Motto „Wir werden sie ersetzen!“⁴⁴⁷ stattfand, wird in dem Zeitungsartikel informiert. Während bekannte oppositionelle Politiker und Persönlichkeiten, wie der Parteivorsitzende der Partei *Jabloko*, Grigorij Javlinskij, ehemalige Regierungsmitglieder wie Anatolij Čubajs oder Boris Nemcov an

⁴⁴⁵ «Если так дальше пойдет, западные корреспонденты в Москве останутся едва ли не последними, чьи публикации содержат критический взгляд на события, происходящие в стране, на действия власти. Ликвидация Хлебникова – это еще и очень внятный, угрожающий сигнал им: попрдержите язык за зубами.», Евгений Киселев, in: Московские Новости, № 26, 16 – 22 июля 2004 г.

⁴⁴⁶ «... самые мрачные сценарии развития страны.», Евгений Киселев, in: Московские Новости, № 26, 16 – 22 июля 2004 г.

⁴⁴⁷ «Мы ее заменим!», in: Московские Новости, № 39, 13 – 19 октября 2006 г.

Politkovskajas Begräbnis teilnahmen, zu dem laut MN-Artikel mehr als tausend Menschen kamen, wird gleichzeitig kritisiert, dass offizielle Regierungsvertreter in „äußerst dürftiger Zahl vertreten“⁴⁴⁸ waren. Neben verschiedenen politischen Vertretern aus Westeuropa, die ihre Anteilnahme ausgedrückt hatten, und die in dem Artikel zitiert werden, kommt auch der čečenische Präsident (zu diesem Zeitpunkt allerdings noch Premierminister Čečeniens) zu Wort, der ebenfalls sein tiefes Bedauern über das Geschehene ausdrückt, auch wenn „die Publikationen Politkovskajas über die Republik Čečenien nicht immer objektiven Charakters waren“⁴⁴⁹. Am Ende des Artikels kritisiert die Autorin auch die Reaktion des russischen Präsidenten auf die Ermordung der Journalistin. So habe etwa die lange Pause bis zu einer ersten Stellungnahme Putins „entweder die Beteiligung oder die Gleichgültigkeit bewiesen“⁴⁵⁰, wird etwa Ulrich Fischer zitiert, der Leiter der *International Helsinki Federation for Human Rights*. Außerdem wird im Artikel noch erwähnt, dass Putin bei seinem Besuch in Deutschland, wohin er wenige Tage nach der Ermordung Politkovskajas gereist war, von Demonstranten als Mörder bezeichnet und seine Ankunft von protestierenden Menschenrechtsvertretern begleitet wurde. Gegen Ende des Artikels wird auch die erste öffentliche Stellungnahme Putins zu den Ereignissen wiedergegeben. Damals hatte der Präsident erklärt, das Verbrechen sei „abscheulich in seiner Grausamkeit“, betonte aber gleichzeitig, „Politkovskajas Einfluss auf das politische Leben sei äußerst gering gewesen“ und des Weiteren, „der Mord an Politkovskaja habe der Obrigkeit weitaus mehr Schaden zugefügt, denn ihre Publikationen“. Genau diese Worte waren es gewesen, die in westlichen Medien Entrüstung hervorgerufen hatten.

Der nächste Artikel beschäftigt sich eher mit der Frage, wer hinter der Ermordung Politkovskajas stecken könnte. Durch die Tatsache, dass sich die Journalistin jahrelang mit dem Krieg und den Kriegsverbrechen im Nordkaukasus auseinandergesetzt hatte, hatte sie sich mit ihrer Kritik an der regionalen, aber hauptsächlich an der russischen Obrigkeit durchaus eine Menge Feinde gemacht. Trotzdem wäre es zu einfach zu sagen, Politkovskaja hätte den čečenischen Präsidenten Ramzan Kadyrov kritisiert und dieser sie daraufhin töten ließ, so die Grundaussage des

⁴⁴⁸ «Официальные лица были представлены довольно скупо.», in: Московские Новости, № 39, 13 – 19 октября 2006 г.

⁴⁴⁹ «Премьер-министр Чечни Рамзан Кадыров уже заявил прессе, что очень огорчен случившимся, несмотря на то, что материалы Политковской о Чеченской Республике не всегда носили объективный характер.», in: Московские Новости, № 39, 13 – 19 октября 2006 г.

⁴⁵⁰ «...молчание Путина свидетельствует либо о причастности, либо о безразличии.», in: Московские Новости, № 39, 13 – 19 октября 2006 г.

Artikels. Dass der Fall dann doch etwas komplexer ist, erklärt der Verfasser ebenfalls. Für eine Spur nach Čečenien gäbe es sowohl Argumente die dafür, als auch dagegen sprächen. Einerseits, so der Autor, hätte Politkovskaja unangenehme Fakten über die Obrigkeit veröffentlicht, andererseits wäre es auch ein leichtes gewesen, sie bei einer ihrer zahlreichen Reisen in den Kaukasus zu ermorden, dafür hätte man nicht eigens Killer schicken müssen, die sie bis in ihr Wohnhaus in der Moskauer Innenstadt verfolgten. Der Verfasser erklärt schließlich auch noch, es sei ohnehin bekannt gewesen, dass Politkovskaja des Öfteren Drohungen von Geheimdienstkräften bekommen hätte, möglich, „dass einer von ihnen diese wahr machte“⁴⁵¹.

Der dritte Artikel ist eine Art persönlicher Rückblick und eine Beschreibung, was für ein außergewöhnlich Mensch Anna Politkovskaja war. So erzählt Galina Mursalieva, die ebenfalls bei der *Novaja Gazeta* arbeitet, über ihre Kollegin Politkovskaja, diese hätte sich keine Pause gegönnt, als zwei Wochen vor ihrer eigenen Ermordung ihr Vater gestorben war. Politkovskaja war ein ungewöhnlich verständnisvoller Mensch, so die Kollegin, und die Leute scheuten keine Mühe, zu ihr zu kommen, um sie um Hilfe zu bitten.

Ein weiterer kurzer Artikel auf der Doppelseite der Ausgabe ist ein Kommentar von Alu Alchanov, dem damaligen Präsidenten der Republik Čečenien. Dieser lobt Politkovskaja in den höchsten Tönen. Der Präsident hatte die Journalistin auch persönlich gekannt, er sähe den Mord als einen Schlag gegen den russischen Journalismus. Alchanov ist davon überzeugt, dass die Tat von Kräften ausgeführt wurde, denen die positiven Veränderungen in Russland, insbesondere in Čečenien nicht gefielen.⁴⁵² Im gleichen Artikel kommt auch noch ein Lehrer aus Groznyj zu Wort, der davon erzählt, dass er selbst einige Jahre zuvor fälschlicherweise in Groznyj verhaftet und gefoltert worden war. Er berichtet, außer Anna Politkovskaja wollte niemand seine Geschichte drucken und erzählt außerdem davon, dass er überzeugt sei, die Journalistin sei einem Auftragsmord zum Opfer gefallen, denn sie hätte gewiss genug Feinde gehabt.

Der letzte Beitrag stammt vom Chefredakteur der *Moskovskie Novosti*, Vitalij Tret'jakov. Er äußert sich über die verschiedenen Gerüchte und Theorien, die sich in kürzester Zeit über den Mord und die damit verbundene Aufmerksamkeit rankten. Vor

⁴⁵¹ «Известно также, что в адрес Политковской не раз поступали угрозы со стороны действующих или бывших силовиков – возможно, одна из них и была реализована.», in: Московские Новости, № 39, 13 – 19 октября 2006 г.

⁴⁵² «По моему глубокому убеждению, убийство совершено силами, не желающими стабилизации, которым не нравятся позитивные изменения в России, в частности в Чечне.», in: Московские Новости, № 39, 13 – 19 октября 2006 г.

allem die Theorie, dass Politkovskaja am selben Tag ermordet wurde, an dem Präsident Vladimir Putin Geburtstag hat, löste Spekulationen darüber aus, ob man in solch einem Fall noch von purem Zufall sprechen könne. Laut Tret´jakov ist es fast nicht möglich „sich einen schwereren Schlag gegen Putins Image im Westen, und somit ein größeres Geschenk für dessen Feinde und Opponenten vorzustellen“. ⁴⁵³ Für den Mord gäbe es verschiedene Theorien zu beachten, unter anderem könne man den Fall auch deswegen nicht verallgemeinern, weil es in den letzten Jahren zu einigen Auftragsmorden in Russland gekommen sei, so der Chefredakteur der *Moskovskie Novosti*. Für dieses Phänomen gäbe es drei verschiedene Probleme, die als Ursachen gelten könnten, so Tret´jakov. Erstens, weil in den Jahren 2007 und 2008 Parlaments- und Präsidentschaftswahlen in Russland stattfänden, und jemand versuche, diese mit Gewalt zu beeinflussen. Zweitens, dass jemand realen Nutzen aus diesen Morden ziehen könnte, und drittens, dass seit dem Zerfall des sowjetischen Einheitsraumes ohnehin eine vielfach gesteigerte Kriminalität und Gewaltbereitschaft in Russland vorherrsche. Doch sei das „Böse“ nicht mehr nur einfach böse, sondern auch ethnisch strukturiert, denn mit dem Zerfall der Sowjetunion wäre auch eine gewisse „Einheit“ zerfallen, und wenn Ethnien gegeneinander ankämpften, könnte das für das ganze Land zu einer harten Belastungsprobe werden, so Tret´jakov. ⁴⁵⁴

4.3 *Nezavisimaja Gazeta (Независимая Газета)*

Im Jahr 1990 war es in der Sowjetunion, aufgrund des im August des Jahres in Kraft getretenen neuen Pressegesetzes, bereits möglich, dass inoffizielle Gruppen oder Einzelpersonen ein eigenes Medium, sei es nun ein Fernseh- oder Radiosender oder ein Printmedium, gründen. Dies hatte innerhalb kürzester Zeit zu einem regelrechten Boom bei Neuregistrierungen für Medieneinrichtungen geführt. So berichtete die englischsprachige *Moscow News* 1991, dass mit Ende des Jahres 1990:

Some 1.304 periodicals have been registered at the USSR State Committee for Publishing, Printing and Book Trade. [...] Out of those, 603 are completely new newspapers and magazines. ⁴⁵⁵

⁴⁵³ «...Большого подарка врагам и оппонентам Путина и худшего удара по его имиджу на Западе придумать почти невозможно.», in: *Московские Новости*, № 39, 13 – 19 октября 2006 г.

⁴⁵⁴ *Московские Новости*, № 39, 13 – 19 октября 2006 г.

⁴⁵⁵ Schmidt, T.: *Russlands Presse im Wandel*, 1995, 44

Unter den vielen neu erscheinenden Publikationen war auch die *Nezavisimaja Gazeta*, die vom Moskauer Stadtrat (Moccover) gegründet worden war und eine demokratische Orientierung anstrebte. Andere Zeitungen, die ungefähr zur gleichen Zeit vom Stadtrat gegründet worden waren, waren die Zeitungen *Stolica* (die Hauptstadt), *Megapolis-Èkspress* oder *Kuranty* (Turmuhr).⁴⁵⁶ Am 21. Dezember 1990 erschien die erste Ausgabe der *Nezavisimaja Gazeta*, nachdem sich mehrere bekannte Politiker mit eher demokratischer Gesinnung zusammengeschlossen und beschlossen hatten, die „erste unzensurierte Zeitung“⁴⁵⁷ Russlands herauszugeben. Chefredakteur der Zeitung wurde Vitalij Tret'jakov, der bis dahin bei den *Moskovskie Novosti* als Berichterstatter und später ebendort auch als Chefredakteur tätig war, bis deren Erscheinen mit Jänner 2008 eingestellt wurde. Um die demokratische Aufgeschlossenheit des Chefredakteurs zu veranschaulichen, erklärte Marija Rozanova, eine Berichterstatterin der Zeitung:

Ich kenne keinen anderen Chefredakteur, der Artikel abdrucken lassen würde, mit denen er überhaupt nicht einverstanden ist.⁴⁵⁸

Die Redaktion der jungen Zeitung hatte mit einigen Problemen zu kämpfen. Nachdem der Moskauer Stadtsowjet aufgelöst worden war, mussten sich die Zeitungen, die bei diesem gemeldet waren, beim Ministerium der RF für Angelegenheiten zu Presse, Fernseh- und Radioubertragung und Mitteln der Masseninformati on neu registrieren lassen. Eigentlich eine reine Formalitätssache, wurde dem Redaktionsteam der *Nezavisimaja Gazeta* anfangs vom Ministerium die Eintragung als Gründer verweigert. Gleichzeitig wurde versucht, Vitalij Tret'jakov als Chefredakteur auszuwechseln und mit einem regierungsfreundlich gesinnten Redakteur zu ersetzen, schließlich hatte die Zeitung bisher des Öfteren den Kurs El'cins und dessen Anhänger kritisiert.⁴⁵⁹ Bereits im Herbst 1991 wurde die Zeitung, gemeinsam mit der Wochenzeitung *Moskovskie Novosti*, verwarnet, durch eine weitere Verwarnung könnte das Ministerium jede beliebige Redaktion schließen lassen. Dem war vorausgegangen, dass die *Nezavisimaja Gazeta* ein Interview mit dem ukrainischen Vize-Premierminister veröffentlicht hatte, der darin über eventuelle Kriegshandlungen der Ukraine mit Russland spekulierte.

⁴⁵⁶ Schmidt, T.: *Russlands Presse im Wandel*, 1995, 45

⁴⁵⁷ «...так начиналась история существования первой бесцензурной газеты России.», www.newsru.com/background/05aug2005/nezaviska.html

⁴⁵⁸ «Я не знаю другого главного редактора, который печатал бы статьи авторов, с которыми он совершенно не согласен.», www.newsru.com/background/05aug2005/nezaviska.html

⁴⁵⁹ Schmidt, T.: *Russlands Presse im Wandel*, 1995, 72

Nachdem die *Moskovskie Novosti* Teile dieses Interviews abgedruckt hatte, wurde auch diese Zeitung verwarnt.⁴⁶⁰

Mitte der 1990er Jahre kam es bei der Zeitung schließlich zu einer ersten realen Krise, als die finanziellen Ressourcen des *Nezavisimaja Gazeta* – Verlags langsam zur Neige gingen und die Zeitung zeitweise ihr Erscheinen sogar einstellen musste. Im Jahr 1995 war der Verlag auf der Suche nach neuen finanziellen Quellen, schließlich erklärte Boris Berezovskij, dass er 80 % der Zeitung kaufen würde. Obwohl die *Nezavisimaja Gazeta* immer auf unabhängige und kritische Berichterstattung bedacht war, unterstützte sie offen, unter Mitwirkung des Chefredakteurs Tret'jakov, ab dem Jahr 2000 die Linie des neuen russischen Präsidenten Vladimir Putin. Nachdem sich der einflussreiche Oligarch Berezovskij jedoch mit dem Präsidenten überworfen hatte, entließ er Vitalij Tret'jakov 2001 von seinem Posten als Leiter der *Nezavisimaja Gazeta*. Auf die Frage, warum Berezovskij den Chefredakteur entlassen hatte, meinte dieser: „Tret'jakov konnte seinen Hang zur staatlich-patriotischen Rhetorik der neuen Machthaber nicht verbergen“⁴⁶¹. Im August 2005 wurde die Zeitung schließlich von Konstantin Remčukov gekauft, einem Duma-Abgeordneten für die Partei *Union der rechten Kräfte (Союз Правых Сил)* und zum damaligen Zeitpunkt Assistent des ehemaligen Wirtschaftsministers German Gref. Da Remčukov offiziell Staatsbeamter war und infolge dessen derartige Besitztümer nicht erwerben durfte⁴⁶², überließ er den Besitz der Zeitung seiner Frau Elena Remčukova. Die Funktion des Chefredakteurs übernahm Remčukov jedoch selbst. Kritiker befürchteten damals, durch den Besitzerwechsel werde die Zeitung auch loyaler gegenüber der Obrigkeit werden. Im Kreml stand man der Zeitungsübernahme positiv gegenüber. So sagte etwa ein Sprecher der Präsidialadministration, dass „man sich freuen würde, falls die NG eine ausbalanciertere Position einnehme“. Der selbe Sprecher fügte jedoch auch gleich hinzu, dass es „heute ohnehin so viele kritisch ausgerichtete Publikationen gäbe, dass es auf eine mehr oder weniger auch nicht mehr ankäme“⁴⁶³. Remčukov selbst jedenfalls widersprach den Gerüchten, er habe die Zeitung im Interesse Dritter gekauft und erklärte weiterhin, er habe die *Nezavisimaja Gazeta* nur aus Eigeninteresse erworben. Seit der Übernahme der Zeitung durch Remčukov arbeitet dieser als Generaldirektor des

⁴⁶⁰ Gladkov, S.: *Macht und Ohnmacht der „vierten Gewalt“*, 2001, 81, 82

⁴⁶¹ «Третьяков не смог преодолеть своего влечения к государственно-патриотической риторике новых властей.», www.newsru.com/background/05aug2005/nezaviska.html

⁴⁶² www.newsru.com/russia/04aug2005/ng.html

⁴⁶³ www.newsru.com/russia/05aug2005/ng.html

Verlags und der Zeitung und nimmt auch die Stelle des Chefredakteurs ein. Seine Frau Elena Remčukova arbeitet bei der Zeitung sowohl als Stellvertretende Generaldirektorin als auch als Stellvertretende Chefredakteurin.

Was die Berichterstattung zu den herangezogenen Fällen von Journalistenmorden betrifft, so kann man eindeutig feststellen, dass in etwa gleich viele Artikel über diese Fälle in der *Nezavisimaja Gazeta* erschienen waren, wie in den *Moskovskie Novosti*. Mit dem Bekanntheitsgrad des getöteten Journalisten nimmt auch die Quantität der Berichterstattung zu. *Nezavisimaja Gazeta* veröffentlichte zu dem tätlichen Übergriff auf Igor´ Domnikov im Mai 2000 einen kurzen Artikel, sowie einen weiteren Artikel zwei Monate später, als Domnikov verstarb. Der Bericht, der in der NG am 16. Mai 2000 erschien, behandelte kurz die Fakten rund um den gewalttätigen Übergriff gegen den Journalisten der *Novaja Gazeta*. Darin wurde auch erwähnt, dass der oder die Täter, nach Aussage des *Novaja Gazeta*-Chefredakteurs, es ursprünglich vermutlich auf Domnikovs Kollegen Oleg Sultanov abgesehen hatte. Dieser hatte nicht nur im selben Wohnhaus wie der getötete Domnikov gelebt, sondern auch eine Reihe von Informationen bezüglich illegalen Machenschaften im Ölgeschäft veröffentlicht und deswegen auch mehrmals Drohungen erhalten, in denen er aufgefordert wurde, seine journalistischen Untersuchungen einzustellen. Der zweite Artikel über Igor´ Domnikov erschien am 18. Juli 2000, zwei Tage nach dem Tod des Journalisten. Darin wurden noch einmal der Hergang des Übergriffs erläutert und festgestellt, dass von allen anfänglichen Tatversionen am Ende der polizeilichen Untersuchung bloß eine Theorie übrig geblieben war, nämlich, dass der Mord mit dem Erscheinen einiger Artikel in der *Novaja Gazeta* in Zusammenhang stand. Unklar war jedoch weiterhin, ob Domnikov das tatsächliche Ziel des Übergriffs oder einer fatalen Verwechslung zum Opfer gefallen war. Domnikov selbst hatte vor seiner Ermordung zwar mit weniger brisanten Informationen zu tun, doch hatte auch er bereits des Öfteren über den Machtmissbrauch der Obrigkeit in Lipeck, Noril´sk oder Rostov-am-Don berichtet⁴⁶⁴, als er noch in der dortigen Region tätig war, und sich dadurch ebenfalls Feinde gemacht.

Zur Berichterstattung über den Fall Šceckočichin erschienen in der *Nezavisimaja Gazeta* ebenfalls zwei Artikel, jedoch waren diese ausführlicher. Im Artikel, der am 4. Juli 2003 erschien, einen Tag nach dem Tod des Journalisten, ist bereits die Rede davon, dass dieser ermordet worden sei, obwohl zu diesem Zeitpunkt die offizielle

⁴⁶⁴ «Журналист скончался, не приходя в сознание», www.ng.ru/events/2000-07-18/2_journ.html

Todesursache noch gar nicht festgestanden hatte. Dabei wird auch nicht auf Fakten oder Umstände, die zu dessen Tod geführt hatten, näher eingegangen. Eher entspricht der Artikel einem sehr kritischen Nachruf, der gleichzeitig als Anklage gegen das politische System des heutigen Russlands gelesen werden kann. So wird beispielsweise erwähnt, dass Ščeckočichin 1995 von seinem Posten als Fernsehmoderator plötzlich abgesetzt wurde, weil ihm vorgeworfen worden war, mit seiner Art der Berichterstattung „destabilisiere er die Lage im Land“⁴⁶⁵. Die Tatsache, dass Ščeckočichin möglicherweise vergiftet worden sei, erklärt der Autor dadurch, dass sich der Journalist mit „Dingen beschäftigt hatte, für die man bei uns tötet“. Der Verfasser des Artikels verweist außerdem darauf, dass sich der getötete Berichtersteller auch während seiner Tätigkeiten für sowjetische Zeitungen dem Druck des Systems nie gebeugt habe und immer ein freier Mensch geblieben sei. Durch seine überzeugende Tätigkeit als Menschenrechtler, unter anderem für die Menschenrechtsorganisation *Memorial*, setzte er sich außerdem für einen starken Staat, sowie für Staatlichkeit ein, denn seiner Meinung nach bedeutete ein starker Staat vor allem „einen Bereich, in dem nichts als das Gesetz regiere“. Und nach diesem hätten sich „alle Ebenen der Macht zu richten, sowohl die Geheimdienste als auch die Rechtsschutzorgane“. Da dies aber für Ščeckočichin in Russland nicht der Fall gewesen sei, hätte dieser, laut Zeitungsartikel, bereits zuvor des Öfteren gewarnt, dass das Land „dorthin zurückkehre, wovor man davongelaufen war“⁴⁶⁶. Der zweite Artikel, der über Ščeckočichin im August des Jahres 2003 erschien war, behandelte hauptsächlich die Gedenkveranstaltung, die zu Ehren des getöteten Journalisten am 11. August 2003, genau 40 Tage nach dem Mord, im *Zentralen Haus des Journalisten* stattgefunden hatte. Der Artikel gleicht teilweise dem vorangegangenen, da dieser ebenfalls mehr wie ein Nachruf erscheint denn ein informativer Bericht. So beschreibt Sergej Šargunov, der Berichtersteller der *Nezavisimaja Gazeta*, in persönlicher Weise, wie er Ščeckočichin kennengelernt hatte, wie dadurch eine Freundschaft entstanden sei, was für ein Mensch Ščeckočichin gewesen war und wofür er sich eingesetzt hatte.

Die Ermordung des *Forbes*-Journalisten Paul Chlebnikov, der am 9. Juli 2004 in Moskau erschossen wurde, hatte bereits ein breiteres mediales Echo hervorgerufen, wie

⁴⁶⁵ «...дестабилизирует обстановку в стране.», in: *Юрий Щекочихин умер в ,светлом пошлом‘*, Независимая Газета, 4 июля 2003 г.

⁴⁶⁶ «Мы возвращаемся туда, откуда бежали.», in: *Юрий Щекочихин умер в ,светлом пошлом‘*, Независимая Газета, 4 июля 2003 г.

man auch an der Häufigkeit der Berichterstattung in der *Nezavisimaja Gazeta* bemerken konnte. Der erste, längere Artikel über Chlebnikov erschien in dem Blatt am 12. Juli, also drei Tage nach dem Mord. Dieser enthält neben einer kurzen Biographie des Toten auch zahlreiche Fakten rund um den Fall und die ersten Tage nach dem Mord. So erfährt der Leser beispielsweise, dass Chlebnikov, nachdem auf ihn geschossen worden war, nicht gleich tot war, sondern seinem Redaktionskollegen von der Zeitschrift *Newsweek*, der zufällig zur Stelle war, noch verraten konnte, aus welchem Auto auf ihn geschossen worden war, und dass er den oder die Täter nicht gekannt hatte. Aleksandr Gordeev sagte schließlich auch aus, er hätte Chlebnikov noch fragen können, wie so etwas, seiner Meinung nach, geschehen konnte, wo Chlebnikov sich doch seit einiger Zeit nicht mit kompromittierenden Informationen beschäftigt habe. Auch die Tatsache, dass sich bereits kurz darauf das amerikanische Außenministerium zum Mord geäußert und den Wunsch erklärt hatte, über den Verlauf der Ermittlungen auf dem Laufenden gehalten zu werden, wurde in dem Artikel erwähnt. Der Artikel zitiert verschiedene Aussagen von Kollegen, aber auch von Vertretern mehrerer Organisationen, darunter die Sprecher von *Reporters without Borders* oder dem *Russischen Journalistenverband*. Einig sind sich alle in einem: dass nämlich die Ermordung Chlebnikovs mit dessen beruflicher Tätigkeit in Zusammenhang stünde. Dabei lässt in dem Artikel der *Nezavisimaja Gazeta* vor allem die Stelle aufhorchen, wo sich der Verfasser auf die Nachrichtenagentur *RIA-Novosti* beruft, die berichtet haben soll, nach der Veröffentlichung der *Forbes*-Ausgabe vom Mai 2004, in denen bekanntlich die 100 reichsten Menschen Russlands aufgelistet waren, und die für einigen Wirbel gesorgt hatte, habe Chlebnikov selbst gesagt, es sei eine Flut an Drohungen auf ihn zugekommen.⁴⁶⁷ Die Feststellung der Nachrichtenagentur *RIA-Novosti* verwundert doch einigermaßen, ist dies doch das erste Mal, dass diese angebliche Aussage Chlebnikovs veröffentlicht wurde.

Der zweite längere Artikel zur Ermordung Paul Chlebnikovs erschien in der *Nezavisimaja Gazeta* am 25. Februar 2005, ungefähr sieben Monate nach dem Mord. Zwischenzeitlich waren kurze Berichte über die laufenden Ermittlungen veröffentlicht worden, allerdings weder besonders häufig, noch sehr informativ. Der Artikel, der im Februar des Jahres 2005 erschienen war, beinhaltete hauptsächlich den Stand der Ermittlungen, erläuterte aber auch, wie die Beweise der Polizei zu den Verdächtigen

⁴⁶⁷ «...Пол Хлебников говорил, что после публикации на него обрушился поток угроз.», in: *Пола Хлебникова убили ,очень серьезные люди* , Независимая Газета, 12 июль 2004 г.

geführt hatte, von denen es zu diesem Zeitpunkt bereits drei gab, einer davon, ein Čečene namens Musa Bachaev, war bereits im November 2004 verhaftet worden. Die anderen beiden, ebenfalls Čečenen, waren ebenfalls zur gleichen Zeit verhaftet worden, jedoch in der weißrussischen Hauptstadt Minsk. Die Auslieferung der beiden Verdächtigen nach Moskau hatte jedoch bis Ende Februar gedauert. Einer der in Weißrussland verhafteten Čečenen stand außerdem in Verdacht, Beihilfe zum Mord an dem ehemaligen čečenischen Vize-Premier Jan Sergunin geleistet zu haben, der nur ungefähr zwei Wochen vor Chlebnikov in Moskau erschossen worden war.

Ein weiterer Artikel, der am 17. Juni 2005, also fast ein Jahr nach der Ermordung Chlebnikovs, in der *Nezavisimaja Gazeta* erscheint, berichtet davon, dass die russische Generalstaatsanwaltschaft den Fall Chlebnikov offiziell für abgeschlossen erklärt hat. Der Auftraggeber, der den Mord am *Forbes*-Chefredakteur befohlen haben soll, war, nach Ermittlungen des Staatsanwalts, der Čečene Chož-Achmed Nuchaev. Über diesen hatte Chlebnikov sein Buch „Gespräche mit einem Barbaren“ veröffentlicht, und daher, so das Ergebnis der offiziellen Ermittlungen, habe Nuchaev die bereits zuvor Verhafteten angeheuert, Chlebnikov zu töten. Motiv dafür soll die Tatsache gewesen sein, dass Nuchaev in Chlebnikovs Buch negativ dargestellt ist und der Autor dessen Aussagen kritisiert hätte. In einem späteren Artikel, der am 16. Februar 2006, also ungefähr eineinhalb Jahre nach dem Mord an Chlebnikov, in der *Nezavisimaja Gazeta* erscheint, geht es bereits um den Prozess gegen die čečenischen Verdächtigen, gegen die zu diesem Zeitpunkt bereits Anklage erhoben worden war. Es waren natürlich zwischenzeitlich ebenfalls Berichte und Artikel erschienen, die meist recht kurz waren und manchmal auch wenig informativ. Der Bericht beschreibt die etwas verfahrenere Situation vor Gericht, denn der Prozess hatte, aufgrund eines Richterwechsels, ohnehin noch einmal von vorne beginnen müssen, und fand außerdem erneut unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Nun wurden auch die Geschworenen ausgewechselt. Warum, erfährt der Leser allerdings nicht. Dafür kommt jedoch der Anwalt der Angeklagten zu Wort, der erklärt, dass trotz mehrmaligem Antrag auf einen öffentlichen Prozess die Öffentlichkeit erneut ausgeschlossen bleibe. Bis heute ist allerdings niemand wegen des Mordes oder gar des Auftrags zum Mord an Paul Chlebnikov verurteilt worden.

Am Abend des 7. Oktober 2006 starb Anna Politkovskaja, erschossen im Eingangsbereich ihres Wohnhauses in Moskau. Innerhalb kürzester Zeit überschlugen sich Zeitungen, Fernsehen, Radio und Internet mit Meldungen über den Mord, nicht nur

in Russland, sondern weltweit. Der Fall Politkovskaja hat bis heute seine Spuren in der Wahrnehmung der Menschen, vor allem außerhalb Russlands hinterlassen. Sogar Menschen, die nie mit russischer Politik oder Medien in Russland zu tun haben, kennen den Namen, oder zumindest das Gesicht Politkovskajas. Keinem Journalistenmord in Russland ist je soviel Aufmerksamkeit zuteil geworden wie diesem. Nach Anna Politkovskaja konnte auch der Westen, der sich lange, zu lange nicht in innere „Angelegenheiten“ Russlands einmischen wollte, um die guten Beziehungen zum strategischen Partner nicht zu gefährden, nicht mehr länger wegsehen. So war der Mord an der *Novaja Gazeta*-Reporterin nicht nur ein weiterer Beweis dafür, in welche bedenkliche Richtung sich der Rechtsstaat Russland entwickelt, sondern belastete auch die Beziehungen zwischen Russland und den westlichen Ländern. Nach der Ermordung Politkovskajas wurde außerordentlich viel darüber berichtet, die Berichterstattung ebte dieses Mal, wie in den meisten vorangegangenen Fällen von Journalistenmord, auch nicht allzu schnell ab. Die *Nezavisimaja Gazeta* bildete dabei keine Ausnahme. Während am Tag der Ermordung die ersten Meldungen über den Fall auf der Internetseite der Zeitung, wie auch in allen anderen (Online-)Medien rascheste Verbreitung fand, wurde auch am Tag nach der Ermordung noch eher in einer kurzen Meldung, die jedoch alle bis dahin bekannten und wichtigen Fakten enthielt, darüber berichtet. Der erste längere Artikel zum Fall Politkovskaja erschien in der NG am 9. Oktober 2006, zwei Tage nach dem Mord. Der Artikel behandelt eher das Phänomen der Ermordung von Journalisten in Russland, denn im Speziellen den Fall Politkovskaja. So kommt der Verfasser zu dem Schluss, dass die „Säuberung des Medienbereiches mit dem Aufbau der Vertikale der Macht gegangen sei“⁴⁶⁸. Die Frage, was ein unabhängiger Journalist ist, beantwortet Anton Trofimov, der Verfasser des Artikels, dadurch, dass dies ein Einzelgänger sei, ein Ausgestoßener. Und für einen solchen gebe es in Russland genau zwei Möglichkeiten. Entweder weiter das zu tun, was er immer getan habe, sich in die Sache vertiefen und der Unsicherheit ausliefern, oder die bequeme Lösung zu finden, und das zu schreiben und zu sagen, was von einem erwartet wird, eine Art Selbstschutz also. Auch die Selbstzensur, der sich viele Journalisten unterwerfen, sei im Grunde Selbstschutz, so das Fazit des Verfassers. Der Autor erläutert des Weiteren, dass trotz der Tatsache, dass sich viele Journalisten bereits in den Selbstschutz (Selbstzensur) geflüchtet haben, trotzdem noch unvorhergesehene Dinge geschehen, die Situation nicht

⁴⁶⁸ «...зачистка медийного пространства, сопровождающая построение вертикали власти...», in: *Профессия – изгой*, Независимая Газета, 09 октября 2006 г.

immer unter Kontrolle ist. Andernfalls wäre das „Schweigen aller, ich betone, aller! Instanzen der Macht“⁴⁶⁹ wohl nicht so schwer zu erklären.

Ein zweiter Artikel, der ebenfalls am 9. Oktober 2006 erschien, war eine Zusammenstellung von Reaktionen international etablierter Medien. Während einige Publikationen näher auf die Arbeit und das Leben der getöteten Journalistin eingingen, setzte „eine Reihe von Medien den Akzent auf den Konflikt Politkovskajas mit dem russischen Regime“⁴⁷⁰, wie es in dem Artikel einleitend heißt. Und tatsächlich finden sich in den zitierten Zeitungsmeldungen nicht nur Informationen rund um den Mordfall und die Arbeit Politkovskajas, sondern breite Spekulationen, wer hinter dem Verbrechen stehen könnte. Diese reichen von Sergej Lapin, einem Offizier der Miliz, den Politkovskaja immer wieder wegen seiner grausamen Handlungen gegen Zivilisten in Čečenien kritisiert hatte, wie der amerikanische Sender *CNN* mitgeteilt hatte, bis zur Erkenntnis, dass „Politkovskajas mächtigster Feind Präsident Vladimir Putin“ war, wie die englische Zeitung *Independent* festgestellt hatte. Eine andere Theorie wiederum verfolgt die englische Tageszeitung *Guardian*, die erklärt, Mitschuld am Verbrechen könnten die Geheimdienste oder das moskautreue Regime in Čečenien haben, schließlich wurde Politkovskaja an dem Tag ermordet, an dem Präsident Vladimir Putin Geburtstag hat und nur zwei Tage, nachdem der (damalige) Premierminister Čečeniens, Ramzan Kadyrov, dreißig Jahre alt wurde.⁴⁷¹ Diese Tatsachen hätten zu Spekulationen darüber geführt, dass Politkovskajas Tod womöglich als „Geschenk für die beiden“⁴⁷² gedient habe.

Ein weiterer Artikel der *Nezavisimaja Gazeta*-Ausgabe vom 9. Oktober behandelt die Reaktion offizieller Staatsvertreter auf die Ermordung der Journalistin. Während Moskaus Bürgermeister Jurij Lužkov bereits am Morgen nach dem Mord eine offizielle Stellungnahme veröffentlichen ließ, die seine „tiefe Betroffenheit“ ausdrücken sollte, so gab es auch bis zum 9. Oktober noch immer keine offizielle Reaktion, weder von Vertretern der Staatsduma, noch vom Föderationsrat. Und auch aus dem Kreml kamen keine öffentlichen Stellungnahmen. Zurückhaltend waren auch die Reaktionen aus den Regionen. Bis auf den damaligen Präsidenten Čečeniens, Alu Alchanov, der

⁴⁶⁹ «Иначе трудно объяснить молчание всех – подчеркиваю, всех! – ветвей власти и в субботу вечером, и вчера утром. ...», in: *Профессия – изгой*, Независимая Газета, 09 октября 2006 г.

⁴⁷⁰ www.ng.ru/events/2006-10-09

⁴⁷¹ In Čečenien ist es, wie auch im Rest Russlands, einem Kandidaten erst möglich, für das Präsidentenamt zu kandidieren, wenn dieser das 30. Lebensjahr vollendet hat. (Anm. d. Verf.)

⁴⁷² «Это дало почву для спекуляций вокруг того, что ее жизнь стала подарком для них обоих.», in: *Удар по репутации*, Независимая Газета, 09 октября 2006 г.

sich im Interview mit der NG sehr erschüttert zeigte, gab kein anderer Vertreter einer russischen Region eine offizielle Erklärung zum Mord ab. Dass die Tötung eines Menschen, einer Journalistin, mitten im Zentrum Moskaus stattfand, gebe „Anlass für ernsthafte Besorgnis“, so Alchanov. Auf ähnliche Journalistenmorde in Russland angesprochen, meinte Alchanov weiter: „Die Straflosigkeit in ähnlichen Fällen führt immer zu einer Wiederholung gleichartiger Verbrechen.“⁴⁷³

Erstmals meldete sich Präsident Putin zu den Ereignissen bei seinem kurz nach dem Mord stattfindenden Deutschlandbesuch zu Wort. Auf der Pressekonferenz in Dresden erklärte Putin schließlich, dass „Politkovskajas politischer Einfluss sehr begrenzt war und der Mord einen größeren Schaden für Russland anrichten würde, denn ihre Publikationen“. Eine Aussage, die ebenfalls in der *Nezavisimaja Gazeta* zitiert wird und seither insbesondere in westlichen Medien immer wieder genutzt wird, um die „Gleichgültigkeit“ des russischen Staatsoberhauptes zu unterstreichen. Auch über die wachsende Kritik in westeuropäischen Ländern berichtet die *Nezavisimaja Gazeta*. So lässt der Artikel „Auf Putin wartet in Finnland ein beschwerliches Abendessen“, der am 18. Oktober 2006 erscheint, bereits vorab erahnen, dass am Präsidenten auf dem wenige Tage später im finnischen Lachti stattfindenden EU-Gipfel voraussichtlich starke Kritik geübt würde. So wird beispielsweise EU-Kommissionspräsident Jose Manuel Barros zitiert, der ankündigte: „Ich bin dafür, von Putin zu fordern, diejenigen vor Gericht zu bringen, die Politkovskaja getötet haben“⁴⁷⁴. Zu weiteren Verstimmungen der Beziehungen zwischen der EU und Russland sollte es schließlich kommen, als bekannt wurde, dass sich Vertreter der Europäischen Kommission vor dem bevorstehenden EU-Russland-Gipfel dafür aussprachen, beim Gipfeltreffen, bei dem es eigentlich um neue Lieferverträge für Gas gehen sollte, auch die „besorgniserregende Zunahme von Einschüchterungen, Verfolgungen und Morden an unabhängigen Journalisten“⁴⁷⁵ in Russland zur Thematik zu erklären. Durch den Artikel, der über dieses Thema in der *Nezavisimaja Gazeta* am 27. Oktober 2006 erschien, bekommt man den Eindruck, dass die Bedenken und Sorgen von Seiten der EU-Vertreter in Russland nicht ganz verständlich sind. So werden die Argumente immer wieder dezidiert in Anführungszeichen aufgezählt, wie etwa, dass das Europäische Parlament die

⁴⁷³ «Безнаказанность в подобных случаях всегда приводит к повторению аналогичных преступлений.», in: *Безнаказанность ведет к повторению*, Независимая Газета, 09 октября 2006 г.

⁴⁷⁴ «Я сторонник того, чтобы потребовать от Путина предать суду лиц, убивших Политковскую.», in: *Путина ждет тяжелый ужин в Финляндии*, Независимая Газета, 18 октября 2006 г.

⁴⁷⁵ www.ng.ru/world/2006-10-27/5_evrop.html

Ermordung Anna Politkovskajas als „beunruhigendes Phänomen im politischen Leben Russlands“ betrachtet. Außerdem, so der Artikel, würden die europäischen Abgeordneten auf „unabhängigen und effizienten Untersuchungen“ beharren. Durch die Art, wie einige Dinge, wie beispielsweise das Bestreben der EU-Vertreter, von Russland „die Einhaltung von Prinzipien wie die Pressefreiheit zu fordern“ von diesem Zeitungsartikel dargestellt werden, vermittelt den Eindruck, dass es seitens der EU nicht gerechtfertigt sei, derlei Forderungen zu stellen. Zahlreiche weitere Artikel erschienen infolgedessen in der *Nezavisimaja Gazeta*. Viele hatten meist nur oberflächlich mit dem Fall Politkovskaja zu tun, meistens handelte es sich um Berichte über das zunehmend gespanntere Verhältnis zwischen Westeuropa bzw. der EU und Russland. Der Anfang dafür dürfte jedoch darin liegen, dass die EU-Vertreter seit der Ermordung der Journalistin wesentlich bestimmter das Thema aufgegriffen und verstärkt auch Einigkeit und Durchsetzungsvermögen in dieser Angelegenheit bewiesen haben. Weitere Artikel, die in den Monaten nach der Ermordung Anna Politkovskajas in der *Nezavisimaja Gazeta* erschienen, waren wenig informativ. Meist ging es darin ohnehin um andere Themen, die sich zufällig mit der Ermordung der Berichterstatteerin überschneiden oder es ging um die politischen Folgen des Mordes, der, wie erwähnt, die Beziehungen zwischen Russland und der EU, aber auch zu den Vereinigten Staaten verschlechtert hatte. Gerade die Vereinigten Staaten drängten stark auf eine Lösung des Falles, und boten den russischen Behörden auch Hilfe bei der Lösung an, da Anna Politkovskaja auch die amerikanische Staatsbürgerschaft besaß. Bewegung in den Mordfall kam erst im August 2007, ein knappes Jahr, nachdem Politkovskaja erschossen worden war. Am 27. August erschienen mehrere Artikel darüber, dass der russische Generalstaatsanwalt Jurij Čajka mitgeteilt hatte, dass „in das Verbrechen ehemalige und derzeitige Mitarbeiter der Rechtsschutzorgane verwickelt“⁴⁷⁶ seien. Die Rede war von zehn Verdächtigen, die verhaftet worden waren. Gleichzeitig verkündete Čajka, von dem Mord profitiere „jemand, der sich im Ausland aufhalte“⁴⁷⁷. Die Anspielung hierbei war erneut gegen den in London lebenden Oligarchen Boris Berezovskij gerichtet, der mit Präsident Vladimir Putin schon fast einen persönlichen „Kleinkrieg“ führt. Bereits einen Tag später, am 28. August 2007 berichtete die *Nezavisimaja Gazeta*, russische, und insbesondere westliche Medien hätten freudig auf die Nachricht, dass der Mordfall gelöst zu sein scheint, reagiert. Gleichzeitig wird aber auch berichtet, dass die

⁴⁷⁶ www.ng.ru/events/2007-08-27/100_politkovskaya.html

⁴⁷⁷ www.ng.ru/events/2007-08-27/100_politkovskaya.html

Mitarbeiter der *Novaja Gazeta*, der Zeitung, für die Politkovskaja tätig gewesen war, weiterhin ihren eigenen Untersuchungen nachgehen werden.⁴⁷⁸ In Folge erschienen in der *Nezavisimaja Gazeta* immer wieder Artikel, die den Leser über den aktuellen Stand der Ermittlungen auf dem Laufenden hielten. Wenn man die Ereignisse anhand der Berichterstattung in einem chronologischen Ablauf betrachtet, bekommt man jedoch teilweise den Eindruck, dass die Staatsanwaltschaft bzw. die ermittelnden Instanzen selbst nicht ganz überzeugt von ihren Vorwürfen waren. So heißt es beispielsweise nach der Verhaftung von zehn Verdächtigen, dass unter diesen auch ein ranghoher Milizionär vertreten sei. Kurz darauf wird der Oberstleutnant einer Spezialabteilung des Geheimdienstes FSB, Pavel Rjaguzov, wieder entlassen und seine Verhaftung als „ungesetzlich“ erklärt⁴⁷⁹. Wenig später gilt es plötzlich, eine „čečenische Spur“⁴⁸⁰ zu verfolgen, wobei der čečenische ehemalige Bezirksleiter Šamil' Buraev als Auftraggeber des Mordes an Anna Politkovskaja genannt worden war. In einem Interview mit der Zeitung *Izvestija* erklärte der Leiter der Untersuchungskommission bei der Russischen Generalstaatsanwaltschaft, Aleksandr Bastrykin, schließlich, es könne auch nicht ausgeschlossen werden, dass sich der wahre Auftragsgeber des Mordes im Ausland aufhalte, und es sich bei diesem eventuell um den Unternehmer Boris Berezovskij handle.⁴⁸¹

Mehr als eineinhalb Jahre nach der Ermordung Politkovskajas verkündete die Untersuchungskommission der Staatsanwaltschaft am 18. Juni 2008 schließlich, dass der Fall nun abgeschlossen sei.⁴⁸² Beschuldigt, die Tat begangen zu haben, wurden demnach die Brüder Džabrail und Ibragim Machmudov, sowie Sergej Chadžikurbanov. Bei dem zuvor als Auftraggeber verdächtigten Šamil' Buraev habe man festgestellt, dass dieser an dem Mord nicht beteiligt gewesen war, und habe ihn deshalb wieder freigelassen. In dem Artikel, den die *Nezavisimaja Gazeta* an diesem Tag veröffentlichte, kommt auch der Chefredakteur der *Novaja Gazeta* zu Wort. Dabei mahnt Dmitrij Muratov, dass es verfrüht sei, davon zu sprechen, dass der Fall Politkovskaja bereits abgeschlossen sei. Des Weiteren meint Muratov, dass tatsächlich bereits sehr viel getan worden sei, doch dies sollte man nicht als Lösung des Falles

⁴⁷⁸ www.ng.ru/events/2007-08-28/100_politkovskaya2.html

⁴⁷⁹ «Арест подполковника УФСБ Павла Рягузова вновь признан незаконным», in: Независимая Газета, 12 сентября 2007 г.

⁴⁸⁰ «'Чеченский след' привел в Москву», in: Независимая Газета, 17 сентября 2007 г.

⁴⁸¹ «Следствие намекает на границу», in: Независимая Газета, 02 октября 2007 г.

⁴⁸² «Завершено расследование дела об убийстве Анны Политковской», in: Независимая Газета, 18 июня 2008 г.

interpretieren. „Der Mörder befindet sich immer noch in Freiheit und der Auftraggeber wurde noch immer nicht ermittelt“⁴⁸³, wird Muratov zitiert.

Weitere Ungereimtheiten fielen beim Beginn des Gerichtsprozesses gegen die drei Angeklagten auf. Während am 18. November 2008 noch die Nachricht veröffentlicht wird, dass der Prozess im Moskauer Bezirks-Militärgericht offen geführt wird⁴⁸⁴, erscheint bereits einen Tag später das Dementi. Der Prozess wird nun doch für die Öffentlichkeit geschlossen sein, weil die Geschworenen sich geweigert hätten den Gerichtssaal in Anwesenheit der Presse zu betreten.⁴⁸⁵ Im Laufe des Prozesses wurde in der *Nezavisimaja Gazeta* immer wieder über den Prozessverlauf berichtet. Meist waren diese Artikel aber wenig informativ, da eventuell wichtige Informationen, wegen des geschlossenen Verfahrens nicht an die Öffentlichkeit drangen. Am 19. Februar 2009 ging der Prozess schließlich zu Ende, und alle drei Angeklagten wurden von den Geschworenen freigesprochen.⁴⁸⁶ Der Miteigentümer der Zeitung *Novaja Gazeta* und ehemalige Duma-Abgeordnete Aleksandr Lebedev wird in einem Artikel der NG vom 20. Februar 2009, also einen Tag nach der Urteilsverkündung, folgendermaßen zitiert:

Aus meiner Sicht ist das gefällte Urteil eine Folge der Unvollkommenheit des russischen Rechtsschutz- und Gerichtssystems.⁴⁸⁷

Auch der Vorsitzende des *Russischen Journalistenverbandes* äußerte seine Bedenken über den Ausgang des Prozesses:

Leider haben wir uns sehr weit von der Euphorie Anfang der 1990er Jahre wegbewegt, als in der Gesellschaft soviel über die Redefreiheit diskutiert wurde, als die Medien als ‚vierte Gewalt‘ bezeichnet wurde. Meiner Meinung nach ist das, was in diesem Fall geschehen ist, eine Schande für die Obrigkeit.⁴⁸⁸

⁴⁸³ «Убийца все еще находится на свободе, а заказчик не определен.», in: *Независимая Газета*, 18 июня 2008 г.

⁴⁸⁴ «Процесс по делу об убийстве Анны Политковской пройдет в открытом режиме», in: *Независимая Газета*, 18 ноября 2008 г.

⁴⁸⁵ «Процесс по делу об убийстве Анны Политковской будет закрытым», in: *Независимая Газета*, 19 ноября 2008 г.

⁴⁸⁶ «Присяжные оправдали обвиняемых в убийстве Политковской», <http://news.ng.ru/2009/02/19/1235050076.html>

⁴⁸⁷ «На мой взгляд, данный вердикт - это следствие несовершенства российской правоохранительной и судебной системы», in: *Правосудие ошибок*, *Независимая Газета*, 20 февраля 2009 г.

⁴⁸⁸ «Увы, мы очень далеко ушли от эйфории начала 1990-х годов, когда в обществе так много говорилось о свободе слова, когда СМИ называли ‚четвертой властью‘, и, на мой взгляд, в данном случае произошедшее – это позор власти.», in: *Правосудие ошибок*, *Независимая Газета*, 20 февраля 2009 г.

4.4 *Novaja Gazeta (Новая Газета)*

Die dreimal wöchentlich erscheinende Zeitung *Novaja Gazeta* nimmt in Russland eine Art Sonderstellung ein. Sie wurde 1993 von Dmitrij Muratov, der auch heute noch Chefredakteur ist, und einigen anderen Journalisten gegründet, die zuvor für die Zeitung *Komsomol'skaja Pravda* geschrieben hatten. Seit ihrem ersten Erscheinen hat die Zeitung schon einige Rückschläge, vor allem auch persönliche, einstecken müssen. *Novaja Gazeta* gilt, trotz ihrer niedrigen Auflage, als Juwel des unabhängigen russischen Journalismus und konnte sich trotz oder gerade auch wegen ihrer non-konformen Berichterstattung in den letzten Jahren nicht nur behaupten, sondern auch die Auflagenzahl erhöhen und das Erscheinen von zwei auf drei Ausgaben pro Woche erhöhen. Die Redakteure und Journalisten können mehrere internationale Preise und Auszeichnungen vorweisen, mussten dafür jedoch manchmal auch einen vergleichsweise hohen Preis zahlen. Keine andere Zeitung wird derart häufig verklagt, kann aber immerhin noch darauf verweisen, bisher keinen einzigen Prozess verloren zu haben. Meist geht es um Ehrschädigungs-Klagen in Millionenhöhe. Summen, die für die kleine Zeitung eindeutig den (gewollten) Bankrott bedeuten würden.⁴⁸⁹ Insgesamt verfügt das Blatt über ungefähr 30 Mitarbeiter, darunter befinden sich sehr bekannte, die in den letzten Jahren von ihren vorherigen Arbeitgebern „hinausgedrängt“ worden waren. Zusätzlich wird die qualitative Berichterstattung durch ein „dichtes Netz von Korrespondenten in Russland und den Unionsrepubliken“⁴⁹⁰ und durch zahlreiche freie Berichtersteller unterstützt. Als Gerücht gilt, dass die Zeitung ihre gut recherchierten Informationen auch von hohen Regierungsbeamten erhält. Durch die Tatsache, dass sich *Novaja Gazeta* von Beginn an dem investigativen Journalismus verschrieben hat und nicht als Massenblatt auftrat, sicherte sich das Blatt den Platz des Außenseiters in der russischen Presselandschaft. Gelesen wird sie hauptsächlich von Intellektuellen, Regimekritikern oder ausländischen Korrespondenten in Russland. Dass die Zeitung als „Nischenprodukt“ angesehen wird, macht sie auch für die Werbung nicht gerade interessant. So meint Elke Windisch im Tagesspiegel etwa zur finanziellen Lage der *Novaja Gazeta*:

Mit finanziellen Problemen kämpft die Zeitung, seit sie zum ersten Mal erschien. Die Gehälter lagen und liegen erheblich unter dem, was sonst bei Moskauer Zeitungen üblich ist, das Angebot in der Kantine ist sehr übersichtlich, die Möbel,

⁴⁸⁹ Windisch, Elke: *Sperrige Wahrheiten*, Der Tagesspiegel, 14. 10. 2006

⁴⁹⁰ Windisch, E.: *Sperrige Wahrheiten*, Der Tagesspiegel, 14. 10. 2006

Computer und die Drucktechnik sind etwas angejährt. Die Zeitung erscheint in einer Auflage von 520 000 Exemplaren – andere Blätter wie die *Izvestija* verkaufen fünf Millionen Exemplare, *Komsomol'skaja Pravda* fast 20 Millionen – und wird fast ausschließlich in Moskau und den umliegenden Regionen Zentralrusslands verkauft. Zum einen scheitert der landesweite Vertrieb an den Kosten, bedingt durch Entfernungen von bis zu 10 000 Kilometern, vor allem aber auch an mangelnder Nachfrage.⁴⁹¹

Tatsächlich ist die Auflagenzahl in Russland selbst in den letzten Jahren gesunken, durch einen gestiegenen Verkauf im Ausland konnte die Zeitung die Auflage insgesamt jedoch trotzdem erhöhen. Im Juni 2006 entschlossen sich der ehemalige sowjetische Staatspräsident Michail Gorbatschow und der russische Unternehmer und ehemalige Duma-Abgeordnete für die Partei *Einiges Russland*, Aleksandr Lebedev, 49 % der Aktienanteile von *Novaja Gazeta* zu übernehmen, um somit eine finanzielle Absicherung für die Zeitung zu gewährleisten. Lebedev übernahm dabei 39 % der Aktienanteile, Gorbatschow 10 %. Die restlichen 51 % verblieben Eigentum der Redaktion.⁴⁹² Seither erscheint die Zeitung dreimal wöchentlich. Doch auch die scheinbar gesicherte finanzielle Grundlage kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass das Blatt auch weiterhin behördlichen Repressalien ausgesetzt ist. So musste beispielsweise erst im November 2007 die Regionalausgabe von *Novaja Gazeta* in Samara ihr Erscheinen einstellen, nachdem Rechtsschutzorgane bei einer Durchsichtung auch den letzten Computer und zahlreiche Unterlagen mitgenommen hatten. Bereits ein halbes Jahr zuvor, kurz bevor der „Marsch der Nichteinverstandenen“ in Samara stattfand, war die Redaktion bereits mit der Begründung durchsucht worden, die Redakteure verwendeten „nicht-lizenzierte Computer-Programme“⁴⁹³. Zu den größten Rückschlägen in ihrer Existenzgeschichte zählt wohl, dass *Novaja Gazeta* bereits so viele Mitarbeiter durch einen gewaltsamen Tod verloren hat, wie keine andere russische Zeitung. Wenn man bedenkt, dass die Zahl der Journalisten, die für die doch recht kleine Zeitung arbeiten, ohnehin nicht besonders hoch ist, wirkt dies noch dramatischer. Drei von den vier getöteten Journalisten, die für diese Arbeit näher untersucht wurden, schrieben für die *Novaja Gazeta*. Dementsprechend war auch die Resonanz in der *Novaja Gazeta* höher als in anderen Zeitungen, die nicht persönlich betroffen waren.

⁴⁹¹ Windisch, E.: *Sperrige Wahrheiten*, Der Tagesspiegel, 14. 10. 2006

⁴⁹² Hartmann, Jens: *Noch hat der Kreml die Medien nicht restlos unter Kontrolle*, Die Welt, 02. 12. 2007

⁴⁹³ «Новая Газета в Самаре прекращает существование», 11 ноября 2007 г., www.newsru.com/russia/11nov2007/sam.html

Am 16. Juli 2000 starb Igor´ Domnikov an den Folgen seiner schweren Kopfverletzungen, die ihm bereits zwei Monate zuvor ein Unbekannter, der Domnikov vor dessen Wohnung aufgelauret hatte, mit einem Hammer zugefügt hatte. Der Journalist war nicht mehr aus dem Koma erwacht. Domnikov war der erste in einer Reihe von Journalisten, die die Moskauer Zeitung *Novaja Gazeta* in den folgenden Jahren aufgrund von Gewaltverbrechen verlor. Noch während der zwei Monate, in denen Domnikov im Koma lag, bevor er starb, veröffentlichte die Redaktion mehrere Artikel zum aktuellen Gesundheitszustand des Journalisten, und welche polizeilichen Ermittlungen bereits im Gange waren. Fünf Monate nach dem Tod des Kollegen publizierten die Redakteure der *Novaja Gazeta* eine Zusammenstellung aus Kommentaren und Berichten von Domnikov unter dem Titel „Vielleicht gerade deshalb?“⁴⁹⁴, womit versucht wurde, in den Arbeiten des Berichterstatters möglicherweise ein Motiv für die Tat zu finden.

Als Jahre später in der Republik Tatarstan der Prozess gegen eine Verbrecherbande stattfand, unter denen sich auch die mutmaßlichen Mörder Domnikovs befanden, kritisierte Vjačeslav Izmajlov, Berichterstatter der *Novaja Gazeta*, dass sich der Moskauer Unternehmer Pavel Sopot und der ehemalige Vize-Gouverneur der Stadt Lipeck, Sergej Dorovskoj, nicht unter den Angeklagten befanden, sondern nur als Zeugen vor Gericht auftraten.⁴⁹⁵ Die Zeitung habe nämlich allen Grund anzunehmen, dass die beiden sehr wohl als Auftraggeber für den Mord fungiert hatten. So hatte Domnikov gerade diese beiden am Häufigsten in seinen Artikeln kritisiert. Dass die Redakteure beim zuständigen Gericht in Tatarstan eine Erklärung eingereicht hatten, wonach auch gegen Sopot und Dorovskoj ein Verfahren eingeleitet werden sollte, wurde vom Gericht beantwortet. Diese Antwort war dem Artikel beigelegt, doch die Antwort des Verfassers in dem Bericht war mehr als deutlich. Dass man dem Gericht nicht glaube, dass es gegen die Genannten keinerlei Beweise gebe, während Izmajlov alle ihm vorliegenden Beweise aufzählte. So kann der Journalist, der stellvertretend für die ganze Redaktion der *Novaja Gazeta* spricht, den „Fall auch nicht als abgeschlossen betrachten, solange sich nicht alle daran Beteiligten – vom Ausführenden bis zum Auftraggeber – vor Gericht dafür verantworten müssen“⁴⁹⁶. Dies war jedoch nicht das

⁴⁹⁴ «Может быть, именно поэтому?», in: Новая Газета № 74, 25. декабря 2000 г.

⁴⁹⁵ «Губернатор должен сидеть», in: Новая Газета № 18, 15 марта 2007 г.

⁴⁹⁶ «Мы не будем считать дело об убийстве Игоря Домникова оконченным, пока все его реальные фигуранты – от исполнителей до заказчиков – не предстанут перед судом.», in: Новая Газета № 18, 15 марта 2007 г.

erste Mal, dass die Zeitung laut ihre Bedenken dazu äußerte, dass die vermutlichen Drahtzieher des Verbrechens nicht angeklagt wurden. Bereits im Februar 2007 war ein ausführlicher Artikel mit dem passenden Titel „Wer hat den Mord an unserem Journalisten beauftragt?“⁴⁹⁷ in der *Novaja Gazeta* erschienen. Auch darin geht es um den Prozess gegen die genannte Verbrecherbande und man geht der Frage nach, warum sich die mutmaßlichen Drahtzieher des Mordes nicht vor Gericht verantworten müssen. Tatsächlich waren die vermuteten Auftragsgeber des Öfteren Ziel der Berichterstattung nach der Ermordung Domnikovs. So auch in einem längeren Bericht, der zum vierten Todestag des Journalisten im Juli 2004 erschien. Darin geht es erneut um die illegalen Machenschaften, die den Besitzer eines Moskauer Möbelhauses betreffen, der in der Stadt Lipeck Geschäfte betreibt, und den Gouverneur eben dieser Stadt, der ebenfalls illegalen Beschäftigungen nachgehen soll. Genau darüber hatte Domnikov in zahlreichen seiner Artikel geschrieben, und genau dies, so vermuten dessen Kollegen, wäre sein Todesurteil gewesen.⁴⁹⁸ Zusätzlich zu den Berichten über die (Nicht-) Lösung des Falles durch die russischen Rechtsschutzorgane und die Gerichtsbarkeit, verfassten die Redakteure der *Novaja Gazeta* auch jährlich zum Todestag Domnikovs Berichte über ihn, um daran zu erinnern, welch herausragender Mensch er gewesen sei, aber auch um nicht vergessen zu lassen, dass das Verbrechen immer noch ungesühnt geblieben war. So kommentiert und kritisiert der Beitrag, der zum zweiten Todestag von der Redaktion der *Novaja Gazeta* verfasst wurde, auch den immer noch ungeklärten Mord an Domnikov, wie auch an anderen in Russland getöteten Journalisten. „Dass die Mörder Domnikovs, als auch die Mörder von Cholodov, List´ev und Judina⁴⁹⁹ bis heute nicht geahndet wurden, spricht dafür, dass wir bis heute nicht aus der tiefen Grube aus rechtlichem Chaos, Korruption und verbrecherischer Willkür heraus gefunden haben.“⁵⁰⁰

Am 3. Juli 2003 starb erneut ein Journalist der für die *Novaja Gazeta* geschrieben hatte. Juri Ščekočichin, der auch als Abgeordneter der Staatsduma für Sicherheitsfragen der Partei *Jabloko* tätig war, starb nach etwas mehr als einer Woche im Krankenhaus. Auch drei Jahre später konnte das Rätsel um den mysteriösen Tod

⁴⁹⁷ «Кто заказал убийство нашего журналиста?», in: Новая Газета № 08, 05 февраля 2007 г.

⁴⁹⁸ «А босс и ныне там», in: Новая Газета № 50, 15 июля 2004 г.

⁴⁹⁹ Dmitrij Cholodov, Vladislav List´ev und Larisa Judina waren bekannte Journalisten, die alle in den 1990er Jahren in Russland getötet wurden. Bis heute musste sich in keinem der Fälle jemand vor Gericht dafür verantworten. (Anm. d. Verf.)

⁵⁰⁰ «То, что убийцы Домникова – так же, как убийцы Холодова, Листьева, Юдиной, – до сих пор не наказаны, говорит о том, что мы все еще не выбрались из глубокой ямы правового хаоса, коррупции и бандитского беспредела.», *Два года без Игоря Домникова*, in: Новая Газета № 51, 18 июля 2002 г.

Ščekočichins noch nicht gelöst werden. Laut dem offiziellen ärztlichen Befund starb der Journalist damals an einem allergischen Schock, obwohl den Mitarbeitern und Redaktionskollegen nichts davon bekannt gewesen war, dass dieser überhaupt an einer Allergie litt. Weitere Fragen zum plötzlichen Ableben des Kollegen blieben für die Redaktionskollegen auch Jahre später ungeklärt. So versucht der Artikel „Die letzte Angelegenheit Jurij Ščekočichins“ Licht in die mysteriösen Vorgänge zu bringen.⁵⁰¹ Darin wird beispielsweise erläutert, dass der Journalist sich zuletzt häufig mit den illegalen Machenschaften eines Moskauer Möbelhausbesitzers beschäftigte. So konnte Ščekočichin beweisen, dass dieser Geldwäsche betrieb und Millionengelder auf ausländische Konten verteilte. Deswegen, so sind die Kollegen Ščekočichins überzeugt, hatte er im letzten Jahr vor seinem Tod immer wieder telefonische Drohungen erhalten, die ihn oder seinen Sohn betrafen. Des Weiteren, so der Artikel, sei der Duma-Abgeordnete von Freunden beim Geheimdienst mehr als einmal vor einer „ernsthaften Gefahr“ gewarnt worden.⁵⁰² Doch es gab auch noch weitere Ungereimtheiten. Wenn Ščekočichin an einer allergischen Reaktion starb die laut Ärzten ein unbekannter Stoff ausgelöst haben soll, wer hatte ihm diesen dann verabreicht? Weiter unklar blieb auch, warum die Ärzte sich geweigert hatten, den Leichnam der Familie für eine private Obduktion zu überlassen. Seltsam, so der Artikel weiter, mutet auch die Tatsache an, dass alle Ärzte, die damals mit dem Fall betraut waren, drei Jahre später (als der Artikel entstand) nicht mehr in eben diesem Krankenhaus beschäftigt waren. Die Redaktion ließ schließlich auch eigene Untersuchungen von ausländischen Experten durchführen, diese konnten jedoch zu keinem Ergebnis kommen, da zu wenig Material für umfangreiche Untersuchungen vorhanden war. Einig waren sich alle jedoch in einem: nämlich, dass das offizielle Gutachten über den Tod Ščekočichins mehr Fragen aufwarf, als Antworten darauf zu geben.⁵⁰³ Ein Jahr nach dem Tod des Journalisten veröffentlichte *Novaja Gazeta* den Krankenbericht, von der ersten Untersuchung bis zum Koma und anschließendem Tod. Als unmittelbare Todesursache wurde eine schwere, und schließlich völlige Intoxikation angegeben.⁵⁰⁴ Während im Jahr 2003, als Ščekočichin starb, niemand genau sagen konnte, woran er eigentlich gelitten hatte, so hatten die Redakteure und Kollegen der *Novaja Gazeta* spätestens im November 2006 einen dringenden Verdacht. Als in London der ehemalige FSB-Agent Aleksandr Litvinenko

⁵⁰¹ «Последнее дело Юрия Щекочихина», in: Новая Газета № 45, 19 июня 2006 г.

⁵⁰² «Последнее дело Юрия Щекочихина», in: Новая Газета № 45, 19 июня 2006 г.

⁵⁰³ «Последнее дело Юрия Щекочихина», in: Новая Газета № 45, 19 июня 2006 г.

⁵⁰⁴ Новая Газета, № 46, 1 июля 2004 г.

mit einer mysteriösen Erkrankung ins Krankenhaus eingeliefert wird und wenig später, ständig unter medialer Beobachtung stehend stirbt, stellt sich heraus, dass dieser mit dem radioaktiven Stoff Polonium vergiftet worden war. Bereits in einem Artikel, der 2004 in der *Novaja Gazeta* erschienen war, beschrieb der Journalist dieselben Symptome, an denen Ščekočichin gelitten hatte und die später auch bei Litvinenko aufgetreten waren. Auch bei Ščekočichin hatte sich im Laufe der Krankheit die Haut vom Körper gelöst, alle Haare waren in kürzester Zeit ausgefallen, beide Betroffene konnten kein Essen mehr zu sich nehmen und litten auch noch an anderen gleichen Symptomen.⁵⁰⁵ Die Theorie, dass Ščekočichin auf dieselbe Art getötet worden sein könnte wie Aleksandr Litvinenko, wird auch in einem Artikel der *Novaja Gazeta* vom Jänner 2007 näher erklärt. Darin wird ebenfalls erläutert, dass 2003 aufgrund ungenügender Beweise kein Strafverfahren von der Staatsanwaltschaft eingeleitet wurde. Auf neuerlichem Antrag zur Einleitung eines Strafverfahrens, das die Redaktion der *Novaja Gazeta* im Herbst 2006 beantragte, war zum Zeitpunkt, als der Beitrag veröffentlicht wurde, noch keine Antwort eingegangen. Der Verfasser erklärt jedoch, „nach alledem, was in Russland heute geschieht, ist es schwierig, nicht von der Version auszugehen, wonach die Geheimdienste in diese Morde verwickelt sind. Vor allem nachdem wenige Monate vor dem Tod des ehemaligen FSB-Agenten auf Befehl von Präsident Putin die Duma den Geheimdiensten erlaubt hatte, außergerichtliche ‚Bestrafungen‘ durchzuführen, auch im Ausland“⁵⁰⁶. Neben den regelmäßigen Erwähnungen und Erinnerungen an Ščekočichin in der *Novaja Gazeta* zu dessen Todestag oder Geburtstag, erschienen in der Zeitung auch zahlreiche Artikel, die dessen Beiträge betrafen. Im April 2008 konnte die *Novaja Gazeta* schließlich einen Teilerfolg im Bemühen um die Aufnahme eines Strafverfahrens im Mordfall Ščekočichin verbuchen. An diesem Tag wurde nämlich von der Untersuchungsbehörde der russischen Staatsanwaltschaft bekanntgegeben, dass diese ein Strafverfahren im Todesfall des Duma-Abgeordneten und stellvertretenden Chefredakteur der *Novaja Gazeta*, Jurij Ščekočichin, einleiten werde. Die Redaktion erhoffte sich dadurch, herauszufinden, was tatsächlich mit dem ehemaligen Kollegen geschehen ist. In dem Artikel wird des Weiteren erklärt, dass die Redaktion zuvor bereits 2003 und 2006

⁵⁰⁵ «Врачебная тайна», in: Новая Газета № 46, 1 июля 2004 г.

⁵⁰⁶ «Но, согласитесь, на фоне всего того, что происходит в России сегодня, трудно отказаться от версии, что к этому убийству причастны именно спецслужбы. Тем более что всего за несколько месяцев до гибели бывшего офицера ФСБ по требованию президента Путина Госдума разрешила спецслужбам осуществлять внесудебные расправы и за рубежом.», *Запасные органы*, in: Новая Газета № 01, 11 января 2007 г.

erfolglos Anträge zur Aufnahme eines Strafverfahrens gestellt hatte.⁵⁰⁷ Der Bericht klärt erneut die Umstände, die, so vermutet man, womöglich zu einer Tötung des Journalisten geführt haben könnten. Schließlich hatte Šćekočichin bereits Monate vor seinem Tod anonyme Drohungen erhalten. Dass dieser sich, bevor er erkrankte, auf eine Reise in die Vereinigten Staaten vorbereitet hatte, wird ebenfalls in dem Artikel als mögliches Motiv für eine Vergiftung dargestellt. So hätte sich der Journalist in den USA mit Vertretern der Rechtsschutzbehörden treffen sollen, um den Fall der Geldwäsche des bereits erwähnten Unternehmers, der auch in den Vereinigten Staaten „tätig“ gewesen sein soll, näher zu besprechen. Šćekočichin galt als Schlüsselfigur in den polizeilichen Ermittlungen, da er den Fall erst ins Rollen gebracht hatte. In die Verbrechensorganisation, die ihre Kreise auch in Deutschland und den Vereinigten Staaten zog, waren rund um den besagten Möbelhausbesitzer auch ranghohe FSB-Agenten sowie Mitarbeiter der Staatsanwaltschaft und sogar der ehemalige Minister für Atomenergie selbst verwickelt.⁵⁰⁸ Dadurch, dass Šćekočichin durch eine parlamentarische Anfrage überhaupt erst Untersuchungen und ein strafrechtliches Verfahren durch die Staatsanwaltschaft einleiten konnte, hatte er sich wohl genügend Feinde geschaffen. Während einer Geschäftsreise nach Rjazan´ am 17. Juni 2003 erkrankte Šćekočichin. Er beklagte sich über starke Kopf- und Gelenkschmerzen, starkes Fieber und ein seltsames starkes Brennen der Haut. Innerhalb weniger Tage wurde sein Zustand schlimmer, woraufhin er am 21. Juni mit starken Vergiftungserscheinungen ins Moskauer Zentrale Klinikkrankenhaus eingeliefert wurde, wo er schließlich am 3. Juli verstarb. Nachdem als offizielle Diagnose für den Tod eine starke toxisch-allergische Reaktion angegeben worden war, wurde dies allerdings von den Kollegen der *Novaja Gazeta* angezweifelt. Die Ärzte im Krankenhaus hatten außerdem den Verdacht geäußert, bei den Symptomen, die Šćekočichin aufwies, könnte es sich um das sogenannte Lyell-Syndrom handeln, eine Krankheit bei der sich die Haut ablöst, wenn man an einer gewissen, meist medikamentös verursachten, toxisch-allergischen Reaktion leidet. Nach näherer Betrachtung dieser These setzten sich die Kollegen der Zeitungsredaktion mit britischen Ärzten und Wissenschaftlern in Verbindung, die allesamt erklärten, Šćekočichin habe nicht an dieser Krankheit gelitten.

⁵⁰⁷ «По факту смерти Юрия Щекочихина возбуждено уголовное дело», in: Новая Газета № 19, 25 февраля 2009 г.

⁵⁰⁸ «По факту смерти Юрия Щекочихина возбуждено уголовное дело», in: Новая Газета № 19, 25 февраля 2009 г.

Von der Einleitung eines Strafverfahrens erhoffe die Redaktion der *Novaja Gazeta* zu erfahren, was tatsächlich passiert ist.⁵⁰⁹

Nachdem am Abend des 9. Juli 2004 *Forbes*-Chefredakteur Paul Chlebnikov vor dem Redaktionsgebäude der Zeitschrift erschossen worden war, erschien der erste Artikel in der *Novaja Gazeta* über den Vorfall am 12. Juli des Jahres. Darin werden unter anderem die gängigen Theorien erklärt, wonach möglicherweise die Veröffentlichung der 100 reichsten Menschen Russlands im *Forbes*-Magazin zwei Monate zuvor, welche für viel Wirbel gesorgt hatte, als Motiv hinter der Ermordung stehen könnte. Auch die Möglichkeit, der Unternehmer Boris Berezovskij könnte hinter dem Mord stecken, da Chlebnikov über diesen wenig Positives in seinen Artikeln und seinem ersten Buch zu berichten wusste, wird in Erwägung gezogen. In dem Bericht wird Chlebnikov jedoch selbst zitiert, als er in einem Radiointerview mit *Écho Moskvy* auf die Frage, ob er denn möglicherweise Druck oder Drohungen seitens der von ihm kritisierten Elite des Landes fürchte, geantwortet hatte, „diejenigen, mit denen ich gesprochen habe, haben völlig normal darauf reagiert, und diejenigen, die in der Presse behandelt werden, entrüsten sich öffentlich“.⁵¹⁰ Am 19. Juli 2004 veröffentlichte *Novaja Gazeta* einen längeren Bericht zum Mord an Chlebnikov. Die Verfasserin, Julija Latynina, auch bekannt durch ihre Diskussionssendungen bei Radio *Écho Moskvy*, behauptet jedenfalls, dass es ihrer Meinung nach drei verschiedene Versionen für die Tötung des Journalisten gegeben habe, welche wären: „Eifersucht, Idioten und Čečenen“.⁵¹¹ So ist Latynina überzeugt davon, dass der Staat bzw. die Obrigkeit oder gar die Geheimdienste keinen Nutzen aus dem Tod des amerikanischen Journalisten gezogen hätten, daer diese ja auch nicht kritisiert hatte. Die Berichterstatterin geht eher davon aus, dass es sich bei dem Drahtzieher um den čečenischen Rebellenführer Chož-Achmed Nuchaev handelt. Dieser fühlte sich von dem Buch, das Chlebnikov über ihn veröffentlicht hatte, wenig geschmeichelt und wählte daher als Vergeltung nicht das „Instrument westlich verbreiteter Zivilisation“ mithilfe eines Gerichts, da dies „wenig effektiv“ wäre.⁵¹² Als hauptsächliche Begründung für den Verdacht gegen Nuchaev meint Latynina, dass die čečenischen Kämpfer zwei Ziele verfolgt hätten: nämlich den

⁵⁰⁹ «По факту смерти Юрия Щекочихина возбуждено уголовное дело», in: Новая Газета № 19, 25 февраля 2009 г.

⁵¹⁰ «...Хлебников заявил, что те, с которыми он говорил, вполне нормально на это отреагировали, а те, которые котировались в прессе, естественно, публично негодуют.», in: Новая Газета № 49, 12 июля 2004 г.

⁵¹¹ «Чем громче убийство, тем мельче причин», in: Новая Газета № 51, 19 июля 2004 г.

⁵¹² «Чем громче убийство, тем мельче причин», in: Новая Газета № 51, 19 июля 2004 г.

Journalisten „für seine starken Beleidigungen zu bestrafen“, und dies außerdem „der russischen Obrigkeit anzudichten“.⁵¹³

Etwa ein Jahr nach der Ermordung Chlebnikovs erschien in *Novaja Gazeta* ein kurzer, aber interessanter Beitrag. Demnach hatte sich eine Gruppe westlicher Journalisten, die sonst Verbrechenfälle und illegale Machenschaften untersucht, entschlossen, „diejenigen zu finden, die den Mord am Chefredakteur der russischen Ausgabe des *Forbes*-Magazins, befohlen haben“.⁵¹⁴ Denn, so der Bericht, der keine näheren Angaben zur Identität der Personen gibt, weder das amerikanische Außenministerium, noch Familie und Freunde oder Kollegen Chlebnikovs würden der offiziellen Version Glauben schenken. Zwar werden in dem Artikel keine dezidierten Informationen gegeben, wie die Gruppe ihre eigenen Untersuchungen leiten möchte und wer diese Personen eigentlich sind, doch dürfte es sich bei dem Unterfangen um das „Projekt Chlebnikov“⁵¹⁵ gehandelt haben. Die restlichen Artikel, die in *Novaja Gazeta* über den Fall Paul Chlebnikov veröffentlicht wurden, behandelten meist eher kurz das Geschehen rund um den bzw. die Gerichtsprozesse. Ein Jahr nach dem Mord wurden drei Čečenener angeklagt, die beschuldigt worden waren, Paul Chlebnikov im Auftrag von Chož-Achmed Nuchaev getötet zu haben. Sowohl Journalistenvertreter, wie beispielsweise Oleg Panfilov, Leiter des „Zentrums für Journalismus in Extremsituationen“, als auch die Familie Chlebnikovs hatten betont, dass nicht die wahren Täter vor Gericht gebracht worden seien. Der Prozess, der mit einem Freispruch für alle drei Angeklagten geendet hatte, wurde auf Bestreben des Obersten Gerichtshofs im Herbst 2006 wieder aufgenommen.⁵¹⁶ Dabei kam es zu Formfehlern, die den Prozess immer wieder unterbrachen.⁵¹⁷ Bis heute ist der Fall Paul Chlebnikov ungeklärt.

Der Mord an Anna Politkovskaja am Abend des 7. Oktober 2006 in Moskau geschah nicht ganz überraschend, am Wenigsten wohl für sie selbst. Die Journalistin hatte häufig anonyme Drohungen erhalten, lebte bereits 2001 für mehrere Monate in Wien, dabei musste sie ihren Aufenthaltsort immer wieder wechseln. 2003 wurde sie auf einer ihrer Reisen nach Čečenien für kurze Zeit von Milizionären entführt. Auf dem

⁵¹³ «Чем громче убийство, тем мельче причин», in: Новая Газета № 51, 19 июля 2004 г.

⁵¹⁴ www.novayagazeta.ru/data/2005/55/02.html

⁵¹⁵ www.projectklebnikov.org

⁵¹⁶ «Верховный суд России 9 ноября отменил оправдательный вердикт присяжных в отношении трех обвиняемых по делу об убийстве главного редактора русской версии журнала Forbes Пола Хлебникова», in: www.novayagazeta.ru/news/500.html

⁵¹⁷ «Приостановка процесса по делу Хлебникова признана законной», in: www.novayagazeta.ru/news/220977.html

Weg zur Geiselnahme von Beslan im Jahr 2004 wurde sie im Flugzeug vergiftet und musste ihre Reise abbrechen. Dass gerade über Anna Politkovskaja in der *Novaja Gazeta* die meisten Artikel erschienen sind, verwundert daher wenig. War sie doch auch vor ihrem gewaltsamen Tod bekannt, noch eher als in Russland kannte man ihre Bemühungen, auf die prekäre Lage in Čečenien aufmerksam zu machen, allerdings in Westeuropa. Vor allem in Journalismus- und Menschenrechtskreisen war ihre Arbeit anerkannt. Erst mit ihrer Ermordung wurde man jedoch auf breiterer Ebene auf die schwierige Situation von Journalisten in Russland aufmerksam. Ein Grund für das große Interesse an diesem Fall dürften wohl auch Politkovskajas persönliche, teilweise erschreckende Erfahrungen sein. Ein Problem, das zuvor lange ignoriert worden war, unter anderem und besonders auch von der EU, um die guten wirtschaftlichen Beziehungen zu Russland nicht zu behindern.

Erwartungsgemäß berichtete *Novaja Gazeta* ausführlich über die Ermordung, mit mehr Details über die Tat und verständlicherweise auch mit mehr Hintergrundwissen über die Journalistin selbst. Innerhalb weniger Tage richtete die Zeitung eine eigene Internet-Seite für Politkovskaja ein, darauf konnte und kann man immer noch alle Artikel, die die Journalistin während ihrer Tätigkeit für *Novaja Gazeta* verfasste, lesen. Wenige Tage nach dem Mord sorgte jedoch eine andere, ungewöhnliche Aktion für Schlagzeilen. So ließ Aleksandr Lebedev, seit Juni 2006 mit 39 % Miteigentümer der Zeitung, in der *Novaja Gazeta* – Ausgabe vom 12. Oktober 2006 verkünden, dass die Aktionäre bereit sind, eine Prämie von 25 Millionen Rubel für jegliche Informationen, die zur Aufdeckung der Auftraggeber, Organisatoren oder der Mörder selbst führten, zu bezahlen. Denn, so Lebedev, es bestehe „kein Zweifel, dass der Mord eine politische Handschrift trage, ihr ganzes Leben hatte Politkovskaja politischen Nachforschungen und Menschenrechtstätigkeiten gewidmet.“⁵¹⁸ In derselben Zeitungsausgabe vom 12. Oktober erschien außerdem ein Bericht, der die Berichterstattung über den Mord in den staatlichen Fernsehsendern analysierte. Demnach war es für die Verfasserin überraschend, dass fast alle Fernsehstationen die Berichterstattung zur Ermordung umgehend zum Hauptthema der Nachrichten gemacht hatten, „genauso wie die westlichen Medien“⁵¹⁹. Die Fernsehsender, die Anna Politkovskaja zuvor das letzte Mal während der Geiselnahme im Moskauer Dubrovka-

⁵¹⁸ «25 млн рублей за информацию об убийцах», in: Новая Газета № 78, 12 октября 2006 г.

⁵¹⁹ «Что показало ТВ», in: Новая Газета № 78, 12 октября 2006 г.

Theater im Oktober 2002 im Fernsehen zeigten, berichteten jetzt „mit viel Mitgefühl, Trauer und Respekt“.⁵²⁰

In der Folge erschienen regelmäßig Berichte und Artikel zum Thema Politkovskaja, welche, oder in diesem Fall eher, wie wenig Fortschritte die Staatsanwaltschaft zu den Ermittlungen vorzuweisen hatte. Im August 2007 berichtet die *Novaja Gazeta* schließlich, zehn Verdächtige seien im Fall Politkovskaja verhaftet worden, dabei wird aber gleichzeitig betont, dass es verfrüht wäre, von einer Lösung des Falls zu sprechen.⁵²¹ Kurz darauf, im September 2007, erschien in der Zeitung ein kurzer Artikel, der darüber informierte, dass die Untersuchung zum Mord an Politkovskaja weiterhin aktiv gestört würde.⁵²² So wird beispielsweise erläutert, in den Medien seien bereits des Öfteren Informationen „durchgesickert“, die darauf abzielten, die Ermittlung der Auftraggeber des Mordes zu verhindern.⁵²³ Außerdem, so der stellvertretende Chefredakteur der *Novaja Gazeta*, der den Artikel verfasst hatte, würde sich dieses „Durchsickern“ auf die Politik richten, denn der „Gedanke dahinter sei, ein Chaos in den Fall zu bringen. Dies zeigt sich dadurch, dass alles Geschehene die Theorie der Staatsanwaltschaft, wonach sich die Auftraggeber im Ausland befänden, in Zweifel stellt.“⁵²⁴ Ein ähnlicher Bericht erschien in der *Novaja Gazeta* erneut im März 2008. So schrieb der stellvertretende Chefredakteur der Zeitung, Sergej Sokolov, der Name eines Verdächtigen sei zwar veröffentlicht, die Person aber bisher nicht verhaftet worden. Das Ziel dabei sei eindeutig: nämlich, den Mörder zu warnen. Dies sei zweifelsohne der Fall, und käme auch nicht das erst Mal vor.⁵²⁵ Schließlich zitiert Sokolov noch den Fall, über den er im September 2007 berichtet hatte.

Zwei Jahre nach der Ermordung Politkovskajas im Oktober 2008 veröffentlichte *Novaja Gazeta* einen Artikel, in dem die Fragen behandelt werden, die zu dem Fall noch immer offen oder rätselhaft sind. So hat die Redaktion, nach eigenen Aussagen, in ihren selbstständigen Ermittlungen sehr viele Informationen gesammelt, die jedoch teilweise mit der Version der Staatsanwaltschaft, wie das Verbrechen abgelaufen sein

⁵²⁰ «Что показало ТВ», in: Новая Газета № 78, 12 октября 2006 г.

⁵²¹ «Как убивали Аню», in: Новая Газета № 65, 27 августа 2007 г.

⁵²² «Расследованию убийства Анны Политковской продолжают активно мешать», in: Новая Газета № 69, 10 сентября 2007 г.

⁵²³ «В средствах массовой информации в очередной раз появилось несколько ‚утечек‘, которые ставят своей целью не дать следствию установить заказчиков убийства обозревателя ‚Новой Газеты‘ Анны Политковской.», in: *Расследованию убийства Анны Политковской продолжают активно мешать*, Новая Газета № 69, 10 сентября 2007 г.

⁵²⁴ «Расследованию убийства Анны Политковской продолжают активно мешать», in: Новая Газета № 69, 10 сентября 2007 г.

⁵²⁵ «Утечка страха», in: Новая Газета № 22, 31 марта 2008 г.

soll, nicht übereinstimmen. So haben die selbstständigen journalistischen Recherchen der *Novaja Gazeta* beispielsweise ergeben, Politkovskaja sei bereits seit dem Sommer 2006 beschattet worden. Außerdem stellt die Zeitung offen die Frage, wer den mutmaßlichen Mörder, der zu diesem Zeitpunkt bereits feststand, mit gefälschten Dokumenten versorgt hatte.⁵²⁶ Auch andere Fragen wurden in dem Artikel offen und kritisch aufgeworfen und die offiziellen Untersuchungsergebnisse der Staatsanwaltschaft hinterfragt.

Über den Prozess selbst, der im November 2008 begann, wurde erwartungsgemäß sehr detailliert berichtet. Bereits zu Beginn des Prozesses gab es erste Unstimmigkeiten. So wurde am 17. November in einem längeren Artikel in der *Novaja Gazeta* erklärt, dass der Gerichtsprozess im Mordfall Politkovskaja für die Öffentlichkeit, sprich für die Medien, zugänglich sein werde. Gleichzeitig nachdem der Richter des Militärgerichts, in dem der Prozess stattfand, verkündet hatte, dass der Prozess offen geführt werde, verkündete er aber, dass „im Falle einer Beschwerde seitens der Geschworenen, dass auf diese Druck ausgeübt worden sei“, er den Prozess sofort geschlossen abhalten würde.⁵²⁷ Drei Tage später, in der Ausgabe vom 20. November 2008 erschien in der Zeitung *Novaja Gazeta* bereits die Nachricht, dass der Mordprozess geschlossen geführt werden sollte, eine „erwartete politische Entscheidung“.⁵²⁸ So hatte das Gericht verkündet, am 19. November 2008 sei eine Beschwerde der Geschworenen eingegangen, den Prozess geschlossen zu führen. Bereits wenige Tage später erschien neuerlich ein Bericht, der darüber informierte, dass der Prozess nach einer Reihe von Skandalen unerwartet fortgesetzt wurde. So wurde beispielsweise die Presse mit Berufung auf den ausdrücklichen Wunsch der Geschworenen, vom Prozess ausgeschlossen; daraufhin war es zur empörenden Richtigstellung seitens der Geschworenen gekommen, die erklärten, sie hätten niemals darum gebeten. Außerdem war es zu einer ungewöhnlich raschen Verschiebung der Prozessitzung auf Anfang Dezember gekommen, angeblich auf Bitten des Anwalts der Verteidigung, auch wenn dieser niemals einen derartigen Antrag gestellt hatte, wie *Novaja Gazeta* schreibt. Als Ursache für die widersprüchlichen Vorgänge vermutet die Zeitung, dass sich das Gericht bemühte, eventuelle Imageschäden schnellstens zu

⁵²⁶ «Оперативное сопровождение убийства», in: Новая Газета № 74, 06 октября 2008 г.

⁵²⁷ «Если будет хоть одна жалоба со стороны присяжных на давление, процесс закрою.», *Процесс по делу об убийстве Анны Политковской будет открытым*, in: Новая Газета № 85, 17 ноября 2008 г.

⁵²⁸ «Ожидаемое политическое решение», *Процесс по делу Анны Политковской объявлен закрытым*, in: Новая Газета № 86, 20 ноября 2008 г.

reduzieren. Zu viele missbilligende Kommentare seien sowohl in der Presse als auch von Vertretern der internationalen Öffentlichkeit aufgetaucht, daher beschleunigte sich das Verfahren.⁵²⁹ Die Zeitung veröffentlichte auch von fast jedem Prozesstag protokollarische Zusammenfassungen. Schließlich endete der Prozess am 19. Februar 2009 mit Freisprüchen aller vier Angeklagten. Die Geschworenen hatten die Schuld am Mord an Anna Politkovskaja nicht als erwiesen angesehen. Die Pressekonferenz, die nach dem Urteilsspruch stattfand, wurde auszugsweise auch in *Novaja Gazeta* veröffentlicht. Dabei wurde von den Anwälten von Il'ja und Vera Politkovskie, den Kindern Politkovskajas, erklärt, diesen sei bereits zu Beginn des Prozesses mitgeteilt worden, dass die Ermittlungen in diesem Fall nicht besonders effektiv geführt worden waren.⁵³⁰ Auch Sergej Sokolov, stellvertretender Chef-Redakteur der *Novaja Gazeta*, verkündete, dass die Zeitung bisher und auch weiterhin selbständige journalistische Recherchen in diesem Fall unternehmen werde. Auch die Kinder Politkovskajas legten keine Bedenken gegen das Urteil ein, waren sie doch ohnehin davon überzeugt, dass sich die tatsächlich Schuldigen nicht auf der Anklagebank befanden. Angeklagt waren die beiden Brüder Ibragim und Džabrail Machmudov aus Čečenien, die als Mittäter im Verdacht standen, deren untergetauchter Bruder Rustam jedoch als eigentlicher Mörder der Journalistin verdächtigt wird. Des Weiteren blieben die Verstrickungen des ehemaligen Oberstleutnants des russischen FSB, Pavel Rjaguzov, der allerdings wegen Erpressung und Amtsmissbrauch angeklagt und die Rolle des ehemaligen Polizisten Sergej Chadžikurbanov, die ebenfalls angeklagt waren, weiter unklar. Chadžikurbanov hatte übrigens während des Prozesses ausgesagt, „man habe ihm eine Vorzugsbehandlung versprochen, wenn er als Auftragsgeber des Mordes den im Exil lebenden Putin-Gegner Boris Berezovskij oder den čečenischen Präsidenten Ramzan Kadyrov nenne“⁵³¹. Mit Prozessende kündigte die Staatsanwaltschaft an, Berufung gegen das Urteil einzulegen, die Anwältin der Kinder Politkovskajas wiederum erklärte, wegen zahlreicher Ungereimtheiten im Ermittlungsverfahren Klage beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg einzureichen. Dmitrij Muratov, Chefredakteur der *Novaja Gazeta*, machte im Interview mit der Zeitung *Die Welt* kein Hehl daraus, wer für ihn die tatsächlich Schuldigen sind und meinte:

⁵²⁹ «Суд прежний. Но открытый», in: Новая Газета № 88, 27 ноября 2008 г.

⁵³⁰ «...В самом начале процесса нами было сделано заявление о том, что следствие было проведено не очень эффективно.», *Приговор всей системе*, in: Новая Газета № 18, 20 февраля 2009 г.

⁵³¹ Quiring, Manfred: *Kritik am Kreml nach Politkovskaja-Prozess*, Die Welt, 20. 02. 2009

Der Kreml hat ein Klima geschaffen, in dem die Täter das Gefühl haben, bei der Verfolgung von Liberalen, Bürgerrechtlern und Demokraten zusammen mit der Führung des Landes einen gemeinsamen Feind zu bekämpfen.⁵³²

Der Leiter der Moskauer Organisation *Glasnost Defence Foundation*, Aleksej Simonov, Sohn des bekannten sowjetischen Schriftstellers Konstantin Simonov, betont immer wieder:

In Russland hat es niemals eine Freiheit des Wortes gegeben, sondern nur eine breit gefächerte Glasnost – die Offenheit über alles zu schreiben. Die Freiheit des Wortes indessen sei eine Art Vertrag zwischen Gesellschaft, herrschender Macht und Medien, der sich auf drei Pfeiler stütze: Gesetze, Traditionen sowie Gewohnheiten und Fertigkeiten. Das alles aber gebe es in Russland nicht. Die Fertigkeiten sind nicht ausgearbeitet, die Traditionen nicht geschaffen und die Gesetze wie das über den Zugang von Personen zu Informationen, eine Grundlage der Freiheit des Wortes, sind nicht geschrieben. Die Freiheit des Wortes besteht aus Glasnost und einem Sich-Gehör-Verschaffen. Das erste gibt es, das zweite nicht.⁵³³

⁵³² Quiring, M.: *Kritik am Kreml nach Politkovskaja-Prozess*, Die Welt, 20. 02. 2009

⁵³³ Siegl, Elfie: *Zwischen staatlicher Kontrolle und Selbstzensur. Zur Lage der Massenmedien im heutigen Russland*; Russlandanalysen 58, 2005, www.laenderanalysen.de/russland/pdf/Russlandanalysen058.pdf

5. Anhang

5.1 Allgemeine Schlussbemerkungen

Dass die Lage für die wenigen verbliebenen Medien in Russland, die kritisch berichten, nicht zum Besten steht, wurde im Laufe dieser Arbeit ersichtlich. Die Frage ist, wie sich die Situation in Zukunft entwickeln wird. Der neue russische Präsident Dmitrij Medvedev gilt zwar als liberaler und gemäßiger als sein Vorgänger Vladimir Putin, kann sich aber gegen Putin als Premierminister eher schwer behaupten. Dass sich die Justiz nach dem Ende des Prozesses gegen die mutmaßlichen Mörder von Anna Politkovskaja Anfang des Jahres, wieder ganz am Anfang des Falles befindet, steht nicht gerade dafür, dass man von einem ernstesten Bemühen, gegen die Mörder und Auftragsgeber vorzugehen, sprechen kann. Weder im Fall Politkovskaja, noch in den anderen vorangegangenen Fällen lässt sich das Bemühen erkennen, solche Fälle zu lösen. Die Straflosigkeit wird nicht davon abhalten, dass solche „Probleme“ in Zukunft weiterhin mit Gewalt gelöst werden. Wie es überhaupt zu solch einer Entwicklung kommen konnte, wurde versucht, im ersten Teil der Arbeit zu erklären. So hat die Unfreiheit des Wortes in Russland fast schon Tradition und reicht auf eine längere Geschichte zurück. Dementsprechend ist es auch nicht allzu schwierig für einen „starken Präsidenten“, als welcher Putin in der russischen Öffentlichkeit wahrgenommen wurde, beispielsweise striktere Mediengesetze zu erlassen, ohne auf allzu großen Widerstand zu stoßen. Ein weiterer Grund dafür, dass die Demokratiedefizite von der Bevölkerung weitgehend widerstandslos akzeptiert wurden, war wohl, dass die Menschen schlichtweg andere Sorgen hatten und haben. Wenn sich die ökonomische Situation für viele Menschen in den acht Jahren unter der Regierung Putin zwar verbessert haben mag, sehr viele russische Bürger leben nach wie vor in bitterer Armut. Und jemand, der in ständiger Sorge lebt, wie Kinder und Familie weiter ernährt werden sollen, macht sich kaum Gedanken über die schwindende Pressefreiheit.

Die aktuelle Wirtschaftskrise hat, trotz aller Schattenseiten, vielleicht auch etwas Positives. Vor einiger Zeit hat sich die gespaltene russische Opposition zu

einem größeren Bündnis formiert, das nun auch des Öfteren in Kundgebungen öffentlich und lautstark gegen die Politik des ehemaligen Präsidenten und jetzigen Premierminister Putin protestiert. Auch wenn diese Kundgebungen, auch bekannt als „Marsch der Nichteinverstandenen“, meist gewaltsam von der Polizei aufgelöst werden, mittlerweile versammeln sich immer mehr Menschen, um gegen die aktuelle Politik zu demonstrieren. Dass solche Fälle, wie der des bekannten Menschenrechtsanwalts Stanislav Markelov, der, gemeinsam mit einer jungen Journalistin der *Novaja Gazeta*, Anfang dieses Jahres am helllichten Tag in der Moskauer Innenstadt erschossen wurde, immer noch an der Tagesordnung sind, und die Tat, so vermutet man, erneut ungesühnt bleiben wird, lässt nicht allzu Positives erahnen. Die Hoffnung stirbt jedoch auch in Russland zuletzt.

5.2 Заключение

Репрессии и насилие журналистов в отражении российской прессы.

Данная работа посвящена теме современной журналистики в России. В последние годы в Российской Федерации не только правовое положение, но также и реальный быт журналистов претерпели изменения. Президент Владимир Путин и его правительство в прошедшие 8 лет осуществляли давление на прессу и СМИ таким образом, что информационные агентства были вынуждены представлять новости исключительно в позитивном свете, что в свою очередь, естественно, влияло на общественное мнение.

В этой дипломной работе автором ставится задача выяснить, какие изменения произошли за последние годы, и какое воздействие они оказывали на представителей прессы. Для того чтобы лучше понять актуальные тенденции и события, было необходимо, конкретнее осветить ситуацию прессы и СМИ в прошлом. Исходя из этого, первый пункт работы посвящен истории права свободы прессы в России. Вторая часть исследования освещает правовое положение журналистов и представителей СМИ, где также в последние годы произошли некоторые изменения. В третьем пункте автор анализирует историю репрессий журналистов, а также, прежде всего виды репрессий, а именно, как они происходили в последние годы, и в большинстве случаев заканчивались насилием или даже убийствами. При этом были подробнее разобраны четыре отдельных случая убийства представителей прессы в России. Четвертая и последняя часть работы занимается вопросом изменений в российской печати с 2000 года. При этом были подняты три различных примера, для того чтобы ярче продемонстрировать эти развития, а также задуматься о существующих и возможных репрессиях. Дополнительно исследовалась возможность заметить изменения и в способах представления этих событий прессой. Для этого автором были выбраны некоторые конкретные случаи.

Как известно из истории России, СМИ никогда не были по-настоящему «свободны», как минимум в том смысле, в каком это слово имеет значение на Западе. Свои истоки это утверждение берет еще в царской России. Пётр Великий понял в России одним из первых, что в то время имеющиеся газетные издания

можно использовать в качестве рекламы для себя и своей политики. Идея передачи подлинных новостей находилась в тот период и без того не на первом плане. Наряду с известиями из Западной Европы решающим был сильно выраженный литературный характер содержания, и поэтому внимание журналистов было сконцентрировано большей частью на освещение событий из культурной жизни, а не из политической. Если же и поднималась тема политики, то в основном в лояльном контексте к государственной власти. В двадцатые годы девятнадцатого века был впервые создан цензурный орган, который находился в действии вплоть до революции в 1905 году, когда цензура была официально отменена. Между революциями 1905 и 1917 годов, становившаяся в России все сильнее и сильнее социал-демократия, выступала за право свободы мнения, мысли и слова, так же как и сам Ленин в начале правления. Он, однако, очень скоро осознал пользу СМИ, как политического инструмента, и с помощью закона о прессе от 9 ноября 1917 года, ввел запрет на «контрреволюционные сообщения», задумывавшийся как временная мера, но, в свою очередь, продержавшийся в измененной форме до конца СССР. За больше чем семидесятилетнее существование Советского союза, пресса переживала различные фазы, в которых она располагала большей или меньшей возможностью на публичную критику. Партия официально предписывала прессе, выражать критику, правда, которая в свою очередь должна быть конструктивной, то есть предлагать предложения к улучшению в смысле социализма, но никогда не ставить систему под сомнение, как таковую. В то время, как Сталин, арестовывал и карал любого, выразившего даже малейшее возмущение, в период хрущевской оттепели культурная и политическая жизнь ознаменовала определённые либеральные изменения. Прессе было снова предоставлена возможность писать легкие критические статьи, однако, навязанный журналистике советский стиль, характеризующийся крепким слиянием государства, партии и СМИ, остался всё же непоколебимым.

При последователе Хрущева, Леониде Брежнев, первые попытки либерализации публичной жизни, становившиеся всё более необходимыми, были снова пересмотрены, и наступил затяжной стагнационный период. Кое-что, однако, не возможно было остановить. С началом либерализации, хотя и осторожно, но впервые, было обозначено сопротивление, и в последствии родилась настоящая подлинная журналистика, научившаяся обходить официальную цензуру. Не конформные сообщения в основном содержала либо

запрещённая литература, либо в них сообщалось о различных преступлениях против прав человека в Советском союзе, которые никогда бы не напечатались в официальной прессе. Так называемые Самиздат-газеты находились в тени, и каждый, кто способствовал производству или распространению, подвергался опасности получить высокий срок заключения за «антисоветскую агитацию и пропаганду». Эта ситуация снова изменилась, когда последний генеральный секретарь СССР Михаил Горбачёв в середине 1980-х годов представил свой концепт реформы средств массовой информации. По его мнению, СМИ не должны были больше получать приказы, но, всё же продолжали бы укреплять господствующее положение партии. События вокруг катастрофы на атомном реакторе в Чернобыле весной 1986 года вызвали, однако, в течение короткого времени не виданную доселе свободу слова. Таким образом, в некоторых редакциях случился переворот в мышлении, в некотором роде, и уже идея восстановления контроля над СМИ казалось более не осуществимым. После распада Советского союза по началу казалось, что, наконец, возникла разнообразная свободная пресса. Политический и экономический хаос, а также хронический дефицит денежных ресурсов поставили большинство молодых издательств перед новыми проблемами. Именно из-за экономических трудностей информационные агентства были вынуждены, искать себе новых спонсоров или владельцев, что снова спровоцировало критику в сторону СМИ, что они опять не независимы. В годы президентства Владимира Путина произошёл ряд различных изменений в прессе и в СМИ в целом, которые анализируются во второй части работы.

Во второй главе дипломной работе исследуется вопрос, какое положение в российском праве имеет журналистика и свободная пресса. Россия уже более десятка лет является полноправным членом Совета Европы, и поэтому обязуется, соблюдать Европейскую конвенцию защиты прав человека, которая включает в себя свободу слова, мнения и печати. Несмотря на это, в последние годы сильно увеличилось количество жалоб из России в Европейский суд по правам человека. Этот факт указывает вместе с тем на то, что в России происходят и больше нарушений и преступлений против прав человека. В качестве правовой основы для существования информационных агентств в России служит закон «О средствах массовой информации», вступивший в силу в 1991 году. С этого

времени указ претерпевал постоянные поправки и дополнения, так что, он выглядит сегодня, значительно жестче по сравнению с первой редакцией. Особенно сильную критику вызвала принятая при Владимире Путине «Доктрина информационной безопасности Российской Федерации». Документ был в свою очередь не закреплен законодательно, служил, однако, в качестве фундамента для законов в сфере СМИ, которые были приняты позднее. При этом важно отметить, что доктрина выполняет функцию защиты информации и рекомендует государственное влияние на СМИ. Другие же изменения в законодательстве ознаменовали ужесточение в положениях о выборах и терроризме. Так, закон о терроризме, был ужесточен настолько, что он больше частично не соответствует Пункту 10 Европейской конвенции о правах человека. Особенно в ходе противодействия терроризму, фантазия российских законодательных органов казалась безграничной. Например, с лета 2006 года журналист может получить заключительный срок, из-за публичной клеветы государственного чиновника в СМИ, так как она может быть классифицирована в определённых случаях, как «экстремистская акция».

В том же году вступил в силу очередной спорный закон, который касался деятельности «негосударственных организаций» на территории РФ. Так все заграничные некоммерческие организации обязаны были до осени 2006 года, провести процедуру перерегистрации и опубликования финансовых источников, что на первый взгляд, казалось бы, не имеет отношения к прессе, однако, это не так. Многие организации выступали за введение демократических стандартов. Как базис для функционирующей демократии, необходимыми является свобода прессы, мнения и слова. Российское правительство упрекалось в том, что оно хотело бы контролировать деятельность некоммерческих организаций, чтобы предотвратить демократические конфликты как, например, в Грузии и на Украине. Критика не была ясно оспорена российским правительством, однако, публично было высказано намерение, ограничить заграничное влияния.

Третья часть работы посвящена репрессиям журналистов в современной России. В начале подробно объясняется, какие деяния понимаются под репрессиями и какие люди пострадали от репрессий в новейшей истории России. Факт, что в некоторых периодах последнего века это было далеко не редкостью, общеизвестен. К пострадавшим в основном причислялись литераторы и художники, а также и все, кто действовал против пользующегося дурной славой

пункта 70 уголовного кодекса РСФСР «антисоветская агитация и пропаганда». Журналисты до 1960-х годов не были подвержены обширным гонениям. Они могли и без того, печататься, только под строгим надзором цензуры. С периодом либерализации при Хрущеве в начале 60-х годов возникла возможность публикаций, обходящих цензуру. Так в подполье возник Самиздат и чрезвычайно быстро распространялся. Несмотря на суровые гонения со стороны администрации Брежнева, диссидентское движение достигло своего расцвета именно в это время. Большинство, которых были приговорены к заключению по статье 70, получили высокие штрафы и сроки в лагерях. После того как Горбачёв ввёл в систему определенную контролируемую свободу, самиздат потерял своё значение и с распадом Советского Союза стал никому не нужным, в конце концов, почти каждый мог открыть издательство.

С начала президентства Владимира Путина количество репрессий деятелей различных профессий заметно возросло. Среди таковых часто находились адвокаты, защищающие права человека, или журналисты. Если в СССР издательства и информационные агентства контролировались исключительно государством, то и в настоящее время ситуация не сильно изменилась. Не только Газпром-медиа, дочернее предприятие нефтегазовой империи «Газпром», большей частью находящейся в собственности государства, является сегодня крупнейшим теле- и радио-агентством, но и также почти все другие информационные агентства, принадлежат верным Кремлю концернам. Так как эти образования находятся не только в экономической, но и в политической зависимости от Кремля (из-за отчасти нелегального доступа к капиталу), то они ни в коем случае не желают выступать против него. К этому относится также тот факт, что после каждого успешного поглощения, прежде критичного, информационного агентства, редакция тут же заменялась и, как следствие, начинала публиковать более лояльные сообщения. Независимая и свободная передача новостей была сильно осложнена монопольным положением верных Кремлю информационных агентств. Дополнительные правовые ограничения ведут, прежде всего, к тому, что менее крупные независимые издательства уходят на второй план. Российское правительство и особенно бывший президент Владимир Путин, всегда подчеркивали, что свободная пресса, образует мощный фундамент демократии, и что свобода мнения является важнейшим благом

человека. Несмотря на то, что эти слова красиво звучат, они остаются всего лишь словами. Реальность в последнее время выглядит иначе.

Как дополнение к поглощениям и скупкам критических СМИ в России в последние годы появился другой феномен, а именно, убийства неконформных критически-настроенных издателей. На самом деле этот феномен не является новым, уже в «диких 90-х», когда проблемы решались преимущественно с помощью насилия, часто случалось, что журналисты, слишком глубоко занимающиеся темой нелегального бизнеса, становились «случайными жертвами». Даже после того, как президент Владимир Путин, более или менее навёл порядок в стране, значительное число преступлений против журналистов всё же продолжало регистрироваться. Как конкретно выглядели эти репрессии, подробно описывается в третьей части работы. Так, например, в отдельных критических газетах почти находится в распорядке дня проведение разьяснений против якобы клеветы или оскорбления чести и достоинства. В других изданиях известны случаи, когда типография неожиданно отказывалась дальше печатать тираж, после соответствующего указания какого-нибудь местного чиновника. Следующие редакции сообщали о поджогах или проникновениях в офисы агентства, с целью нанесения вреда имуществу. Четвертые редакции необыкновенно часто подвергались обыскам со стороны соответствующих органов, якобы за то, что они используют нелицензированное программное обеспечение. Это только некоторые примеры из тех, которые озвучены в данной дипломной работе.

Самыми страшными случаями среди репрессий журналистов являются, конечно, убийства. Несмотря на то, что число таких преступлений снизилось, по сравнению с 90-ми годами, они не стали менее жестокими. В свою очередь стоит заметить, что корреспонденты, убитые в последние годы, уходят из жизни по другим причинам, чем еще десятилетие до этого. В то время как в 90-х журналисты, занимающиеся деятельностью криминальных структур и незаконными деяниями, были обязаны платить за свою работу жизнью, то в последние годы это было редко главным мотивом. Убитым работникам прессы чаще всего предписывалось, что они в своих публикациях слишком сильно и громко критиковали господствующие отношения. Эта тема подробнее затрагивается в третьей части работы. При этом рассматриваются четыре различных смертельных случая журналистов в России. Трое из них работали в

некрупном издании *Новая Газета*, которое в последние годы успела потерять довольно многих сотрудников из-за насильственной смерти, а последний инцидент произошёл в январе этого года. Игорь Домников, Юрий Щекочихин и Анна Политковская писали для этой газеты и пострадали от похожей судьбы, хотя ни одно из этих убийств до сих пор не кажется раскрытым. Пол Хлебников, жертва четвертого убийства, отличается от вышеназванных трех тем, что никогда прямо не критиковал российский государственный аппарат, однако, способ и характер преступления, исключает возможность того, что это было не заказное преступление.

Домников сообщал о криминальном характере деятельности губернатора липецкой области и был убит в 2000 году. Щекочихин, бывший членом государственной Думы, часто писал о коррупции, конфликте с Чечнёй, долгое время получал анонимные угрозы расправы до его отравления в 2003 году. Пол Хлебников, шеф-редактор русского издания журнала *Forbes*, в 2004 году был застрелен перед зданием редакции из окна проезжающего автомобиля. О его смерти существует лишь много слухов, а настоящие преступники до сих пор не найдены. Самым знаменитым случаем из всех убийств журналистов в России является преступление против Анны Политковской в 2006 году. Это происшествие вызвало всеобщее возмущение и обратило внимание всего мира на проблемное положение российской журналистики. Разумеется, Политковская, с её стилем представления информации не могла не нажить себе много врагов. Её бескомпромиссная критика регулярно касалась не только режима в Чечне, но и политики президента Владимира Путина, особенно остро в отношении кавказской республики. Корреспондентка, получившая многочисленные награды за защиту прав человека, также обладала горьким опытом репрессий. Получав регулярные угрозы, она была вынуждена уже в 2001 году бежать в Вену на некоторое время, а также и затем часто менять своё место жительства. Однажды Политковская была взята в заложники. В 2004 году, когда журналистка находилась в самолёте в Беслан, для освещения известного события, её пытались отравить.

Это лишь немногие примеры репрессий против журналистов, которые стремятся честно и независимо представить информацию и не хотят придерживаться общепринятой пропагандируемой истины.

Последняя глава дипломной работы посвящена российскому рынку газет, а также постоянным изменениям и тенденциям, происходящим в этой отрасли с

2000 года. Для этого анализируются статьи о преступлениях против выбранных журналистах (Домников, Щекошичин, Хлебников, Политковская), опубликованных в трех различных источниках, а именно в известной еженедельной газете *Московские Новости*, ежедневной *Независимой Газете* и *Новой Газете*.

В СМИ с 2000 года начали происходить решающие изменения. Весной этого года, начало этим тенденциям положило сенсационное поглощение третьего по величине телеканала *НТВ*, который благодаря своему независимому и объективному способу представления информации был особенно любим зрителями. После чего последовала полная смена редакции, и как следствие, менее критические телепередачи. Похожая схема произошла некоторыми годами позже с независимым каналом *ТВ-6*. Одновременно с этим были скуплены некоторые печатные агентства, затем либо закончившие свою работу, либо сменившие курс. Среди известнейших примеров приводится ежедневная газета *Известия*. В 2004 году после трагедии в Беслане шеф-редактор издания, Раф Шакиров, был освобожден от своих обязанностей на неопределенный срок, так как он слишком открыто и критически писал об инциденте взятия заложников. С 2005 года газета большей частью находится в собственности «Газпром-Медиа». Вместе с тем и ежедневная газета *Коммерсант* получила нового владельца в 2006 году, при котором публикации изменили свой характер в лояльную Кремлю сторону. То же самое произошло осенью 2007 года с другой известной российской газетой *Московские Новости*. Она была скуплена при подозрительных обстоятельствах и с этого момента, начала публиковать под руководством другого редакторского состава более лояльные статьи. Наконец, в начале 2008 года издательство было полностью закрыто.

Сегодня ситуация характеризуется тем, что критические издания всё же существуют, но они ни представлены в большом количестве, ни имеют сильного влияния. По мнению экспертов в области СМИ, телевидение является важнейшим из всех информационных источников для российского населения. Крупнейшие телеканалы, находящиеся в государственной собственности, являются единственными, кто может транслировать на всю территорию Российской Федерации. В то время, как локальные радиокompаний или маргинально представленные в провинции московские газеты, имеют возможность охватывать

лишь сильно ограниченную аудиторию. Поэтому, телевидение как информационный источник, имеет привилегированное место.

Во второй части последней главы исследуется характер и частота публикаций в трёх, избранных автором, газетных источниках, сообщающих о четырёх вышеназванных случаях. При подробном рассмотрении выяснилось, что число статей в *Московских Новостях* увеличивалось в зависимости от известности убитого журналиста. В то время как об Игоре Домникове не было напечатано ни единой статьи, что также позволяет сделать определённые выводы, после смерти Юрия Щекочихина, была опубликована как минимум одна заметка, которая, однако, не содержала фактов о загадочном убийстве журналиста и члена Государственной Думы, а носила скорее характер некролога. О Поле Хлебникове, шеф-редакторе российского издания журнала *Forbes*, было напротив, значительно больше написано в *Московских Новостях*. Этот случай впервые вызвал огромный международный резонанс, предположительно, из-за того что, Хлебников был гражданином Соединённых Штатов, которые в свою очередь сами активно включились в расследование. Также о случае с Анной Политковской было много подробных статей, однако, менее детальных, чем о случае с Хлебниковым.

Издание *Независимая Газета* сообщала обо всех этих преступлениях, даже, как и против Игоря Домникова. Также и здесь число статей росло вместе с уровнем известности убитого журналиста. Заметки выглядели объективно, и информативно, и частично критически. Несмотря на смену редакции и покупку издания одним российским бизнесменом и членом Госдумы, публикации не значительно изменили свой характер. Новейшие новости, которые в основном расследуют преступление против Анны Политковской, были, однако, менее резонансными, чем заметки о предыдущих убийствах.

Последней газетой, взятой автором для анализа, является *Новая Газета*. Это издание стоит особняком в российской прессе. Никакая другая газета не подвергалась такому огромному числу исков, однако, ни один так и не был удовлетворён. Несмотря на это, *Новая Газета* пострадала больше всех от многочисленных человеческих потерь. Ни одно другое издание не вынужденно было смириться со столь большим числом убитых сотрудников, как это независимое агентство. Лишь около тридцати корреспондентов работают в московском офисе газеты, не считая свободных сотрудников и журналистов из других регионов и республик. С 2000 года было убито целых четыре

корреспондента. Самый последний такой случай, неосвященный в данной дипломной работе, произошёл в январе 2009 года. Тот факт, что это издание особенно подробно и глубоко описывает и расследует эти случаи, можно было с лёгкостью спрогнозировать. Также как и в других, здесь количество публикаций зависело от личности убитого. Наряду с постоянными детальными сообщениями о ходе судебного расследования, как например, о в итоге так и нераскрытом преступлении против Анны Политковской, время от времени печатались рассказы также и о личности журналистки.

В заключении хотелось бы ещё раз подчеркнуть, что с изменениями правовой ситуации и имущественных отношений в российских СМИ, также менялся характер публикаций. Так как количество репрессий и даже убийств журналистов и после одного года президентства Медведева не сильно претерпело изменения, сложно ожидать улучшение ситуации. Надежда, как говорится, и в России умирает последней.

5.3 Zusammenfassung

Die Diplomarbeit beschäftigt sich mit dem Thema der Gewalt gegen Journalisten im heutigen Russland, welche rechtlichen und praktischen Veränderungen in den Jahren der Präsidentschaft Vladimir Putins zu bemerken waren und wie die Situation heute aussieht.

Um die Lage der Presse im modernen Russland besser verstehen zu können, war es notwendig, auch auf die Geschichte des Journalismus und der Zensur in Russland näher einzugehen. So hat die Zensur in russischen Medien bereits eine längere Tradition und ist in den letzten Jahren wieder aktueller geworden.

Während sich der erste Teil der Arbeit der Pressezensur in der Geschichte Russlands widmet, behandelt der zweite Abschnitt die gesetzliche Situation für Medienvertreter, und wie diese sich in den letzten Jahren verändert hat. Auch hier gab es markante Einschnitte in die Gesetzeslage, was die Medien betrifft. So machen es restriktivere Gesetzesänderungen sowohl im Medien- als auch im zivilgesellschaftlichen Bereich Journalisten heute noch schwerer, unabhängig und kritisch zu berichten. Vor allem mit dem Kampf gegen den Terrorismus versucht die russische Regierung strikte Verschärfungen in der Gesetzgebung zu rechtfertigen, auch wenn diese teilweise nicht mehr mit Artikel 10 der Europäischen Menschenrechtskonvention übereinstimmen.

Der dritte Teil der Arbeit beschäftigt sich mit Repressionen in der Geschichte Russlands, hauptsächlich während der Sowjetunion. Außerdem wird in diesem Abschnitt erklärt, welcher Art von Repressionen Journalisten oder gar ganze Medieneinrichtungen in den letzten Jahren vermehrt ausgesetzt waren. Außerdem werden einige besondere Fälle von Journalisten, die ermordet wurden, näher erläutert. Im letzten Teil dieses Kapitels werden vier einzelne Fälle von getöteten Reportern ausführlicher behandelt.

Der letzte Abschnitt der Diplomarbeit untersucht einerseits die ökonomischen Veränderungen, die in den Jahren unter der Präsidentschaft Putins stattgefunden haben, und welche Folgen diese auf die jeweilige Medieneinrichtung hatten. Schließlich wurden auch drei verschiedene russische Zeitungen ausgewählt, in denen die vier erwähnten Morde an Journalisten näher

beleuchtet wurden. Die Inhaltsanalyse sollte zeigen, ob und inwiefern sich die Berichterstattung im Laufe der letzten Jahre anhand dieser Fälle verändert hat.

Auffallend bei den betroffenen Reportern oder Zeitungsverlagen ist, dass diejenigen mit Repressionen zu kämpfen haben, die offen die Staatsmacht und die allgemein verbreiteten Probleme des Landes kritisieren. Auch in den Wirren der chaotischen 1990er Jahre war es nur allzu oft ein probates Mittel, sowohl politische „Gegner“, als auch Journalisten, die in gewissen Angelegenheiten zu sehr nachgehakt hatten, töten zu lassen. Wurden diese Mittel hauptsächlich bei kriminellen Banden angewendet, die sich in ihren Machenschaften gestört fühlten, so sind die Ermordungen von Journalisten in den letzten Jahren nicht mehr bloß auf kriminelle Organisationen zurückzuführen. Viel eher scheinen gewisse staatliche Kräfte nicht ganz unschuldig an der Situation zu sein. Mögen an dieser Stelle auch nicht genügend Beweise existieren um konkrete Namen zu nennen, allein die Tatsache, dass sich der oder die Täter von fast allen in den letzten Jahren getöteten Journalisten noch immer in Freiheit befinden, trägt nicht dazu bei, dass sich diese Situation in absehbarer Zeit ändern wird.

5.4 Literaturverzeichnis

Altrichter, Helmut: Kleine Geschichte der Sowjetunion 1917-1991, München, 1993

Amelina, Anna: Asymmetrie der Verhältnisse. Aktuelle Entwicklungen im Fernsehen der Russischen Föderation, aus: Publizistik. Vierteljahreshefte für Kommunikationsforschung, Heft 1; Wiesbaden, 2008

Beyrau, Dietrich: Die befreiende Tat des Wortes, in: Samizdat. Alternative Kultur in Zentral- und Osteuropa: Die 60er bis 80er Jahre, Bremen, 2000

Bilger, Oliver: Das Desaster vom Musical-Theater Nord-Ost, Der Spiegel-Online, 02. 09. 2004, www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,316269,00.html

Bljum, Arlen Viktorovič: Suščestvuet li vozmožnost' restavracii cenzury v Rossii?, in: Cenzura i dostup k informacii: istorija i sovremennost', St. Peterburg, 2005

Bock, Ivo/Hänsgen, Sabine/Schlott, Wolfgang: Kultur jenseits der Zensur, in: Samizdat. Alternative Kultur in Zentral- und Osteuropa: Die 60er bis 80er Jahre, Bremen, 2000

Cenzura i vlast'. Cenzura v Sovetskom Sojuze. Dokumenty, Moskau, 2004

Choldin, Marianna: A Fence around the Empire. Russian Censorship of Western Ideas under the Tsars, Durham, 1985

Daniel, Alexander: Im Geist der Freiheit – Zur Geschichte der Menschen- und Bürgerrechtsbewegung in Russland, in: Russland auf dem Weg zum Rechtsstaat? Antworten aus der Zivilgesellschaft, Deutsches Institut für Menschenrechte, Berlin, 2003

Deppenheuer, Otto: Medien zwischen Recht und Ethik, in: Nußberger, Angelika und Schmidt, Carmen (Hrsg.): Medienrecht und Meinungsfreiheit in Russland, Berlin, 2005

Deutsches Institut für Menschenrechte: Russland auf dem Weg zum Rechtsstaat? Antworten aus der Zivilgesellschaft, Berlin, 2003

Die Zeit: Russland und der Kaukasus (Der Fischer Weltalmanach), Frankfurt/Main, 2005

- Доктрина информационной безопасности Российской Федерации, in:
www.agentura.ru/library/doctrina
- Dröschner, Nele: Medienrecht und Medienwirklichkeit in Osteuropa, Berlin, 2001,
www.oei.fu-berlin.de/media/publikationen/boi/boi_17/20_droeschner.pdf
- Dubinskaja-Džalilova, T. I.: Cenzura obrela vlast' neob'jasnimuju..., aus: Cenzura v
 Rossii: Istorija i sovremennost', Sankt Petersburg, 1995
- Duden Fremdwörterbuch 2002
- Eichwede, Wolfgang: Archipel Samizdat, aus: Samizdat. Alternative Kultur in Zentral-
 und Osteuropa: Die 60er bis 80er Jahre, Bremen, 2000
- Écho Moskvj will sich selbst hören, 01. 06. 2001,
www.netzeitung.de/medien/146269.html
- Fedotov, Michail: Auf dem Wege zur Pressefreiheit. die Erfahrung Russlands, in:
 Nußberger, A. und Schmidt, C. (Hrsg.): Medienrecht und Meinungsfreiheit in Russland,
 Berlin, 2005
- Freedom of the Press 2005. A Global Survey of Media Independence, Freedom House
 New York, 2005
- Gavrilov, Eduard P.: Neuerungen im Medien- und Urheberrecht der UdSSR, in: Medien
 und Recht 1, 1991
- Geistlinger, Michael: Die Bedrohung der offenen Gesellschaft: Medienrecht und
 Terrorismus, in: Nußberger, A. und Schmidt, C. (Hrsg.): Medienrecht und
 Meinungsfreiheit in Russland; Berlin, 2005
- Gladkov, Sabine: Macht und Ohnmacht der „Vierten Gewalt“. Die Rolle der
 Massenmedien im russischen Transitionsprozeß, Münster, 2001
- Gladkov, Sabine: Medien und Wahlkampf: Zensur durch die Hintertür,
 Russlandanalysen 7/2003, [www.laender-
 analysen.de/russland/pdf/Russlandanalysen007.pdf](http://www.laender-analysen.de/russland/pdf/Russlandanalysen007.pdf)

Goltz, Tobias: Warum schreibt ihr nicht, was ich sehe?, Berliner Zeitung, 20. 08. 2007, www.berlinonline.de/berliner-zeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/2007/0820/medien/0002/

Gross, Peter: Entangled Evolutions. Media and Democratization in Eastern Europe, Washington D.C., 2002

Hartmann, Jens: Alles unter Kontrolle, Die Welt, 21. 04. 2006, www.welt.de/print-welt/article211689/Alles_unter_Kontrolle.html

Hartmann, Jens: Noch hat der Kreml die Medien nicht restlos unter Kontrolle, Die Welt, 02. 12. 2007, www.welt.de/wams_print/article1420984/Noch_hat_der_Kreml_die_Medien_nicht_restlos_unter_Kontrolle.html

Hartmann, Jens: Vielleicht finden sie Papa ja doch, Die Welt, 30.10.2002, www.welt.de/print-welt/article418910/Vielleicht_finden_sie_Papa_ja_doch.html

Hassel, Florian: Eine unabhängige Stimme soll verstummen, Berliner Zeitung, 04. 09. 2006, www.berlinonline.de/berliner-zeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/2006/0904/a/0027/index.html

Hebenstreit, Johannes: Repressalien im humanitären Völkerrecht, Baden-Baden, 2004

Heinrich, Hans-Georg: Der zerbrechliche Riese. Russland heute, Wien, 1994

Heller, Regina: Normensozialisation in Russland. Chancen und Grenzen europäischer Menschenrechtspolitik gegenüber der Russländischen Föderation, Wiesbaden, 2008

Helsinki Watch: Threats to Press Freedom, Vol. 5, 1993

Huber, Mária: Der große Regulator; Message. Internationale Zeitschrift für Journalismus, 1/2007, Leipzig, 2007

Hübner, Peter: Opposition in der Sowjetunion; aus: Weltmacht Sowjetunion. Umbrüche-Kontinuitäten-Perspektiven, in: Simon, Gerhard (Hrsg.), Köln, 1987

Hübner, Peter: Von der Informationsdiktatur zur neuen Informationsfreiheit. Ein Schritt zur Desintegration Russlands?, in: Russland in Europa? Innere Entwicklungen und internationale Beziehungen – heute, Köln, 2000

- Internationales Handbuch Medien 2002/2003: Hans-Bredow-Institut, Baden-Baden, 2002
- Internationales Handbuch Medien 2004/2005: Hans-Bredow-Institut, Baden-Baden, 2004
- Istorija Sovetskoj Političeskoj Cenzury. Dokumenty i Kommentarii, Moskva, 1997
- Karlsreiter, Ana (Hrsg.): Ending the Chilling Effect, Vienna, 2004
- Kasparov, Garri: Russland nach Anna Politkovskaja, Wien, 2007
- Kissel, Wolfgang: Samizdat als kulturelles Gedächtnis, in: Samizdat. Alternative Kultur in Zentral- und Osteuropa. Die 60er bis 80er Jahre, Bremen, 2000
- Koschwitz, Hansjürgen: Pressepolitik und Parteijournalismus in der UdSSR und der Volksrepublik China, Düsseldorf, 1971
- Kovalev, Sergej: War Isaac Newton ein Westler? – Russlands Weg zur Geltung der Menschenrechte, aus: Russland auf dem Weg zum Rechtsstaat? Antworten aus der Zivilgesellschaft, Deutsches Institut für Menschenrechte, Berlin, 2003
- Krönig, Jürgen: Giftige Grüße aus Moskau, Die Zeit, 28. 11. 2006;
www.zeit.de/online/2006/48/Litwinenko
- Krüger, Uwe: Gekaufte Presse in Russland. Politische und wirtschaftliche Schleichwerbung am Beispiel der Medien in Rostov-na-Donu, Berlin, 2006
- Kunze, Thomas: Russland, westliche Medien und der Fall „Tschetschenien“. Russland im Zangengriff?, in: Möhring, Wiebke (Hrsg.): Journalistik und Kommunikationsforschung, Berlin, 2007
- Kuznecov, Ivan Vasil'evič: Istorija otečstvennoj žurnalistiki (1917-2000), Moskva, 2002
- Landwehr, Susanne: Knebel für Russlands Zivilgesellschaft, www.toepfer-fvs.de/289.html
- Lerg, Winfried: Sowjetische Publizistik zwischen Öffnung und Umgestaltung, Münster, 1991

- Lysova, Ekaterina: Die Freiheit der Massenmedien und Wahlen in Russland: Interessenkonflikt, in: Nußberger, A. und Schmidt, C. (Hrsg.): Medienrecht und Meinungsfreiheit in Russland, Berlin, 2005
- Mayer, Susanne: Wofür man in Moskau sterben muss. Anna Politkovskajas „Russisches Tagebuch“, Die Zeit, Nr. 11, 8. 3. 2007, www.zeit.de/2007/11/P-Russland-Tagebuch
- McNair, Brian: Glasnost, Perestroika and the Soviet Media, London, 1991
- Medien von A bis Z: Hans-Bredow-Institut (Hrsg.) für Medienforschung, Hamburg 2006
- Nußberger, Angelika: Medienrecht in den Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte, in: Nußberger, A. und Schmidt, C. (Hrsg.): Medienrecht und Meinungsfreiheit in Russland; Berlin, 2005
- Ortting, Robert: Die Lage der Massenmedien in Russland, Russlandanalysen 118/06, Bremen, 17. 11. 2006, www.laender-analysen.de/russland/pdf/Russlandanalysen118.pdf
- Ovsepjan, Rafail Pogosovič: Istorija novejšej otečestvennoj žurnalistiki (fevral'1917 – 1990e gg.), Moskva, 1999
- Panfilov, Oleg: Resisting Limits on the Press and the Media in Putin's Russia, in: Karlsreiter, Ana (Hrsg.): Ending the Chilling Effect (OSCE), Vienna, 2004
- Pasti, Svetlana: Two generations of contemporary Russian journalists, in: Journalism. Critical Concepts in Media and Cultural Studies, London and New York, 2008
- Pleitgen, Fritz: Mordversuch an Menschenrechten. Bürgergesellschaft in Russland, in: Anna Politkovskaja. Chronik eines angekündigten Mordes, Klagenfurt, 2007
- Politkovskaja, Anna: Russisches Tagebuch, Köln, 2007
- Политковская, Анна: Запад смотрит на Чечню советскими глазами; Новая Газета, 09. 10. 2003, <http://politkovskaya.novayagazeta.ru/pub/2003/2003-089.shtml>
- Президент против Конституции. Московские Новости, № 42, 28 октября – 3 ноября 2003

Quiring, Manfred: Deutsche Stiftungsvertreter müssen Moskau verlassen, Die Welt, 21. 10. 2006; www.welt.de/print-welt/article88853/Deutsche_Stiftungsvertreter_muessen_Moskau_verlassen.html

Quiring, Manfred: Ein Amerikaner voller Leidenschaft für Aufstieg und Fall der russischen Oligarchie, Die Welt, 12. 07. 2004, www.welt.de/print-welt/article326986/Ein_Amerikaner_voller_Leidenschaft_fuer_Aufstieg_und_Fall_der_russischen_Oligarchie.html

Quiring, Manfred: Gedruckte Loyalitätsshow, Die Welt, 17. 10. 2005, www.welt.de/print-welt/article171456/Gedruckte_Loyalitaetsshow.html

Quiring, Manfred: Konzentration aller Ressourcen, Die Welt, 14. 06. 2006, www.welt.de/print-welt/article222900/Konzentration_aller_Ressourcen.html

Quiring, Manfred: Kritik am Kreml nach Politkovskaja-Prozess, Die Welt, 20. 02. 2009, www.welt.de/welt_print/article3238094/Kritik-am-Kreml-nach-Politkowskaja-Prozess.html

Quiring, Manfred: Tschetschenische Spur, Die Welt, 07. 12. 2005, www.welt.de/print-welt/article182632/Tschetschenische_Spur.html

Rabitz, Cornelia: Gelenkte Demokratie – gelenkte Medien. Beobachtungen im russischen Wahlkampf, Russlandanalysen 147/07, Bremen, 2007, www.laenderanalysen.de/russland/pdf/Russlandanalysen147.pdf

Reitschuster, Boris: Putins Demokatur, Berlin, 2006

Reporters Without Borders 2001 Report, Paris, 2001

Reporters Without Borders 2002 Report, Paris, 2002

Reporters Without Borders 2003 Report, Paris, 2003

Reporters Without Borders. The 2003 Global Press Freedom World Tour; Paris, 2003

Reporters Without Borders. The 2004 Global Press Freedom World Tour, Paris, 2004

ROG (Reporter ohne Grenzen) -Dossier Russland, Wien, 2007, www.rog.at

Roth, Paul: SOW-Inform. Nachrichtenwesen und Informationspolitik der Sowjetunion, Düsseldorf, 1980

Ryklin, Michail: Mit dem Recht des Stärkeren. Russische Kultur in Zeiten der „gelenkten Demokratie“, Frankfurt/Main, 2006

Rykovceva, Elena: Abgestraft für gute Arbeit; Message. Internationale Zeitschrift für Journalismus 4/2004, Leipzig, 2004

Scherrer, Jutta: Zurück zu Gott und Vaterland, Die Zeit online Nr. 31, 25. 07. 2001

Schillinger, Elisabeth and Porter, Catherine: Glasnost´ and the Transformation of *Moscow News*, Journal of Communication 41, 1991

Schmidt, Diana: Neues (und Altes) zum NGO-Gesetz; Russlandanalysen Nr. 103/06, Bremen, 2006, www.laender-analysen.de/russland/pdf/Russlandanalysen103.pdf

Schmidt, Thomas: Russlands Presse im Wandel. Eine medienpolitische und medienökonomische Analyse der Transformation seit der Perestroika, Dipl.Arb., Wien, 19995

Schreiber, Norbert (Hrsg.): Anna Politkovskaja. Chronik eines angekündigten Mordes, Klagenfurt, 2007

Schulze, Gerit: Der alte Reflex, Die Zeit, Nr. 44, 2002, www.zeit.de/2002/44/moskau_geiseln.xml

Ševerdjaev, Stanislav: Verfassungs- und Rechtsnormen des Informationsaustausches, Berlin, 2005

Siebert, Fred/Peterson, Theodor/Schramm, Wilbur: Four Theories of the Press. The Authoritarian, Libertarian, Social Responsibility and Soviet Communist concepts of what the Press should be and do, Urbana, 1956

Siegl, Elfie: Zwischen staatlicher Kontrolle und Selbstzensur. Zur Lage der Massenmedien im heutigen Russland, Russlandanalysen 58/05, www.laender-analysen.de/russland/pdf/Russlandanalysen058.pdf

- Simonov, Alexej: One Case that contradicts the Rest, in: Karlsreiter, Ana (Hrsg.): Ending the Chilling Effect (OSCE), Vienna, 2004
- Simons, Greg / Strovsky, Dmitry: Censorship in Contemporary Russian Journalism in the Age of the War against Terrorism. A Historical Perspective, European Journal of Communication, Vol. 21, London, 2006, 189-211
- Sindelar, Daisy: Russia's Écho Moskvý under mounting Pressure, RFE/RL, 18. 09. 2008,
www.rferl.org/content/Russias_Ekho_Moskvý_Under_Mounting_Pressure_/1201114.html
- Solženicyn, Aleksandr: Der Archipel Gulag, erstmals erschienen in deutscher Übersetzung, Bern, 1974
- Steinsdorff, Silvia von: Russland auf dem Weg zur Meinungsfreiheit. Die Pluralisierung der russischen Presse zwischen 1985 und 1993, Münster, 1994
- Stock, Martin: Medienfreiheit in der EU-Grundrechtscharta: Art. 10 EMRK ergänzen und modernisieren! Studien zum deutschen und europäischen Medienrecht, Frankfurt/Main, 2000
- Svetova, Zoja: Keine Rechte zweiter Klasse – Sozial-ökonomische Rechte in der russischen Gesellschaft, in: Russland auf dem Weg zum Rechtsstaat? Antworten aus der Zivilgesellschaft, Deutsches Institut für Menschenrechte, Berlin, 2003
- Süddeutsche Zeitung: Im Klammergriff des Kreml, 21. 12. 2005
- Thumann, Michael: Einmal Glasnost und zurück, Die Zeit online, Nr. 18, 2001
- Tichomirova, Katja: Die Diktatur des Gesetzes, Berliner Zeitung, 29. 08. 2007,
www.berlinonline.de/berliner-zeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/2007/0829/meinung/0023/index.html
- Voswinkel, Johannes: Kampf der Freiheit, Die Zeit, 15. 03. 2007,
www.zeit.de/online/2007/11/russland-internet

Voswinkel, Johannes: Väterchen Rost, Die Zeit, 20. 04. 2006,
www.zeit.de/2006/17/Militr macht?page=1

Wendler, Hauke: Russlands Presse zwischen Unabhängigkeit und Zensur. Die Rolle der Printmedien im Prozess des politischen Systemwandels 1990 bis 1993, OSTEUROPA, Münster, 1995

Windisch, Elke: Sperrige Wahrheiten, Der Tagesspiegel, 14. 10. 2006,
www.tagesspiegel.de/medien-news/Medien;art290,2067227

Wolfe, Thomas C.: Governing Soviet Journalism. The Press and the Socialist Person after Stalin, Indiana, 2005

World Press Freedom Review 1993 (IPI-Report), International Press Institute, Vienna, 1993

World Press Freedom Review 2000 (IPI-Report), International Press Institute, Vienna, 2000

World Press Freedom Review 2001 (IPI-Report), International Press Institute, Vienna, 2001

World Press Freedom Review 2002 (IPI-Report), International Press Institute, Vienna, 2002

World Press Freedom Review 2003 (IPI-Report), International Press Institute, Vienna, 2003

World Press Freedom Review 2004 (IPI-Report), International Press Institute, Vienna, 2004

World Press Freedom Review 2005 (IPI-Report), International Press Institute, Vienna, 2005

World Press Freedom Review 2006 (IPI-Report), International Press Institute, Vienna, 2006

Young, Marilyn / Launer, Michael: Redefining Glasnost in the Soviet Media: The Recontextualization of Chernobyl, Journal of Communication 41, 1991

www.agentura.ru

www.akdi.ru (Агентство Консультаций и Деловой Информации)

www.aktuell.ru

www.cjes.ru (Центр Экстремальной Журналистики)

www.constitution.ru

www.consultant.ru

www.cpj.org (Committee to Protect Journalists)

www.crimesofwar.org

www.duden-suche.de (Duden Lexikon online)

www.fremdwort.de (Fremdwörterbuch online)

www.gdf.ru (Фонд Защиты Гласности)

www.ifj.org (International Federation of Journalists)

www.kommersant.ru

www.laender-analysen.de/russland (Russlandanalysen der Forschungsstelle Osteuropa, Universität Bremen)

www.lenta.ru

www.levada.ru (Левада Центр)

www.memo.ru (Memorial Russland)

www.metallpress.info

www.mnweekly.ru (Moscow News)

www.newsru.com

www.ng.ru (Независимая Газета)

www.novayagazeta.ru (Новая Газета)

www.n-ost.de (Netzwerk Recherche)

www.pbs.org (Public Broadcasting Service)

www.projectklebnikov.org (Global Media Alliance)

www.rsf.org (Reporters Sans Frontières)

www.ruj.ru (Союз Журналистов России)

www.siora.ru

www.spiegel.de

www.timesonline.co.uk (The Times)

www.toepfer-fvs.de/289.html

www.ucsmr.ru (Союз Комитетов Солдатских Матерей России)

www.verfassungen.de

www.welt.de

www.zeit.de/

<http://domnikov.novayagazeta.ru>

<http://politkovskaya.novayagazeta.ru>

<http://ys.novayagazeta.ru>

5.5 Curriculum Vitae

Name: Monika Haushofer
Geburtsdatum: 16. Februar 1982
Ausbildung: Juni 2002: Matura an der Höheren Lehranstalt für
Tourismus und wirtschaftliche Berufe, Wien 13
seit Oktober 2002: Studium an der Universität Wien
seit März 2003: Studium der Slawistik an der Universität
Wien

Auslandsaufenthalte und Sprachkurse:

12. 06. 1998 – 21. 06. 1998 Sprachkurs in St. Malo,
Bretagne, Frankreich
15. 09. 2000 – 30. 09. 2000 Sprachkurs in Montreal,
Kanada
08. 06. 1999 – 29. 08. 1999 Ferialpraxis in Brixham,
England
02. 07. 2001 – 30. 07. 2001 Ferialpraxis in London,
England
30. 07. 2004 – 25. 08. 2004 Österreichisch-Russisches
Sommerkolleg in Nižnij Novgorod
06. 02. 2006 – 05. 07. 2006 Auslandssemester an der
RGGU Moskau (Russische Staatliche
Geisteswissenschaftliche Universität)

Fremdsprachenkenntnisse:

Englisch: sehr gute Kenntnisse
Französisch: gute Kenntnisse
Russisch: gute Kenntnisse
Spanisch, Bulgarisch, Litauisch: Grundkenntnisse